

Kolossal

Malerei im Großformat von 22. Juni bis 27. August 2023 im Unteren Belvedere (ab der Seite 161)

Carl Moll, *Die Römische Ruine in Schönbrunn*, 1892

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

mit dieser Ausgabe überreichen wir Ihnen 190 (!) Seiten Österreich zur Lektüre. Wir wurden schon oft gefragt, weshalb wir so viele Beiträge aus dem Parlament, aus dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium aufnehmen. Die Antwort darauf ist, daß Sie möglichst auch über den Bezug Österreichs zu dem Land lesen können, in dem Sie leben...

Alles Gute und liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 207

Aus der Hofburg	3	Peter Simonischek†
Aus dem Parlament	12	Der berühmte und beliebte österreichische Schauspieler verstarb am 29. Mai im Alter von 76 Jahren 138
Aus dem Bundeskanzleramt	35	Rudolf Ulrich†
Aus dem Außenministerium	53	Der Filmhistoriker Rudolf Ulrich verstarb am 24. Mai 2023 in München im 93. Lebensjahr 141
Aus den Bundesländern		Erzdiözese Wien trauert um Weihbischof Helmut Krätzl
Festakt 100 Jahre Burgenland	73	Helmut Krätzl ist am 2. Mai im 92. Lebensjahr verstorben. 143
Kärnten und Slowenien	74	Evangelische Kirche würdigt scheidenden Synodenpräsidenten 145
Europa-Forum Wachau	75	Symposium zu 85 Jahre »Anschluß« in der Synagoge Kobersdorf 147
BMW Group Werk Steyr präsentierte Zukunftsplan	80	Fragment einer 1.750 Jahre alten Übersetzung entdeckt 148
Oberösterreich, Land der Möglichkeiten	82	Festsitzung der ÖAW mit Nobelpreisträger Anton Zeilinger 149
Katastrophenschutz: Salzburg mit europaweiter Vorreiterrolle	84	Weltweit erster geologischer Wasserstoffspeicher in Betrieb 152
»Art Steiermark« in Brüssel	85	Weltweit erster Chip mit österreichischer Quantenarchitektur 154
Tirol: »Grenzen überwinden«	86	Erbgut von Primaten als Schlüssel zur menschlichen Gesundheit 155
Vorarlberg; Grenzüberschreitender Austausch in Ostwestfalen	87	Hallstatt: Neues Grab der frühen Eisenzeit entdeckt 156
Zwei internationale Spitzenplätze für Wien	88	In der frühesten Epoche waren Frauen in Führungspositionen 158
EU-Erweiterung und Schengen-Ausweitung	89	Urzeitlicher Warenumschlagplatz in Traunkirchen 160
Österr. Aktien für internationale Großanleger hochinteressant	92	Kolossal - Malerei im Großformat
Teure Energieimporte ließen Außenhandelsdefizit ansteigen	93	Ausstellung im Unteren Belvedere 161
Adler-1 beendet Suche nach Weltraumschrott	96	Glanz und Glamour
Rekord-Bestellungen auf der Paris Air Show	97	200 Jahre Lobmeyr im MAK 166
Volontariat bewegt	98	Secessionen – Klimt, Stuck, Liebermann im Wien Museum 170
Missio: Weltweit 660 Hilfsprojekte	100	Amazing – The Würth Collection im Leopold Museum 173
Aus dem Dachverband PaN	103	Linz kompakt – Eine kurze Stadtgeschichte im Nordico 178
Vom Zillertal ausgewandert	114	VILA VITA – Sehnsuchtsort im burgenländischen Seewinkel 182
In der Champions-League der Mikrochips-Produktion	121	Anhang: Polen und Europa – wirtschaftliche Perspektiven
Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit	123	Von Andrzej Byrt 187
Schwache Nachfrage vertieft Rezession in Industrie	125	
Energiepreiskrise blockiert den Mittelstand	127	
Die Wiener Ansichtskarte	129	
DAC-Prozeß finalisiert	133	
Roséweinfestival in Graz	134	
Restaurant Figlmüller in Wien ist das legendärste der Welt	135	



Bundespräsident bei Europarats-Gipfel **8**



Vom Zillertal ausgewandert **114**



Mikrochips-Gipfel in Wien **121**



Festsitzung der ÖAW **149**



Amazing – The Würth Collection **173**

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: Peter Lechner/HBF; Jahn; BKA/Florian Schrötter; Peter Lechner und Paul Kulec/HBF; © Sammlung Würth/Foto: Ivan Baschang München/Paris

Zu Besuch in Albanien

Bundespräsident: Wir wollen Albanien zu weiteren Reformen »motivieren«

Fotos: Carina Karlovits und Laura Heinschink/HBF



Bundespräsident Van der Bellen (r.) wurde in Tirana von seinem albanischen Amtskollegen Bajram Begaj mit militärischen Ehren empfangen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat Albanien bei einem Besuch in Tirana am 27. März zu weiteren Reformen im Bereich Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Justiz aufgerufen. „Wir möchten Albanien motivieren und ermutigen, die notwendigen Reformen gerade auch in diesen Bereichen engagiert fortzusetzen und sichtbare Resultate vorzuweisen, um auf dem EU-Integrationsweg rasch voranzuschreiten“, sagte Bundespräsident Van der Bellen bei einem Treffen mit seinem albanischen Amtskollegen Bajram Begaj.

„Das kann aus meiner Sicht durchaus auch heißen, von dem einen oder anderen in Diskussion befindlichen Vorhaben abzusehen, wenn dieses sonst zur Belastung für die Glaubwürdigkeit des Reformprozesses werden könnte“, mahnte der Bundespräsident bei einem Pressegespräch und nannte konkret das kurz zuvor auf Druck der EU ausgesetzte Goldene-Pässe-Programm. Die EU-Kommission hatte kritisiert, daß wohlhabenden Ausländern im Gegenzug für Investitionen die albanische Staatsbürgerschaft und damit die visafreie Einreise in die EU angeboten wurde. Nicht abrücken wollte Tirana damals von ebenfalls von der EU kritisierten Plänen einer Steueramnestie.

Der albanische Präsident dankte Alexan-



Der albanische Präsident dankte Bundespräsident Alexander Van der Bellen für Österreichs Unterstützung im EU-Beitrittsprozess

der Van der Bellen für Österreichs Unterstützung im Beitrittsprozess und bekräftigte „die Entschlossenheit Albaniens, die nötigen Reformen rasch fortzusetzen“. Dabei zeigte er sich zuversichtlich, daß sich sein Land „auf einem guten Weg“ befinde.

Auch der Bundespräsident lobte den bisherigen Verlauf des sogenannten EU-Screeningprozesses als „sehr gut“ und sagte Albanien weiterhin Österreichs Unterstützung im EU-Beitrittsprozess zu. Es sei nun an der

Zeit, die Geschwindigkeit für den EU-Annäherungsprozess zu beschleunigen. Zwar könne man kein Datum für einen EU-Beitritt Albaniens nennen, „aber es wird hoffentlich nicht länger dauern, als es seinerzeit zwischen Österreich und der EU gedauert hat“, zeigte er sich äußerst optimistisch.

Auch der russische Angriffskrieg in der Ukraine war Thema des Gesprächs. Der Bundespräsident begrüßte dabei, „daß Albanien voll auf Seite der Ukraine steht“. ■

Zu Besuch in Nordmazedonien

Alexander Van der Bellen reiste mit österreichischer Wirtschaftsdelegation nach Skopje und warb für Verfassungsänderungen



Fotos: Carina Karlovits/HBF

Bundespräsident Van der Bellen wurde von seinem nordmazedonischen Amtskollegen Stevo Pendarovski mit militärischen Ehren empfangen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 29. März bei einem Besuch in Nordmazedonien für weitere Anstrengungen im EU-Beitrittsprozeß geworben. Damit der Erweiterungsprozeß fortschreiten könne, sei „jetzt ein sichtbares Zeichen“ in Form der mit Bulgarien vereinbarten Verfassungsänderung notwendig, sagte Alexander Van der Bellen bei einem Treffen mit Präsident Stevo Pendarovski in Skopje. Nordmazedonien sei „auf dem richtigen Weg“ und Österreich werde das Land dabei voll unterstützen.

Stevo Pendarovski zeigte sich zuversichtlich, daß die Verfassungsänderung in den kommenden Monaten umgesetzt werde. In Bezug auf Sorgen im Land, daß nach der Erfüllung der geforderten Reform im EU-Beitrittsprozeß weitere Bedingungen von Bulgarien oder einem andere EU-Mitgliedsstaat gestellt werden könnten, sagte er: „Die EU darf nicht zulassen, daß weitere Fragen von Mitgliedsstaaten problematisiert werden und dadurch unsere Annäherung blockiert wird.“ Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union stehe dabei auf dem Spiel.

Österreich wisse aus eigener Erfahrung, „daß der Umgang mit nationalen Minderheiten oft politisch heikel ist und für Spannungen sorgen kann“, zeigte sich der Bundespräsident bei der gemeinsamen Pressekonferenz verständnisvoll. Die um sich greifende Frustration über schwierigen Weg des Lan-



Stevo Pendarovski zeigte sich zuversichtlich, daß die von der EU eingeforderte Verfassungsänderung in den kommenden Monaten umgesetzt werde.

des Richtung EU sei verständlich. „Aber verlieren Sie das Ziel nicht aus den Augen“, mahnte er Bellen. Es sei wichtig, „jetzt nach vorne zu sehen – und nicht, wie manche, zurück – in eine gemeinsame europäische Zukunft“.

Angesichts der geopolitischen Lage sei es „gerade jetzt besonders wichtig, die Länder der Region noch rascher eng an die EU anzubinden“, sagte der Bundespräsident und begrüßte es, daß sich Nordmazedonien den Rußland-Sanktionen der EU angeschlossen hat. Der Bundespräsident lobte auch die „wichtige Rolle“ des Landes für den weite-

ren Ausbau der regionalen Zusammenarbeit, wie bei den Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien.

Die bilateralen Beziehungen zwischen lobte Van der Bellen als „exzellent“. Auch die wirtschaftlichen Kontakte seien „ausgezeichnet“ und er verwies darauf, daß Österreich bei den Auslandsinvestitionen in Nordmazedonien an erster Stelle liegt. „Aber auch das kann man natürlich immer noch weiter ausbauen“, sagte Van der Bellen, der mit einer Wirtschaftsdelegation von rund 25 heimischen Unternehmen angereist war. ■

Besuch aus Polen

Polens Präsident Duda bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Lassen uns von Moskau nicht einschüchtern«



Fotos: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Van der Bellen empfängt seinen polnischen Amtskollegen Andrzej Duda in Wien mit militärischen Ehren.

Polens Präsident Andrzej Duda hat am 14. April in Wien weitere militärische Unterstützung Kiews angekündigt. Bisher habe man Militärgüter im Wert von drei Milliarden Euro geliefert. Von der Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus „lassen wir uns nicht einschüchtern, weil wir einig sind“, so Duda bei einer Pressekonferenz mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen. „Der imperiale Krieg Rußlands gegen die Ukraine kann uns nicht gleichgültig sein“, sagte Van der Bellen.

Mit Duda sei er sich einig, „daß wir weiter als Europäische Union geschlossen hinter einer demokratischen Ukraine“ stehen müssen, so Van der Bellen, es sei beeindruckend, wie gut die Zusammenarbeit hier in EU funktioniere. „Wenn es hart auf hart geht, können wir uns in der EU aufeinander verlassen.“ Und er kündigte an, daß er sich um die Unterstützung der Ukraine bei der Entminung kümmern werde.

Polen respektiere die österreichische Neutralität, würde sich aber freuen, wenn Österreich noch mehr nicht-militärische Güter wie Schutzwesten und Masken liefern könne, da dies noch mehr Leben retten würde, sagte Duda. Erfreut zeigte er sich über die Genehmigung der deutschen Regierung zur Lieferung von MiG-29 an Kiew. Eine Auswirkung des Leaks von US-Geheimdokument für die geplante ukrainische Frühjahr-



v.r.: Bundespräsident Van der Bellen, Polens Präsident Andrzej Duda mit Gattin Agata Kornhauser-Duda und Präsidentengattin Doris Schmidauer vor der Wiener Hofburg

soffensive, erwarte er nicht, erklärte der polnische Präsident weiters. Die USA seien ein ernsthafter Partner und würden das aufklären und die Strukturen dementsprechend verändern.

Van der Bellen erklärte, es sei allen bewußt, daß es nicht tragbar sei, weiter russisches Gas zu importieren, solange dieser Krieg andauere. Deswegen sei Österreich auf der Suche nach anderen Bezugsquellen. Polen, das mittlerweile kein Gas mehr aus Rußland beziehe, wolle er diesbezüglich aber nicht unbedingt als Vorbild sehen, da das Land zwei Drittel seines Energiebedarfs aus Kohlekraftwerken beziehe. „Sowohl in Polen als auch in Österreich muß es uns gelingen, aus klimaschädlichen Energieträgern

auszusteigen“, dazu zähle auch Gas, so Van der Bellen.

Einig zeigten sich beide Präsidenten auch über die Weiterentwicklung der guten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Beim Konflikt Polens mit der EU-Kommission im Bezug auf die polnische Justizreform zeigten sich beide zuversichtlich, bald eine Lösung finden zu können.

Duda dankte Van der Bellen auch, daß sich Österreich engagiere, beim Gedenken an die Opfer des national-sozialistischen Terrors im ehemaligen Außenlagers des KZ Mauthausen in Gusen. Duda kündigte an, daß Polen dort eine permanente Ausstellung in Erinnerung an die 20.000 dort ermordeten Polen errichten wolle. ■

Besuch aus Slowenien

Alexander Van der Bellen empfing die Präsidentin der Republik Slowenien zum Antrittsbesuch in Österreich



Fotos: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Van der Bellen empfing seine slowenische Amtskollegin Nataša Pirc Musar in Wien mit militärischen Ehren.

Die neue slowenische Präsidentin Nataša Pirc Musar absolvierte am 24. April ihren Antrittsbesuch in Wien. „Es ist eine Ehre, das erste weibliche Staatsoberhaupt Sloweniens heute in Wien zu empfangen“, betonte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Alexander Van der Bellen hatte seine Amtskollegin mit militärischen Ehren im Inneren Burghof empfangen. Die frühere Informationsbeauftragte sieht Bundespräsident Van der Bellen als politisches Vorbild. Im Vorfeld des Besuchs hatte sie das Klimathema als Schwerpunkt hervorgehoben, doch wollte sie auch die Rechte der slowenischen Minderheit ansprechen.

Im Mittelpunkt des Treffens mit Alexander Van der Bellen „sollen Themen stehen, die wichtig für die sichere Zukunft beider Staaten, ihrer Menschen, der Europäischen Union und des Planeten sind“, ließ Präsidentin Pirc Musar im Vorfeld mitteilen.

Auch in Sachen Ukraine und Westbalkan vertreten die beiden Staatsoberhäupter ähnliche Positionen. Irritationen zwischen Ljubljana und Wien gab es jüngst wegen der Ver-



Präsidentin Nataša Pirc Musar und Bundespräsident Van der Bellen hatten einander erstmals im Dezember Ljubljana getroffen – wenige Tage vor deren Amtsantritt

längerung der österreichischen Grenzkontrollen zu Slowenien, die das Nachbarland als ungerechtfertigt und europarechtswidrig ansah.

Präsidentin Pirc Musar und Bundespräsident Van der Bellen hatten einander erstmals

im Dezember getroffen, wenige Tage vor dem Amtsantritt Pirc Musars. Alexander Van der Bellen hatte sich damals in Ljubljana vom scheidenden Präsidenten Borut Pahor verabschiedet, mit dem ihn eine enge Arbeitsbeziehung verband. ■

Zu Besuch in London

Teilnahme an der Krönung von König Charles III. und Königin Camilla im Buckingham Palace – Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Das Vereinigte Königreich gehört zu Europa«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat die Republik Österreich bei den Feierlichkeiten anlässlich der Krönung von König Charles III. und Königin Camilla in London vertreten. Am 5. Mai nahm er an einem Empfang für die aus der ganzen Welt angereisten Staatsoberhäupter im Buckingham Palace teil. Die Krönungszeremonie selbst begann am Samstag um 11 Uhr vormittags in der Westminster Abbey.

Seinen Aufenthalt in London nutzte er auch, um sich mit AuslandsösterreicherInnen über den Alltag in Großbritannien nach dem Brexit auszutauschen. Er besuchte den österreichischen Unternehmer Hubert Zanier, der das beliebte Londoner Café Kipferl betreibt, in dessen Betrieb.

Alexander Van der Bellen sprach auch über die Chancen für die österreichische Wirtschaft im Bereich Nachhaltigkeit im Vereinigten Königreich: Dafür nahm er am einem Runden Tisch zum Thema „Green Finance for Green Energy“ teil, wo er mit ExpertInnen des Think Tanks OMFIF (Official Monetary and Financial Institutions Forum) und FinanzexpertInnen der City of London über grüne Technologien und Nachhaltigkeit in der Finanzbranche diskutierte.

Der Bundespräsident betonte: „Europa ist am stärksten, wenn wir zusammenarbeiten. Die traditionell guten Beziehungen zum Vereinigten Königreich müssen wir trotz Brexit aufrechterhalten und weiterhin pflegen.“

„Deshalb habe ich gerne die Einladung angenommen, unsere Republik bei der Krönung von König Charles III. zu vertreten. Charles war übrigens auch einer der ersten internationalen Gäste, den ich in der Hofburg – kurz nach meiner Angelobung zur ersten Amtszeit – empfangen habe. Seit diesem ersten Kennenlernen im Jahr 2017 in Wien haben wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder getroffen und haben ein sehr gutes Verhältnis zueinander.“

Bei einem Empfang im Londoner Buckingham-Palast hat der Bundespräsident die Einladung an König Charles und dessen Ehefrau Camilla erneuert, nach Österreich zu kommen. „Bei passender Gelegenheit, aber aus unserer Sicht möglichst bald, würden wir sie gerne in Wien willkommen heißen.“



Fotos: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf mit AuslandsösterreicherInnen zusammen...



... und besuchte mit Gattin Doris Schmidauer den Konditor Hubert Zanier im „Cafe Kipferl“.

Van der Bellen vertrat Österreich auch bei der Krönung am 6. Mai.

Der Bundespräsident hatte schon im Vorfeld seines Besuchs in London seine Wertschätzung für Charles und dessen Engagement für Umwelt- und Klimaschutz zum Ausdruck gebracht. Bei klimapolitischen Treffen sei es immer wieder zu Begegnungen mit dem damaligen britischen Thronfolger gekommen. Auch beim offiziellen Wien-Besuch von Charles 2017 standen die Themen Klimawandel und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt.

Zum royalen Empfang hielt der Bundespräsident fest, daß dieser auch die Gelegen-

heit geboten habe, neben dem König selbst viele andere, vor allem europäische Staatschefs zu treffen. „Ich glaube, ich habe sicher 20, 25 Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern in relativ kurzer Zeit sprechen können.“

Van der Bellen, der sich als „überzeugter Republikaner“ bezeichnete, nannte seine Teilnahme an der Krönung „ein Zeichen der Wertschätzung Charles gegenüber“. Es sei auch ein Zeichen gegenüber dem Vereinigten Königreich, daß das Land trotz des aus seiner Sicht „Fehlers“ der Brexit-Entscheidung zur europäischen Familie gehöre, so der Bundespräsident. ■

Rede bei Europarats-Gipfel

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Einrichtung eines Registers der durch die russische Aggression in der Ukraine verursachten Schäden ist wesentlicher Schritt«

Am 16. und 17. Mai veranstaltete der Europarat nach fast 20 Jahren das 4. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates in Reykjavik. Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm daran teil, lesen Sie hier seine Rede im Wortlaut:

*Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,*

Vor genau 30 Jahren kamen unsere Vorgängerinnen und Vorgänger 1993 in Wien zum ersten Gipfeltreffen des Europarates zusammen.

Angesichts der Überwindung der jahrzehntelangen Teilung Europas, aber auch angesichts des Bürgerkriegs auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, gaben sie ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Drei Jahrzehnte später sind wir Zeugen eines Angriffskriegs ungeahnter Brutalität und Ausmaßes.

Rußland hat sich damit klar außerhalb unserer europäischen Rechts- und Wertegemeinschaft gestellt.

Darüber hinaus ist die liberale Demokratie in vielen Ländern Europas unter Druck.

Wir haben also auch eine Entscheidung vor uns. Erliegen wir dem Ruf der einfachen Lösungen, des „starken Manns“, der sich nicht um das demokratische Ringen nach der besten Lösung kümmern muß? Ein Weg, der in Rußland zu Willkür, Rechtlosigkeit und Terror geführt hat. Ein Weg, der unendliches Leid für die Menschen in der Ukraine bringt. Und ein Weg, der Europa Unsicherheit und Wohlstandverlust bringt.

Oder wählen wir den Weg des Rechts, des Rechtsstaats, der uns seit 1945 Sicherheit und damit enormen Wohlstand gebracht hat.

Daß wir heute hier sind, zeigt, daß sich Europa für Recht, für Sicherheit und Wohlstand entscheidet. Es zeigt, daß wir bereit sind, gemeinsam und entschlossen jenen entgegen zu treten, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedrohen. Das gibt Hoffnung.

Die „Prinzipien für Demokratie von Reykjavik“, die wir heute verabschieden, sind ein sichtbares Zeichen.



Foto: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede beim 4. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates in Reykjavik

Ebenso stellt die Einrichtung eines Registers der durch die russische Aggression in der Ukraine verursachten Schäden einen wesentlichen Schritt dar.

Wir dürfen auch nicht tatenlos zusehen, wenn Kinder aus der Ukraine illegal nach Rußland verschleppt, deportiert und zwangsadoptiert werden. Das Recht muß die Rechtlosigkeit besiegen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Menschenrechtskonvention bildet das Rückgrat unseres Wertesystems. In Österreich steht sie zu Recht im Verfassungsrang und ist für uns eine demokratische Ver-

pflichtung. Zum Schutz der Menschenrechte jeder und jedes Einzelnen müssen wir die entsprechenden Normen aber auch stets weiterentwickeln und den Herausforderungen unserer Zeit – sei es die Klimakrise, seien es Digitalisierung und Künstliche Intelligenz – anpassen.

Nützen wir die kollektive Weisheit unserer Staaten im Europarat, um unseren Bürgerinnen und Bürgern – und allen, die bei uns leben – auch in Zukunft den bestmöglichen Schutz ihrer Rechte und damit Sicherheit und Wohlstand zu garantieren.

Herzlichen Dank!

»Erlebnis Europa«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen eröffnete mit EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola die interaktive Ausstellung in Wien



Foto: Peter Lechner/HBF

Ausstellungseröffnung „Erlebnis Europa“ mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Europaparlamentspräsidentin Roberta Metsola

Die interaktive Dauerausstellung „Erlebnis Europa“ ist in Wien am 26. Mai eröffnet worden. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola durchschnitten gemeinsam mit anderen hochrangigen Gästen feierlich das Band zu der multimedialen Schau in der Wiener Rotenturmstraße 19. Metsola richtete an junge ÖsterreicherInnen den Appell, im nächsten Jahr die Europawahl nicht zu verpassen. „Laßt niemanden anderen für Euch entscheiden!“

Auch Bundespräsident Van der Bellen sagte, es sei wichtig, sich in Europa einzubringen. Die Brexit-Abstimmung in Großbritannien sei auch deshalb so ausgefallen, weil viele junge Menschen nicht zur Abstimmung gegangen seien. Dabei brauche Europa die Ideen, den Drang und die Begeisterung junger Menschen. „Diese interaktive Ausstellung wird es schaffen, diesen Funken überspringen zu lassen“, sagte Van der Bellen. „Erlebnis Europa“ sei „ein wichtiges Zeichen: Österreich und die Europäische Union sind ein untrennbares Ganzes“.

„Erlebnis Europa dient als Erinnerung, daß es der Zweck der Europäischen Union ist, den Menschen zu dienen“, sagte EU-Parlamentspräsidentin Metsola. Die aus Malta stammende konservative Politikerin fügte hinzu: „Europa zu verstehen, verändert alles.“ Sie verwies auf die hohe Zustimmung zur EU in Österreich und dankte Österreich auch für seine Hilfe an die Ukraine. Metsola rief

zu weiterer Geschlossenheit in der EU auf. „Am besten ist es, wenn wir geeinte europäische Antworten liefern.“ Die EU sei nicht perfekt, müsse aber den Wandel annehmen, da sich auch die Welt verändere.

Auch Europaministerin Karoline Edtstadler ging auf die bevorstehende Europawahl im Juni 2024 ein. Diese sei mit einer noch größeren Verantwortung verbunden, weil erstmals Jungwähler ab 16 Jahren teilnehmen könnten, sagte sie. „Es muß unser gemeinsames Anliegen sein, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen“, sagte Edtstadler. Dafür seien Bildung und Information die erste Voraussetzung. „Wenn wir heute dieses Besucherzentrum eröffnen, dann schlägt mein Herz als Europaministerin höher“, zeigte sich die ehemalige Europaabgeordnete von „Erlebnis Europa“ begeistert, „weil die Europäische Union nicht in Brüssel und in Straßburg ist. Sondern die Europäische Union ist da, wo sich die Menschen Lösungen und Antworten erwarten.“

EU-Kommissionsvertreter Martin Selmayr danke insbesondere dem Ersten Vizepräsidenten des Europaparlaments, Othmar Karas, für seinen Einsatz, die interaktive Ausstellung im ersten Wiener Bezirk anzusiedeln. „Ohne ihn gäbe es kein Erlebnis Europa in dieser tollen Location.“ Karas selbst nannte es ein besonderes Zeichen der Wertschätzung, daß der Bundespräsident und die EU-Parlamentspräsidentin zur Eröffnung kamen, dies habe es noch nie gegeben. Noch

in diesem Jahr sollen weitere Europa-Ausstellungen in Warschau, Prag, Dublin und Luxemburg eröffnet werden, sagte Karas. „Die Europäische Union ist nicht der Sündenbock, sondern die Europäische Union sind wir alle und was wir daraus machen“, betonte Vizepräsidentin Evelyn Regner.

„Erlebnis Europa“ bietet auf einer Ausstellungsfläche von rund 700 Quadratmetern ein multimediales Spektakel: ein 360-Grad-Kino mit 41 Sitzen ist ebenso an Bord wie ein Konferenzraum und Multimediatische, Bildschirme und interaktive Karten. Ein Highlight der Ausstellung ist ein Rollenspiel, in dem SchülerInnen, StudentInnen und andere Interessierte den Gesetzgebungsprozeß im Europaparlament nachspielen können.

Vorbild für „Erlebnis Europa“ ist das „Parlamentarium“ im Europaparlament in Brüssel, das größte parlamentarische Besucherzentrum Europas. Nach Berlin im Jahr 2016 wurden bisher auch in Ljubljana, Helsinki, Straßburg, Kopenhagen, Tallinn, Paris, Rom und Stockholm „Erlebnis Europa“-Ausstellungen eröffnet. Nach einem Beschluß des Europaparlaments sollen bis zum Ende der Legislaturperiode alle 27 EU-Staaten über diese Ausstellungen verfügen.

Seit 27. Mai stehen die Türen für alle offen, die die europäische Politik hautnah mitverfolgen wollen, ohne dafür nach Straßburg oder Brüssel zu reisen. In der Rotenturmstraße 19, im 1. Bezirk, täglich zwischen 10 bis 18 Uhr, der Eintritt ist frei. ■

Besuch aus Tschechien

Offizieller Besuch des Präsidenten der Tschechischen Republik, Petr Pavel

Der neue Präsident der Tschechischen Republik, Petr Pavel, hat sich am 1. Juni bei seinem Antrittsbesuch in Wien für eine bessere Verteidigungszusammenarbeit ausgesprochen. Konkret erwähnte er das Angebot Tschechiens für Militärflugzeuge an Österreich. Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte in einer gemeinsamen Pressekonferenz, daß beide Länder die Ukraine „nach Kräften“ unterstützen. Die finanzielle Zusage der Bundesregierung zur Entminung bezeichnete er als „Fortschritt“.

Der Bundespräsident hätte auch in einer Entminungshilfe für die Ukraine keinen Widerspruch zur österreichischen Neutralität gesehen, die Bundesregierung entschied sich aber für eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von zwei Millionen Euro. „Tschechien leistet Besonderes“, sagte Alexander Van der Bellen in Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine und die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine.

Angesprochen auf die Neutralität sagte Pavel, daß es ihm nicht zustehe, diese zu beurteilen. Der ehemalige tschechische Generalstabschef bemerkte aber, daß Österreich den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ganz klar verurteilt habe und sich nicht neutral verhalte, was die Werte betrifft. Im „breiteren globalen Bereich“ seien auch kleinere Länder wie Österreich und Tschechien „Spieler, die etwas bieten können“ und „etwas zu sagen“ haben. Sie sollten „aktiver sein“.

Der Krieg in der Ukraine habe das Verständnis erhöht, daß die Länder für ihre eigene Verteidigung Verantwortung übernehmen sollten. Ausgaben im Verteidigungsbereich seien „Investitionen in die Sicherheit von uns allen. Deswegen sollten wir nach Wegen suchen für eine bessere Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie.“ Er sprach das Angebot Tschechiens an die Bundesregierung „zur Modernisierung“ der Luftraumüberwachung an. Tschechien hatte Österreich 2018 Trainingsjets der Marke L39-NG der Firma Aero Vodochody sowie die Ausbildung von Piloten angeboten.

Beide Staatsoberhäupter lobten die bilateralen Beziehungen. „Ich wage zu behaupten, die bilateralen Beziehungen waren nie besser“, sagte Alexander Van der Bellen. Die Handelsbilanz habe „historisches Niveau“ erreicht. Die Tschechische Republik habe sich



Fotos: Peter Lechner/HBF

Bundespräsident Van der Bellen empfing seinen tschechischen Amtskollegen Petr Pavel Musar in Wien mit militärischen Ehren im Inneren Burghof.



Die beiden Präsidenten im Vieraugengespräch in Van der Bellens Amtsräumen in der Hofburg

zu Österreichs führendem Handelspartner in Mittel- und Osteuropa entwickelt. Die österreichischen Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik beliefen sich auf fast 17 Milliarden Euro. „Erstaunt“ habe der Bundespräsident auch festgestellt, daß Tschechien Platz vier aller Herkunftsländer von Touristen einnehme.

Beide Staatspräsidenten lobten die grenzüberschreitenden Kooperationen etwa im Gesundheitswesen und in der Polizeiarbeit. Diese Kooperation könne auch als Beispiel für andere Länder dienen, so Petr Pavel.

Beide plädierten aber auch dafür, die Verkehrsverbindungen zu verbessern. Präsident Pavel sprach in diesem Zusammenhang von einem „Langstreckenlauf“.

Auf eine Frage zum umstrittenen Atomkraftwerk Temelin antwortete Alexander Van der Bellen, daß Österreich sich sehr früh festgelegt habe, keine Atomkraftwerke zu bauen. Österreich sei "dankbar für guten Informationsfluss zwischen österreichischen und tschechischen Experten, was die Atomkraft betrifft", sagte der Bundespräsident. ■

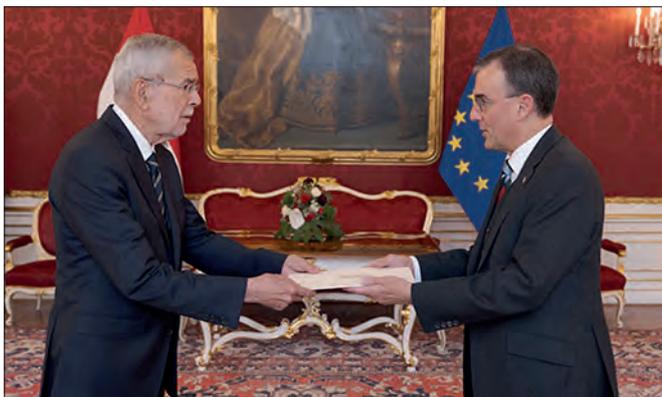
<https://www.bundespraesident.at/>

Herzlich willkommen in Österreich

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing am 20. Juni die neuen BotschafterInnen aus sieben Staaten in der Wiener Hofburg



I.E. Evangelina Lourdes Arroyo Bernas, Botschafterin der Republik der Philippinen



S.E. Ian David Graing Biggs, Botschafter des Commonwealth von Australien



S.E. Yacouba Cisse, Botschafter der Republik Côte d' Ivoire



I.E. Isabel de Jesus da Costa Godinho, Botschafterin der Republik Angola



S.E. Larbi Latroch, Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Algerien



I.E. Maimounata Ouattara, Botschafterin von Burkina Faso



S.E. Vasco Mushe Samupofu, Botschafter der Republik Namibia

Alle Fotos: Carina Karlovits / HBF, Paul Kulec / HBF

Aus dem Parlament^{*)}

Sobotka zu Besuch in Marokko

240 Jahre nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Königreich Marokko stattete Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit dem Obmann der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe, Nico Marchetti, dem Land am 20. März einen Besuch ab. Das Besuchsprogramm startete mit Gesprächen mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses Rachid Talbi El Alami und mit dem Präsidenten der marokkanischen Ratskammer Naama Mayara. Sobotka begrüßte die soliden Beziehungen der Staaten und die zuletzt erfolgte weitere Intensivierung der Zusammenarbeit.

Zur Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten unterzeichneten Sobotka und Talbi El Alami ein Memorandum of Understanding zur parlamentarischen Kooperation.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Marokko und Österreich würden auf einem soliden Fundament aufbauen und hätten zuletzt eine weitere positive Dynamik erfahren, begrüßte Sobotka das 240-Jahr-Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Marokko sei ein Stabilitätsanker in der Region und für Europa eine Brücke zu Afrika. Das Land habe sich als ein unverzichtbarer und positiver Partner für Österreich erwiesen. Zuletzt sei die gute Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Sicherheit und Wirtschaft deswegen weiter intensiviert worden. Ebenso sei eine Reihe bilateraler Kooperationen in den vergangenen beiden Jahren initiiert worden, etwa die Aufnahme des bilateralen interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Das „Memorandum of Understanding“ zwischen dem österreichischen und dem marokkanischen Parlament sei ein weiterer Meilenstein zur Vertiefung und Stärkung der Beziehungen. Das Übereinkommen zielt auf eine Vertiefung des Austauschs auf Verwaltungs- und Abgeordnetenebene ab. Es könne auf den guten Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten aufbauen, unter anderem im Austausch mit dem Obmann der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe, Nico Marchetti. Interessiert zeigte sich Sobotka an den Erfahrungen Marokkos in der Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten. Er verwies mit der Demokratiewerkstatt und dem Westbalkan-Stipendienprogramm auf die bilateralen „Leitprojekte“ Österreichs zur Stärkung der



Fot: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“ (v.l.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Parlamentspräsident von Marokko, Rachid Talbi El Alami...



Fot: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

... und im Gespräch mit dem Berater des Königs, André Azoulay

Parlamente und der Demokratiebildung. Diskutiert wurden auch Möglichkeiten zur Stärkung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs im parlamentarischen Kontext.

Sobotka traf auch mit dem Berater des Königs André Azoulay und Premierminister Aziz Akhannouch zu Gesprächen zusammen. Die Initiativen und Projekte Marokkos zur Stärkung des interreligiösen Dialogs, das Engagement des österreichischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus und der Nahostkonflikt waren Gegenstand des Austauschs mit dem königlichen Berater.

Im Gespräch mit dem Premierminister begrüßte Sobotka die im Rahmen des Besuchs von Bundeskanzler Karl Nehammer und Innenminister Gerhard Karner kürzlich getroffenen Vereinbarungen, unter anderem zu Migration und Wirtschaft. Er unterstrich das Potential zum Ausbau der Beziehungen auch in anderen Bereichen, etwa im Energiebereich oder Tourismus und erkundigte sich über die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf Marokko sowie über aktuelle innenpolitische Themen, wie etwa die geplante Sozialversicherungsreform. ■

Österreich, Europa und die Welt

Besuch aus Serbien

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka tauschte sich am 22. März mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister der Republik Serbien Ivica Dačić im Rahmen von dessen Besuch in Österreich aus. Die bilateralen Beziehungen zwischen Serbien und Österreich seien von einer engen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Verbundenheit geprägt, betonte Sobotka eingangs. Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen würden sich unter anderem durch das große Engagement österreichischer Wirtschaftstreiber in Serbien ausdrücken. So seien rund 400 österreichische Unternehmen in Serbien aktiv. In Österreich gebe es eine große serbische Gemeinschaft, die sehr geschätzt werde und gut integriert sei.

Auf parlamentarischer Ebene gebe es ebensolche gute Verbindungen. So würden sich die Parlamentsverwaltungen der sechs Westbalkanländer und die österreichische Parlamentsdirektion regelmäßig im Rahmen des Westbalkan-Stipendienprogramms austauschen. Zudem verwies Sobotka auf die positiven kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. So sei Österreich im Rahmen der europäischen Kulturhauptstadt Novi Sad 2022 einer der Hauptpartner gewesen. Positiv bewertete Sobotka auch die Fortschritte bei der Initiative „IMAGINE Arts&Ideas“, bei der 2024 die bildende Kunst, Design und Architektur zu den großen Fragen wie Klimawandel und digitalem Humanismus mobilisieren sollen.

Österreich werde alles tun, um Serbien auf dessen Weg in die EU zu unterstützen, hob Sobotka hervor. Insgesamt habe der südosteuropäische Raum für Österreich eine hohe Priorität und Serbien sei hier ein zentraler Partner. Österreich setze sich deswegen dafür ein, daß diese Länder nicht die Perspektiven auf dem Weg nach Europa verlieren. Insgesamt müsse Europa gestärkt werden, um größeren Einfluß auf geopolitischer Ebene nehmen zu können. Nur ein geeintes Europa könne stark auftreten und so einen Beitrag für den Weltfrieden leisten, betonte der Nationalratspräsident. ■

Südtiroler Landtag zu Gast

Eine Delegation des Südtiroler Landtags stattete dem Parlament am 23. März einen Besuch ab. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing die Präsidentin Rita Mattei gemeinsam mit dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden des Südtiroler Landtags zu einem Gespräch.



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

v.l.: Ivica Dačić, serbischer Außenminister, und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Ein moderner Parlamentarismus müsse dafür sorgen, den Menschen die Demokratie näher zu bringen. Dazu sei der permanente Dialog mit den Menschen wichtig, um das demokratische Verständnis zu stärken, betonte der Nationalratspräsident. Aus diesem Grund habe man das Parlament massiv nach außen für BesucherInnen geöffnet. Die Angebote würden auch sehr gut von jungen Menschen angenommen. 80 Prozent der Bevölkerung würden die Demokratie als beste Staatsform sehen. Beides mache Mut und man müsse dies deswegen fördern, denn Demokratie sei nichts „Selbstverständliches“. Gegenwind für die Demokratie ortete Sobotka aus dem Internet und dessen Anonymität. Allzu viele Menschen befänden sich in abgeschlossenen „Echokammern“ mit zu wenig Zugang zu neutralen und vertrauenswürdigen Informationen.

Die Autonomie Südtirols sei ein Erfolgsmodell mit Vorbildcharakter für den Schutz von Minderheiten, betonte der Nationalratspräsident. Diese sei auch ein entscheidender Faktor dafür, daß Südtirol von einem Konfliktgegenstand zu einem starken Bindeglied zwischen Österreich und Italien geworden ist. Damit sei sie ein essentieller Grundstein der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder. Österreich werde auch weiterhin seine Schutzfunktion aus Verantwortung gegenüber den Menschen in Südtirol wahrnehmen, hob Sobotka hervor. Handlungsbedarf sah Sobotka zur Wiederherstellung der 1992 verloren gegangenen Autonomie-Kompetenzen. Österreich werde dieses Thema konsequent ansprechen. Erfreut zeigte er sich aber, daß es in der aktuellen Regierungserklärung der Regierung Meloni ein Bekenntnis zur Stärkung der Autonomie gebe.



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Südtirols Landtagspräsidentin Rita Mattei und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

Hinsichtlich der Frage des LKW-Transits werde es eine nachhaltige Lösung letztlich nur nach der Fertigstellung des Brenner Basistunnels geben, meinte Sobotka. In der Zwischenzeit gelte es, möglichst im Konsens Lösungen zu finden, die die Menschen entlang des Brennerkorridors vor unzumutbaren Belastungen schützen. Eine freie Fahrt für alle LKW könne jedenfalls nicht die Lösung sein. Dies würde die Belastung der Bevölkerung in einem „unerträglichen“ Maße steigern. Es müsse eine ausgeglichene Lösung zwischen Wirtschaft, Ökologie und Bevölkerung gefunden werden. Dazu sei viel faktenorientierte Diskussion notwendig, wozu Österreich bereit sei. Diese müßte aber als Dialog geführt werden und dürfe keine „Einbahnstraße“ sein. Sollte es ein Vertragsverletzungsverfahren geben, könne Österreich diesem gelassen entgegen sehen. Die Europäische Kommission habe die österreichischen Schutzmaßnahmen bereits auf deutsches Ersuchen hin geprüft und habe dabei keinen Anlaß zu einem solchem Schritt gesehen. Im Fall des Falles werde man sich aber mit allen Mitteln zur Wehr setzen, hob Sobotka hervor. ■

Polnischer Staatspräsident im Parlament empfangen

Anläßlich seines Besuches in Österreich wurde der polnische Staatspräsident Andrzej Duda am Nachmittag des 14. April von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Parlament empfangen. Neben bilateralen Themen stand vor allem der Krieg gegen die Ukraine im Fokus des Gesprächs. Österreich zolle Polen höchste Anerkennung für die außerordentliche Unterstützung seines Nachbarlandes sowie für die hunderttausenden Vertriebenen aus der Ukraine, hob Sobotka hervor. Auch Österreich leiste seit Anbeginn des Krieges umfangreiche humanitäre Hilfe, denn man sei zwar militärisch neutral, aber nicht politisch.

Sobotka bekräftigte gegenüber seinem Staatsgast, daß die österreichische Position bezüglich des Krieges gegen die Ukraine klar und unverändert sei. Man verurteile den illegalen und ungerechtfertigten russischen Angriffskrieg, der einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle. Besonders verabscheuenswerten seien die Gräueltaten und die Brutalität, mit der gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen werde. In diesem Zusammenhang erinnerte Sobotka auch an die beeindruckende und berührende Rede von Präsident Wolodymyr Selenskyj im österreichischen Parlament. Da auch nach



Polens Staatspräsident Andrzej Duda beim Eintrag ins Gästebuch des Parlaments

über einem Jahr kein Ende des Krieges in Sicht sei, müsse ein Übergreifen auf andere Regionen, insbesondere auf die Republik Moldau und Georgien verhindert werden, war Sobotka überzeugt. Als Zeichen der Solidarität sei auch eine Reise der Parlamentspräsidenten im „Austerlitz-Format“ in diese Länder geplant.

Er freue sich über die gute Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Österreich auf den verschiedenen Ebenen, betonte Sobotka, 2020 konnte etwa das Generalkonsulat in Krakau wiedereröffnet werden. Sehr enge Verflechtungen bestünden auch im wirtschaftlichen Bereich. Polen stelle nicht nur eine der wichtigsten Exportdestinationen dar, sondern viele heimische Betriebe würden auch große Investitionen in Polen tätigen. ■

Antisemitismusstudie 2022

Der Glaube an Verschwörungsmythen, Bildung und Wissen über Jüdinnen und Juden sind wesentliche Einflussfaktoren auf Antisemitismus. Das hat die Antisemitismusstudie 2022 ergeben, die das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) gemeinsam mit Demox Research im Auftrag des österreichischen Parlaments durchgeführt hat. Die am 18. April präsentierte Studie stellt eine Fortsetzung der Antisemitismusstudien 2018 und 2020 dar und liefert so Daten, die einen Zeitvergleich zulassen.

Sobotka: Antisemitismus ist eine Gefahr für die Demokratie

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte bei der Präsentation der Studienergebnisse, daß Antisemitismus ein Jahrtau-



v.l.: IFES Studienleiterin Eva Zeglovits, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Braintrust Projektkoordinator Thomas Stern

Österreich, Europa und die Welt

sende altes Phänomen sei, das aus der Mitte der Gesellschaft komme. Heute zeige sich Antisemitismus verstärkt im Internet. All das mache es herausfordernd, antisemitische Einstellungen zu bekämpfen. Es brauche daher eine gute Datenbasis, um geeignete Maßnahmen zu setzen, sagte der Nationalratspräsident. Die Antisemitismusstudie soll dazu einen Beitrag leisten.

Die Forschung habe bisher klar gezeigt, daß Antisemitismus auch eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Der Zugang des österreichischen Parlaments sei daher, antisemitische Einstellungen zu bekämpfen und so die Demokratie zu stärken. Sobotka führte Gedenkveranstaltungen, den Simon-Wiesenthal-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und Workshops in der Demokratiewerkstatt des Parlaments als Beispiele für weitere Initiativen in diesem Bereich an.

Einflußfaktoren auf Antisemitismus

Als wesentliche Einflußfaktoren auf Antisemitismus hat die Studie den Glauben an Verschwörungsmythen, Bildungsunterschiede und das Wissen über Jüdinnen und Juden identifiziert, faßte Studienleiterin Eva Zeglovits (IFES) die Ergebnisse zusammen. Auch das Alter und die Migrationsgeschichte der befragten Personen haben teilweise Auswirkungen auf ihre antisemitischen Einstellungen.

Je mehr die Befragten an Verschwörungsmythen glauben, desto stärker sind sie antisemitisch eingestellt, brachte die Studie hervor. Das trifft auch dann zu, wenn die Verschwörungsmythen per se nichts mit Jüdinnen und Juden zu tun haben. Menschen mit höherem Bildungsgrad drücken deutlich weniger Zustimmung zu antisemitischen Aussagen aus, wobei häufig die Matura den entscheidenden Unterschied macht. Noch mehr als der formale Bildungsabschluss wirkt sich die informelle Bildung bzw. das Wissen über Jüdinnen und Juden auf antisemitische Einstellungen aus. Menschen mit Basiswissen – etwa zur Anzahl der im Holocaust ermordeten Jüdinnen und Juden, zu jüdischen religiösen Festen oder zur Fläche Israels – sind deutlich seltener antisemitisch eingestellt als jene, die nicht über dieses Wissen verfügen.

Antisemitismus in fünf Erscheinungsformen

In der Studie wurde die Zustimmung zu bestimmten, auf Jüdinnen und Juden bezogenen Aussagen abgefragt und so Antisemitismus in fünf verschiedenen Erscheinungs-



Foto:

formen ermittelt. Beim sogenannten Verschwörungantisemitismus erhalten Verschwörungsmythen, die die Existenz weltweiter jüdischer Netzwerke unterstellen, die höchste Zustimmung: 36 % der Befragten fanden die Aussage „Die Juden beherrschen die internationale Geschäftswelt“ sehr oder eher zutreffend. Der Schuldumkehr-Antisemitismus erhielt eine ähnliche Zustimmung: 36 % fanden die Aussage „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, daß sie während der Nazi-Zeit Opfer gewesen sind“ zutreffend. Niedriger lag die Zustimmung zu den Aussagen des rassistischen Antisemitismus (10 bis 21 %).

Beim holocaustbezogenen Antisemitismus lag die Zustimmung zur Extremposition der Holocaustverharmlosung ähnlich niedrig (11 %). Die Abwehr des Gedenkens an Opfer des Nationalsozialismus erhielt hingegen mehr Zustimmung: 34 % bejahten die Aussage „Ich bin dagegen, daß man immer wieder die Tatsache aufwärmt, daß im Zweiten Weltkrieg Juden umgekommen sind“. Der israelbezogene Antisemitismus erhielt ebenfalls unterschiedlich hohe Zustimmung. 30 % fanden die Aussage „Die Israelis behandeln die Palästinenser im Grunde auch nicht anders als die Deutschen im Zweiten Weltkrieg die Juden“ zutreffend. Dem Satz „Wenn es den Staat Israel nicht mehr gibt, herrscht Frieden im Nahen Osten“ stimmten 14 % zu.

Die unbefangene Grundeinstellung zu Jüdinnen und Juden, in der Studie „Non-Antisemitismus“ genannt, ist weiter verbreitet als der Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen (42 bis 65 %).

Projektkoordinator Thomas Stern (Braintrust) faßte die Ausprägungen von Antisemitismus in drei Gruppen zusammen: den manifesten, den latenten und den Non-Antisemitismus. Laut der Antisemitismusstudie 2022 sind 15 % der Befragten manifest antisemitisch eingestellt, bei 32 % konnte latenter Antisemitismus festgestellt werden. 54 % weisen keine antisemitischen Einstellungen auf.

Unter-25jährige und Menschen mit Migrationsgeschichte im Fokus

Bei den Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ließ sich kein durchgängiges Muster erkennen. Sie zeigen sich manchmal stärker antisemitisch als die Über-25-Jährigen (etwa bei den Holocaust verharmlosenden Aussagen), manchmal aber auch gleich oder weniger stark. Bildungsinstitutionen, insbesondere durch die Thematisierung im Unterricht, können dazu beitragen, antisemitische Haltungen zu reduzieren, war eine wichtige Erkenntnis der Studie. Aufklärung in der Schule sei wichtig, weil diese Aktivitäten einen starken Einfluß auf die Einstellungen der Befragten haben, betonte Eva Zeglovits.

Die in der Aufstockungsgruppe befragten Personen mit familiärer Migrationsgeschichte aus der Türkei oder aus einem arabischsprachigen Land legten durchgehend eine deutlich stärkere antisemitische Einstellung an den Tag als die österreichische Gesamtbevölkerung. Am deutlichsten wurde das beim israelbezogenen Antisemitismus. Thomas Stern betonte, daß es sich bei den befragten Personen um keinen „monolithischen Block“, sondern eine vielfältige Gruppe handle, die differenzierte Antworten gegeben habe.

Über die Antisemitismusstudie 2022

Die Antisemitismusstudie 2022 will einerseits mit den Vorgängerstudien vergleichbare Daten liefern und andererseits aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag daher erneut auf dem Einfluß von Verschwörungsmythen auf antisemitische Haltungen, dieses Mal mit Bezug auf den Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine und andere aktuelle Herausforderungen wie die Teuerung, den Klimawandel und die Energieknappheit. Von besonderem Interesse waren die Gruppe der jungen Menschen unter 25 Jahren sowie Personen mit familiärer Migrationsgeschichte.

Für die Studie wurde eine für Österreich repräsentative Stichprobe von 2.000 Personen über 16 Jahren befragt. Unter-25jährige wurden mit einer Fallzahl von 400 bewußt übergewichtet. Zusätzlich erfolgte eine Aufstockung durch Personen mit familiärer Migrationsgeschichte aus der Türkei (491 Personen) bzw. aus einem arabischsprachigen Land (483 Personen). Insgesamt wurden also 2.974 Personen österreichweit mittels computergestützten Telefon- bzw. Web-Interviews befragt. Der Zeitraum erstreckte sich von Mitte Oktober bis Ende November 2022. ■

<https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rhw/Antisemitismus-2022>

Österreich, Europa und die Welt

Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen in Prag

Die Tschechische Republik sei ein sehr wichtiger Partner in der Europäischen Union und die beiden Nachbarländer seien historisch eng verbunden, betonte Nationalratspräsident Sobotka im Gespräch mit dem neuem tschechischen Präsidenten Petr Pavel am Rande der einer zweitägigen Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments am 25. März in Prag. So seien viele österreichische Firmen in der Tschechischen Republik schon lange aktiv. Deren Investitionen seien für die Arbeitsplätze von etwa 100.000 Menschen verantwortlich. Ebenso begrüßte Sobotka Projekte zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte beider Länder und sprach sich für eine Ausweitung dieser Kooperationen aus. Außerdem thematisierte Sobotka den Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Flüchtlingssituation sowie die Situation am Westbalkan.

Sobotka und Bundesratspräsident Günter Kovacs trafen in Prag auch mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten zusammen.

Im Rahmen der Konferenz hielt Sobotka eine Keynote-Ansprache zur Rolle der EU in der globalen Zusammenarbeit von Demokratien und der Abhängigkeit von totalitären Regimen. Es brauche Mut, Zusammenarbeit und Bildung, um gemeinsam den Gefahren für die Demokratie entgegenzuwirken, appellierte der Nationalratspräsident in Richtung seiner europäischen AmtskollegInnen im Rahmen seiner Rede. Die Stärke und das Selbstbewußtsein der Demokratien seien die Entwicklung tragfähiger Kompromisse und zukunftsweisender Lösungen zu wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen. Aufgrund der zunehmenden Polarisierung falle ihnen dies aber immer schwerer.

Soziale Medien und Plattformen hätten zu dieser Polarisierung massiv beigetragen, kritisierte Sobotka. Künstliche Intelligenz verschärfe dieses Problem zusätzlich. Die Auswirkungen davon seien real und dramatisch: Verschwörungsmythen, Fake-News sowie die Dämonisierung von Minderheiten würden zunehmen. Es gelte, einerseits die Gefahren einzudämmen und parallel die durchaus positiven Möglichkeiten des Digitalen Zeitalters für die Demokratie einzusetzen. Daher bedarf es einer engagierten und effektiven Strategie der „digitalen Selbstverteidigung“, um gegen diese manipulativen und intransparenten Plattformen und Kampagnen vorzugehen, forderte Sobotka. Dazu bedarf es tiefgreifender Maßnahmen gegen



Foto: Komunikáčnı́ tým prezidenta Petra Pavla

Treffen zwischen dem neuen tschechischen Präsidenten Petr Pavel und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Prag

die „Pandemie der Desinformation und Manipulation“, wie etwa ein Registrierungs- und Zulassungsverfahren für Algorithmen, künstliche Intelligenzen und Social-Media-Plattformen, meinte der Nationalratspräsident. Gleichzeitig brauche es Bildung im Bereich der digitalen Kompetenzen der BürgerInnen. Entscheidend sei eine kritische und mündige Gesellschaft, die negative Einflüsse erkennt und sich diesen entgegen stellt. Ebenso brauche es mehr Bildung zur Bekämpfung des „Gifts des Antisemitismus“, forderte Sobotka angesichts der Zunahme dieser „antidemokratischen Einstellung“. Europas Parlamente und Demokratien würden sich dem Recht des Stärkeren nicht fügen.

Sie werden dem Lauteren und dem Böseren niemals Recht geben, kritisierte Sobotka den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als „zynischen und brutalen Kulturbruch“ und als einen fundamentalen Angriff auf die prinzipiellen Werte einer regelbasierten globalen Ordnung. Es gelte, ein Übergreifen des Krieges auf andere Regionen, insbesondere auf Moldau und Georgien, zu verhindern und den weltweiten russischen Desinformationskampagnen entschieden entgegenzutreten, forderte Sobotka eindringlich.

Bundesratspräsident Günter Kovacs betonte in seinem Beitrag, die Demokratien in Europa seien Garanten für Frieden, Wohlstand und Sicherheit. Nicht zuletzt der russi-



Foto: Kancelář Senátu PCR

Die tschechische Parlamentspräsidentin Markéta Pekarová Adamová, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der tschechische Senatspräsident Miloš Vystrčil

Österreich, Europa und die Welt

sche Angriffskrieg gegen die Ukraine habe gezeigt, daß die Grundpfeiler demokratischer Systeme und Gesellschaften heute mehr denn je mit großen Herausforderungen, wie hybriden Bedrohungen und Desinformation, konfrontiert seien. Dazu bedarf es einer starken EU, die sich auf die großen Herausforderungen konzentriert, die aber den Mitgliedsstaaten in anderen Fragen die Freiheit lässt, diese auf nationaler oder auch regionaler Ebene zu lösen.

Zur Erreichung der strategischen Autonomie der EU sei auch die Frage der Energieversorgung zentral. Die Energiewende müsse weiter vorangetrieben und fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden, verwies Kovacs auf beispielgebende Initiativen aus seinem Heimatbundesland, dem Burgenland. ■

Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus an Opfer des Nationalsozialismus

Am 5. Mai, dem Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen erinnerte das Parlament mit dem Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus an die Opfer des Nationalsozialismus.

Sobotka: Aus Gedenken Eckpfeiler für gegenwärtiges Handeln bauen

„Soll unser Gedenken nicht zum leeren Ritual verkommen, muß sich Gedenken – begründet in einem klaren Bewußtsein des Geschehenen – mit dem aktuellen Gesche-

hen, mit dem Gegenwärtigen konfrontieren“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seinen Eröffnungsworten. Sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, falle immer leichter, sagte Sobotka. Doch der heutige, unbequeme Anspruch sei es, aus dem Gedenken an vergangenes Unrecht klare Eckpfeiler für das gegenwärtige Handeln zu bauen.

Als Beispiele für solche Eckpfeiler führte der Nationalratspräsident das Bekenntnis Österreichs zu Israel als jüdischem Staat, die Wertschätzung gegenüber der jüdischen Gemeinde in Österreich und die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit durch Restitutions- und Entschädigungen an. Als vierten Eckpfeiler und wohl herausforderndste Aufgabe nannte Sobotka eine verbesserungswürdige Pflege der politischen und demokratischen Kultur. Denn oft müsse man sich fragen, ob die Fähigkeit verloren gehe, Zukunft zu verhandeln und einen Konsens herzustellen. Eine kritikwürdige Rolle spielen laut Sobotka auch soziale Medien, indem sie Polarisierung und Verschwörungsmymen befeuern. Es bedürfe einer „digitalen Selbstverteidigung unserer Demokratien“ so der Nationalratspräsident. „Wir sehen uns einer neuen Pandemie der Desinformation und Manipulation ausgesetzt. Bis dato gibt es dagegen keine Immunisierung“, sagte er.

Sobotka forderte eine stärkere Regulierung von Künstlicher Intelligenz und Social Media durch Registrierungs- und Zulassungsverfahren in europäischen und nationa-

len Behörden. Es brauche aber auch einen Fokus auf Demokratiebildung und digitale Bildung. Denn das Problem der Fragmentierung und Polarisierung sei vielschichtig und lasse sich nicht einfach wegregulieren. Auch die PolitikerInnen tragen laut Sobotka Verantwortung. In diesem Sinne sprach er sich für mehr gegenseitigen Respekt in der politischen Kultur aus.

Kovacs: Parlament als richtiger, aber nicht einziger Ort des Gedenkens

Wie Sobotka zeigte sich auch Bundesratspräsident Günter Kovacs überzeugt, daß Gedenken immer mit einer Botschaft für die Gegenwart verbunden sein müsse. Es gehe um eine klare Ablehnung von Gewalt und Rassismus. In diesem Zusammenhang müsse man auch den Blick auf den Krieg in der Ukraine, auf die Gewalt und die Opfer dieses Krieges richten und alles dafür tun, damit es in Europa wieder Frieden und Sicherheit gebe.

Kovacs erinnerte mit Blick auf den Schwerpunkt des heurigen Gedenktages an die 71.000 Menschen, die aus allen Teilen Europas verschleppt und im KZ Gusen inhaftiert wurden. Mehr als die Hälfte von ihnen habe die Haft nicht überlebt, so der Bundesratspräsident. Daß der in Gusen bestehende Gedenkort erweitert werden soll, bezeichnete Kovacs als wichtigen Schritt für die Zukunft des Gedenkens. „Wir gedenken und erinnern, damit sich die Geschichte nicht wiederholen kann“, betonte er. Damit



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

verbunden sei eine Verantwortung, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und richtig zu handeln. Es gelte, konsequent gegen Antisemitismus und Rassismus jeglicher Art zu kämpfen, sich gegen Gewalt und Haß in Gesellschaft und Politik einzusetzen und die Demokratie zu verteidigen. Das Parlament sei dafür der richtige, aber bestimmt nicht der einzige Ort, so Kovacs.

KZ Gusen im Fokus des Gedenkens

Nach den Eröffnungsworten des Nationalrats- und des Bundespräsidenten wurde der Kurzfilm „Gusen weiterdenken“ ein kurzer Film über die Geschichte des KZ Gusen und den laufenden Prozeß zur Errichtung einer Gedenkstätte vorgeführt. Er zeigt beispielhaft den Umgang mit der Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes. Das KZ Gusen umfaßte drei unterschiedliche Häftlingslager in Oberösterreich, die von der SS als Außenlager des KZ Mauthausen geführt wurden. Am 5. Mai 1945 wurden die Lager von US-Soldaten befreit. Von den rund 71.000 Häftlingen, die aus ganz Europa in das Lagersystem verschleppt wurden, wurden von Dezember 1945 bis Mai 1945 etwa 36.000 durch die grausamen Lebensbedingungen und die schwere Arbeit in den Steinbrüchen und der Rüstungsindustrie getötet. Aufgrund seiner Größe, der Anzahl der Häftlinge und vor allem der Todesrate stellt Gusen einen Sonderfall im Lagersystem des KZ Mauthausen dar.

Das Gelände des ehemaligen Lagers wurde nach dem Krieg nicht Teil der Gedenkstätte Mauthausen, sondern teilweise weiterhin wirtschaftlich genutzt und später weitge-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ehrt den Holocaustüberlebenden Stanislaw Zalewski

hend verbaut. Damit verschwanden die Bauten des Lagers zum Großteil. Die Erinnerung an das KZ Gusen wurde vor allem von privaten Opferverbänden wachgehalten. Nach einem längeren Diskussionsprozeß erwarb die Republik Österreich in den Jahren 2021 und 2022 Teile des Areals mit der Zusage, der langjährigen Forderung nach der Errichtung einer würdigen Gedenkstätte zu entsprechen. In der Entwicklung des Konzepts wird versucht, neue Wege in der Gedenkkultur zu gehen. Bewußt setzt man auf die Beteiligung der BürgerInnen und sucht den Dialog mit ihnen. In Österreich findet erstmals ein solcher Beteiligungsprozeß zur Gestaltung einer Gedenkstätte statt.

Der Kurzfilm diente auch als Impuls für eine Podiumsdiskussion. Abschließend lasen junge GedenkvermittlerInnen aus den Biographien dreier Opfer des Nationalsozialismus. Jan Topolewski wurde aus Warschau, Johann Reinhardt aus Sindelfingen bei Stuttgart und Wiktor Ormicki aus Krakau deportiert und ins KZ Gusen gebracht, wo alle drei verstarben.

Die Gedenkveranstaltung wurde musikalisch begleitet vom Oberkantor der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Shmuel Barzilai und dem Friedrich-Weinreb-Quartett sowie dem Chor Momentum Vocal Music. Rebekka Salzer führte als Moderatorin durch den Vormittag. ■

Österreich, Europa und die Welt

Besuch in der Republik Kosovo

Am 8. Mai, dem ersten Tag seiner dreitägigen Westbalkan-Reise, traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Pristina mit hochrangigen Vertretern der Republik Kosovo zusammen.

Ausgezeichnete Beziehungen zwischen der Republik Kosovo und Österreich

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Republik Kosovo und Österreich seien ausgezeichnet, betonte der Nationalratspräsident im Rahmen seines Gesprächs mit Parlamentspräsident Glauk Konjufca. So sei Österreich der viertgrößte Investor im Kosovo, hoffte Sobotka auf eine weitere Intensivierung insbesondere in den Zukunftsbereichen Umwelt, Digitalisierung und Infrastruktur. Der Kosovo sei eines der Schwerpunktländer Österreichs im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Aktuell würden elf Projekte mit Fokus auf wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes sowie Hochschulbildung unterstützt. Das österreichische Bundesheer sei zudem mit derzeit 283 SoldatInnen im Rahmen des KFOR-Einsatzes im Kosovo präsent. Damit stelle Österreich das größte Kontingent eines Nicht-NATO-Mitgliedsstaates.

Erfolgreiche Kooperation auf parlamentarischer Ebene

Der Westbalkan sei auch für das österreichische Parlament die wichtigste Schwerpunktregion, hob Sobotka hervor. Die Heranführung dieser Region an die EU sei Österreich ein sehr großes Anliegen. Im Bereich der Demokratiewerkstatt aber auch beim Westbalkan-Stipendienprogramm würden die beiden Parlamente sehr erfolgreich kooperieren. Die Demokratiewerkstatt erwecke erfolgreich das Interesse für Parlamentarismus, demokratiepolitische Prozesse, politische Mitwirkung und zivilgesellschaftliches Engagement. Das Stipendienprogramm ermögliche den Austausch der Parlamentsverwaltungen. Er hoffe, daß diese beiden wichtigen Kooperationen fortgeführt und intensiviert werden, betonte Sobotka gegenüber seinem Amtskollegen Konjufca.

Sobotka zum Belgrad-Pristina-Dialog: Es gibt keine Alternativen

Der Nationalratspräsident erkundigte sich bei seinem Amtskollegen nach den jüngsten Verhandlungen und etwaigen Fortschritten im Belgrad-Pristina-Dialog. Es gebe keine realistische Alternative und es sei wichtig, weiter konstruktiv im Dialog zu bleiben,



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem Präsidenten des Parlaments der Republik Kosovo Glauk Konjufca...



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

... und mit Premierminister Albin Kurti

betonte Sobotka. Es sei daher begrüßenswert, daß sowohl der Kosovo als auch Serbien den Normalisierungsvorschlag akzeptiert haben und die Verpflichtungen nun Teil der EU-Beitrittsperspektiven werden. Der Kosovo müsse nun engagiert Fortschritte bei der Umsetzung anstreben. Dies gelte insbesondere bei der Schaffung des Verbands mehrheitlich serbischer Gemeinden.

Heranführung der Westbalkanländer an Europäische Union wichtig

Angesichts der veränderten geopolitischen Lage sei es heute wichtiger denn je, den Westbalkan enger an die EU zu binden, meinte Sobotka. Österreich unterstütze deswegen Kosovos EU-Beitrittsperspektive. Dafür sei es wichtig, daß der Kosovo weiter konsequent Reformen umsetze und sichtbare

Ergebnisse vorweise. Zudem tauschten sich die beiden Amtskollegen über den Krieg gegen die Ukraine aus. Sobotka erneuerte dabei die österreichische Position und verurteilte den illegalen, ungerechtfertigten und unprovokierten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Austausch mit Premierminister Albin Kurti

Im Rahmen eines Besuchs bei Premierminister Albin Kurti thematisierte Nationalratspräsident Sobotka die bilateralen Beziehungen, den Krieg gegen die Ukraine, die Situation in der Großregion, die EU-Integration der Republik Kosovo und der anderen Westbalkan-Staaten sowie den Beitritt zum Europarat. Zudem erkundigte sich Sobotka nach dem aktuellen Stand und die Fortschritte im Belgrad-Pristina-Dialog.

Österreich, Europa und die Welt

Besuch in Montenegro

Am 9. Mai, dem Europatag, besuchte Sobotka die Demokratiewerkstatt des montenegrinischen Parlaments in Podgorica. Im Mittelpunkt des Austauschs mit den jungen BesucherInnen standen die Bedeutung der Demokratie und der Europäischen Union sowie der EU-Beitrittsprozeß Montenegros.

In einem Gespräch mit der Präsidentin des montenegrinischen Parlament, Danijela Đurović, tauschte sich Sobotka zu der Lage in der Großregion, den EU-Beitrittsprozeß, den bilateralen Beziehungen sowie den weitreichenden internationalen Folgen des Kriegs gegen die Ukraine aus.

Ausgezeichnete Beziehungen zwischen Montenegro und Österreich

Die bilateralen Beziehungen zwischen Montenegro und Österreich seien ausgezeichnet und von Zusammenarbeit geprägt, betonte der Nationalratspräsident im Rahmen seines Gesprächs mit Danijela Đurović. Auf wirtschaftlicher Ebene sei Österreich unter den Top-10-Investoren in Montenegro. Die für den EU-Beitritt notwendigen Reformen und Fortschritte würden den Standort noch attraktiver für Investitionen österreichischer Unternehmen machen, zeigte sich Sobotka überzeugt.

Besuch in Serbien

Am 10. Mai, dem letzten Tag seiner Westbalkan-Reise, traf Wolfgang Sobotka in Belgrad mit dem Präsidenten der Republik Serbien, Aleksandar Vučić, mit dem Präsidenten der serbischen Nationalversammlung Vladimir Orlić sowie mit dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister Iвица Dačić zusammen.

Es sei begrüßenswert, daß Serbien und der Kosovo den Normalisierungsvorschlag akzeptiert haben und die Verpflichtungen daraus Teil der EU-Beitrittsperspektiven werden, sagte der Nationalratspräsident im Gespräch mit seinem Amtskollegen Vladimir Orlić. Das Abkommen müsse nun zügig umgesetzt werden. Dazu sei politischer Wille und Kompromissfähigkeit das Gebot der Stunde. Zudem erkundigte sich Sobotka bei seinem Amtskollegen nach Fortschritten im Belgrad-Pristina-Dialog. Hinsichtlich der geringen Wahlbeteiligung bei den Wahlen in Nord-Kosovo Ende April bedürfe es Schritte, um die dortigen serbischen Minderheiten wieder zur Teilnahme in den Institutionen zu bewegen.

Migration sei ein destabilisierender Faktor, erklärte Sobotka bezugnehmend auf die



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Die Präsidentin des Parlaments von Montenegro, Danijela Đurović, empfing Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Pristina

mehr als 112.000 Asylsuchenden 2022 in Österreich. Die meisten illegalen MigrantInnen würden über die Westbalkan-Route nach Europa kommen. Die Zusammenarbeit zwischen Serbien und Österreich in diesem Bereich sei deswegen wichtig und positiv, begrüßte Sobotka die Aufhebung der Visafreiheit für Drittländer wie Tunesien oder Indien durch Serbien. Das trilaterale Engagement Serbiens und Österreichs gemeinsam mit Ungarn sei ein „Best-Practice-Beispiel“ und habe deutliche Verbesserungen für die gesamte EU gebracht. Der aktuelle Aktionsplan der Europäischen Kommission zur Westbalkan-Route sei ermutigend, aber nicht genug. Eine rasche Umsetzung sei dringend notwendig, meinte der Nationalratspräsident. Österreich werde jedenfalls die Westbalkan-

Länder bei der Stärkung und Entwicklung von Grenzmanagement, Rückführung, Schmuggel und Schutzkapazitäten unterstützen.

Österreich unterstütze Serbien konsequent auf dessen Weg in die Europäische Union, erklärte Sobotka gegenüber Serbiens Präsident Vučić. Die aktuellen Reformen seien begrüßenswert, die Reformagenda müsse aber besonders in den Bereichen Grundrechte, Pressefreiheit und Korruptionsbekämpfung weiter konsequent voran getrieben werden. Dazu sei auch die vollständige Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, einschließlich der Sanktionen gegen Rußland, notwendig. Dies sei aktuell der wichtigste Faktor für Fortschritte im Beitrittsprozeß. Serbien müsse hier daher Fortschritte erzielen.



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Nationalratspräsident Sobotka und der Präsident der Republik Serbien Aleksandar Vučić

Österreich, Europa und die Welt

Österreich werde jedenfalls alles unternehmen, damit der Annäherung der Westbalkan-Staaten weiterhin die entsprechende Bedeutung auf europäischer Ebene gegeben werde. Es dürfe keinesfalls zwei Klassen von Beitrittskandidaten geben, meinte Sobotka angesichts der vielerorts gewünschten Priorisierung der EU-Integration der Ukraine und von Moldau.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien seien von einer engen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Verbundenheit geprägt, betonte Sobotka. Dies zeige sich an den dynamischen Kooperationen im Wissenschafts- und Technologiebereich, aber auch an der geschätzten und gut integrierten serbischen Gemeinschaft in Österreich. Auch auf wirtschaftlicher Ebene gebe es enge Verbindungen und Österreich sei zweitgrößter ausländischer Investor in Serbien. 400 österreichische Unternehmen würden rund 22.000 Arbeitsplätze in Serbien schaffen.

Auch auf parlamentarischer Ebene gebe es gute Beziehungen zwischen Serbien und Österreich, hob der Nationalratspräsident hervor und schlug eine weitere Vertiefung vor. Seit mehreren Jahren sei der Westbalkan die Schwerpunktregion des österreichischen Parlaments. Mit dem Westbalkan-Stipendienprogramm ermögliche man Parlaments-MitarbeiterInnen aller sechs Westbalkanländer, darunter Serbien, einen Austausch mit Österreich. ■

Besuch in Moldau

Im Rahmen einer Auslandsreise in die Republik Moldau traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 16. Mai mit dem moldauischen Parlamentspräsidenten Igor Grosu zusammen. Im Austausch thematisierte Sobotka den Krieg gegen die Ukraine und dessen Folgen für Moldau. Der Republik Moldau gelte Österreichs unerschütterliche Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität, betonte der Nationalratspräsident hierzu. Österreich unterstütze Moldau auf dem Weg in die Europäische Union. Es gelte aber, alle Kandidatenländer gleich zu behandeln und die Westbalkan-Staaten nicht zurück zu lassen.

Weitere Gespräche führte Sobotka mit Premierminister Dorin Recean, dem Minister für Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie Vladimir Bolea und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten und EU-Integration Nicu Popescu. Zudem traf er mit dem stellvertretenden Leiter des Ausschusses für Außenpolitik und Europäische Integration



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Nationalratspräsident Sobotka und der serbische Außenminister Ivica Dačić

Ion Groza sowie VertreterInnen der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Moldau-Österreich zusammen.

Österreich stehe auf vielfältige Weise an der Seite der Republik Moldau, betonte der Nationalratspräsident in den Gesprächen mit den moldauischen PolitikerInnen. So sei Moldau seit 2004 ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungs-Zusammenarbeit. Die Schwerpunkte würden dabei in der Regionalentwicklung und beim Zugang zum Arbeitsmarkt mit Fokus auf Berufsbildung liegen. Ebenso kooperiere man im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung. Auf wirtschaftlicher Ebene sei Österreich unter den TOP-10-Auslandsinvestoren. Rund 30 Unternehmen seien in Moldau aktiv und würden für rund 2.350 Arbeitsplätze sorgen. Erfreut zeigte sich Sobot-

ka, daß das bilaterale Handelsvolumen um 3,2 Prozent auf 122 Mio. € 2022 gestiegen sei. Es gebe aber durchaus Potential zur weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, meinte Sobotka. Zudem gebe es einen regen bilateralen Besuchsaustausch auf Ebene der Regierungen und der Parlamente sowie über die Beziehungen auf kultureller Ebene.

Der Nationalratspräsident interessierte sich außerdem für die Wahrnehmung des Kriegs in der Bevölkerung und für die Auswirkungen der hohen Flüchtlingszahlen. Moldau habe eine sehr große Zahl ukrainischer Flüchtlinge auf beeindruckende solidarische Weise aufgenommen. Österreich unterstütze diese Anstrengungen. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges habe man deswegen die humanitäre Hilfe mit insge-



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer

Nationalratspräsident Sobotka und der Premierminister der Republik Moldau Dorin Recean

Österreich, Europa und die Welt

samt 18,2 Mio. € unterstützt. Um die schwierige Situation zu entschärfen, habe Österreich sich zudem bereit erklärt, 2.000 ukrainische Flüchtlinge aus Moldau zu übernehmen.

Die östliche Partnerschaft und der Westbalkan seien Schwerpunktregionen sowohl für die Republik Österreich als auch das österreichische Parlament. Die Heranführung dieser Länder an die EU sei deswegen ein wichtiges Anliegen. Österreich unterstütze daher auch den Wunsch Moldaus nach einer EU-Mitgliedschaft voll und ganz, betonte Sobotka. Der Kandidatenstatus sei ein wichtiges Zeichen der Solidarität und Unterstützung in diesen sehr schwierigen Zeiten. Moldau mache Fortschritte bei der Umsetzung der Reformempfehlungen der EU-Kommission. Es sei wichtig, diese weiter voranzutreiben, da nur so ein Vorankommen auf dem europäischen Weg möglich sei. Der EU-Reformprozeß sei aber kein Wettlauf, die Qualität der Reformen sei wichtiger als die Geschwindigkeit, meinte der Nationalratspräsident. Österreich sei die Gleichbehandlung aller Beitrittskandidaten wichtig. Die Partner des westlichen Balkans dürften nicht zugunsten des Beitritts Moldaus und der Ukraine zurück gelassen werden, forderte Sobotka.

Am Schluß wurde die Auslandsreise mit einem Austausch zur Situation der Jüdischen Kultusgemeinde sowie mit einem Besuch der Stiftung Concordia abgerundet. ■

Besuch aus Brüssel

Die Renovierung des Parlamentsgebäudes habe es zu einem offeneren, nachhaltigerem und zugänglicherem „Leuchtturm“ der Demokratie gemacht, sagte die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, die am 25. Mai in der Nationalratssitzung eine Erklärung abgab. Im Sinne dieser symbolhaften Veränderung könnten auch wir uns erneuern und so die Grundlagen des europäischen Projekts stärken, meinte sie.

Die Nostalgie könne nicht die Triebkraft für die Politik sein, sagte Metsola. Vielmehr gelte es, zukunftsorientiert und vorausschauend zu agieren. Denn die Entscheidungen, um die Herausforderungen von morgen zu bewältigen, müßten heute getroffen werden. Dies sollte auf eine nachhaltige Weise geschehen, um nicht mehr Probleme für die nächsten Generationen anzuhäufen.

Wir befänden uns in einer Ära multipler Krisen, hob Metsola den Angriffskrieg auf unserem Kontinent hervor und erwähnte



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem Präsidenten des Parlaments der Republik Moldau Igor Grosu...



... und mit dem Vizepremierminister, Minister für Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie Vladimir Bolea



v.l.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, Europaministerin Karoline Edtstadler und Außenminister Alexander Schallenberg

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola bei ihrer Rede vor dem österreichischen Parlament

so gleich die hohen Energiekosten, die Preiserhöhungen und die Inflation. Auch der Klimawandel, die Migration und die sich nach der Pandemie nur langsam erholende Wirtschaft bezeichnete sie als Herausforderungen. Allerdings würden nicht diese Herausforderungen unsere Zeit definieren, sondern die gemeinsame Antwort darauf, meinte sie unter Bezugnahme auf die Einigkeit Europas. Diese mache sie stolz. Die Herausforderungen würden Österreich genauso betreffen wie den Rest der Europäischen Union und könnten nur durch gemeinsames Handeln bewältigt werden, betonte sie.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sei eine existenzielle Bedrohung für unsere Union, für unsere Lebensweise, so Metsola. Die Antwort darauf müsse angemessen und überlegt sein, weil sie die globalen Beziehungen für viele Jahre bestimmen werde. Mit der brutalen Invasion sei eine Linie hinsichtlich unserer Werte und unserer Sicherheit überschritten worden. Die EU-Parlamentspräsidentin bezeichnete dies als den „Schicksalspunkt unserer Generation“.

Europa stehe für Gerechtigkeit, für Freiheit und für Rechtsstaatlichkeit, auch dann und besonders dann, wenn es schwer sei, diese hochzuhalten, betonte sie. Wenn wir nicht für diese Werte eintreten, dann sei alles wofür wir gekämpft haben, in Gefahr. Daher sei es ihr zufolge nötig, beständig Unterstützung zu leisten und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu überdenken.

Die Debatte über strategische Autonomie beeinflusse auch die digitale Wende und die grüne Wende, meinte die Präsidentin des Europäischen Parlaments. Sie sprach sich für die Schaffung eines Rahmens für ein nachhaltiges, umweltfreundliches Wachstum und einen zielgerichteten Umgang mit dem generationenübergreifenden Problem der Armut aus. Bei der Frage, wie man jungen Men-



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Bundesratspräsident Günter Kovacs mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola beim Eintrag ins Gästebuch des Parlaments

schen Hoffnung geben und die ehrgeizigen Klimaziele erreichen könne, gehe es um die Zukunftssicherheit unserer Wirtschaft, und darum, das europäische Projekt zu stärken, so Metsola. Dabei gelte es auch, die europäischen Entscheidungen besser zu erklären und den Betroffenen – insbesondere im Landwirtschaftssektor – mehr zuzuhören.

Es gebe eine unsichtbare Linie, über die man Menschen nicht drängen könne, sagte Metsola. Für Erfolg brauche es Vertrauen in den Prozeß, verwies sie auf das eingangs von ihr erwähnte „Europa der Erneuerung“. Der enthusiastische Gedanke des „Europas für Alle“ solle wieder zurückgewonnen werden. Österreich habe in dieser Hinsicht ausgezeichnetes geleistet, indem das Thema der Bekämpfung des Antisemitismus auf europäischer Ebene gehoben wurde, dankte die EU-Parlamentspräsidentin Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka für sein diesbezügliches Engagement.

Man sollte stolz auf das sein, wofür die EU steht, sagte Metsola. Das Europäische Parlament gehöre allen BürgerInnen, so auch

den österreichischen. Die EU-Maßnahmen und -Strategien würden nur funktionieren, wenn man sie mit ins Boot hole. Das betreffe auch das Thema Migration, wobei es noch viel zu tun gäbe, um den Schengenraum zu stärken und zu sichern. Ein stärkeres Schengen bedeute ein sicheres Europa, betonte sie. Ein enger zusammenrückendes Europa bedeute ihrer Meinung nach außerdem ein besseres Europa. Die Union sei zwar nicht perfekt und der Frust vieler nachvollziehbar, aber die Fähigkeit, Unterschiede zu überbrücken, mache die EU stark. „Europa ist es wert“, sagte Metsola und nahm Bezug auf die im Juni 2024 stattfindenden EU-Wahlen, für die es noch Überzeugungsarbeit zu leisten gelte. Man müsse besser darin werden, den Wert Europas zu erklären und dürfe keine Angst vor Veränderung haben, meinte sie.

Zum Abschluß ihrer Erklärung sprach sie mit Wolfgang Amadeus Mozart zu den Nationalratsabgeordneten: „Wir leben in dieser Welt, um immer zu lernen, fleißig zu lernen und einander durch Gespräche zu erleuchten“. Darum gehe es auch im europäischen

Österreich, Europa und die Welt

Zu Gast in der Schweiz

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf am 31. Mai in Bern zu einem Auslandsbesuch ein. Er führte Gespräche mit dem Nationalratspräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft Martin Candinas, Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller, Außenminister Bundesrat Ignazio Cassis und dem Vizepräsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank Martin Schlegel. Dabei thematisierte Sobotka die bilateralen Beziehungen, das Verhältnis zur Europäischen Union, internationale Problemherde sowie die Folgen der Teuerung und Inflation.

In den Gesprächen hob Sobotka die guten Nachbarschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten hervor. Ebenso vertrauensvoll und eng sei das Verhältnis auch auf parlamentarischer Ebene. Im Rahmen der gut funktionierenden strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern wolle man 2023 weitere wichtige Akzente setzen. Dazu seien gemeinsame Aktivitäten in den Bereichen Sicherheitspolitik, Cybersecurity Krisenprävention, Digitalisierung und Migration geplant. Die Schweiz sei ein wichtiger strategischer Partner für die Europäische Union, erklärte Sobotka. Österreich setze sich daher für eine möglichst enge Beziehung zwischen der EU und der Schweiz ein. Zudem thematisierte der Nationalratspräsident Möglichkeiten zur weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen.

Angesichts der erstmaligen Mitgliedschaft der Schweiz im UN-Sicherheitsrat und deren momentanen Vorsitz, erörterte Sobotka mit Außenminister Bundesrat Ignazio Cassis aktuelle außenpolitische Problemfelder. Sobotka verurteilte dabei den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als direkten Angriff auf die regelbasierte internationale Ordnung und als klaren Verstoß gegen die Satzung der Vereinten Nationen.

Zu aktuellen finanzpolitischen Fragen und zur Bekämpfung der Teuerung tauschte sich Sobotka mit dem Vizepräsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank Martin Schlegel aus. Schlegel präsentierte die Aufgaben der Nationalbank und die aktuellen finanzpolitischen Herausforderungen und die Entwicklung der Teuerung in der Schweiz und Europa.



Foto: Schweizer Parlament/Carmela Odoni

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem Schweizer Nationalratspräsidentem Martin Candinas...



Foto: Schweizer Parlament/Carmela Odoni

... mit der Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller und dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten Ignazio Cassis



Foto: Schweizer Parlament/Carmela Odoni

Österreich, Europa und die Welt

Besuch aus Israel

Der israelische Außenminister Eli Cohen war am 1. Juni zu Gast im Parlament. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf ihn zu einem Gespräch, in dem er die guten Beziehungen zwischen Israel und Österreich hervorhob sowie den Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine thematisierte.

Sobotka strich die bilaterale Zusammenarbeit als hervorragend hervor, die durch die Unterzeichnung der strategischen Partnerschaft vor zehn Monaten bekräftigt worden sei. Da das Gedenken an den Holocaust bzw. die Bekämpfung des Antisemitismus ein zentraler Bestandteil dieser Partnerschaft sei, zeigte Sobotka sich besonders erfreut über die verstärkte Kooperation mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Auch zwischen der Knesset und dem österreichischen Parlament finde auf politischer und administrativer Ebene ein reger Austausch statt, der sich im Mai 2022 durch die Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding zwischen den beiden Parlamenten manifestiert hat, so der Nationalratspräsident.

Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstrich Sobotka, daß Österreich diesen völkerrechtswidrigen Krieg verurteile. Er zeigte Verständnis für die schwierige Position Israels, bezeichnete es aber als wichtig, in dieser Angelegenheit mit einer Stimme zu sprechen.

Weitere zentrale Themen des Gesprächs waren regionale Entwicklungen im Nahen Osten und die Bedeutung der Abraham-Abkommen zur Förderung der Stabilität in der Region. ■

Besuch aus Tschechien

Im Rahmen seines Antrittsbesuchs in Österreich traf der neue Staatspräsident der Tschechischen Republik Petr Pavel am 1. Juni mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zu einem Gespräch im Parlament zusammen. Dabei thematisierte Sobotka die bilateralen Beziehungen, den Austausch zwischen Österreich, der Tschechischen Republik und der Slowakei im Rahmen des Austerlitz-Formates und die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Die Tschechische Republik sei nicht nur ein hervorragender Nachbar, sondern auch ein Schlüsselpartner auf europäischer Ebene, hob Sobotka eingangs hervor. Auch auf Ebene der Wirtschaft seien die Tschechische Republik und Österreich seit jeher eng verbunden. Ebenso seien die beiden Nachbarn



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt Israels Außenminister Eli Cohen

auch in den Bereichen Kultur, Sport und Zivilgesellschaft eng verbunden. Hier gelinge es zunehmend, die Menschen von beiden Seiten zusammenzubringen und die Grenzen zu überwinden, stimmten Sobotka und Pavel überein. Dazu brauche es auch einen besseren Ausbau der Infrastruktur-Verbindungen zwischen den Staaten, meinten beide. Ebenso gelte es, die tschechischen Minderheiten in Österreich zu unterstützen. Dies sei ihm ein persönliches Anliegen, erklärte Sobotka.

Die Zusammenarbeit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Österreichs im Austerlitz-Format schätze er sehr, betonte

der Nationalratspräsident weiters. Es stärke die Zusammenarbeit und Kooperation der drei Nachbarstaaten. Sobotka erkundigte sich bei Pavel nach dessen Einschätzung zur Gefahr des Übergreifens des russischen Angriffskriegs Richtung Georgien und zu den möglichen Folgen der ukrainischen Gegenoffensive. Es sei wichtig, die Unterstützung der Ukraine aufrecht zu erhalten, stimmten beide Gesprächspartner überein.

Im Anschluß an das Gespräch führte Nationalratspräsident Sobotka den tschechischen Präsidenten durch das renovierte Parlament. ■



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Der Präsident der Tschechischen Republik Petr Pavel (l.) bei seinem Besuch im Parlament mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



v.l.: der georgische Parlamentspräsident Shalva Papuashvili, die Präsidentin der Abgeordnetenkommer Tschechiens Markéta Pekarová Adamová, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsident des slowakischen Nationalrates Boris Kollár

Zu Gast in Georgien

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besuchte am 5. und 6. Juni gemeinsam mit seiner tschechischen Amtskollegin Markéta Pekarová Adamová und dem slowakischen Nationalratspräsidenten Boris Kollár Georgien. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wollten die drei ParlamentspräsidentInnen mit dem Besuch Georgien ihre Solidarität und die volle Unterstützung für dessen territoriale Integrität und Souveränität zeigen.

Gemeinsam tauschten sie sich mit dem georgischen Parlamentspräsidenten Shalva Papuashvili, der Präsidentin Salome Zourabichvili sowie dem Premierminister Irakli Garibashvili aus. Auf bilateraler Ebene wurde mit der Unterzeichnung eines Letter of Intent zur Einrichtung einer Demokratiewerkstatt im georgischen Parlament nach Vorbild des österreichischen Modells ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Demokratiebildung und politischen Teilhabe im Land gesetzt.

Erstmals erfolgte damit eine Auslandsreise des Nationalratspräsidenten im Austerlitz-Format gemeinsam mit seinen beiden tschechischen und slowakischen AmtskollegInnen. Dies zeige die steigende Bedeutung dieses zentraleuropäischen Kooperationsformats, hob Sobotka – wenige Wochen bevor Österreich am 1. Juli den Vorsitz für ein Jahr übernimmt – hervor.

Der Nationalratspräsident zeigte sich im Austausch mit seinen georgischen Gesprächs-



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Treffen mit Georgiens Präsidentin (v.l.): der Präsident des slowakischen Nationalrates Boris Kollár, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, die Präsidentin der Abgeordnetenkommer Tschechiens Markéta Pekarová Adamová und die Präsidentin Georgiens Salome Zourabichvili

partnerInnen erfreut über die positive und dynamische Entwicklung der bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Georgien und Österreich.

2022 habe man das 30jährige-Jubiläum der Aufnahme bilateraler Beziehungen gefeiert. Georgien sei ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Jahr würde man Projekte mit 3,3 Mio. € unterstützen.

Die ParlamentspräsidentInnen erörterten in den Gesprächen zudem die aktuelle politische Gesamtsituation in der Region. Sobotka betonte, daß Österreich an der Stabilität,

Souveränität und territorialen Integrität von Georgien interessiert sei und diese voll und ganz unterstützen werde.

Stolz zeigte sich Sobotka auch über die sehr guten Beziehungen zwischen den Parlamenten der beiden Länder. Diese würden mit der nunmehrigen Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der Demokratiewerkstatt einen neuen Höhepunkt erfahren. Damit werde man gemeinsam einen Schritt setzen, um das Interesse an politischer Teilhabe und demokratischen Prozessen zu steigern, zeigte sich Sobotka überzeugt. ■

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zimmer



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Eröffnungsrede der Festveranstaltung „20 Jahre Österreichische Freunde von Yad Vashem“

20 Jahre Österreichische Freunde von Yad Vashem

Nachdem das österreichische Parlament vergangenes Jahr eine Bildungskoope-
ration mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad
Vashem in Jerusalem gestartet hat, wurde am
12. Juni im Hohen Haus das 20jährige Bestehen
des Vereins „Österreichische Freunde von
Yad Vashem“ begangen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka
lud gemeinsam mit den Österreichischen
Freunden von Yad Vashem und der Holo-
caust-Gedenkstätte selbst zu einer Festver-
anstaltung.

Seit der Gründung des Vereins durch Gün-
ter und Ulrike Schuster im Jahr 2003 finan-
zierten die Österreichischen Freunde von Yad
Vashem Projekte der Gedenkstätte mit und
beteiligten sich an der Aufklärungsarbeit in
Österreich. Die Organisation zählt mittler-
weile knapp 900 Mitglieder.

*Sobotka: Zivilgesellschaftliches Engagement
gegen Antisemitismus zentral*

Es komme auf das Engagement der Zivil-
gesellschaft an, gegen Antisemitismus ein-
zutreten, betonte Sobotka in seinen Eröff-
nungsworten. Denn die vom Parlament re-
gelmäßig in Auftrag gegebene Antisemitis-
musstudie habe gezeigt, daß vor allem Bil-
dung und Wissen über den Holocaust sowie
jüdisches Leben vor antisemitischen Einstel-
lungen schützen. In diesem Sinne gelte es,
Menschen in allen Lebensphasen zu errei-
chen. Das Parlament wolle dazu mit Initiati-
ven wie dem Simon-Wiesenthal-Preis, Work-
shops in der Demokratiewerkstatt oder der
Bildungskoope-ration mit der Gedenkstätte
Yad Vashem beitragen, so Sobotka. Den Ös-
terreichischen Freunden von Yad Vashem

sprach er seinen Dank für 20 Jahre engagier-
te Arbeit aus.

*Van der Bellen: Erinnerung
wachhalten heute wichtiger denn je*

Die Erinnerung an die Millionen ermor-
deter Jüdinnen und Juden wachzuhalten, sei
heute wichtiger denn je, zeigte sich Bundes-
präsident Alexander Van der Bellen in einer
Video-Grußbotschaft überzeugt. Denn
schließlich stünden immer weniger Men-
schen als ZeitzeugInnen zur Verfügung.
„Wir werden dem Andenken der Opfer der
Shoah nur gerecht, wenn wir dafür sorgen,
daß Menschenverachtung, Rassismus und
Antisemitismus niemals wieder als politi-
sches Instrument eingesetzt werden kön-
nen“, betonte Van der Bellen.

*Unterstützung der Aufklärungs- und
Erinnerungsarbeit von Yad Vashem*

Der Vorsitzende der Österreichischen
Freunde von Yad Vashem, Gustav Arthofer,
erinnerte in seinen einleitenden Worten an
den Beginn der Arbeit seines Vereins.
Damals sei die Aufarbeitung der NS-Vergan-
genheit noch ein zartes Pflänzchen gewesen.
Man habe hart gekämpft, um das „Unkraut
des Zudeckens“ zu durchdringen und durch
Bewußtseinsarbeit beim Aufklären von „be-
quemen Irrtümern“ mitgeholfen. Um Hal-
tung zu zeigen, brauche es Fakten – Fakten,
wie sie in Yad Vashem erforscht werden. Es
gelte, die Gedenkstätte weiterhin bei der Fak-
tensuche zu unterstützen, denn auch kom-
mende Generationen werden diese Wahrhei-
ten brauchen, so Arthofer.

Der Direktor für Internationale Beziehun-
gen von Yad Vashem, Haim Gertner, wies in
seinen Grußworten insbesondere auf die

Herausforderung hin, daß die ZeitzeugInnen
„immer weniger werden“. Gegenstände, die
von Angehörigen von Holocaust-Opfern oder
Überlebenden in die Gedenkstätte gebracht
werden, seien vor diesem Hintergrund ein
„mächtiges Zeugnis der Geschichte“ und
„Hüter der Erinnerung“. Yad Vashem wolle
diese Gegenstände daher weiterhin bewah-
ren und so der historischen Wahrheit Rele-
vanz verleihen. In diesen Anstrengungen sei
die Gedenkstätte dankbar über die Partner-
schaft mit Österreich und das Engagement
der Österreichischen Freunde von Yad Vas-
hem, so Gernter.

Der Botschafter des Staates Israel in Ös-
terreich, Mordechai Rodgold, bezeichnete
die Arbeit des Vereins als „tragbare Brücke“
zwischen Österreich und Israel. Leider gebe
es nach wie vor verschiedene Formen von
Antisemitismus – sei es durch Haß und Het-
ze oder durch gefährliche Ignoranz. Rodgold
führte auch das fehlende Wissen vieler Men-
schen über den Holocaust an und zeigte sich
vor diesem Hintergrund überzeugt, daß die
Jugend im Zentrum der Bemühungen stehen
müsse.

Zeitzeuge Ehlers: Wunde bleibt offen

Der Zeitzeuge und Überlebende Heinrich
Ehlers berichtete im Gespräch mit der Jour-
nalistin Renata Schmidtkunz von seiner
Kindheit während der Nazizeit. Angesichts
der Gefahr der Festnahme und Deportation
des jüdischen Vaters und der Großmutter
versteckte sich die Familie in einem Wiener
Keller. „Wir wußten als Kinder nicht, was
los ist“, erklärte Ehlers. Bis zum Alter von
sechs Jahren wußte er nur, daß er nicht reden
und nicht laut sein dürfe und am besten nur
sitzen sollte. Nach dem Krieg hätten er und

Österreich, Europa und die Welt

seine Geschwister deshalb den Drang gehabt, nur zu rennen und in der Natur zu sein. Der „Spielplatz“ der Kinder sei in dieser Zeit der Kohlenkeller gewesen. Durch dessen Kellerfenster konnten sie zwar die Umgebung beobachten, seine Eltern hätten aber darauf geachtet, daß sie nicht bemerkt werden und nicht zu laut sind und sich so verraten könnten. Das gesamte Haus habe von dem Versteck der Familie gewußt, sie teilweise unterstützt und nicht verraten. Wenn die Nationalsozialisten sie erwischt hätten, hätte sie – wie vielen seiner Familie – auch das Schicksal der Deportation getroffen, betonte Ehlers. Die Erfahrungen seiner Kindheit hatten lange Auswirkungen auf ihn. So habe er nicht in geschlossenen Räumen mit geschlossenen Fenstern schlafen können, erläuterte Ehlers. Mit 41 Jahren, Anfang der 1980er-Jahre sei das „Trauma der Einsperrtheit“ schließlich „rausgekommen“ und er mußte sich psychisch behandeln lassen. Auch heute noch seien die Wunden aus dieser Zeit offen.

2003 faßten zehn ÖsterreicherInnen den Plan, eine Freundschaftsorganisation für die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem aufzubauen, ging aus einem während der Veranstaltung gezeigten Video hervor. Der Anstoß dazu sei vom ehemaligen israelischen Botschafter in Österreich und Holocaust-Überlebenden Yosef Govrin gekommen. Ihm sei es wichtig gewesen, einen Zugang zu den „Herzen der Menschen in Österreich“ zu finden, um sie für die Anliegen Yad Vashems zu gewinnen. Die beiden Pädagogen Günther und Ulrike Schuster setzten als GründerInnen des Vereins mit ihrem Team in Folge alles daran, um Ausstellungen aus Yad Vashem in Österreich an Schulen und an öffentliche Institutionen zu vermitteln. Der Verein unterstützte zudem unter anderem Lehrerfortbildungen und Exkursionen nach Yad Vashem. Von Anfang an war auch der Austausch mit Holocaust-Überlebenden zentral für den Freundeskreis.

Als Zeichen der Anerkennung ihres „Lebenswerkes“ wurden den beiden GründerInnen im Rahmen der Veranstaltung die Ehrenpräsidentschaft des Freundeskreises verliehen. Mit ihrem Engagement sei es Günther und Ulrike Schuster gelungen, Yad Vashem in Österreich bekannter zu machen, betonte Melanie Helm-Arthofer in ihrer Laudatio. Mit ihrer positiven, respektvollen und wertschätzenden Art hätten sie eine tragfähige Brücke für die Anliegen von Yad Vashem nach Österreich gebaut.

<https://yad-vashem.net/>



Grußworte des Botschafter des Staates Israel in Österreich, Mordechai Rodgold



Grußworte des Direktors für Internationale Beziehungen Yad Vashem, Haim Gertner



v.l.: Österreichische Freunde von Yad Vashem-Vorsitzender Manfred Wetzlmair, Gustav Arthofer, Ehrenpräsidentin Ulrike Schuster, Generalsekretärin Ursula Arthofer und Sigrid Wetzlmair

Österreich, Europa und die Welt

Besuch aus Slowenien

Bei seinem ersten bilateralen Besuch in Wien fand sich Sloweniens Premierminister Robert Golob am 13. Juni zu einem Gespräch mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Parlament ein. Thematisiert wurden dabei die guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien sowie die weitgehend geteilten Standpunkte beider Länder bezüglich des Krieges in der Ukraine und der europäischen Westbalkanpolitik. Sobotka und Golob nutzten die Gelegenheit auch, um heikle Themen anzusprechen, wie die Situation der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien und die Frage der Grenzkontrollen.

Außen- und sicherheitspolitisch Themen

Sobotka betonte die traditionell guten Beziehungen Österreichs zu seinem Nachbarland, die sich auch auf die parlamentarische Ebene erstreckten. Mindestens zweimal jährlich fänden entsprechende Treffen statt. Bei den gemeinsamen Interessen Österreichs und Sloweniens nähmen die EU-Annäherung der Westbalkan-Staaten und die Stabilität in der Region einen besonderen Stellenwert ein, so Sobotka. Golob bestätigte diesen Befund und bezeichnete beide Länder als „natürliche Verbündete“ in dieser Frage. Es gelte, den Westbalkan „Schritt für Schritt“ an die EU heranzuführen, wofür seit dem Krieg in der Ukraine das politische Bewußtsein innerhalb Europas wieder gewachsen sei. Gerade in der Frage des Krieges müsse die EU Geschlossenheit in der Unterstützung der Ukraine demonstrieren, zeigten sich Sobotka und Golob einig.

Ein geeintes Vorgehen müsse auch das Ziel bei der Bekämpfung der irregulären Migration sein, erklärte Golob und sprach die österreichischen Grenzschutzmaßnahmen an der slowenischen Grenze an. Sobotka zeigte Verständnis für die Bedenken Sloweniens bezüglich sich daraus ergebender wirtschaftlicher Hindernisse. Er betonte jedoch die Bedeutung eines funktionierenden Grenzschutzes für die innere Sicherheit und verwies auch auf die politische Polarisierung, die unkontrollierte Zuwanderung mit sich bringe.

Von Sobotka auf die Situation der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien angesprochen, verwies Golob auf kulturpolitische Initiativen und Budgeterhöhungen für deren Förderung. Sowohl für die Deutschsprachigen in Slowenien, als auch für die slowenische Minderheit in Österreich gelte es, die Zweisprachigkeit als Chance zu begreifen, äußerten sich beide einhellig. ■



Foto: Parlamentsdirektion/Johnannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfängt den slowenischen Ministerpräsidenten Robert Golob im Wiener Parlament

Besuch aus Prag

Der tschechische Senatspräsident Miloš Vystrčil besuchte am 14. Juni auf Einladung von Bundesratspräsident Günter Kovacs das Parlament. In Gesprächen thematisierten der Bundesratspräsident und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die bilateralen Beziehungen, die Zukunft der Europäischen Union sowie die Herausforderungen bei der Pflege, im Gesundheitsbereich, in der Migration und bei der Energie- wende.

Kovacs: Pflege zuhause und nah am Wohnort sicherstellen

Im Gespräch mit dem Senatspräsidenten thematisierte Bundesratspräsident Günter

Kovacs Gesundheit und Pflege. Hier gebe es in Österreich einen massiven Mangel an ÄrztInnen und Pflegepersonal, dem man begegnen müsse. Zudem gelte es, Maßnahmen zu treffen, um das Bedürfnis der Bevölkerung nach Pflege zu Hause oder nahe am Wohnort sicherzustellen, so Kovacs. In Energiefragen strebe Österreich den Ausbau erneuerbarer Energien an. So sei es im Burgenland gelungen, dessen Strombedarf zu 170 Prozent aus Windkraft zu decken. Beim Ausbau gelte es, die Bedürfnisse der Regionen zu berücksichtigen und jene Menschen zu unterstützen, die sich den Umstieg schwer leisten können.

Viele Regionen Österreichs und Tschechiens hätten massiv vom Beitritt zur Euro-



Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Bundesratspräsident Günter Kovacs (l.) mit dem Senatspräsidenten des tschechischen Parlaments, Miloš Vystrčil im Hohen Haus am Ring

Österreich, Europa und die Welt

päischen Union profitiert, meinte Kovacs mit Verweis auf die Einkommensentwicklung. Die Entwicklungen am Westbalkan seien entscheidend für die Zukunft Europas, befürwortete Kovacs deren EU-Beitritt. Hinsichtlich Migration verwies der Bundesratspräsident darauf, daß Österreich und insbesondere das Burgenland von dieser stark betroffen sei. Es brauche hier eine Lösung auf europäischer Ebene, die die Last auf alle Länder verteilt.

Zudem thematisierten die beiden Präsidenten die Situation der tschechischen Komensky-Schule in Wien. Kovacs versprach seine Unterstützung zur Verbesserung von deren Rahmenbedingungen. Beindruckt zeigte sich der Bundesratspräsident, daß die tschechische Arbeitslosenquote aktuell die niedrigste in der EU sei. Zudem sei es Tschechien in einer „Meisterleistung“ gelungen, ukrainische Vertriebene in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem tauschten sich die Präsidenten über Möglichkeiten zur Zusammenarbeit des tschechischen Senats und des Bundesrats im Rahmen des Austerlitz-Formats aus.

Sobotka: Europa muß gesellschaftspolitische Entwicklung gestalten und Einigkeit stärken

Die Tschechische Republik sei nicht nur ein hervorragender Nachbar, sondern auch ein Schlüsselpartner auf europäischer Ebene, freute sich Nationalratspräsident Sobotka über einen „Freundschaftsbesuch der besonderen Art“. Heute sei es selbstverständlich, die Grenzen zwischen den beiden Nachbarländern zu überqueren, so habe sich ein gemeinsamer Lebensraum entwickelt. Die beiden Staaten seien sowohl auf Ebene der Wirtschaft als auch der Parlamente eng verbunden. Diese Beziehungen sollten weiter intensiviert werden, unter anderem im Rahmen des Austerlitz-Formats. Dieses sei ein gelungenes Beispiel regionaler und thematischer Zusammenarbeit.

Es brauche ein starkes Europa, meinte Sobotka mit Blick auf die Zukunft. Dieses müsse die gesellschaftspolitische Entwicklung gestalten und mehr Einigkeit beweisen, um global besser wahrgenommen zu werden. Dazu sei sowohl eine Stärkung der Unabhängigkeit und der Resilienz als auch der digitalen Entwicklung notwendig, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können. Europa verfüge über viel „Erfindergeist“ und müsse diesen auch mit Infrastruktur und Ressourcen unterstützen. Die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz seien dabei eine massive Herausforderung für die Ge-



Foto:

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Senatspräsident Miloš Vystrčil beim Eintrag in das Gästebuch des Parlaments

sellschaft und die Politik. Aus diesem Grund werde er im Parlament einen Schwerpunkt hierzu setzen, kündigte Sobotka an.

Zudem thematisierte Sobotka die Lage in der Ukraine, am Westbalkan sowie in Afrika und sprach sich für ein Engagement Europas in diesen Regionen aus. Migration sei eine gesellschaftspolitische Herausforderung und es gelte hier Maßnahmen zur stärkeren Integration als auch zum besseren Schutz der EU-Außengrenzen zu treffen. ■

Forschungsquote weiter im internationalen Spitzenfeld

Jedes Jahr legt die Bundesregierung einen Forschungs- und Technologiebericht vor, der einen Überblick gibt über die Förderungen von Forschung, Technologie und Innovation (FTI) durch Bundesmittel in Österreich. Auch heuer haben die Ressortzuständigen – Martin Polaschek als Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Leonore Gewessler als Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie sowie Martin Kocher als Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft – einen gemeinsamen Bericht über die aktuellen forschungspolitischen Entwicklungen und den Stand der Umsetzung der FTI-Strategie 2030 der Bundesregierung in Auftrag gegeben.

Einen besonderen Schwerpunkt legt der Forschungs- und Technologiebericht 2023 auf die grüne und digitale Transformation (Twin Transformation) in Forschung und Wirtschaft. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die insbesondere beim Klimaschutz und der Ressourcennutzung

bestehen, zeigen laut den Ressorts die Bedeutung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung auf, wenn es um die Bewältigung der multiplen Krisen der Gegenwart geht.

Der FT-Bericht gibt weiters einen Überblick über die wesentlichen forschungsrelevanten Teilstrategien der FTI-Strategie, wie etwa über die auf zehn Jahre angelegte Förderinitiative *excellent=austria*, die Klima- und Transformationsoffensive, die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie und andere.

Außerdem gehen die AutorInnen des Berichts auf neueste Entwicklungen im Hochschulbereich ein und behandeln relevante Hochschulstrategien, insbesondere den Hochschulplan 2030 und den Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplan 2025-2030.

Österreichische Forschungsquote bleibt laut Globalschätzung auch 2023 über dem Durchschnitt

Investitionen in Wissenschaft und Forschung gelten laut den AutorInnen des Berichts als eine Grundvoraussetzung für die Innovationsfähigkeit eines Landes und für die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Die F&E-Quote gelte dabei als ein international etablierter Input-Indikator zur Darstellung der Leistungsfähigkeit eines Landes. International gesehen liegt Österreich 2021 mit seiner F&E-Quote hinter Schweden und Belgien an dritter Stelle der EU, im globalen Vergleich an siebter Stelle. Nach Schätzung von Statistik Austria wird 2023 wieder eine kräftige Steigerung der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung

Österreich, Europa und die Welt

von etwa 8 % auf insgesamt 15,5 Mrd. € erwartet. Damit werden die F&E-Aufwendungen voraussichtlich 3,22 % des nominellen Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen. Gemeinsam mit Schweden, Deutschland und Belgien ist Österreich damit eines der vier Länder, in dem die europäische Zielsetzung einer Forschungsquote von 3 % erfüllt wird.

Diese positive Entwicklung läßt sich vor allem auf die F&E-Ausgabensteigerung des Bundes um 6,6 % gegenüber 2022 zurückführen. Die öffentliche Hand wird 2023 schätzungsweise 5,1 Mrd. € ausgeben, was rund 33 % der F&E-Finanzierung entspricht. Österreichische Unternehmen werden im Jahr 2023 voraussichtlich etwa die Hälfte (7,8 Mrd. €) der F&E-Ausgaben in Österreich finanzieren. Die Forschungsprämie 2023 wird vom Bundesministerium für Finanzen auf ca. 1,1 Mrd. € geschätzt und den F&E-Ausgaben der Unternehmen zugerechnet. Dazu kommt, daß es sich bei den prognostizierten 17 % (ca. 2,6 Mrd. €) im Jahr 2023, die aus dem Ausland finanziert werden, hauptsächlich um ausländische Unternehmen handelt, deren Tochterunternehmen in Österreich F&E betreiben. Erfreulicherweise zeige sich nach dem krisenbedingten Rückgang 2020 wieder ein stabiler Aufwärtstrend bei den F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor, hält der Bericht fest.

Seit Ausbruch von Covid-19 und der dadurch verursachten Rezession ist der Anteil der durch heimische Unternehmen finanzierten F&E an der gesamten Finanzierung zurückgegangen. Dieser Rückgang wurde jedoch durch erhöhte Ausgaben des öffentlichen Sektors kompensiert. Ein Grund für den relativen Rückgang der unternehmerisch finanzierten F&E sind die multiplen Krisen, mit denen Österreich und andere Ökonomien in den letzten Jahren konfrontiert sind. Krisen wie die durch Covid-19 bedingte Rezession, der Klimawandel, sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine erhöhen die Unsicherheit, was tendenziell dazu führt, daß Unternehmen das Risiko durch verringerte F&E-Ausgaben zu reduzieren versuchen. Gleichzeitig ist laut dem FT-Bericht ein Paradigmenwechsel zu beobachten, da Konzepte wie Technologiesouveränität und Resilienz in der FTI-Politik zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Österreichs Leistungsfähigkeit in Forschung und Entwicklung

Wie der Bericht festhält, konnte Österreich bei den FTI-Indikatoren Patentintensität, F&E-Ausgaben und Wagniskapitalaus-



Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung



Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie



Martin Kocher, Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft

gaben seine Position zuletzt verbessern. Auch der Anteil der F&E-Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung konnte gesteigert werden. Beim Wissenschafts-Indikator der eingeworbenen „ERC-Grants“ konnte Österreich mit Platz 3 erneut das in der FTI-Strategie 2030 formulierte Ziel unter den Top-10-Nationen zu liegen, erreichen. Zudem konnten einige Universitäten aus Österreich im „Times Higher Education World University Ranking“ bessere Platzierungen erreichen.

Aufholbedarf zeigt sich laut dem Bericht allerdings beim Frauenanteil in der Forschung. Bei den globalen Innovationsrankings konnte Österreich seine Position halten bzw. leicht verbessern. Ein gemischtes Bild zeigt sich im Bereich der Digitalisierung. Zwar habe Österreich im Digital Economy and Society Index (DESI) seine Position aus dem Vorjahr halten können, der Indexwert habe sich jedoch verschlechtert und auch beim Indikator Konnektivität liege Österreich weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. Bei den Indikatoren in den Bereichen künstliche Intelligenz, Internet der Dinge und Quantentechnologie liege Österreich jedoch laut dem FT-Bericht 2023 jeweils über dem EU-Durchschnitt. Österreich sei außerdem führend bei den wissenschaftlichen Publikationen im Bereich der Quantenforschung und dem Anteil an Unternehmen, die Internet der Dinge einsetzen, heißt es im Bericht.

FTI-Strategie 2030 und FTI-Pakt zur Stärkung des FTI-Standorts Österreich

Zentrale Aufgabe der FTI-Strategie 2030 der Bundesregierung ist es, Österreich bis 2030 als führendes Forschungs-, Technologie- und Innovationsland zu positionieren. Beim Ziel, zum internationalen Spitzenfeld aufzuschließen und den FTI-Standort Österreich stärken, fokussiert die Strategie auf Wirksamkeit und Exzellenz und setzt auf Wissen, Talente und Fertigkeiten. Die Ziele der FTI-Strategie 2030 werden durch dreijährige FTI-Pakte mit elf Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen umgesetzt, die gemäß Forschungsfinanzierungsgesetz (FoFinaG) als zentrale FTI-Einrichtungen Österreichs gelten.

Einen wesentlichen Teil des vorliegenden Berichts bildet das Monitoring dieser Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen, das laut dem FoFinaG jährlich mit der Erstellung des Forschungs- und Technologieberichts zu erfolgen hat. Erstmals wurde das neue Kompetenzzentrum „GeoSphere Austria – Bundesanstalt für Geologie, Geophysik, Klimatologie und Meteorologie“ als wesentlicher FTI-Akteur in das Monitoring einbezogen. Laut dem Bericht zeigt sich, daß die meisten Einrichtungen wachsen und die Beteiligungen an den EU-Rahmenprogrammen 2022 bei allen Forschungseinrichtungen deutlich angestiegen sind.

Nach dem ersten FTI-Pakt für 2021–2023 hat die Bundesregierung im Dezember 2022 den zweiten FTI-Pakt 2024–2026 beschlossen. Er soll eine Reihe von Schwerpunkten

Österreich, Europa und die Welt

setzen. Es gilt, die nachhaltige Transformation der Wirtschaft zu unterstützen, das Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie zu stärken, Exzellenzforschung zu forcieren, den Spitzennachwuchs zu fördern sowie die Forschung zur Erreichung der Klimaziele, die Kooperation Wissenschaft und Wirtschaft und die Technologiesouveränität und -offenheit voranzutreiben. Zur Erreichung dieser Ziele stellt die Bundesregierung ein Budget in der Höhe von 5.048,673 Mio. € für die Jahre 2024–2026 zur Verfügung. Dieses Budget soll die Forschungsförderung und die außeruniversitäre Forschung im Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsministeriums, des Klimaschutzministeriums und des Wirtschaftsministeriums mit einem Anstieg um ca. 31 % im Vergleich zum ersten Pakt nachhaltig stärken. ■

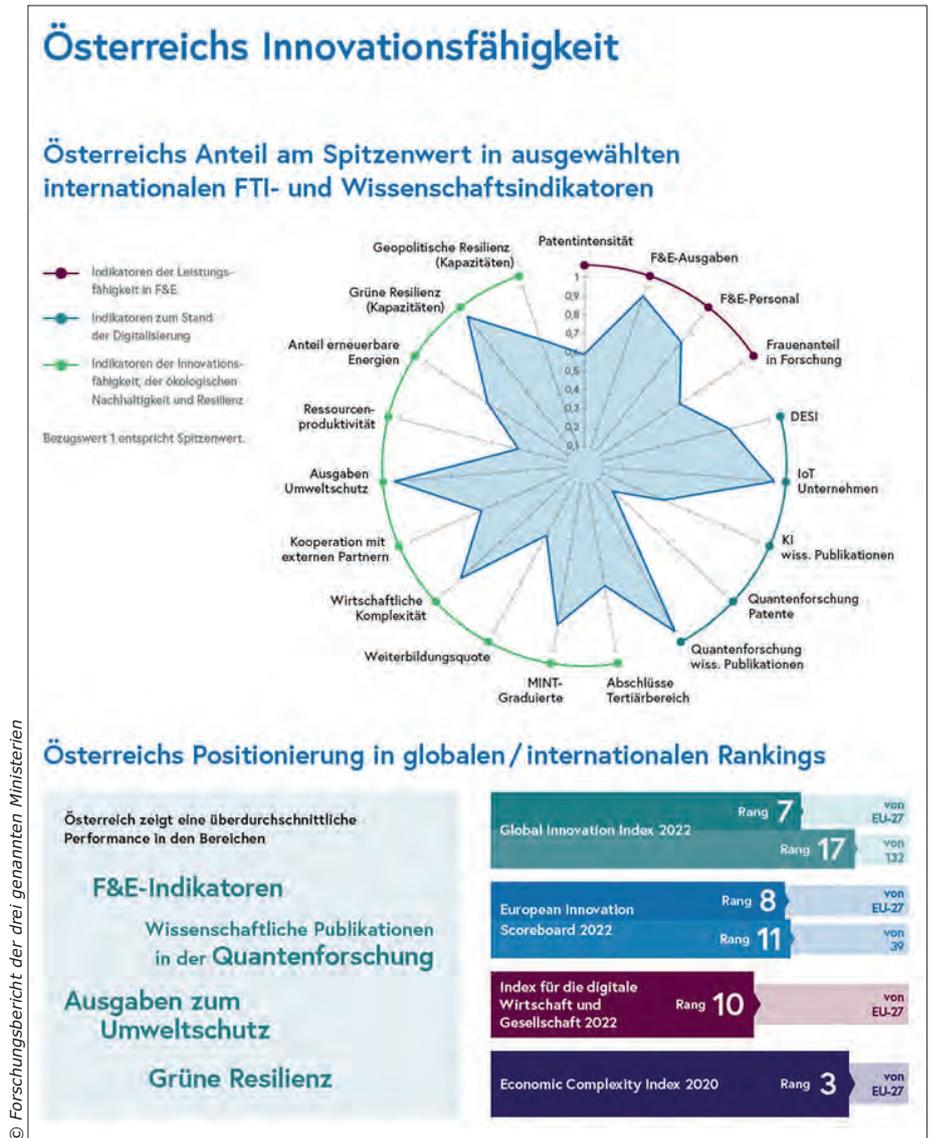
Besuch aus Aserbaidschan

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing am 20. Juni die Präsidentin der Nationalversammlung von Aserbaidschan, Sahiba Gafarova, im Parlament. In einem Gespräch thematisierte Sobotka die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie die politische Lage im Südkaukasus. Hinsichtlich des Verhältnisses zum Nachbarn Armenien appellierte er Nationalratspräsident zur Zusammenarbeit zur Befriedung des Konflikts.

Sobotka hob eingangs das gute Verhältnis zwischen Österreich und Aserbaidschan hervor. Eine Verstärkung der bilateralen Beziehungen wäre in beiderseitigem Interesse. Aserbaidschan sei auch auf wirtschaftlicher Ebene ein bedeutender Partner. So sei das südkaukasische Land ein wichtiger Energie-Lieferant für die Europäische Union. Die beiden AmtskollegInnen begrüßten auch die guten Beziehungen auf parlamentarischer Ebene und sprachen sich für eine Intensivierung dieser aus. Hinsichtlich der Europäischen Union sprach sich Sobotka für eine Heranführung des Westbalkans als auch der Länder des Südkaukasus an die Europäische Union aus.

Zudem tauschte man sich über die regionalen Entwicklungen im Südkaukasus aus. Österreich sei an einer Lösung des langjährigen Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien sehr interessiert, meinte Sobotka. Für den Frieden und die Stabilität in der Region sei es entscheidend, daß die beiden Nachbarländer zusammen arbeiten.

Krieg bedeute nur Leid für die Bevölkerung und die daraus entstehenden Wunden würden lange nicht heilen. Für die Entwick-



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing die Präsidentin der Nationalversammlung von Aserbaidschan, Sahiba Ali Gizi Gafarova, in Wien

klung des Landes sei vielmehr eine stabile Demokratie als auch Rechtsstaatlichkeit entscheidend, meinte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. ■

Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Parlamentspräsidentin Albaniens Lindita Nikolla bei der Eröffnung der Demokratiewerkstatt

Zu Gast in Albanien

Anlässlich der Eröffnung der Demokratiewerkstatt im albanischen Parlament nach österreichischem Vorbild betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 28. Juni die Notwendigkeit, demokratische und digitale Bildung zu verknüpfen, um Haß im Netz, Desinformation und anderen Formen antidemokratischer Tendenzen wie Antisemitismus zu begegnen. „Es muß unser aller Ziel sein, daß die Digitalisierung die europäische Demokratie belebt, statt sie zu bedrohen“, sagte er in seiner Rede im albanischen Parlament im Beisein seiner Amtskollegin Lindita Nikolla, Abgeordneten und Mitgliedern der Regierung Albaniens. Seit 2020 wurde in Kooperation mit dem österreichischen Parlament und dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa sowie mit finanzieller Unterstützung der „Erste Stiftung“ am Aufbau der Demokratiewerkstatt in Tirana gearbeitet, gestern wurde sie offiziell eröffnet. Sobotka und Nikolla stellten sich dabei im Rahmen eines Workshops der Demokratiewerkstatt zahlreichen Fragen der Kinder und Jugendlichen zur Entwicklung der Demokratie in Österreich und Albanien oder den Aufgaben und dem Alltag von PolitikerInnen sowie der Rolle der Medien in einer Demokratie.

Nach Montenegro und dem Kosovo ist Albanien nunmehr das dritte nationale Parlament, das Demokratiebildung mit Workshops für Kinder und Jugendliche nach österreichischem Vorbild anbietet.

Die Eröffnung der Demokratiewerkstatt sei ein Signal, aktiv auf die Jugend zuzugehen, denn es ist entscheidend, Kindern und

Jugendlichen demokratische Prozesse zu erklären, gerade in Zeiten, in denen das Vertrauen in die Politik und öffentliche Institutionen sinke. Umso erfreulicher sei es, daß seit Februar dieses Jahres bereits mehr als 900 Schüler:innen an der Demokratiewerkstatt im Kuvendi teilgenommen haben.

Gerade in Zeiten, in denen die Belastbarkeit von Demokratien vor zunehmenden Herausforderungen stehen, sei es eine Kernaufgabe nationaler Parlamente, Bewußtsein für demokratische Prozesse und den Parlamentarismus zu fördern und politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement zu steigern. „Dies ist der Schlüssel zu einer lebendigen parlamentarischen Demokratie und eine der Kernaufgaben der nationalen Parlamente“, so Sobotka. Die Digitalisierung eröffne außerdem Möglichkeiten demokratischer Partizipation, die genutzt werden müßten, ohne dabei Risiken und Gefahren außer Acht zu lassen. Die Einbindung der Zivilgesellschaft sei jedenfalls für das Funktionieren einer Demokratie essentiell.

Sobotka: Zukunft Albaniens liegt in der EU

Auch im EU-Integrationsprozeß würden nationale Parlamente eine zentrale Rolle spielen, zeigte sich Sobotka über eine gemeinsame Zukunft Albaniens in der EU überzeugt und unterstrich einmal mehr die Unterstützung Österreichs für die Heranführung der Länder des Westbalkans an die Union. Trotz des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Rußlands gegen die Ukraine dürfe die Region des Westbalkans nicht aus dem Fokus rücken. Das Engagement aller ParlamentarierInnen sei hier von besonderer

Bedeutung, die Anpassung des Gesetzes über die Mitwirkung im EU-Integrationsprozeß sei hier besonders positiv hervorzuheben, so der Nationalratspräsident. Gerade für den EU-Annäherungsprozess seien der politische Konsens, die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition, essentiell. Sobotka erinnerte dabei auch an die gemeinsame Kraftanstrengung anlässlich des EU-Beitritts Österreichs als Schlüssel zum Erfolg. Albaniens Engagement im Rahmen des Berliner Prozesses mit der Ausrichtung des Gipfeltreffens im Oktober sei ebenso ein wichtiges Signal, sowohl an die eigene Bevölkerung als auch im Rahmen der EU.

Daß Österreich Albanien auch weiterhin aktiv auf seinem Weg in die EU unterstützen wird, unterstrich Wolfgang Sobotka zudem im Rahmen seines bilateralen Austauschs mit Parlamentspräsidentin Lindita Nikolla. Er zeigte sich erfreut, daß die Beitrittsverhandlungen mit dem Screening in Albanien nun voll im Gange seien. Reformprioritäten liegen aus seiner Sicht im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen sowie in der Medienfreiheit, ermutigte Sobotka seine Amtskollegin, weiterhin eine klare Reformagenda zu verfolgen.

Hervorgehoben wurde von Sobotka auch die Unterstützung Albaniens und die deutliche Haltung seiner Bevölkerung gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine. Albanien habe nicht nur alle Sanktionen und Maßnahmen der EU umfassend mitgetragen, sondern sich auch auf diplomatischer Ebene, etwa als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, besonders engagiert. ■

Österreich, Europa und die Welt

Besuch aus Kuwait

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing am 29. Juni den Außenminister von Kuwait, Sheikh Salem Abdullah Al-Jaber Al-Sabah, im Parlament. In einem gemeinsamen Gespräch thematisierte er die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie die politische Lage im Mittleren Osten.

Sobotka hob eingangs das gute Verhältnis zwischen Österreich und Kuwait hervor. Dies zeige sich auch am Abschluß von mehreren Vereinbarungen zwischen Kuwait und Österreich an diesem Tag. Diese würden das Ziel haben, die Zusammenarbeit in den Bereichen Diplomatie, öffentliche Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Der Nationalratspräsident stimmte mit seinem Gesprächspartner überein, daß die Beziehungen und der persönliche Kontakt weiter ausgebaut werden sollten. Gerade für kleine Staaten sei dieser Austausch und die Zusammenarbeit auf bilateraler als auch auf der Ebene internationaler Organisationen sehr wichtig. Ebenso gut bezeichnete Sobotka die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf wirtschaftlicher Ebene. Zahlreiche österreichische Firmen, wie der niederösterreichische Energieversorger EVN, seien



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfing den Minister für Äußeres des Staates Kuwait, Sheikh Salem Abdullah Al-Jaber, im Parlament

in Kuwait aktiv. Die Welt habe sich in den vergangenen zwei Jahren massiv verändert, meinte Sobotka. Dies zeige sich auf persönlicher Ebene aber auch auf Ebene der zugezogenen Konflikte. Sobotka erkundigte sich bei dem kuwaitischen Außenminister nach dessen Einschätzung zur politischen

Situation im Mittleren und Nahen Osten. Hinsichtlich des Konflikts zwischen Israel und den PalästinenserInnen hob Sobotka die Bedeutung von Schritten in Richtung Frieden und den Stellenwert einer Zweistaatenlösung hervor.

<https://www.parlament.gv.at/>



Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Ein Blick in den Bundesversammlungssaal des Parlaments

Aus dem Bundeskanzleramt^{*)}

Jahreskonferenz zur Umsetzung des EU-Aufbauplans in Österreich

Europa investiert. Genau darum geht es heute anlässlich der ersten Jahreskonferenz zur Umsetzung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans. Mit diesem Instrument wurde ein in seiner Dimension einmaliges Wiederaufbauinstrument auf den Weg gebracht mit dem Ziel, Europas Wirtschaft zu stärken und in Zukunft nachhaltiger, digitaler und resilienter zu machen“, so Bundesministerin Karoline Edtstadler am 23. März anlässlich des Auftakts der ersten Jahreskonferenz zur Umsetzung des EU-Aufbauplans in Wien. Diese stand unter dem Titel „Vom Wirtschaftsaufbau hin zur Resilienz in einem neuen geopolitischen Umfeld“.

Foto: BKA/Andy Wenzel



v.l.: Bundesminister Magnus Brunner, Europaministerin Karoline Edtstadler und der stellvertretende Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission Wolfgang Bogensberger

Nachhaltige und digitale Projekte fördern

Insgesamt 4,5 Milliarden Euro stehen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (2020-2026) für Investitionen und Reformen zur Verfügung, davon stammen 3,75 Milliarden Euro aus EU-Mitteln. Diese Mittel fließen vor allem in nachhaltige und digitale Projekte wie den Breitbandausbau, den bundesweiten „Reparaturbonus“, „Community Nursing“, die Förderung des Austauschs von Öl- und Gasheizungen oder die Bereitstellung von Notebooks und Tablets für SchülerInnen.

Die Jahreskonferenz bietet die Gelegenheit, sich über den Stand der Umsetzung des EU-Aufbauplans in Österreich auszutauschen. „Es ist mir als Europaministerin ein großes Anliegen, daß die Europäische Union sichtbar gemacht wird. Das gelingt mit Veranstaltungen wie diesen sehr gut. Wir wollen auch in Zukunft eine gute, enge und abgestimmte Zusammenarbeit – zwischen der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene“, so die Europaministerin.

„Gelder abholen und bestmöglich einsetzen“

„Ich freue mich sehr, daß diese Konferenz zur Umsetzung stattfindet und hoffe, daß sie jährlich stattfinden wird. Damit sol-

len all jene zusammengebracht werden, die daran arbeiten, diese Gelder abzuholen und bestmöglich einzusetzen“, so die Bundesministerin, die sich ausdrücklich bei all jenen bedankte, die dafür sorgen, daß die Arbeit im Hintergrund so gut abläuft. Bis jetzt seien rund 700 Millionen Euro genehmigt worden.

Richtungsweisend: „Grüner und digitaler Wandel“

In der Rückschau wirke der Beschluss des Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ und des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), des größten Budgets aller Zeiten, beinahe prophetisch, so Edtstadler. „Schon damals, lange vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, haben wir gesagt, daß zwei Richtungen abgedeckt sein müssen: der grüne und der digitale Wandel. Wenn wir jetzt zurückblicken, dann sehen wir, daß wir richtiggelegen sind. Diese Gelder werden gut und richtig eingesetzt“, so Edtstadler.

Österreich sei bei der Umsetzung dieser Ziele mitten drin. „Wir haben tolle Projekte auf Schiene. Von den 171 Meilensteinen, die es zu erreichen gibt, haben wir schon 44 abgearbeitet. Wir wollen 27 Reform- und 32 Investitionsvorhaben umsetzen, um die lokale und regionale Ebene zu stärken. Lassen Sie uns alle diese große Chance gemeinsam nutzen, Österreich und Europa ein Stück weit besser, resilienter und unabhängiger machen“, so Bundesministerin Edtstadler abschließend.

Der zweite Tag stand im Zeichen von zwei Projektbesuchen in der Steiermark. Gemeinsam mit Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, haben Europaministerin Karoline Edtstadler und Klimaschutzministerin Leonore Gewessler sowie dem steirischen Landeshauptmann Christopher Drexler zwei Projekte besichtigt, in welche Mittel des EU-Aufbauplans fließen: die Zulaufstrecke der Koralmbahn und den Reparaturbonus-Betrieb Hirschmann in Graz.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz auf der Baustelle der Koralmbahn-Zulaufstrecke erklärte Edtstadler: „Europa investiert und diese Investitionen kommen tatsächlich in den Regionen an. Das ist das Ziel des EU-Aufbauplans. Es geht darum, aus der Krise gestärkt herauszukommen. Es geht darum, nachhaltiger, digitaler und krisenfeher zu werden.“

Nachhaltige und digitale Projekte fördern

Insgesamt 4,5 Milliarden Euro stehen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (2020-2026) für Investitionen und Reformen zur Verfügung. Davon kämen 3,75 Milliarden Euro aus EU-Mitteln. „Wir bekommen dieses Geld nicht einfach so, sondern wir müssen nachweisen, daß wir dieses Geld leistungsgebunden einsetzen. Bis 2026 müssen wir 171 Meilensteine erreichen, 44 haben wir bereits geschafft. Damit fließen die ersten 700 Millionen Euro. Österreich ist damit tat-

^{*) Anmerkung der Redaktion: Wir berichten seit Jahren umfassend über Österreichs außenpolitische Ereignisse. Es würde jedoch viele zusätzliche Seiten erfordern, würden wir bei jedem Bericht alle Aussagen zum Ukraine-Krieg der vergangenen Monate aufnehmen. Deshalb haben wir uns entschlossen, großteils nur in den letztaktuellen Beiträgen darauf einzugehen.}

Österreich, Europa und die Welt

sächlich auch in einer Art Pole Position, wenn es darum geht, EU-Gelder abzuholen und diese zweckentsprechend einzusetzen“, zeigte sich Edtstadler erfreut. Diese Mittel fließen vor allem in nachhaltige und digitale Projekte wie den Breitbandausbau, den bundesweiten „Reparaturbonus“, „Community Nursing“, die Förderung des Austauschs von Öl- und Gasheizungen oder die Bereitstellung von Notebooks und Tablets für SchülerInnen.

„Wir bauen auf Europa – im wahrsten Sinne des Wortes. Wir befinden uns heute auf einer Baustelle, die eine der umfangreichsten und beeindruckendsten Infrastrukturprojekte Europas darstellt, bei dem Kärnten und die Steiermark miteinander verbunden werden. Künftig dauert die Zugverbindung zwischen Klagenfurt und Graz nur 45 Minuten, was enorme Vorteile für die Pendlerinnen und Pendler bringt. Wir sind damit aber auch in die baltisch-adriatische Achse eingebunden, nämlich im Rahmen der Strecke zwischen Danzig an der Ostsee und Ravenna an der Adria. Davon profitieren rund 50 Millionen Menschen“, sagte die Europa-ministerin.

Anschließend an den Besuch an der Zulaufstrecke fand ein Termin beim Reparatur-



Foto: BKA/Florian Schrötter

v.l.: EU-Budgetkommissar Johannes Hahn, Europaministerin Karoline Edtstadler, Umweltministerin Leonore Gewessler und Steiermarks Landeshauptmann Christopher Drexler nach dem Besuch der Koralmbahn-Zulaufstrecke

bonus-Betrieb Hirschmann in Graz statt. „Es geht darum, defekte Geräte nicht wegzuschmeißen, sondern zu reparieren und sich den Reparaturbonus von bis zu 200 Euro abzuholen. Auch das trägt zur Nachhaltig-

keit Österreichs bei. Die Klein- und Mittelbetriebe sind das Rückgrat der Wirtschaft in Österreich.“ Über 3.000 Unternehmen, die seit Anfang 2022 Partnerbetriebe des Reparaturbonus sind, profitieren davon.



© CC BY-SA 4.0 / OpenStreetMap/Beitragende

Der Koralmtunnel ist das Kernstück Koralmbahn Graz–Klagenfurt, der ab 2024 als Basistunnel die Koralm durchqueren wird.

Österreich, Europa und die Welt

„Österreich ist fest eingebunden in die Gemeinschaft Europas. Wir profitieren so stark wie nur wenige andere Mitgliedsstaaten vom EU-Beitritt“, hielt die Edtstadler fest. „Europa findet nicht in Straßburg oder in Brüssel statt, sondern da, wo die Menschen leben. Wir werden uns weiter für dieses Europa einsetzen und weiter ein starkes Österreich sein. Europa wirkt vor Ort, investiert, baut auf und wir bauen auf Europa.“

Europäische Union sichtbar machen

Die Jahreskonferenz bot die Gelegenheit, sich über den Stand der Umsetzung des EU-Aufbauplans in Österreich auszutauschen. Zum Auftakt bekräftigte Edtstadler: „Es ist mir als Europaministerin ein großes Anliegen, daß die Europäische Union sichtbar gemacht wird. Das gelingt mit Veranstaltungen wie diesen sehr gut. Wir wollen auch in Zukunft eine gute, enge und abgestimmte Zusammenarbeit – zwischen der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene.“

Gelder abholen und bestmöglich einsetzen

„Ich freue mich sehr, daß diese Konferenz zur Umsetzung stattfindet und hoffe, daß sie jährlich stattfinden wird. Damit sollen all jene zusammengebracht werden, die daran arbeiten, diese Gelder abzuholen und bestmöglich einzusetzen“, so die Bundesministerin, die sich ausdrücklich bei all jenen bedankte, die dafür sorgen, daß die Arbeit im Hintergrund so gut abläuft.

Richtungsweisend: „Grüner und digitaler Wandel“

In der Rückschau wirke der Beschluß des Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ und des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), des größten Budgets aller Zeiten, beinahe prophetisch, so Edtstadler: „Schon damals, lange vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, haben wir gesagt, daß zwei Richtungen abgedeckt sein müssen: der grüne und der digitale Wandel. Wenn wir jetzt zurückblicken, dann sehen wir, daß wir richtiggelegen sind. Diese Gelder werden gut und richtig eingesetzt.“

Österreich sei bei der Umsetzung dieser Ziele mittendrin. „Wir haben tolle Projekte auf Schiene. Wir wollen weitere 27 Reform- und 32 Investitionsvorhaben umsetzen, um die lokale und regionale Ebene zu stärken. Lassen Sie uns alle diese große Chance gemeinsam nutzen, Österreich und Europa ein Stück weit besser, resilienter und unabhängiger machen“, erklärte die Europaministerin abschließend. ■



Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) reiste zu einem Arbeitsbesuch nach Schweden – im Bild mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson

Bundeskanzler Nehammer in Schweden und Dänemark

Schweden und Österreich verbinden neben den ausgezeichneten bilateralen Beziehungen viele gemeinsame Interessen in der EU. Beim wichtigen Themenkomplex Migration ist Schweden für Österreich ein wichtiger Partner. In Österreich wurden 2022 109.000 Asylanträge gestellt und 75.000 Personen aufgegriffen, die nicht registriert waren, obwohl sie die EU-Außengrenze überschritten hatten. Das ist eine Sicherheitsfrage für die gesamte Europäische Union“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer anlässlich seines Besuchs beim schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson am 30. März in Stockholm. Es brauche daher ein gemeinsames Verständnis für die Situation und neue Lösungsansätze, unterstrich Nehammer. „Wir haben auf europäischer Ebene Maßnahmen getroffen und sind stärker auf die Asylbremse gestiegen. Diese Schritte müssen jetzt rasch umgesetzt werden.“ Schweden, welches aktuell den EU-Ratsvorsitz innehat, sei es gelungen, zwei Pilotprojekte zu starten – eines an der bulgarisch-türkischen Grenze und ein weiteres in Rumänien. Beide Projekte sollen dazu dienen, schnellere Asylverfahren und Rückführungen zu ermöglichen.

Mehr Mittel für den EU-Außengrenzschutz

Nehammer betonte in Stockholm, daß ein effektiver EU-Außengrenzschutz mehr finanzielle Ressourcen erfordere. Nicht nur Bulgarien oder Italien seien betroffen, sondern weitere Staaten an der EU-Außengrenze, welche „in ihren natürlichen Notwendig-

keiten unterstützt werden müssen – sei es durch technische Sperren oder durch die Finanzierung technischer Überwachung an den Seegrenzen“, ergänzte der österreichische Regierungschef. Mit den Ländern sei eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erforderlich, „um der organisierten Kriminalität, den Schleppern, das Handwerk zu legen, die das Leid der Menschen auf brutalste Weise ausnutzen“.

Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

Man habe sich zudem darüber ausgetauscht, wie man Strategien für relevante EU-Themen gemeinsam auch nach außen vertreten könne, erläuterte Nehammer nach



Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer im Gespräch mit Österreichs Botschafterin Doris Danler

Österreich, Europa und die Welt

seinem Arbeitsgespräch mit Kristersson. „Die Zusammenarbeit beim grünen Wasserstoff ist beispielsweise ein Zukunftsmodell, das man gerade für den afrikanischen Raum weiterentwickeln muß. Es geht dabei auch um die wirtschaftliche Stabilität und Energieunabhängigkeit“, so der Bundeskanzler, der hervorstrich, wie wichtig es sei, daß der Wirtschaftsstandort Europa im globalen Vergleich gestärkt werde. Der Bundeskanzler brachte in diesem Zusammenhang auch seine Übereinstimmung mit dem schwedischen EU-Ratsvorsitz zum Ausdruck, wenn es um Bemühungen zur Eindämmung von überbordenden Regulativen für Unternehmen gehe. „Wir müssen es erleichtern, innerhalb der EU unternehmerisch tätig zu sein. Es braucht neue innovative Ansätze, aber auch einen kritischen Blick auf all das, was es nicht mehr braucht. Österreich unterstützt in diesem Punkt Schweden, damit wir in einer globalen Welt auch in Zukunft in Europa eine tragfähige Wirtschaft und Industrie haben. Forschung, Innovation und Know-how sind europäische Stärken im globalen Wettbewerb. Hier darf Europa nicht den Anschluß verlieren“, erklärte Bundeskanzler Nehammer, dessen Besuch in Schweden auch einen Besuch beim Energieunternehmen Stockholm Exergi sowie einen Austausch mit dem Präsidenten von „BusinessEurope“ sowie einer Gruppe hochrangiger CEOs umfaßte. Stockholm Exergi ist eines der ersten Unternehmen, das ein Modell für den Übergang von reduzierten Kohlendioxid-Emissionen zu negativen Emissionen entwickelt hat. „Wir müssen unser Potential nutzen, um im Bereich erneuerbarer Energien unabhängiger zu werden“, so Nehammer.

Gemeinsames Vorgehen gegen illegale Migration

Auf der Agenda des Arbeitsbesuchs in Dänemark standen neben Migration und den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auch Fragen der Asyl- und Sozialpolitik, so beispielsweise das dänische Sozialleistungssystem. Dieses sieht vor, daß Sozialleistungen in voller Höhe nur von jenen Personen in Anspruch genommen werden können, welche in den vorangegangenen 10 Jahren mindestens 9 Jahre legal im Land gelebt haben. Im Arbeitsgespräch mit Ministerpräsidentin Mette Frederiksen betonte der Bundeskanzler am 31. März in Kopenhagen, daß Österreich beim Thema Migration enger mit Dänemark kooperieren wolle. „Dänemark und Österreich verbindet eine starke und verlässliche Partnerschaft. Diese Zusammenarbeit wol-



Bundeskanzler Karl Nehammer mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen...



... und beim Besuch der U-Bahn Baustelle der Firma Rhomberg in Kopenhagen

len wir bilateral und auf EU-Ebene noch weiter stärken“, so Nehammer, der sich bei Frederiksen für den guten Austausch bedankte.

Dänemark hat sich wie Österreich in den vergangenen Monaten wiederholt für einen Ausbau des EU-Außengrenzschutzes und für eine Beschleunigung von Rückführungen stark gemacht; seit 2016 führt das Land bilaterale Grenzkontrollen durch. Dänemark und Österreich seien Verbündete, „wenn es darum geht, irreguläre Migration in Europa zu bekämpfen und der organisierten Kriminalität das Handwerk zu legen“, bekräftigte der Bundeskanzler nach seinem Gespräch mit Frederiksen. „Dafür wollen wir die notwendigen Veränderungen in der EU herbeiführen. Es geht dabei um die Sicherheit unserer beiden Länder und der gesamten EU.“

Österreichische Unternehmen EU-weit erfolgreich

Der österreichische Regierungschef informierte sich im Rahmen seines Arbeitsbesuchs in Dänemark zudem über die technologischen, nachhaltigen Mobilitätslösungen heimischer Unternehmen. So ist das Vorarlberger Unternehmen Rhomberg im Rahmen eines internationalen Großprojekts für die gesamte bahntechnische Ausrüstung einer neuen U-Bahn-Linie – die künftig im fahrerlosen Betrieb in Kopenhagen unterwegs sein wird – verantwortlich. „Österreichische Unternehmen sind an Standorten in Europa und auf der ganzen Welt tätig, zeigen unsere Innovationskraft und unser Know-How“, zeigte sich der Bundeskanzler beeindruckt. „Vielen Dank für die Eindrücke und Gespräche!“

Österreich und Polen sind eng miteinander verbunden

Polen hat sich im vergangenen Jahr als verlässlicher europäischer Partner erwiesen und Außerordentliches geleistet, wenn es um die aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen geht. Auch Österreich hilft aktiv durch die Aufnahme vieler Vertriebener aus der Ukraine und durch humanitäre Unterstützung für die Menschen vor Ort“, so Bundeskanzler Karl Nehammer am 14. April nach einem Arbeitsgespräch mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda, der einen Staatsbesuch in Österreich absolvierte.

Neben den bilateralen Beziehungen beider Länder standen außerdem wirtschaftliche Themen und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine im Fokus des Austauschs.

Österreich und Polen sind in vielfältiger Weise eng miteinander verbunden. Die traditionell freundlichen bilateralen Beziehungen reichen historisch weit zurück und finden in der Vielzahl regelmäßiger, auch hochrangiger, Besuche ihren Ausdruck. Seit Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben sich die bilateralen Beziehungen weiter intensiviert. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich seit Jahren sehr positiv: Österreich zählt zu den Top-10 Investoren des Landes und hat durch die Investitionen vor Ort über 45.000 Jobs geschaffen. Allein im Jahr 2022 betrug das Gesamtvolumen des gegenseitigen Warenaustauschs rund 14,2 Milliarden Euro.

„Es hat mich sehr gefreut, den polnischen Präsidenten Andrzej Duda in Wien zu tref-



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) empfing den Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Duda zu einem Gespräch in Wien

fen“, bedankte sich Nehammer abschließend für den guten Austausch. ■

Nehammer: Zusammenarbeit mit Afrika auf Augenhöhe

Bundeskanzler Karl Nehammer absolvierte ab dem 24. April eine viertägige Afrika-Reise. Zu Beginn standen Termine in Angola auf dem Programm. Bei seinem Besuch bekundete er, daß dieses Land ein wertvoller Ratgeber sein könne, um die Situation in Afrika besser einschätzen zu können. „Die Partnerschaft mit Afrika ist in der Vergangenheit nicht mit der notwendigen

Kraft vorangetrieben worden. Das müssen wir ändern, um ein starker Partner für mehr Frieden und Sicherheit zu werden. Dazu braucht es Zusammenarbeit auf Augenhöhe, getragen von Respekt und Wertschätzung“, betonte der österreichische Regierungschef im Rahmen einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem angolanischen Präsidenten João Lourenço in Luanda.

Zu Beginn des Aufenthalts fand zudem ein Wirtschaftsforum statt, an dem auch Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig sowie österreichische Unternehmen teilnahmen. „Bei unseren Gesprächen ging es uns darum,



Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer wurde vom Präsidenten von Angola, Joao Lourenco, mit militärischen Ehren empfangen.

Österreich, Europa und die Welt

Brücken zu bauen. Das geschieht auch wortwörtlich durch ein Unternehmen, das in Angola bereits mehr als 80 Brücken errichtet hat. Zudem hat das Land sehr gute Voraussetzungen zur Produktion von grünem Wasserstoff“, freute sich Nehammer über den Startschuß für weitere Gespräche und Kooperationen. Dabei wurde auch auf Österreichs Beteiligung über die UNIDO mit 500.000 Euro am „Zentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz für Zentralafrika“ (CEEREAC) in Luanda hingewiesen.

Zusammenarbeit mit Ghana ausbauen

Als zweitem Land im Zuge seines Aufenthalts in Afrika hatte Bundeskanzler Karl Nehammer davor Ghana einen Besuch abgestattet. Dabei traf er Präsident Nana Akufo-Addo zu einem bilateralen Gespräch. „Nachdem Afrika der Kontinent der Zukunft ist, möchten wir dort die Außenpolitik intensivieren und auch die Zusammenarbeit mit Ghana ausbauen“, hielt der Bundeskanzler nach der Unterredung fest, bei der auch die Stärkung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit sowie die landwirtschaftliche Entwicklung wichtige Themen gewesen waren. Zudem wurde die Eröffnung einer Botschaft in Ghana angekündigt.

Zu den mit 7,5 Millionen Euro aus dem Sondertopf für internationale Nahrungsmittelhilfe für das World Food Programme (WFP) in Afrika zur Verfügung zu stellenden Mitteln meinte der Regierungschef: „Hilfe vor Ort ist für Österreich keine leere Worthülse, sondern ein klarer Schwerpunkt unserer Bestrebungen für Sicherheit und Stabilität in Afrika. Wenn man vor Ort Perspektiven schafft, kann man Fluchtursachen bekämpfen und irreguläre Migration in noch weit größerem Ausmaß verhindern.“

Bei einem Besuch im Kofi Annan International Peacekeeping Centre (KA IPTC) verwies der Bundeskanzler auf die langjährige militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit: „Seit 2014 besteht mit der Entsendung eines Bundesheeroffiziers als Kursdirektor ins KA IPTC eine Ausbildungskooperation in Ghana mit dem Ziel, lokale Kräfte für das Katastrophenmanagement zu stärken.“

Die bilaterale Vereinbarung zur Entsendung und Finanzierung von Personal an das KA IPTC, die noch bis zum 1. Dezember 2023 läuft, wurde um weitere fünf Jahre verlängert. Weitere Stationen in Ghana waren die Eröffnung des Wirtschaftsforums in Accra und der Besuch des National Dog Academy.

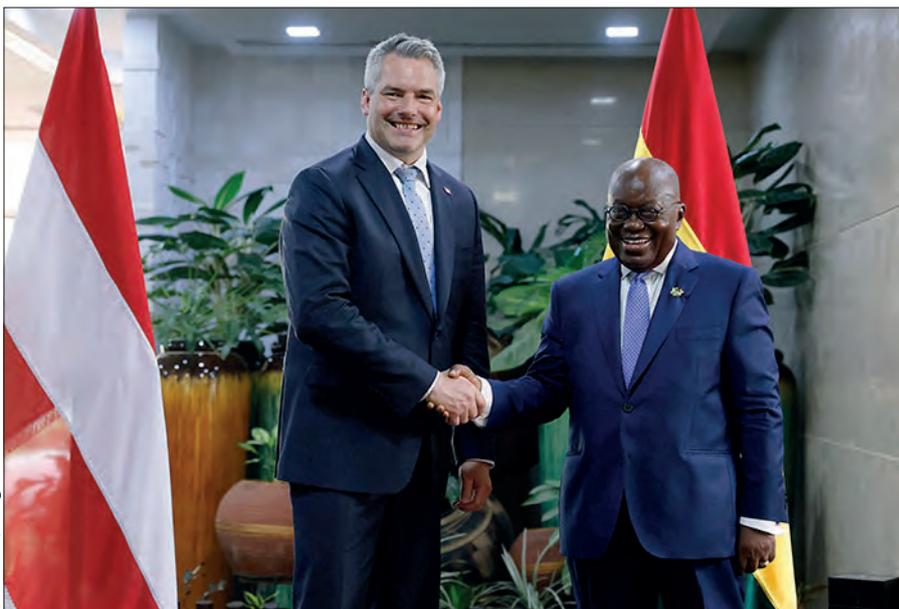


Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer mit dem Präsidenten von Ghana, Akufo Addo...



Foto: BKA/Dragan Tatic

... bei einem Besuch des „Ghana-Austria‘ Wirtschaftsforums



Foto: BKA/Dragan Tatic

... und der National Dog Acedemy von Ghana.



Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer mit dem Präsidenten von Ägypten, Abdel Fatah El-Sis, bei einer Pressekonferenz in Kairo ...

Ägypten: Asyl und Migration trennen

Am letzten Tag stand auch eine Unterredung mit Ägyptens Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi auf dem Programm. Dabei tauschte man sich etwa über die Themen Flucht und Migration aus. Nehammer betonte auch das enorme Potenzial bei der Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen.

Der Bundeskanzler lobte zudem Ägyptens Bemühungen bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Eine Kooperation in Migrationsfragen sei geplant, bei einem Besuch Sisis in Wien solle eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben werden. „Für Europa ist es wichtig, Asyl und Migration zu trennen“, so Nehammer. Es brauche legale und geregelte Zuwanderung, damit man mehr gegen illegale Migration vorgehen könne. Österreich könne zudem vom großen Arbeitskräftepotenzial Ägyptens profitieren. Man hoffe daher auf ein ähnliches Abkommen mit Ägypten wie mit Indien, das kurz vor der Unterzeichnung stehen würde, so Nehammer.

Im Anschluß an das Gespräch mit Präsident Sisi nahm der Bundeskanzler gemeinsam mit dem ägyptischen Premierminister Moustafa Kamal Madbouli und mehreren ägyptischen Ministern an einer großen Wirtschaftsveranstaltung teil. Dabei unterzeichneten die österreichischen Unternehmen Voestalpine Railway Systems und Plasser&Theurer Verträge mit den Ägyptischen Eisenbahnen. Die Bibliotheca Alexandrina und die Österreichische Nationalbibliothek unterschrieben ein Memorandum of Understanding.

Gute Aussichten für österreichische Firmen ortete Nehammer bei wirtschaftlichen



Foto: BKA/Dragan Tatic

... und mit dem ägyptischen Premierminister Moustafa Kamal Madboull beim Business Forum

Kooperationsmöglichkeiten und der Realisierung großer Infrastrukturprojekte. So wird derzeit eine neue Hauptstadt östlich von Kairo gebaut oder der Suezkanal erweitert. Auch im Verkehrsbereich und besonders im Bereich der Produktion von grünem Wasserstoff sind Kooperationen möglich. „Wasserstoff wird eine Zukunftsfrage für die Energieversorgung werden und ist daher auch für Österreich wichtig. Gerade in Nordafrika gibt es hier großes Potenzial“, betonte der Bundeskanzler.

Afrika-Strategie für umfassende Vernetzung

„Die Erarbeitung einer Afrika-Strategie soll dazu dienen, daß unsere diplomatischen Türen völlig offen und die Zusammenarbeit

in wichtigen Zukunftsbereichen wie Energie, Sicherheit und grüne Transformation auf eine neue Ebene gehoben wird. Es gilt, den Dialog zu suchen, die österreichische Position zu erklären und jene der Partner zu verstehen“, so der Bundeskanzler. Mit der angekündigten Afrika-Strategie unter dem Motto einer Partnerschaft auf Augenhöhe solle die sicherheitsstrategische Bedeutung von Stabilität in Afrika für mehr Frieden und Sicherheit unterstrichen werden. „Ein Afrikabeauftragter der Bundesregierung soll eine umfassende Vernetzung und Koordinierung sicherstellen. Im Sinne der im Regierungsprogramm vorgesehenen Initiative planen wir, das österreichische Netzwerk in Afrika zu überprüfen und gegebenenfalls zu erweitern“, hielt Nehammer abschließend fest. ■



Foto: BKA/Andy Wenzel

Am 2. Mai reiste Bundeskanzler Karl Nehammer nach Italien zu einem Arbeitsgespräch mit der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni

Nehammer: Allianz Österreichs und Italiens bei Migration

Österreich und Italien verbindet eine tragfähige Allianz, wenn es um den Kampf gegen illegale Migration geht“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 2. Mai beim gemeinsamen Pressestatement mit der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni.

Bei seinem Besuch in Rom standen insbesondere Migrationsfragen im Fokus. Es sei den beiden Ländern gelungen, „dieses wichtige Thema in der Europäischen Union wieder auf die Agenda zu setzen“, so der Kanzler. Nehammer betonte dabei die Notwendigkeit einer Wende in der europäischen Asylpolitik: „Es braucht die Unterstützung der Länder, die den Außengrenzschutz tragen müssen. Es braucht hier eine Fülle von Maßnahmen. Wir müssen endlich weiterkommen, das Asylsystem in Europa ist gescheitert.“ Notwendig seien neue Methoden, neue Übereinkünfte sowie Asylverfahren in sicheren Drittstaaten. Dänemark sei hier ein positives Beispiel, betonte der Bundeskanzler. Auch die Kooperation mit afrikanischen Ländern „auf Augenhöhe“ sei bei diesem Thema zentral.

Darüber hinaus war auch die Transitfrage Teil des Austausches zwischen den beiden Regierungschefs: „Allein im vergangenen Jahr sind 2,5 Millionen Lastkraftwagen (LKW) durch Tirol gefahren. Italien braucht die Nord-Süd-Achse, es gibt hier unterschiedliche Notwendigkeiten. Das Slot-System war daher auch ein Thema in unserem Gespräch. Dieses System soll die LKW-Ströme zwischen Tirol, Bayern und Italien regeln. Es ist klar, daß ich als Bundeskanzler hier die Interessen der Tiroler Bevölkerung



Foto: BKA/Andy Wenzel

schützen muß“, so Nehammer, der betonte, daß die Belastung der Tiroler Bevölkerung sehr groß sei. Hier gebe es unterschiedliche Interessen, die man berücksichtigen müsse.

„Es gibt große Herausforderungen, die Italien und Österreich gemeinsam zu stemmen haben, darunter auch die Frage der Energieversorgungssicherheit“, so der Bundeskanzler. Bei diesem Thema könne man auf die Erfahrung Italiens in Nordafrika bauen, die Zusammenarbeit des ENI-Konzerns mit der OMV sei hier zentral für die Herstellung von Energieversorgungssicherheit für das Binnenland Österreich und auch „die Frage des grünen Wasserstoffes wird eine Frage der Zukunft sein“. Auch bei diesem Thema betonte Nehammer, daß die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern wichtig sei.

Südtirol als Vorbild der Konfliktlösung

Österreich und Italien verbinde als Partner eine lange Geschichte, man habe als Nationen gemeinsam viel erlebt, unterstrich Nehammer die Verbundenheit Österreichs und Italiens. „Es ist etwas ganz Besonderes, was diesen beiden Staaten seit dem Gruber-De-Gasperi-Abkommen gelungen ist, daß diese besondere Situation in Südtirol bestmöglich gelöst worden und heute ein Vorbild für viele andere Konflikte ist“, so der Bundeskanzler. Aus der Schutzfunktion Österreichs sei hier inzwischen eine gemeinsame Verantwortung erwachsen.

Vor dem Gespräch mit Meloni war Nehammer auch mit Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher und dem Parteiobmann der Südtiroler Volkspartei, Philipp Achammer, zusammengetroffen. ■

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA/Florian Schrötter

Am 4. Mai hielt Bundeskanzler Nehammer eine Rede zum Europatag – im Bild mit EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn.

Festakt zum »Europatag 2023«

Es ist tatsächlich ein Privileg, Bundeskanzler der Republik Österreich sein zu dürfen. Denn dieses Amt bringt ganz viele Möglichkeiten mit sich, unter anderem, die Welt auch ein Stück weit kennenzulernen und zu versuchen einen Beitrag zu leisten, daß die Welt zusammenfindet“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer anlässlich des Europatages 2023 im Parlament. „Die Europäische Union ist ein unglaublich faszinierendes Projekt. Es ist schon etwas Besonderes, wenn zum Beispiel Italien und Österreich darüber sprechen, daß ein Friedensprojekt gelungen ist, wie etwa die Autonomie in Südtirol. Auch bei einer schwierigen Geschichte kann es eine positive Zukunft geben“, so der österreichische Regierungschef.

Wenn man den Blick über Europa hinauswagt, so stelle man unterschiedliche Interessen und große Entwicklungen innerhalb der jeweiligen Kontinente fest. „Wir müssen als Europa bereit sein, neue Partnerschaften zu bilden und damit Perspektiven zu ermöglichen. Zukunft ist das, was wir alle gemeinsam gestalten können“, erläuterte Nehammer. Er bezog sich dabei auf seine jüngste Afrika-Reise und berichtete von „einer unglaublichen Dynamik“, die dort zu konstatieren sei. Über Jahrzehnte hinweg habe man von europäischer Seite verabsäumt, tatsäch-

lich Kooperationen mit Afrika auf Augenhöhe einzugehen. Für beide Seiten könne es auf der Basis von Kooperationen eine gute Zukunft geben.

Potential für ArbeitnehmerInnen sowie Investitionen

„Wir haben tatsächlich gemeinsame Herausforderungen zu stemmen, wenn ich etwa an die Migration denke. Europa ist in vielfacher Hinsicht gefordert, zum Beispiel was die organisierte Kriminalität betrifft, die darüber entscheidet, wer nach Europa kommt. Es würde besser funktionieren, wenn wir mit den Ländern, aus denen die Menschen zu uns kommen, auf Augenhöhe sprechen“, hielt der Kanzler fest. Dazu brauche es eine starke Wirtschaftsgemeinschaft, die interessante Angebote mache, einen Wirtschaftsraum, der für ArbeitnehmerInnen sowie für Investitionen Potential biete. „Für mittelgroße und kleine Staaten ist es wichtig, die Exzellenz zu erkennen, die diese Länder jeweils bieten. Österreich kann hier innerhalb der Europäischen Union einen wesentlichen Beitrag leisten“, verwies Nehammer darauf, wie begehrt manche hier erzeugten Produkte oft weltweit seien. Man wisse hier oft gar nicht, daß Österreich durch UnternehmerInnen sowie Industriestandorte, Forschung und Universitäten Exzellenz habe. „Und vor al-

lem durch eines: durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das leisten.“ Man könne darauf stolz sein, müsse aber dennoch den Blick über die Unionsgrenzen hinaus wagen: „Ich muß es sogar tun, wenn wir darüber nachdenken, wie wir Zukunft gestalten.“

Demokratie verteidigen, Werte hochhalten, wehrhaft sein

Seit dem russischen Angriffskrieg sei Europa ein Stück weit traumatisiert: „Keiner hätte gedacht, daß es wieder Krieg auf dem europäischen Kontinent geben würde. Die Generation, die über Europa nachgedacht hat, hat über eine Friedensunion nachgedacht. Und über die Möglichkeit, sich so zu verzahnen, daß man einen Bruch erreicht in der europäischen Geschichte, und der ist: Wir führen nicht mehr Krieg gegeneinander. Man hat sich dazu verständigt, zu reden, zu verhandeln, aufeinander zuzugehen.“ Neutral zu sein bedeute nicht, keine Meinung zu haben und Unrecht nicht zu benennen: „Es ist uns allen bewußt geworden, daß es nicht reicht, darüber zu sprechen, daß man Demokratie verteidigt und Werte hochhält, sondern sich auch darauf besinnen muß, wehrhaft zu sein“, bezog sich Karl Nehammer abschließend auf den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine und dessen Folgewirkungen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Verantwortung für das »Niemals vergessen« übernehmen und an die nächste Generation weitergeben

Wir erinnern uns heute an das Ende eines der dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte. Millionen von Menschen wurden ermordet, gequält, gedemütigt. Der Krieg hat über unglaublich viele Schicksale bestimmt“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 8. Mai bei einer Gedenkveranstaltung im Kongreßsaal des Bundeskanzleramtes. Im Rahmen des feierlichen Gedenkens sprachen nach einleitenden Worten von Danielle Spera auch die Kriegsfolgenforscherin Barbara Stelzl-Marx sowie Vizekanzler Werner Kogler. Ein Ensemble der Wiener Philharmoniker sorgte für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung.

Der österreichische Regierungschef verwies auf die Wichtigkeit der Erinnerungskultur, die lange gebraucht habe, um Fahrt aufzunehmen: „Es ist so wichtig, all das immer wieder zu erzählen. Die Nationalsozialisten hatten das Ziel, die Menschen durch Nummernvergabe vergessen zu machen. Unsere Aufgabe ist es, die Namen der Menschen immer wieder zu erwähnen, ihr Schicksal zu erzählen. Nur dann sind sie in Wahrheit nicht gestorben, nur dann haben die Nationalsozialisten auch keinen Erfolg.“ Sinn der Erinnerungskultur sei es, den Menschen die Würde wieder zurückzugeben, die ihnen entzogen wurde. Es sei unsere „gemeinsame, wertvolle Aufgabe“.

Erinnerungskultur in Gusen neu ordnen

„Wir haben uns als Bundesregierung entschlossen, in Gusen die Erinnerungskultur mit den dort Ansässigen neu zu ordnen. Im damaligen Konzentrationslager sind unzählige Menschen aus zahlreichen Ländern ermordet, tyrannisiert und geknechtet worden. Diese Form des Verbrechens und des Wahnsinns muß gezeigt werden, darüber muß gesprochen werden“, so der Kanzler. Die Bundesregierung habe sich dazu entschlossen, einen Fonds einzurichten, damit alle Schulklassen die Gedenkstätten in Mauthausen und Gusen besuchen können. Und damit PolizistInnen in ihrer Ausbildung dort diskutieren, genauso wie SoldatInnen des österreichischen Bundesheers: „Denn es ist so wichtig zu sehen, was passiert ist, aber auch sich immer die ganz wichtige Frage zu stellen: Was bedeutet das für mich, was hat das mit den Menschen damals gemacht und welche Lehren ziehen wir heute daraus?“ All das, was damals passiert sei, habe Millionen von Menschen traumatisiert.



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer



Foto: BKA/Andy Wenzel

Vizekanzler Werner Kogler

Wehrhafte Demokratie gegen Rassismus und Antisemitismus

„Gleichzeitig waren viele Österreicherinnen und Österreicher aktiv an den Verbrechen beteiligt. Eine Seite der Geschichte, die



Foto: BKA/Andy Wenzel

Fest- und Gedenkrednerin war die Historikerin und Kriegsfolgenforscherin Barbara Stelzl-Marx

wir oft nicht erkennen und erwähnen wollen. Aber es ist so notwendig, Verantwortung zu übernehmen, nämlich für die nächsten Generationen im Sinne dessen zu wissen, was passiert ist, damit aus dem ‚Niemals vergessen‘ auch tatsächlich ein ‚Niemals wieder‘ werden kann.“ Es brauche eine wehrhafte Demokratie, um gegen Rassismus und Antisemitismus anzukämpfen: „Wir brauchen eine Demokratie, die sich wehrt gegen Ideologien, die Radikalisierung vorantreiben“, so Nehammer.

Es sei wichtig zu erklären, mit welchen Mechanismen Extremismus und Antisemitismus die Seelen der Menschen vergiftet habe, „damit dieses unglaubliche Unheil überhaupt möglich geworden ist, um es dann tatsächlich in Zukunft zu verhindern. Das ist unser gemeinsamer Auftrag. Es ist unsere Verantwortung, stetig daran zu arbeiten, daß es auch in diesem Sinne weitergeht“, schloß der Bundeskanzler. ■

Österreich, Europa und die Welt

Europa-Staatspreis 2023

Innovative Europa-Projekte in Österreich sichtbar machen und damit auch das Engagement zahlreicher Einzelpersonen und Organisationen in den Mittelpunkt rücken: Das möchte der Europa-Staatspreis erreichen, den Europaministerin Karoline Edtstadler am 9. Mai verliehen hat.

„Ich möchte mich nicht nur bei den Preisträgerinnen und Preisträgern, sondern bei allen, die mit großem Engagement Initiativen und Projekte für die fünf Kategorien des Europa-Staatspreises eingereicht haben, herzlich bedanken. Ob in Schulen und Bildungseinrichtungen, in Österreichs Gemeinden und Regionen, bei grenzüberschreitenden Vorhaben oder in Form von Medienbeiträgen oder Kunstprojekten: Das Motto der EU – In Vielfalt geeint – spiegelt sich in all diesen Projekten und Initiativen auf beeindruckende Art und Weise wider. Dieses vielfältige Engagement bringt der Europa-Staatspreis heute auf die Bühne.“

Europaministerin Karoline Edtstadler konnte zur feierlichen Europa-Gala – in deren Rahmen Bundespräsident Alexander Van der Bellen eine Festrede anlässlich des Europatages hielt – über 200 hochrangige Gäste aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Kunst und Kultur, Medien, Verwaltung sowie Zivilgesellschaft in den Wiener Sofiensälen begrüßen. Durch die Veranstaltung führte als Moderator Roland Adrowitzer, der ehemalige Leiter des ORF-Korrespondentenbüros in Brüssel. Die musikalische Umrahmung gestaltete ein Streichquartett des Jugendorchesters der Europäischen Union (European Union Youth Orchestra, EUYO).

Edtstadler: „Werte verteidigen, Wohlstand sichern, Wandel gestalten“

„Der heutige Europatag erinnert an die Schuman-Erklärung aus dem Jahr 1950, in welcher der damalige französische Außenminister Robert Schuman die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgeschlagen hat. Das war der Grundstein unserer Europäischen Union. Die damalige Vision der europäischen Integration und der friedlichen Zusammenarbeit könnte heute, angesichts immenser Herausforderungen für unseren Kontinent, aktueller nicht sein“, so die Europaministerin in ihren Eröffnungsworten. „Diese Vision gibt uns drei Aufgaben – ‚3 Ws‘ – mit auf den Weg: Erstens müssen wir unsere europäischen Werte verteidigen – auf globaler Ebene, aber auch innerhalb der EU. Zweitens gilt es unseren Wohlstand zu sichern – etwa durch die Ver-



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesministerin Karoline Edtstadler mit den Europa-StaatspreisträgerInnen in den fünf Kategorien

vollständigung des Binnenmarktes und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auch im Rahmen des heute beginnenden ‚Europäischen Jahres der Kompetenzen‘. Drittens sollten wir den Wandel positiv gestalten und die Veränderungen, welche die ökologische und digitale Transformation mit sich bringt, als Chancen für die Zukunft nutzen.“

„Es liegt an uns allen, die Zukunft Europas aktiv zu gestalten – nicht nur am Europatag, nicht nur in Brüssel oder Straßburg. Die zahlreichen Einreichungen zum Europa-Staatspreis 2023 zeigen beispielhaft, wie dies gelingen kann – durch Einsatz und Kreativität, durch ungewöhnliche Blickwinkel und innovative Vermittlungsformate, vor allem aber durch das großartige Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort“, betonte Edtstadler.

Bundespräsident Van der Bellen: „Das solide Fundament der europäischen Grundwerte gibt uns Sicherheit“

In seiner Festrede zum Europatag warnte Bundespräsident Alexander Van der Bellen davor, die Europäische Einheit als Selbstverständlichkeit zu sehen: „Es geht gerade ein Ruck durch die Welt. Ein Ruck in Richtung Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Na-

tionalismus, gespeist durch Angst und Unsicherheit. Immer öfter wird ernsthaft darüber geredet, Mauern zu bauen, Festungen zu errichten – und immer öfter hält Brüssel als Feindbild her.“

Den PreisträgerInnen gratulierte Van der Bellen: „Liebe Preisträgerinnen und Preisträger, wir brauchen ganz dringend solche Ideengeber wie Sie! Wir brauchen ganz dringend jene schöpferische Energie, mit der Sie ans Werk gehen. Sie stimmen mich zuversichtlich!“

Zum Schluß erinnerte der Bundespräsident an die gemeinsamen europäischen Werte: „Was uns Sicherheit gibt, ist das solide Fundament der europäischen Grundwerte, auf dem wir stehen: Freiheit, Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit und die Würde des Menschen.“

Kategorie „Europa in der Gemeinde“

Projekt: „Digitale und Europäische Kompetenzen in Großsteinbach“

Kategorie „Europa in der Bildung“

Projekt: „Citizen Advice Project“

Kategorie „Europa in Kunst & Kultur“

Projekt: „StoryTelling:Europe!“

Kategorie „Grenzenloses Europa“

Projekt: „#EUROPAGEGENCovid19“

Kategorie „Europa erklären“

Projekt: „EU bist auch DU“

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA/Andy Wenzel

Am 1. Juni nahm Bundeskanzler Karl Nehammer am Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft in der Republik Moldau teil.

Nehammer: Westbalkan darf nicht vergessen werden

Dieses europäische Gipfeltreffen ist ein ganz wichtiges Zeichen dafür, daß wir in der Frage des Krieges gegen die Ukraine klar zusammenstehen und daß wir Moldau den Rücken stärken. Moldau hat eine unglaubliche Last zu tragen, auch in der Frage der Unterbringung von vielen Vertriebenen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer beim Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) in Moldau. Am Tagungsort Schloß Mimi, südöstlich von Chisinau, trafen am 1. Juni die Staats- und Regierungschefs von 47 europäischen Staaten zusammen und demonstrierten Geschlossenheit. Fast alle europäischen Staaten zwischen der Ukraine und Portugal waren vertreten, zwei allerdings nicht: Rußland und Belarus. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte anlässlich des Gipfeltreffens eine rasche Ost-Erweiterung von EU und NATO zum Schutz vor russischer Aggression.

Anerkennung für Moldau

Der österreichische Bundeskanzler zeigte seine Anerkennung für Moldaus Haltung in diesem Konflikt, es agiere „bravourös“ und stehe dabei selbst ständig unter der Bedrohung Rußlands. Nehammer erinnerte daran, daß ein Teil Moldaus, nämlich Transnistrien, von der russischen Armee besetzt sei.

Engere EU-Anbindung für Westbalkan-Staaten

Der Bundeskanzler betonte zudem, daß es für Österreich wichtig sei, nicht auf den Westbalkan zu vergessen. Er begrüßte die jüngste Initiative von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Unterstüt-



Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer mit dem bulgarischen Staatspräsidenten Rumen Radev

zung und engeren Anbindung der Westbalkanstaaten an die Europäische Union. Zum Abschluß des Gipfeltreffens in Moldau erklärte der Kanzler, daß sich ein klarer Prozeß zur Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU immer stärker abzeichne. Viele von Österreich geforderte Punkte würden durch die jüngste Initiative der EU-Kommission angestoßen. Den Westbalkan-Staaten komme es darauf an, daß nun auch Taten folgen. Deshalb seien informelle Treffen wie in Moldau wichtig. „Man kommt sich schrittweise immer näher, damit der Prozeß konkreter wird“, so Nehammer.

Kein Schnellverfahren für Ukraine und Moldau

Ferner sei es wichtig, so der österreichische Regierungschef, daß es für die Ukraine

und Moldau kein Schnellverfahren zum EU-Beitritt gebe. Es gelte, pragmatisch vorzugehen, wobei es von österreichischer Seite keine Zustimmung geben werde, solange nicht dem Westbalkan dieselbe Behandlung widerfahre wie für die Ukraine und Moldau überlegt werde. Zu bedauern sei, so Nehammer, daß Georgien bisher noch keinen EU-Kandidatenstatus bekommen habe. Georgien sei westeuropäisch orientiert, „das Land sollten wir nicht verlieren“.

Am Rande des Europa-Gipfels traf der Bundeskanzler auch mit Bulgariens Präsident Rumen Radev zu einem Gespräch zusammen. Im Mittelpunkt sei dabei die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit gestanden, insbesondere bei den Themen Migration und Schutz der EU-Außengrenzen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Unterstützung Israels als Teil unserer staatspolitischen DNA

Bundesministerin Karoline Edtstadler absolvierte anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Staatsgründung Israels und der Vernetzung im Kampf gegen Antisemitismus ein Besuchsprogramm in Jerusalem, Tel Aviv und Be'er Sheva. Bei der Eröffnung des „Global Forum“ des American Jewish Committee (AJC) bekundete sie die historische Verantwortung Österreichs, jüdisches Leben zu schützen und zu fördern: „Wenn Jüdinnen und Juden unter Druck sind, dann sind unsere Demokratien und unsere liberalen Gesellschaften unter Druck. Wann immer es notwendig ist, helfen wir Israel als souveränen Staat. Es ist Teil unserer staatspolitischen DNA sowie unsere Pflicht und Verantwortung, Israel sowie Jüdinnen und Juden zu unterstützen.“ Man könne Verbrechen, die ÖsterreicherInnen unter dem Nazi-Regime begangen haben, nicht wiedergutmachen, „was wir aber versprechen können, ist, daß wir alles tun werden, um Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus zu schützen“, betonte die Europa- und Verfassungsministerin.

Engagement für Israel aufgrund historischer Verantwortung

Im Zuge der politischen Gespräche während ihres Aufenthalts in Israel traf Karoline Edtstadler unter anderem mit Staatspräsident Yitzhak Herzog zusammen. Dabei verwies sie auf die starken Bindungen zwischen den beiden Ländern und hob die Tatsache hervor, daß das Engagement Österreichs für den jüdischen und demokratischen Staat Israel „auf unserer historischen Verantwortung“ basiere.

Nach einem Besuch bei Außenminister Eli Cohen hielt Bundesministerin Edtstadler fest, daß die Nationale Strategie gegen Antisemitismus einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung eines sicheren jüdischen Lebens in Österreich leiste. Im Anschluß daran nahm sie mit Margeritas Schinas, Vizepräsidentin der EU-Kommission, am „High Level Seminar on Combating Antisemitism“ teil.

An der Ben-Gurion-Universität in Be'er Sheva tauschte sich die Verfassungsministerin mit Studierenden über aktuelle Fragen der Europapolitik aus.

Zum Abschluß der Termine in Israel übergab Edtstadler ein restituiertes Gemälde des österreichischen Malers Anton Romako aus der Albertina an die rechtmäßige Erbin eines Shoah-Opfers.



Bundesministerin Karoline Edtstadler mit dem Staatspräsidenten von Israel Isaac Herzog...



... mit dem israelischen Außenminister Eli Cohen ...



... und mit StudentInnen für Europäische Studien der Ben-Gurion-Universität in Be'er Sheva

Österreich, Europa und die Welt

Bundeskanzler empfängt slowenischen Ministerpräsidenten Golob in Wien

Bundeskanzler Karl Nehammer empfing den slowenischen Ministerpräsidenten Robert Golob am 13. Juni zu einem offiziellen Besuch in Wien. Als Nachbarländer sind Slowenien und Österreich auf vielen Ebenen eng miteinander verbunden und pflegen eine starke Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Slowenien ist für Österreich, auch im Rahmen der Europäischen Union, ein wichtiger Partner. Insbesondere die EU-Annäherung des Westbalkans ist ein gemeinsames Anliegen beider Länder.

Slowenien und Österreich stehen aber auch vor gemeinsamen Herausforderungen. Angesichts der aktuell sich zunehmend verschärfenden Migrations- und Sicherheitslage in Europa haben die beiden Regierungschefs das Arbeitsgespräch in erster Linie dazu genutzt, die Auswirkungen der illegalen Migrationsbewegungen durch Europa und damit einhergehend Grenzkontrollen zu besprechen.

Bundeskanzler Nehammer im Anschluß dazu: „Unsere beiden Länder spüren die Auswirkungen der illegalen Migrationsbewegungen durch Europa. Fakt ist: Das europäische Asylsystem ist gescheitert. Von einem funktionierenden Schengenraum sind wir meilenweit entfernt. Wir haben heute auch über die Grenzkontrollen gesprochen: Und wir sind uns einig, daß es starke Außengrenzen braucht, damit wir die Grenzen nach innen wieder öffnen können. Aber solange der Außengrenzschutz nicht vollumfänglich funktioniert, und die große Mehrheit der Migranten – ich spreche von 70 Prozent – durch etliche EU-Mitgliedsstaaten unregistriert reisen, müssen die österreichischen Grenzkontrollen aufrecht bleiben, Sie dienen dem Schutz der österreichischen Bevölkerung. Denn es geht dabei um die Sicherheit in unserem Land, aber auch um die Sicherheit der gesamten Europäischen Union. Wir werden den gemeinsamen Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Schlepperbanden, die mit dem Leid der Menschen Geschäfte machen, weiter verstärken.“

Erste Fortschritte bei der Verschärfung der EU-Asylregeln, für die sich Österreich seit Jahren klar ausspricht, konnten in der Woche zuvor beim Innenminister-Rat erzielt werden.

Für Bundeskanzler Nehammer steht allerdings fest: „Es braucht eine Totalreform der europäischen Asylpolitik. Nicht die Schlepper dürfen entscheiden, wer in die EU



Foto: BKA/Andy Wenzel

Am 13. Juni empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) den Premierminister der Republik Slowenien, Robert Golob, zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.



Foto: BKA/Andy Wenzel

kommt, sondern wir. Und all jene, die tatsächlich Schutz benötigen, sollen diesen auch in sicheren Drittstaaten erhalten. Wir werden uns mit unseren Partnern in der EU weiterhin eng abstimmen und uns dafür einsetzen.“

Das wird der Bundeskanzler auch beim nächsten Europäischen Rat in Ende Juni thematisieren und kündigt an, sich dort weiterhin für die Forderung der Verfahren in Drittstaaten einzusetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt der bilateralen Gespräche betraf die EU-Erweiterung am Westbalkan. Die Regierungschefs stimmen überein, daß gleiche Regeln für alle gelten und es keine Abkürzungen für manche Länder geben dürfe.

Nehammer dazu: „Als EU haben wir eine Verantwortung gegenüber den Ländern des

Westbalkans. Als unmittelbare Nachbarn und Freunde der Westbalkan-Staaten fühlen wir uns als Österreicher und Slowenen besonders verpflichtet. Wir haben daher auch vereinbart, daß wir hier eine gemeinsame Initiative starten werden, um in den kommenden Monaten praktische Fortschritte in der EU-Annäherung des Westbalkans zu erreichen.“

Im anschließenden Pressestatement hob der Bundeskanzler außerdem die menschliche Verbundenheit zwischen Slowenien und Österreich hervor. Zentral dafür sind die in beiden Ländern vertretenen Volksgruppen, die regen Austausch untereinander unterhalten.

„Diese Verbindung auf menschlicher Ebene gilt es auch weiterhin zu pflegen und zu stärken“, so der Bundeskanzler abschließend. ■

Österreich, Europa und die Welt

Zyperns Präsident Christodoulides zu Gast in Wien

Ich freue mich sehr über den Besuch von Präsident Nikos Christodoulides heute in Wien. Unsere beiden Länder verbinden langjährige bilaterale Beziehungen und eine starke Freundschaft, die wir heute weiter vertiefen konnten“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 14. Juni im Anschluß an das Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten der Republik Zypern im Bundeskanzleramt. Im Rahmen seines Arbeitsbesuches in Wien traf Zyperns Präsident neben dem Bundeskanzler auch Außenminister Alexander Schallenberg. Im Zentrum der Gespräche stand die Vorbereitung auf das Treffen des Europäischen Rates Ende Juni sowie die Themen Migration und Schutz der Außengrenzen.

Migration und Außengrenzschutz als zentrale Themen für EU-Gipfel

„Gerade im Vorfeld des bevorstehenden EU-Gipfels haben wir die heutigen Gespräche genutzt, um uns über die gemeinsamen Forderungen abzustimmen. Wichtig ist, daß Migration auf der Tagesordnung des nächsten EU-Gipfels einen starken Platz einnimmt und ausführlich diskutiert wird. Österreich und Zypern setzen sich gemeinsam dafür ein, daß EU-Mittel für den Außengrenzschutz fließen und daß Kooperationen mit Drittstaaten massiv ausgebaut werden, um illegale Migration nach Europa zu verhindern“, betonte Nehammer. Österreich engagiere sich zudem für eine umfassende Evaluierung der bisherigen Maßnahmen zum Außengrenzschutz.

In einem Gemeinsamen Kommuniqué anläßlich des Treffens faßten der österreichische Regierungschef und der Präsident der Republik Zypern die wichtigsten Inhalte der Unterredung zusammen. Darin wird betont, daß die beiden EU-Staaten mit der höchsten Zahl an Asylanträgen pro Kopf das Thema der illegalen Migration als eine große Herausforderung sehen. Daher brauche es eine „europäische Antwort“, die sowohl auf die spezifischen Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten als auch auf die grundlegenden Ursachen der Migrationsströme eingehe. Christodoulides und Nehammer begrüßen die „jüngsten Fortschritte“ beim neuen Asyl- und Migrationspakt als „einen Schritt in die richtige Richtung“.

Gute Beziehungen zwischen Österreich und Zypern

Im Gemeinsamen Kommuniqué wird zudem auf die starken und weit zurückrei-

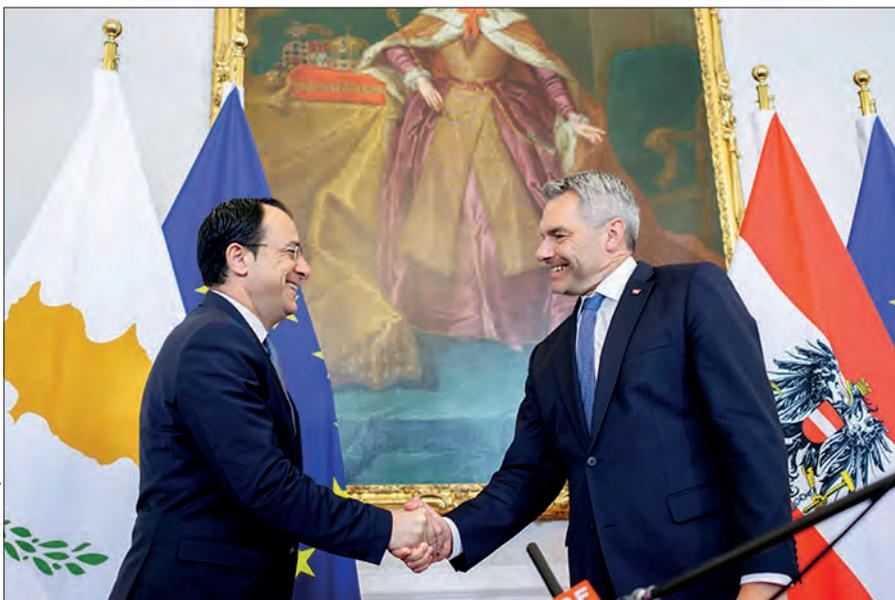


Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) empfängt Zyperns Präsidenten Nikos Christodoulides zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt

chenden Beziehungen beider Länder verwiesen und bekräftigt, daß beide Seiten sich für ein „starkes Festhalten“ am Multilateralismus und die Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Im Vorjahr hatten Zypern und Österreich das 60jährige Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen gefeiert. Auf multilateraler Ebene und insbesondere in der EU sehen sich Zypern und Österreich als wichtige Partner.

Einen ausführlichen Austausch habe es im Rahmen des Arbeitsgesprächs schließlich auch über die Bemühungen von Präsident Christodoulides gegeben, die Verhandlungen für eine umfassende Lösung der Zypernfrage – im Einklang mit UN- und EU-Vorgaben – wiederaufzunehmen. Zyperns Präsident begrüßte in diesem Kontext das österreichische Engagement durch die langjährige Beteiligung an der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern. ■

Platz fünf im internationalen Sustainable Development Report 2023

Zum jüngst veröffentlichten Sustainable Development Report 2023 nahm Bundesministerin Karoline Edtstadler am 21. Juni Stellung und hob das Bekenntnis Österreichs zur Agenda 2030 hervor: „Es ist unsere Aufgabe, insbesondere gegenüber zukünftigen Generationen, die nachhaltige Entwicklung in Österreich und international weiter zu stärken. Die österreichische Spitzenplatzierung im globalen SDG-Ranking ist ein Beweis dafür, daß Nachhaltigkeit für die Bundesregierung nicht nur ein Lippenbe-

kenntnis ist. Durch die Möglichkeit der direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und das Einmelden von Erfolgsgeschichten wollen wir uns wechselseitig motivieren, weiter zur Umsetzung der SDGs beizutragen.“

Edtstadler wird im Juli zur Koordinierung der Umsetzung der SDGs (Ziele für nachhaltige Entwicklung) zu den Vereinten Nationen nach New York reisen und dort den aktuellen Stand in Österreich präsentieren.

Kompaß zur Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft

Der aktuelle Report zeigt den Fortschritt der 193 UN-Staaten bei der Umsetzung der SDGs. Österreich konnte seinen 5. Platz aus dem Vorjahr verteidigen und befindet sich somit im weltweiten Spitzenfeld.

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN stellen einen globalen Kompaß für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft dar. Die Staatengemeinschaft hat sich dazu bekannt, gemeinsam bis 2030 daran zu arbeiten, etwa Armut zu bekämpfen (SDG 1), saubere Energie zu gewährleisten (SDG 7) oder „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ sicherzustellen (SDG 16).

Der österreichische Zwischenbericht zum Umsetzungsstand, der viele inspirierende Leuchtturmprojekte vorstellt, kann auf der Website des Bundeskanzleramts eingesehen werden. Dort können auch Best-Practice-Projekte für den zweiten Freiwilligen Nationalen Umsetzungsbericht digital eingereicht werden. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html>

Österreich, Europa und die Welt

Initiative aus Österreich mit Vorbildwirkung für die gesamte EU

Über 100 Europa-GemeinderätInnen nahmen am 22. Juni an der Jahrestagung der Initiative im Rahmen des 69. Österreichischen Gemeindetages in Innsbruck teil.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte bei der Begrüßung: „In den Gemeinden sind die Bürgermeister täglich mit den Sorgen und Wünschen der Menschen, die sie persönlich kennen, konfrontiert. Daher wissen sie auch, wo den Landsleuten der Schuh drückt. Sie müssen Druck aushalten, viele Entscheidungen treffen, die dem Allgemeinwohl dienen, aber manchen nicht gefallen. Nicht umsonst ist das Vertrauen in die Ortschefs groß, da es hart erarbeitet ist.“

Bundeskanzler Karl Nehammer erklärte in seiner Festrede; „Die Bundesregierung hat größtes Vertrauen in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Daher haben wir auch die Mittelausschüttung bei der Gemeindemilliarde so unbürokratisch organisieren können. Es braucht dieses starke und vertrauensvolle Zusammenarbeiten.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sagte: „Durch die vielen Krisen ist das Vertrauen in Parteien, in Repräsentanten der Parteien und ins Parlament gesunken. Aber in den Gemeinden gibt es weiterhin hohes Vertrauen, denn die Bürgermeister leben die Bürgernähe. Und das ist ein wichtiger stabilisierender Faktor für die Demokratie.“

Europaministerin Karoline Edtstadler strich aus diesem Anlaß hervor: „Erstmals ist die Tagung der Europa-GemeinderätInnen und Europa-Gemeinderäte in den Österreichischen Gemeindetag integriert. Das zeigt bereits, wie eng verzahnt diese beiden Ebenen, die europäische und die kommunale, sind.“

Europa-GemeinderätInnen machen EU vor Ort erlebbar, spürbar und sichtbar

„Die Gemeinden sind die unverzichtbare Lebensader für das Zusammenleben in Österreich und in der Europäischen Union“, betonte die Europaministerin. „Wo, wenn nicht in unseren Gemeinden, wissen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die GemeinderätInnen und Gemeinderäte am besten über die Sorgen, Anliegen und Wünsche der Menschen Bescheid? Und wie, wenn nicht auf dieser Ebene und durch den unmittelbaren, direkten Kontakt mit der Bevölkerung, können wir Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit finden? Ob Energieversorgungssicherheit, Migration, Klimawandel oder Digitalisierung – diese



Foto: BAK / Christopher Dunker

v.l.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl



Foto: Gemeindebund / Erich Marschik

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Festrede in Innsbruck



Foto: Gemeindebund / Erich Marschik

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Themen betreffen zuallererst die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Entscheidungen auf europäischer Ebene benötigen daher das kontinuierliche Feedback der lokalen und regionalen Ebene.“

„Europa fängt in der Gemeinde‘ an, so lautet der Leitspruch der Initiative seit ihrem Beginn. Denn die EU befindet sich nicht in Brüssel oder Straßburg, sondern dort, wo die Menschen leben und arbeiten. Genau dort setzt die Initiative an, nahe an den Bürgerinnen und Bürgern.“ Als Plattform für Austausch und Vernetzung, Fortbildung und Unterstützung, etwa bei der Beantragung von EU-Fördergeldern, würden die Europa-GemeinderätInnen wichtige Aufgaben übernehmen, bedankt sich die Europaministerin: „Euer Engagement ist Garant dafür, daß der europäische Gedanke aktiv gelebt wird –

Österreich, Europa und die Welt

durch konkrete Projekte, durch persönliche Gespräche, kurz, durch Euren Einsatz und Enthusiasmus! Ihr macht die Europäische Union vor Ort erlebbar, spürbar und sichtbar.“

Riedl: »Tagung in Innsbruck schafft Bewußtsein für unsere Aufgaben«

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Alfred Riedl, erläuterte: „Wir spüren seit Jahren, daß Informationen über und Vertrauen in die EU immer weniger in den Gemeinden ankommen. Daher ist es verstärkt unsere Aufgabe als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte, die EU und die europäischen Themen noch besser für die Menschen in den Gemeinden zu erklären. Denn alles, was wir vor Ort den Gemeindegewerinnen und Gemeindegewertern nicht erklären können, kommt bei den Menschen nicht an.“

Dies gelte für alle Themen, betont der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes: „Es ist also unsere Verantwortung, die in Brüssel beschlossenen Entscheidungen vor Ort einfach, prägnant und rasch zu erklären, beispielsweise, wieso das Wasser aufgrund einer EU-Wasserrichtlinie verteuert worden wäre, wenn wir nicht rechtzeitig massiv dagegen aufgetreten wären, oder wieso der europäische Außengrenzschutz nicht funktioniert – und das werden wir in gelebter Praxis weiterhin tun. Ich bin sehr dankbar, daß diese Tagung hier in Innsbruck stattfindet, sie schafft noch mehr Bewußtsein bei allen Beteiligten für unsere Aufgaben und Herausforderungen. Gleichzeitig können wir in diesem Rahmen auch gemeinsam an Lösungen arbeiten und gestärkt an die Arbeit gehen.“

»Best Practice«-Projekte von Europa-GemeinderätInnen als Inspiration

Wie die Umsetzung von EU-Projekten auf lokaler und regionaler Ebene erfolgreich gelingen kann, zeigen beispielhaft 4 Europa-GemeinderätInnen aus vier unterschiedlichen Bundesländern: So präsentiert Gerda Schnetzer-Sutterlüty (Europa-Gemeinderätin in Sulz, Vorarlberg) im Rahmen der Tagung das Buch „Briefe an Angelika Kauffmann – Zeilen in die europäische Vergangenheit“. Robert Hirsch (Europa-Gemeinderat in Arnfels, Steiermark) setzt mit „Café Europa“, einem „EU-Familienradwandertag“ und der „EU-Damenfreundschaft“ dies- und jenseits der steirisch-slowenischen Grenze Akzente. Renate Habetler (Europa-Gemein-



Bundeskanzler Karl Nehammer



Europaministerin Karoline Edtstadler



Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl

derätin in Bernstein, Burgenland) berichtet von ihren Aktivitäten – vor allem davon, wie die Vorteile der Europäischen Union in den Fokus gerückt werden können. Felix Hell (Europa-Gemeinderat in Telfs, Tirol) unterstreicht die Bedeutung von EU-Mitteln für die Umsetzung von Projekten, etwa im schulischen Bereich durch Comenius (Erasmus+) oder im Rahmen des Vereins Regionalmanagement Innsbruck-Land (LEADER – Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums).

Erfolgsprojekt aus Österreich wird nun EU-weit umgesetzt

Das abwechslungsreiche Tagungsprogramm beinhaltet unter dem Titel „Inside Europa“ mit einer Rede von Peter Launsky-Tieffenthal, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), exklusive Einblicke hinter die Kulissen des europäischen Geschehens. Wie wichtig die bürgerinnen- und bürgernahe Kommunikation über EU-Themen ist, betonen die Mitglieder des Europäischen Parlaments Theresa Bielowski, Barbara Thaler, Monika Vana und Angelika Winzig in Form von Impulsreferaten und bei einer von Sabine Amhof moderierten Diskussion. Von 6. bis 9. Juni 2024 finden in allen EU-Mitgliedsstaaten die Europawahlen statt, und die Europa-GemeinderätInnen spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erzielen.

Richard Kühnel (Direktor für die Vertretung und Kommunikation der Europäischen Kommission in den EU-Mitgliedsstaaten) bot Rückblicke und Ausblicke – zum einen auf die Entstehung und Anfänge der Initiative im Jahr 2010, zum anderen auf die weitere Entwicklung aus Sicht der Europäischen Kommission. „Denn hier hat Österreich Vorbildwirkung: Die Initiative wird, anhand der Erfolgsgeschichte aus Österreich und unter dem etablierten Leitspruch ‚Europa fängt in der Gemeinde an‘, aktuell in den anderen EU-Mitgliedsstaaten ausgerollt.“

Der Österreichische Gemeindebund ist vereinsrechtlich organisiert und seit 1947 die kommunale Interessensvertretung von 2.082 der insgesamt 2.093 österreichischen Gemeinden und Städte auf Bundesebene und repräsentiert damit insgesamt rund 70 Prozent der österreichischen Bevölkerung. Zur Wahrnehmung der internationalen Agenden unterhält der Österreichische Gemeindebund seit 1996 ein ständiges Büro in Brüssel. ■

<https://www.europagemeinderaete.at>

Österreich, Europa und die Welt

Europäischer Rat: Unterstützung der Ukraine und Migration im Fokus

Wir haben heute beim EU-Rat aus meiner Sicht zwei besonders wichtige Themen auf der Tagesordnung: Auf der einen Seite die Beurteilung der Lage und Entwicklung des Rußland-Ukraine-Konfliktes und die Auswirkungen dieses Krieges in Rußland. Auf der anderen Seite stehen Überlegungen in den europäischen Mitgliedsländern, vor allem auch der Kommission, daß es Sicherheitsgarantien für die Ukraine geben soll, auf der Agenda. Für uns als neutrale Staaten ist klar, daß es diese so nicht geben kann. Darauf wird auch in den Schlussfolgerungen Rücksicht genommen: Österreich, Irland, Malta und Zypern haben hier Bedenken angemeldet“, hielt Bundeskanzler Karl Nehammer am 29. Juni vor Beginn des Europäischen Rates in Brüssel fest.

Bereits am Vortag hatte der österreichische Regierungschef im EU-Hauptausschuß des Parlaments erklärt, daß es in den Gipfelschlußfolgerungen bei den militärischen Beschlüssen für die Ukraine eine explizite Berücksichtigung der österreichischen Neutralität geben müsse. Es sei im Vorfeld bereits viel darüber diskutiert worden und man habe erreicht, Formulierungen zu finden, die auch für Neutrale akzeptabel seien, erläuterte der Kanzler vor dem Rat. „Uns ist wichtig, daß unsere Rolle als Neutrale erwähnt wird. Wichtig ist, daß man die Vielfalt der Europäischen Union immer im Kopf behält, denn die Vielfalt ist unsere Stärke.“

Kooperationen mit Drittstaaten, um Tragödien im Mittelmeer zu verhindern

Darüber werde auch das Thema Migration besprochen. Der Kanzler zeigte sich erfreut darüber, daß es gelungen sei, das Agenda-Setting der Kommission tatsächlich zu beeinflussen. So habe die Kommissionspräsidentin einen Brief an den Rat verfaßt, der viele Positionen Österreichs positiv unterstütze, wie etwa neue Herangehensweisen bei Kooperationen mit Drittstaaten anzudenken. „Wenn wir das Sterben im Mittelmeer tatsächlich verhindern wollen, dann brauchen wir ein neues Vorgehen, was Kooperationen mit Drittstaaten betrifft, vor allem, wenn wir in weiterer Folge daran denken, daß in sicheren Drittstaaten auch Asylverfahren möglich sind“, so Nehammer.

Verstärkte Maßnahmen, um Abhängigkeit von russischen Ressourcen zu verringern

Zu den Entwicklungen innerhalb Rußlands rund um die Wagner-Truppe hielt der



Am 29. Juni nahm Bundeskanzler Karl Nehammer am EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs teil.

Kanzler fest, daß man diese sehr ernst nehmen. Damit einhergehend müsse man unterschiedlichste Überlegungen anstellen, wie man die Folgen für die Union und für Österreich in jedem Fall möglichst abfedern könne. Als Beispiel nannte Nehammer die Abhängigkeit in verschiedenen Bereichen: „Wir müssen ressourcenunabhängiger werden und die Unabhängigkeit von fossiler Energie erreichen. Wir arbeiten hart daran. Unsere Speicher sind zu 80 Prozent gefüllt. Auch die Union verfolgt dieses Ziel und dabei unterstützen wir die Kommission.“ ■

Europäisches Luftraum-Verteidigungssystem »Sky Shield«

Paukensschlag in der europäischen Verteidigungspolitik: Österreich plant den Beitritt zur europäischen Initiative zur Luftverteidigung „Sky Shield“. Seit Wochen laufen bereits vertrauliche Verhandlungen, um diesen Beitritt zu ermöglichen.

„Die Bedrohungslage hat sich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine massiv verschärft“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 3. Juli. „Wir müssen und werden Vorsorge treffen, um unser Land vor der Gefahr von Drohnen- oder Raketenangriffen zu schützen. In der Luftraumüberwachung geht es am besten gemeinsam im europäischen Verbund mit anderen Staaten.“

Mit „Sky Shield“ wird ein satellitengestützter Schutzschirm über die teilnehmenden Länder gelegt, der Drohnen und Raketen frühzeitig erkennen und abwehren kann. Derzeit

bekennen sich 15 europäische Staaten zu diesem Projekt, darunter auch Deutschland, Großbritannien, Niederlande oder auch Norwegen, Rumänien, die baltischen Staaten und Belgien. Die Initiative steht aber weiteren Staaten nach wie vor offen.

Die gestiegene Bedrohungslage äußere sich in drei Faktoren, gegen die „Sky Shield“ den notwendigen Schutz bieten soll:

- Angriffe durch Drohnen oder Bedrohung durch fehlgeleitete Drohnen,
- Bedrohung durch militärische Flugzeuge im europäischen Luftraum und
- Bedrohung durch ballistische oder atomare Raketen im europäischen Luftraum.,

„Für Österreich ist das in der Geschichte der Verteidigungspolitik ein Meilenstein“, erklärte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner. „Derzeit laufen die Verhandlungen, um diese Zusammenarbeit zu prüfen und zu klären, wie die Beteiligung Österreichs an diesem Projekt konkret aussehen kann.“

Die Neutralität Österreichs sei durch dieses Projekt nicht gefährdet. „Es handelt sich um die Beteiligung an einem Schutzschirm, der zur Gefahrenabwehr dient“, so Nehammer und Tanner. „Die gemeinsame Umsetzung dieses Projekts ist organisatorisch und finanziell nur im europäischen Verbund möglich und sinnvoll, die Fähigkeit zur effektiven Luftraumverteidigung angesichts der neuen Gefahrenlage kann kein europäischer Staat alleine leisten. Die Neutralität Österreichs bleibt davon unberührt.“ ■

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>

Aus dem Außenministerium^{*)}

Außenminister Schallenberg empfing seinen serbischen Amtskollegen Dačić

Am 22. März war Serbiens stellvertretender Premierminister und Außenminister Iвица Dačić erstmals nach seinem Amtsantritt zu Gast bei Außenminister Alexander Schallenberg in Wien. Eingangs bekräftigte Schallenberg die traditionell ausgezeichneten Beziehungen zu Serbien, denn die beiden Staaten sind im Bereich der Politik, Wirtschaft und Kultur eng miteinander verbunden.

„Als zweitgrößter Investor ist Österreich nicht nur ein wichtiger wirtschaftlicher Partner Serbiens, sondern auch menschlich eng verbunden: so beherbergt Österreich eine große serbische Diaspora. Sie ist wichtiger Bestandteil unserer Bevölkerung und nicht mehr aus unserer Mitte wegzudenken“, so Schallenberg.

Im Gespräch mit seinem Amtskollegen unterstrich er, daß sich auch Österreichs außenpolitisches Engagement für den Westbalkan in den engen Beziehungen beider Staaten widerspiegelt. So unterstützt Österreich Serbien und die Region konsequent bei ihrer EU-Beitrittsperspektive. Schallenberg erinnerte deshalb an die geostrategische Notwendigkeit, am Westbalkan – in diesem Patio der EU – Stabilität zu bewahren und auszubauen.

Als Nadelöhr für den ganzen Westbalkan auf seinem Weg in Richtung EU bezeichnete Schallenberg die Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo. Deshalb zeigte er sich erfreut über positive Signale aus der Region, wo am 18. und 19. März in Ohrid Schritte zur Normalisierung der Beziehungen beider Staaten gesetzt wurden. Außenminister Schallenberg hielt gegenüber seinem serbischen Amtskollegen fest:

„Serbiens Zustimmung zum EU-Normalisierungsvorschlag und die Einigung auf die Umsetzung begrüße ich ausdrücklich. Uns allen ist bewußt, daß die Gespräche für beide Seiten schwer waren und weiter sein werden, jetzt aber erwarten wir eine rasche und vollständige Umsetzung der Vereinbarung. Nicht zuletzt im Interesse jener Menschen, die beiderseits der Grenze leben.

Auch wenn mit der Einigung eine wichtige Etappe erreicht worden sei, gelte es Schallenberg zufolge nun, die nächsten Schritte zu begleiten. So brauche es für Fortschritte im Beitrittsprozeß zusätzlich auch

konkrete Reformen. Er lobte diesbezüglich jüngste Reformen Serbiens im Justizbereich. Österreich werde auch betreffend zukünftiger Reformen unterstützend zur Seite stehen.

Zudem sprach er den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seinen schädlichen Einfluß in der Region an. Rußland habe weiterhin das Potential, Gesellschaften auch am Westbalkan nachhaltig zu destabilisieren. Als einen wichtigen Schritt nannte Schallenberg deshalb, daß sich Serbien der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft angeschlossen hat, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilt hat. Mit Blick auf die serbisch-russischen Beziehungen fügte er aber hinzu: „Ich appelliere an Serbien, weiter kohärent zu handeln und sich den EU-Sanktionen anzuschließen, wie es die meisten Länder der Region getan haben. Denn von einem EU-Beitrittskandidaten erwarten wir das aktive Mittragen der EU-Außenpolitik. Wer Teil der EU sein möchte, darf außenpolitisch nicht am Seitenrand stehen.“

Zuletzt strich Schallenberg die bilaterale Zusammenarbeit mit Serbien bei der Bekämpfung illegaler Migration hervor, wo beide Staaten konkrete Verbesserungen erzielt haben und betonte, daß zwar zukünftige Anpassungen notwendig seien, jedoch zeigte er sich unbeirrt, daß Österreich und Serbien starke Partner sind, die sich aufeinander verlassen können. ■

Türkischer Außenminister zu Gast in Wien

Am 14. April empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu in Wien. Im Zuge seines Wienbesuchs traf Außenminister Çavuşoğlu auch Helga Schmid, Generalsekretärin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie Rafael Grossi, den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO).

Im Gespräch mit dem türkischen Außenminister brachte Schallenberg eingangs seine Anerkennung für die Rolle der Türkei bei der Vermittlung des Getreideabkommens zwischen Kyjiw und Moskau zum Ausdruck. Nach damaligem Stand sollte das Getreideabkommen jedoch im Mai 2023 auslaufen. Schallenberg äußerte deshalb seine Besorg-

nis, daß noch drastischere Engpässe bei der globalen Versorgung mit Nahrungsmitteln drohen, sollte eine neuerliche Verlängerung des Abkommens scheitern.

Zudem bekundete Schallenberg Österreichs tiefes Mitgefühl und Solidarität mit der Türkei angesichts der Erdbebenkatastrophe, die mehr als 50.000 Menschenleben forderte. Çavuşoğlu bedankte sich in diesem Zusammenhang auch bei Schallenberg für Österreichs Hilfe nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei. Ein österreichisches Rettungsteam half bei der Suche nach Opfern unter den Trümmern, außerdem stellte die österreichische Bundesregierung 3 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Verfügung. Davon gingen 2 Millionen Euro an die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) sowie 1 Million Euro an den OCHA Syrian Cross Border Humanitarian Fund. Darüber hinaus hatte Landwirtschaftsminister Totschnig erst bei seinem Besuch in der Türkei angekündigt, das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen zusätzlich mit 6 Millionen Euro zu unterstützen.

Schallenberg brachte gegenüber seinem türkischen Amtskollegen auch die damals bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in der Türkei im Mai 2023 zur Sprache und stellte dabei unmißverständlich klar, daß Österreich keinen Import innertürkischer Auseinandersetzungen und Konflikte nach Österreich akzeptiert und allen Versuchen einer Instrumentalisierung der türkischstämmigen Community hierzulande entschieden entgegentritt. ■

Zu Besuch in Vietnam

Von 16. bis 18. April reiste Außenminister Alexander Schallenberg nach Vietnam. In der Hauptstadt Hanoi standen Gespräche mit Vietnams Premierminister Phạm Minh Chính, Außenminister Bùi Thanh Sơn, Minister für Planung und Investition Nguyễn Chí Dũng sowie Minister für Industrie und Handel Nguyễn Hồng Diên auf dem Programm. Besonders im Fokus lag die Intensivierung der österreichisch-vietnamesischen Wirtschaftsbeziehungen. Zu diesem Zweck begleitete ihn eine mehr als zwanzigköpfige Wirtschaftsdelegation.

„Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der Lieferkettenpro-

Österreich, Europa und die Welt

bleme während der Pandemie und steigender geopolitischer Spannungen, auch im indopazifischen Raum, sind neue, verlässliche Partnerschaften wichtiger denn je. Mein Ziel ist einfach: Österreich soll in Vietnam stärker in Erscheinung treten und umgekehrt soll Vietnam in Österreich präsenter werden“, betonte der Außenminister den hohen Stellenwert der Beziehungen mit Vietnam.

Im Austausch mit seinem vietnamesischen Amtskollegen Bùi Thanh Sơn brachte er zudem im Lichte der traditionell guten Beziehungen Vietnams mit Rußland die globalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zur Sprache und pochte darauf, dem russisch-autokratischen Narrativ in der Region zu trotzen und der stark verbreiteten russischen Desinformation entschlossen entgegenzutreten. Im Sinne eines starken multilateralen Systems und einer regelbasierten Friedensordnung – zwei Prioritäten, die Österreich und Vietnam trotz der geographischen Distanz verbinden – appellierte Außenminister Schallenberg an seinen vietnamesischen Amtskollegen, in internationalen Foren für die Ukraine als Opfer willkürlicher Aggression einzustehen.

Mit Hinblick auf die geopolitische Sicherheitslage im Indo-Pazifik, besonders vor dem Hintergrund des Aufstiegs Chinas in handels-, sicherheitspolitischen und militärischen Fragen, hielt Außenminister Schallenberg fest: „Der Indo-Pazifik ist Wachstumsregion und Aorta der Weltwirtschaft zugleich. Er entwickelt sich derzeit zum geökonomischen Gravitationszentrum des 21. Jahrhunderts. Was in der Region passiert, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Sicher-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg empfing seinen türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu



Foto: BMEIA/Gruber

Der Außenminister traf den vietnamesischen Premierminister Phạm Minh Chính in Hanoi ...

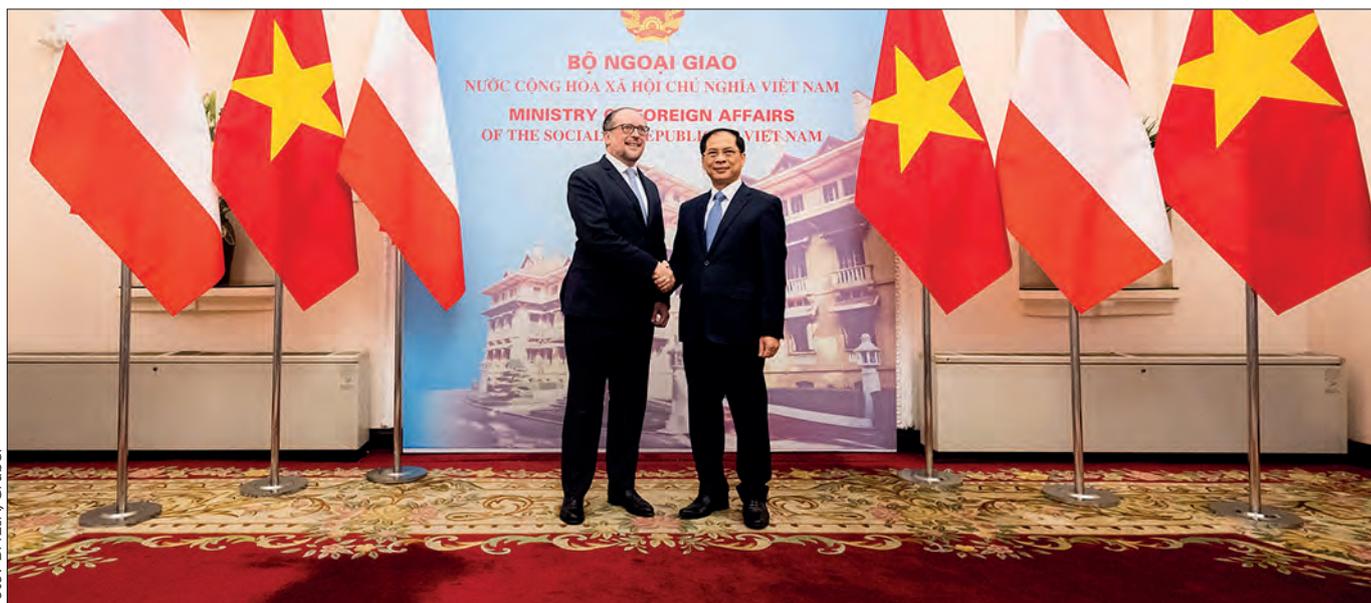


Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf seinen vietnamesischen Amtskollegen Bui Thanh Son in Hanoi



Foto: BMEIA/Gruber

... nahm am Austria-Vietnam-Forum für Infrastruktur- und Technologiekooperation teil ...

heit, Stabilität und den Wohlstand Europas.“ Als besonderer Unsicherheitsfaktor in der Region gilt dabei das immer aggressivere Auftreten Chinas im Konflikt um Taiwan und das Südchinesische Meer. Eine Eskalation hätte weitreichende Folgen auch für die Weltwirtschaft, warnte Schallenberg.

Im Anschluß traf der Außenminister Vietnams Premierminister Phạm Minh Chính und legte den Schwerpunkt des Gesprächs auf den Ausbau der Partnerschaft. So strebt Österreich an, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Vietnam zu erweitern. Außenminister Schallenberg sieht großes wirtschaftliches Potential vor allem im Bereich Infrastruktur, Nachhaltigkeit und grüner Technologien – Gebiete, auf denen Österreich mit wertvollem Know-how aufwarten könne.

„Wirtschaftlich hat Rußlands Angriffskrieg auf die Ukraine nicht nur zu tektonischen Plattenverschiebungen in der Weltwirtschaft geführt, sondern auch zu Österreichs zunehmender wirtschaftlicher Abkoppelung von Rußland. Aus diesem Grund ist es für Österreich nun unerlässlich, neue Märkte zu erschließen“, so der Außenminister.

Mit dem Ziel, Österreich als starken Handelspartner auf die Landkarte Vietnams zu bringen, nahm Außenminister Schallenberg

deshalb am Forum für Infrastruktur- und Technologiekooperation teil. Dort bekräftigte er die Rolle des Außenministeriums als Türöffner und Netzwerker in Fernost zugunsten österreichischer Betriebe und Arbeitsplätze. VertreterInnen bedeutender österreichischer Unternehmen hatten im Rahmen des Wirtschaftsforums die Chance, staatliche Investitionsaufträge zu sichern. ■

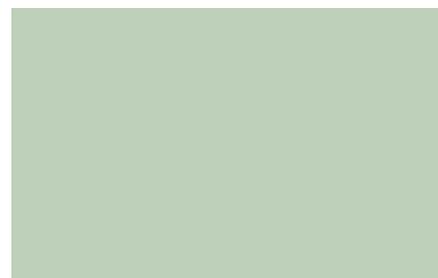


Foto: BMEIA/Gruber

... und eröffnete den ReFocus Austria Abend an der Österreichischen Botschaft in Hanoi

Österreich, Europa und die Welt

Trilaterales Arbeitstreffen in Rijeka

Am 25. April traf Außenminister Alexander Schallenberg seinen Amtskollegen aus Kroatien Gordan Radman und seine Amtskollegin aus Slowenien Tanja Fajon im kroatischen Rijeka zu einem trilateralen Arbeitstreffen. Im Zentrum der Gespräche stand neben der wirtschaftlichen Verflechtung der drei Länder und der gutnachbarschaftlichen Beziehungen insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, dessen destabilisierendes Potential in Südosteuropa sowie die beschleunigte Heranführung der Staaten des Westbalkans in der Europäischen Union. Dazu präsentierte Außenminister Schallenberg seine neue Initiative „Friends of the Western Balkans“ als informelle Gruppe von gleichgesinnten EU-Mitgliedsstaaten.

Österreich, Slowenien und Kroatien blicken auf eine lange geschichtliche und geografische Verbundenheit zurück, die heute vor allem durch enge wirtschaftliche Wechselbeziehungen aber auch gemeinsame Werte und dementsprechend geeintes politisches Handeln sichtbar wird. Als Zeichen dessen gehen Treffen der drei Staaten auf Ebene der Staatspräsidenten bereits auf die Zeit vor Kroatiens EU-Beitritt zurück. Das Zusammenkommen im Format der Außenminister feierte dagegen in Rijeka Premiere und kann als zusätzliches Signal für den hohen Stellenwert des nachbarschaftlichen Austausches gewertet werden.

„Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, Seite an Seite mit unseren Nachbarn zu stehen. Nur zusammen werden wir die Permakrisen unserer Zeit – ob Krieg, illegale Migration oder Energiekrise – bekämpfen und bewältigen. Deshalb ist für mich die regionale Kooperation so bedeutend. Zusammenarbeit unter Nachbarn ist Zusammenarbeit unter Freunden: Mir ist sie wichtige Aufgabe und Herzensangelegenheit zugleich“, so der österreichische Außenminister.

Angesichts des destabilisierenden Potential Rußlands wies Außenminister Schallenberg im Rahmen des Treffens daraufhin, daß ein geschlossenes Auftreten nicht nur zwischen Nachbarn, sondern auch innerhalb der Europäischen Union wichtig ist. So ist laut dem österreichischen Außenminister die Einigkeit innerhalb der EU das stärkste Asset, um geschlossen gegen das russisch-autokratische Narrativ aufzutreten.

Vor diesem Hintergrund betonte er auch die geostrategische Notwendigkeit, Stabilität in den Staaten des Westbalkans zu wahren



Foto: Stjepan Dolenc

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem Amtskollegen Gordan Radman aus Kroatien und seiner Amtskollegin Tanja Fajon aus Slowenien

und diese fest innerhalb der europäischen Staatenfamilie zu verankern. Aufgrund der lange Verbundenheit mit den Staaten des Westbalkan nehmen Österreich, Kroatien und Slowenien dabei eine besondere Rolle ein. Sie setzen sich gemeinsam für Maßnahmen ein, um eine realistische und glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans zu schaffen und diese so langfristig an Europa und das europäische Wertesystem zu binden. In diesem Zusammenhang stellte Schallenberg auch seine neue Initiative „Friends of the Western Balkans“ vor und hieß Kroatien und Slowenien in der Gruppe willkommen.

„Der Westbalkan hat für uns alle drei oberste Priorität. Um hier ein noch stärkeres Signal zu setzen, habe ich eine informelle Kerngruppe von Staaten, die Friends of the Western Balkans, versammelt, die den Westbalkan rascher in der EU sehen wollen. Österreich nimmt hier weiterhin seine Vorreiterrolle wahr und tritt als starker Fürsprecher für die Staaten Südosteuropas auf. Ich freue mich, Kroatien und Slowenien heute als Teil der Friends of the Western Balkans zu begrüßen und bald weitere gemeinsame Initiativen

zu setzen“, beteuerte Schallenberg. 20 Jahre nach dem Europäischen Rat von Thessaloniki soll diese informelle Freundesgruppe sich dafür einsetzen, eine rasche EU-Integration der Staaten des Westbalkan voranzutreiben. Beispielsweise sollen Beitrittskandidaten bei EU-Ratstreffen auf politischer und technischer Ebene schon vor ihrem Beitritt involviert werden. Außerdem sollen regelmäßige gemeinsame Reisen der Kerngruppe in die Region stattfinden, um eine stärkere Ausrichtung ihrer Außenpolitik an jene der EU zu erreichen. Bis zum 20. Jubiläum des Europäischen Rates Ende Juni soll die Gruppe neben den bestehenden Mitgliedern noch weitere umfassen.

Die zwei Außenminister und die Außenministerin thematisierten zudem die Zusammenarbeit zwischen Österreich, Kroatien und Slowenien im Kampf gegen illegale Migration und gegen Schlepperei. Weiters stand ein Besuch des LNG-Terminals auf der kroatischen Halbinsel Krk auf dem Programm, nach dem Möglichkeiten zur Diversifizierung von Gasimporten und Intensivierung der Zusammenarbeit im Energiebereich besprochen wurden. ■



Foto: Stjepan Dolenc

Im Vorfeld der Gespräche fand ein gemeinsamer Besuch des LNG Terminals Krk statt.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA/Gruber

v.l.: Außenminister Ignazio Cassis (Schweiz), Außenministerin Dominique Hasler (Liechtenstein), Außenminister Alexander Schallenberg (Österreich), Außenministerin Annalena Baerbock (Deutschland) und Außenminister Jean Asselborn (Luxemburg)

Treffen der deutschsprachigen AußenministerInnen in Salzburg

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 27. April seine Amtskollegen Annalena Baerbock aus Deutschland, Dominique Hasler aus Liechtenstein, Jean Asselborn aus Luxemburg sowie Ignazio Cassis aus der Schweiz in Salzburg. Das Fünftreffen der deutschsprachigen AußenministerInnen fand erstmals seit 2017 wieder in Österreich statt. Seither hat der regelmäßige Austausch mit Nachbarn und gleichgesinnten Staaten angesichts der aktuellen Permakrisen – Angriffskrieg, Energiekrise oder illegale Migration – besonders an Stellenwert gewonnen.

„Wenn wir in den letzten drei Jahren etwas gelernt haben, ist es, daß Nachbarschaft wichtig ist und daß wir lebendige, tragfähige, belastbare Dialogkanäle haben. Und uns eint nicht nur die gemeinsame Sprache – was noch viel wichtiger ist, was uns eint, ist ein solides, starkes Wertefundament“, so Außenminister Schallenberg über die gewachsene Bedeutung des Formats.

Im Zentrum der Gespräche standen Rußlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und Europas Stellung im globalen Kräftemessen sowie die Stärkung des europäischen Zusammenhalts. In diesem Zusammenhang betonte Schallenberg erneut die Bedeutung der Geschlossenheit Europas gegenüber Rußland. Dazu gehöre auch, gemeinsam gegen die russische Propaganda-Maschine anzukämpfen.

„Die Welt ist konfrontativer geworden, der Wind der uns entgegen weht ist rauer geworden. Daher ist es wichtig, uns nicht nur unserer Positionen zu vergewissern, sondern klar eine gemeinsame Stoßrichtung für



Foto: BMEIA/Gruber

die Zukunft zu skizzieren. Die Art wie wir jetzt agieren, die Art wie wir zusammenstehen wird wahrgenommen und beobachtet. Und wenn wir eines Tages nicht mehr geeint sind, hätten wir schon verloren. Unser wichtigstes Asset ist unsere Geschlossenheit und unsere Einigkeit“, betonte er den Wert des europäischen Zusammenhalts.

Am Nachmittag führten die AußenministerInnen außerdem eine Diskussion zur politischen und wirtschaftlichen Resilienz Europas. Dazu hat Misha Glenny, Rektor des Instituts für die Wissenschaft von Menschen (IWM), einen Impulsvortrag gehalten. Besonderes Augenmerk legten die AußenministerInnen bei diesem Austausch auf den Westbalkan und die geostrategischen Herausforderungen für diese Region, sowie die vielseitigen sicherheitspolitischen Hürden, vor denen Europa derzeit steht.

„Der Umstand, daß sich Europa so geeint gezeigt hat, so resilient gezeigt hat und viel stärker als wir uns es zutrauen als Europäer, das hat auch damit zu tun, daß es solche Nachbarschaftsformate gibt. Daß es diese gute, stabile Nachbarschaft gibt, die nicht nur uns fünf eint, sondern die es quer über den Kontinent in den verschiedensten Zusammensetzungen gibt. Das ist die Basis, auf der die europäische Zusammenarbeit über die Europäische Union hinaus sehr gut funktioniert“, sagte Schallenberg zu den gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der multiplen Krisen.

Das Treffen der fünf deutschsprachigen AußenministerInnen findet jährlich abwechselnd in einem der teilnehmenden Länder statt. Seit 2017 nimmt neben Deutschland, Liechtenstein, der Schweiz und Österreich auch Luxemburg teil. ■

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg trifft griechischen Amtskollegen

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte am 2. Mai seinen griechischen Amtskollegen Nikos Dendias zu einem Arbeitsgespräch in Wien. „In letzter Zeit haben wir einen sehr umfangreichen Besuchs- und Austausch zwischen unseren beiden Ländern gesehen. Das ist ein Beweis für die extrem engen und freundschaftlichen Beziehungen unserer beiden Länder“, unterstrich Schallenberg die engen Beziehungen zwischen Österreich und Griechenland. In der Pressekonferenz im Anschluß an das Gespräch wies er auf die exzellente Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Griechenland hin. Besonders wichtig ist dabei der Tourismus. Griechenland zählt Jahr für Jahr zu den beliebtesten Destinationen der ÖsterreicherInnen. Um sich noch breiter aufzustellen, will Griechenland in Zukunft auch die Berge für den Tourismus erschließen. Dabei sieht der Außenminister weiteres starkes Kooperationspotential durch österreichisches Know-how. Auch in Griechenlands Bemühungen zu einem Energie-Hub aufzusteigen, gibt es Möglichkeiten für eine noch engere Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich um die Energieexporte weiter zu diversifizieren. Dafür braucht es langfristige Stabilität im östlichen Mittelmeer.

„Es gibt eine Voraussetzung für einen Energie-Hub und das ist die Stabilität im Mittelmeer – und daß internationales Recht im östlichen Mittelmeer angewendet wird. Und ich kann versprechen, daß Österreich Griechenland in diesem Bemühen gänzlich unterstützt und die Verbesserungen der Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei begrüßt“, so Schallenberg zur Situation im östlichen Mittelmeer.

Gemeinsame Interessen gibt es auch bei weiteren geopolitischen Themen. So sei der Westbalkan als „gemeinsamer Nachbar“ eine Priorität für beide Länder. Nachdem es im vergangenen Jahr bereits wichtige Fortschritte gab, ist es nun wichtig konsequent an einer europäischen Zukunft der Region weiter zu arbeiten. Das sei eine geopolitische Notwendigkeit, da die Länder der Region besonders anfällig für Einflußnahme aus Rußland, China oder anderer Akteure seien. Auch negative Auswirkungen durch den Russischen Angriffskrieg gilt es zu vermeiden.

„Uns ist allen bewußt, daß 2023 ein schwieriges Jahr wird. Aber dieses Jahr jährt sich zum 20. Mal der Gipfel von Thessaloniki, bei dem wir als EU alle gemeinsam ver-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg empfängt seinen griechischen Amtskollegen Nikos Dendias in Wien

sprochen haben, daß jedes Land der Region ein voller Mitgliedsstaat der EU werden kann. Und es ist höchste Zeit Nägel mit Köpfen zu machen“, so der Außenminister mit Blick auf den Westbalkan.

Einen gemeinsamen europäischen Zugang forderten die Außenminister auch im Hinblick auf die illegale Migration. Die EU dürfe die am meisten betroffenen Staaten nicht im Stich lassen, mahnte Außenminister Alexander Schallenberg und lobte Griechenland für die Erfolge bei der Bekämpfung der illegalen Migration sowie die gute bilaterale Zusammenarbeit in diesem Bereich. ■

Gemeinsame Hilfe vor Ort

Die aktuelle Permakrise aus Krieg, unsicheren wirtschaftlichen Aussichten, Migrationsbewegungen, Energiekrise und Klimawandel läßt die globale Not rasant an-

wachsen und bedroht die Lebensexistenz von Millionen von Menschen, insbesondere im globalen Süden. Im Ministerrat vom 3. Mai hat die Bundesregierung daher eine der größten Einzelauszahlungen aus dem Auslandskatastrophenfonds des Außenministeriums für die Arbeit österreichischer Nichtregierungsorganisationen in humanitären Krisengebieten beschlossen. 21,5 Mio. Euro werden österreichischen NGOs für Projekte zur Bekämpfung der humanitären Not im Nahen Osten, Afrika und Afghanistan zur Verfügung gestellt.

„Der Auslandskatastrophenfonds hilft dort, wo Hilfe am dringendsten gebraucht wird. Nämlich vor Ort in den Ländern, die von humanitären Katastrophen betroffen sind. Wir unterstützen mit diesem Geld österreichische NGOs in den betroffenen Ländern und leisten damit wichtige Beiträge um



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg und Vizekanzler Werner Kogler nach dem Ministerrat

Österreich, Europa und die Welt

humanitäre Katastrophen zu lindern“, so Bundeskanzler Karl Nehammer.

Die österreichischen Nichtregierungsorganisationen sind neben den Vereinten Nationen und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ein wichtiger Partner bei der Hilfe vor Ort. Mit der heute beschlossenen Auszahlung kommt die Bundesregierung dem Wunsch der NGOs nach mehr Planungssicherheit nach und trägt so zur Qualität und Nachhaltigkeit in der österreichischen humanitären Hilfe bei.

„Dem Weltkatastrophenbericht des Roten Kreuzes zu Folge wurden 2020 77 Prozent der Katastrophen weltweit durch ungewöhnliche Klima- und Wetterphänomene ausgelöst. Die Klimakrise ist eine globale Herausforderung, ihre Auswirkungen sind für immer mehr Menschen existenzbedrohend. Fatale Landflucht, Ressourcenkonflikte und auch Kriege nehmen zu. Es ist deswegen unerlässlich, daß wir 2023 unseren Beitrag leisten, um menschliches Leid nach den humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit zu lindern. Daher erhöht die Bundesregierung die Mittel des AKF auch heuer wieder und zwar um mehr als 40 Prozent. Ein Baustein dafür ist die heutige Summe von 21,5 Mio. Euro für humanitäre Krisen im Nahen Osten, Afghanistan und Nachbarländer sowie West- und Ostafrika, die österreichischen humanitären Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt wird“, so Vizekanzler Werner Kogler.

14 Mio. Euro gehen an Projekte in Subsahara-Afrika: Äthiopien (5 Mio. Euro), Burkina Faso (4 Mio. Euro), Mosambik (3 Mio. Euro), Südsudan (1 Mio. Euro) und Uganda (1 Mio. Euro). Darüber hinaus werden für Projekte in Jordanien 3,5 Mio. Euro, im Libanon 3 Mio. Euro sowie für Afghanistan und die Region 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

„In all diesen Staaten kämpft die Bevölkerung gegen einen brandgefährlichen Mix aus Hunger, Naturkatastrophen, Konflikten und einem enormen Zustrom an Vertriebenen. Mit unserer Hilfe vor Ort wollen wir den humanitären Krisen entgegentreten und zur Stabilisierung der Lage beitragen. Die Arbeit der österreichischen NGOs ist dabei unerlässlich um vor Ort Perspektiven für die Menschen zu schaffen und damit Migration zu verhindern“, unterstreicht Außenminister Alexander Schallenberg.

Der Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums als essenzielles Instrument der humanitären Hilfe ist von 15



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem Amtskollegen Arnoldo Andre-Tinoco

Mio. Euro im Jahr 2019 auf heuer 77,5 Mio. Euro angewachsen. Damit ist der AKF so gut gefüllt wie nie zuvor. Die Auszahlung wird über die Austrian Development Agency (ADA) abgewickelt. ■

Costa Ricas Außenminister Tinoco zu Gast in Wien

Am 8. Mai empfing Außenminister Alexander Schallenberg seinen costa-ricanischen Amtskollegen Arnoldo André Tinoco im Außenministerium in Wien. Im Zentrum des Arbeitstreffens standen die Erweiterung der Strategischen Partnerschaft zwischen Österreich und Costa Rica, insbesondere die Stärkung der gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen, sowie die globalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika speziell im Hinblick auf Nicaragua und Venezuela.

Aufgrund der langen Geschichte diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde im Jahr 2021 eine Strategische Partnerschaft unterzeichnet. Im Rahmen dieser intensivierten Zusammenarbeit wird ein besonderer Fokus auf die Gebiete Umweltschutz, Bildung und Wissenschaft, Digitalisierung, Cybersicherheit und Abrüstung gelegt. Nicht zuletzt ist Costa Rica aber auch ein Vertreter der regelbasierten Weltordnung in Lateinamerika und daher besonders auf multilateraler Ebene ein wichtiger Partner im Kontext der Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der gemein-

samen Partnerschaft. Costa Rica verfügt über enorme Potentiale in den Sektoren grüne Technologien und erneuerbare Energien, die es in Kooperation mit österreichischen Firmen und deren Expertise auszuschöpfen gilt. In naher Zukunft sollen daher bei einem bilateralen Wirtschaftsforum Projekte auf diesem Gebiet konkretisiert werden.

Abschließend war auch die regionale Nachbarschaft Costa Ricas eines der Gesprächsthemen. Diesbezüglich äußerte Außenminister Schallenberg seine Besorgnis über aktuelle Entwicklungen in Nicaragua und Venezuela, die sich unter besonders starkem russischen Einfluß befinden. ■

Gymnich-Treffen und Indo-Pazifik Forum

Außenminister Alexander Schallenberg war am 12. und 13. Mai in Stockholm, um am Gymnich-Treffen der EU-AußenministerInnen sowie am EU-Ministerforum für den Indo-Pazifik teilzunehmen. Im Mittelpunkt der informellen Beratungen standen Rußlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Beziehungen der EU zu China.

Zu Beginn des Gymnich-Treffens besprachen Außenminister Schallenberg und seine EU-AmtskollegInnen Rußlands andauernde eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht. Besonders konzentrierten sie sich dabei auf die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Ukraine und auf die diplomatischen Beziehungen der EU zu Drittstaaten vor dem Hintergrund russischer Desinformation rund um Rußlands Aggression.

„Wir verlieren in weiten Teilen Afrikas und in einigen Teilen Asiens an Boden. An-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA/Gruber

Am 12. Mai nahm Außenminister Alexander Schallenberg an der informellen Ministertagung für auswärtige Angelegenheiten in Stockholm teil.

gesichts der gut geölten russischen Propaganda-Maschinerie müssen wir stärker das Gespräch mit dem globalen Süden suchen. Denn wir sehen, daß Rußland mit seiner Desinformation die EU – den weltweit größten Geber von Entwicklungshilfe – im globalen Süden als imperialistisch und kolonialistisch darzustellen versucht, so der Außenminister.

Im zweiten Themenblock des Gymnich-Treffens führten die EU-AußenministerInnen eine strategische Diskussion über die EU-China-Beziehungen. Nach den hochrangigen Gesprächen zwischen der EU und China und im breiteren Kontext des geopolitischen Umbruchs tauschten man sich über den künftigen Umgang mit China aus. Schallenbergs Besuch in Vietnam im April 2023 habe ihm zufolge die Notwendigkeit gezeigt, das Risiko in den EU-China-Beziehungen zu senken und zu diversifizieren. Dabei verdeutlichte er: „Einigkeit ist und bleibt das größte Asset der EU, auch gegenüber China – das als systemischer Rivale auf dem Vormarsch ist. Aber als EU dürfen wir die Welt nicht schwarz-weiß malen, denn wir brauchen die Zusammenarbeit mit China, um gemeinsam den Herausforderungen unserer Zeit, wie etwa dem Klimawandel, entgegenzutreten. Deshalb begrüße ich auch besonders die wichtigen Gespräche zwischen den Vertretern der USA und China in Wien in den vergangenen Tagen.“

Am Folgetag trafen rund 60 AußenministerInnen sowie VertreterInnen regionaler Organisationen aus der EU und dem Indo-Pazifik zusammen. Das Ziel des Forums war die Stärkung der EU-Beziehungen zu dieser wichtigen Region.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem indischen Amtskollegen Subrahmanyam Jaishankar, nach der Unterzeichnung des Österreichisch-Indischen Migrations- und Mobilitätsabkommens

Die Bekämpfung illegaler Migration ist eine gemeinsame Priorität von Österreich und Indien, gerade vor dem Hintergrund der dramatisch gestiegenen Ankunftsahlen illegaler MigrantInnen aus Indien im vergangenen Jahr. Angesichts dieser Entwicklung unterzeichneten Außenminister Alexander Schallenberg und sein indischer Amtskollege, Subrahmanyam Jaishankar, das Abkommen über eine umfassende Migrations- und Mobilitätspartnerschaft. Damit verpflichteten sich Indien und Österreich erstmals, die rasche Rückführung illegaler MigrantInnen prioritär zu behandeln. Es ist davon auszugehen, daß dieses Abkommen gemeinsam mit der erfolgten Abschaffung der visafreien

Einreise aus Indien nach Serbien, für die sich Österreich erfolgreich eingesetzt hat, zu einem noch deutlicheren Rückgang der illegalen Migration aus Indien führen wird.

„Das Abkommen ist ein klares Bekenntnis zu einer verstärkten österreichisch-indischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die illegale Migration. Erstmals schaffen wir damit eine vertragliche Grundlage für Rückführungen nach Indien“, so Schallenberg. Nachdem das Abkommen bereits zu Jahresbeginn anlässlich des Besuchs des indischen Außenministers in Wien paraphiert worden war, konnte es am Rande des EU-Indopazifik-Ministerforums in Stockholm nunmehr unterzeichnet werden. ■

Österreich, Europa und die Welt

Treffen mit dem Präsidenten der VN-Generalversammlung

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 23. Mai den Präsidenten der 77. Generalversammlung der Vereinten Nationen, Csaba Kőrösi. Im Mittelpunkt des Austauschs stand Wien als Amtssitz zahlreicher Internationaler Organisationen sowie Österreichs Unterstützung für die Vereinten Nationen, besonders vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Schallenberg bekräftigte die Wichtigkeit des Amtssitz Wien, so haben die Vereinten Nationen sowie mehr als 50 internationale Organisationen Wien zu ihrem Sitz auserkoren. Besonders als Amtssitz der Vereinten Nationen habe sich Wien laut Außenminister Schallenberg zu einer Drehscheibe für Dialog, Nachhaltigkeit und Sicherheit entwickelt und leiste damit einen wertvollen Beitrag zum System der Vereinten Nationen sowie zu den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs). Mit den SDGs zielt die internationale Staatengemeinschaft bis Ende 2030 darauf ab, unter anderem Armut zu beseitigen, die Gleichstellung von Frauen voranzutreiben, die Gesundheitsversorgung zu verbessern und dem Klimawandel entgegenzusteuern.

Schallenberg merkte an, daß die russische Aggression sich auch auf die Dynamik der VN-Generalversammlung, in der 193 Staaten vertreten sind, auswirke. Im Kampf der Narrative verbreite Rußland vor allem in Staaten des Globalen Südens gezielt Desinformationen und anti-westliche Erzählungen, verdeutlichte er. Besonders lobte Schallenberg die aktive Rolle der Vereinten Nationen und des VN-Generalsekretärs António Guterres im Bereich der Schwarzmeer-Initiative. Die Initiative hat die sichere Ausfuhr von mehr als 30 Millionen Tonnen Getreide und anderen Nahrungsmitteln aus der Ukraine über die Schwarzmeerhäfen ermöglicht.

Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen haben auch Folgen für die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und die Grundfreiheiten. Seine besondere Anerkennung brachte der Außenminister daher für den Einsatz von VN-GV-Präsident Kőrösi zum Ausdruck, der sich zur Stärkung der Menschenrechte für eine aktivere Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Jugend engagiert. Schallenberg erinnerte nicht zuletzt daran, daß das Außenministerium in Kooperation mit dem Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) am 6. Juni 2023 ein hochrangiges Sym-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg mit dem Präsidenten der UN-Generalversammlung Csaba Kőrösi

sium unter dem Titel „Vienna World Conference 30 Years On: Our Rights – Our Future“ organisiert, das Menschenrechtsakteuren den Rahmen bietet, Herausforderungen und Praktiken zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte zu diskutieren. ■

EP-Präsidentin Metsola zu Gast in Wien

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola war am 26. Mai erstmals bei Außenminister Alexander Schallenberg in Wien zu Gast. Zu Beginn des Gesprächs brachte Schallenberg seine Wertschätzung für die Ansprache von EP-Präsidentin Metsola im österreichischen Parlament zum Ausdruck und dankte ihr für ihren Besuch, der dabei helfe, österreichischen BürgerInnen die wertvolle Arbeit des Europäischen Parlaments näherzubringen.

Angesichts der anhaltenden russischen Aggression betonte Schallenberg den hohen Stellenwert der EU-Erweiterung. In den West-

balkanstaaten und der Ukraine müsse die EU dem europäischen Lebensmodell, das auf Freiheit, Demokratie und Menschenwürde beruht, zum Durchbruch verhelfen, bekräftigte Außenminister Schallenberg. Die EU-Erweiterung sei ihm zufolge das beste geopolitische Werkzeug, um das europäische Lebensmodell am Westbalkan – dem Patio der EU – und in der Ukraine zu verteidigen. Jedoch mahnte er zugleich ein, den Westbalkanstaaten konsequent dieselben Perspektiven wie anderen EU-Beitrittskandidaten zu bieten – etwa bei der Heranführung an den EU-Binnenmarkt und das EU-Roaming.

Schließlich unterstrich Schallenberg gegenüber Metsola Österreichs aktive Rolle beim Schutz der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit als Kernanliegen der österreichischen Außenpolitik. In diesem Sinne unterstützt Österreich die Weiterentwicklung der EU-Instrumente zum Schutz dieser Grundwerte. ■



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola

Österreich, Europa und die Welt

GLOBSEC-Forum 2023 in Bratislava

Am 29. und 30. Mai nahm Außenminister Schallenberg am diesjährigen GLOBSEC-Forum in Bratislava teil. Neben zahlreichen bilateralen Treffen am Rande der Konferenz standen zwei Podiumsdiskussionen und ein trilateraler Austausch im nachbarschaftlichen Slavkov-Format am Programm.

Die beiden Podiumsdiskussionen drehten sich einerseits um Europas Rolle als eigenständigen, geopolitischen Akteur, andererseits um die aktuellen Tendenzen der EU-Erweiterungspolitik. In beiden Diskussionen sprach sich Außenminister Schallenberg erneut für eine glaubwürdigere EU-Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkan aus.

„Die EU-Integration des Westbalkan ist unser geostrategischer Lackmusest. Wenn wir diesen nicht bestehen, und es nicht einmal schaffen, Problemstellungen in unserer direkten Nachbarschaft zu lösen, brauchen wir über Europa als globalen politischen Akteur gar nicht erst zu sprechen“, bekräftigte Schallenberg.

Auch unter dem Gesichtspunkt der rezenten Spannungen in Nordkosovo, pochte der Außenminister auf eine Beschleunigung des Erweiterungsprozesses. Einzig die europäische Perspektive habe das Potential, lange schwebende Spannungen mittelfristig abzubauen und die Basis für ein Miteinander zu schaffen. Instabilität am Westbalkan führe nachweislich auch zu Instabilität in Zentraleuropa, daher habe auch der Austausch mit den Außenministern aus der Slowakei, Miroslav Wlachovský und aus Tschechien, Jan Lipavský im Slavkov-3-Format einen besonderen Stellenwert. Mit ihnen besprach Schallenberg vor allem die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges, den Themenkomplex der illegalen Migration und die Energiekrise.

„Dieser nachbarschaftliche Austausch, wie im Slavkov-3-Format oder anderen regionalen Formaten, macht die aktuelle Einigkeit Europas erst möglich. Es reicht nicht, sich einmal im Monat beim Rat in Brüssel zu treffen und über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu sprechen. Es braucht einen laufenden Austausch in unterschiedlichen Konstellationen, um verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen und ein gemeinsames Vorgehen zu erarbeiten“, so der österreichische Außenminister.

Der Austausch in diesem Format umfaßte auch ein gemeinsames Arbeitstreffen mit dem israelischen Außenminister Eli Cohen, zu den



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg seine Amtskollegen aus der Slowakei Miroslav Wlachovský und Tschechien Jan Lipavský im Zuge eines Treffens im „S3-Format“ in Bratislava

Themen der Russischen Aggression in der Ukraine, Iran und regionale Sicherheit, sowie ökonomischer Zusammenarbeit und Innovation.

Beim GLOBSEC-Forum treffen sich seit 2005 jährlich VertreterInnen aus Politik und Zivilgesellschaft in Bratislava, um gemeinsam die drängendsten Problemstellungen zum Thema Sicherheit zu diskutieren. Heuer standen die anhaltende Unterstützung für die Ukraine, die Widerstandsfähigkeit Europas angesichts des russischen Angriffskrieges und die Milderung seiner globalen Folgen im Fokus. ■

Israels Außenminister in Wien

Der israelische Außenminister Eli Cohen war am 1. Juni erstmals nach seinem Amtsantritt zu Gast bei Außenminister Ale-

xander Schallenberg in Wien. Der Schwerpunkt der Arbeitsgespräche lag auf der strategischen Partnerschaft beider Staaten, dem Friedenprozeß im Nahen Osten und den jüngsten geopolitischen Entwicklungen in der Region.

Zu Beginn des Austauschs betonte Schallenberg, daß die österreichisch-israelischen Beziehungen 75 Jahre nach der Gründung des Staates Israel auf einem Allzeithoch sind. Er bekräftigte seine Dankbarkeit für die enge Freundschaft und strategische Partnerschaft zwischen beiden Staaten, die angesichts der historischen Bürde Österreichs nicht selbstverständlich sei. Zudem zeigte sich Schallenberg gegenüber dem israelischen Außenminister stolz darauf, wie sich die österreichische Gesellschaft mit ihrer historischen Verantwortung gegenüber den Verfolgten



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem israelischen Amtskollegen Eli Cohen

Österreich, Europa und die Welt

des Nationalsozialismus und ihren Nachkommen seit Jahrzehnten auseinandersetzt.

„Der schönste Beweis dafür sind die mehr als 21.300 Nachkommen von Opfern des NS-Regimes aus aller Welt, die sich entschlossen haben, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten – fast 10.300 davon aus Israel. Das ist ein starkes Zeichen für ihr Vertrauen in Österreich. Sie bereichern nicht nur unsere Gesellschaft, sondern sind auch der beste Garant für unseren Grundsatz ‚Nie-mals vergessen, niemals wieder‘“, so Schallenberg.

Mit der strategischen Partnerschaft blicke man Schallenberg zufolge nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch in die gemeinsame Zukunft. So werde man die bilaterale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation vertiefen, ein Jugendaustauschprogramm entwickeln und die Direktflüge zwischen Wien und Tel Aviv erhöhen, um beide Gesellschaften einander noch näher zu bringen. Die engen Beziehungen beider Staaten spiegeln demnach auch wider, daß die Sicherheit des Staates Israel eine hohe Priorität in der österreichischen Außenpolitik genießt, hielt der Außenminister fest.

Vor dem Hintergrund wiederkehrender Angriffe aus dem Gazastreifen drückte er seine Solidarität mit Israel und seine Trauer um die zivilen Verluste auf beiden Seiten aus. Mit Verweis auf einen fehlenden politischen Friedensprozeß verdeutlichte er: „Die israelische und palästinensische Zivilbevölkerung verdient es, in Frieden zu leben. In Europa sehen wir keine gangbare Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung. Umso mehr bin ich besorgt über die jüngsten Entwicklungen, die diesen politischen Horizont unterminieren. Dazu gehören auch völkerrechtswidrige Siedlungen.“

Zur Sprache brachte Schallenberg gegenüber seinem israelischen Amtskollegen zudem die in Israel umstrittene Justizreform. Eine gut funktionierende Gewaltenteilung sei der Eckpfeiler einer jeden Demokratie, unterstrich er. Zugleich beteuerte er den hohen Stellenwert des gesellschaftlichen Dialogs, um einen möglichst breiten Konsens in Israel zu erreichen. Nachdem der Staat im Nahen Osten die einzige stabile Demokratie ist, äußerte sich Schallenberg zuversichtlich, Israel werde sein Alleinstellungsmerkmal in der Region nicht gefährden.

In einem breiteren Kontext thematisierten Schallenberg und sein israelischer Amtskollege die geopolitischen Entwicklungen im Nahen Osten, wo die Annäherung zwischen Iran und Saudi-Arabien sowie die Rückkehr



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg mit dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk

Syriens in die Arabische Liga die politischen Karten in der Region neu gemischt haben.

Abschließend ermutigte Schallenberg andere Staaten, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren und von den wirtschaftlichen und politischen Vorteilen zu profitieren. Dies würde sowohl den Nahe Osten als auch die internationale Sicherheit stärken, wie auch die Abraham-Abkommen zur Annäherung zwischen Israel und einer Reihe arabischer Staaten bereits bewiesen haben. ■

Gemeinsamer Einsatz für Menschenrechte in aller Welt

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 5. Juni den Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Volker Türk im Außenministerium. Im Zentrum des Austausches standen Österreichs Unterstützung für die Arbeit des Hochkommissars sowie die gemeinsamen Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums der Weltkonferenz für Menschenrechte, die vor 30 Jahren in Wien stattfand.

Volker Türk ist der erste Österreicher der das Amt des Hochkommissars für Menschenrechte innehat. Zu den Schwerpunkten seiner Amtszeit, die im Oktober vergangenen Jahres begann, erklärte er die Arbeit des Büros des Hochkommissars näher an die Menschen zu bringen sowie die aktuelle Polarisierung zu überwinden. Der Außenminister sagte ihm beim Treffen Österreichs volle Unterstützung bei der Umsetzung zu. Daher hat Österreich seinen freiwilligen finanziellen Beitrag für das Büro des Hochkommissars zum zweiten Mal in Folge deutlich erhöht. Zudem soll die personelle Unterstützung weiter steigen.

„Wir sind mit einem massiven Backlash gegen Menschenrechte konfrontiert, sowohl

in autoritären Staaten in aller Welt als auch in den zahlreichen Konflikt- und Krisengebieten. Wir müssen mit aller Entschlossenheit für diese grundlegenden Rechte eintreten und dürfen nicht zulassen, daß Menschenrechte ein Privileg weniger werden. Daher unterstützen wir die essentielle Arbeit des Büros des Hochkommissars mit vollem Einsatz inhaltlich sowie personell und finanziell“, sagte Schallenberg.

Anlaß für Türks Reise nach Wien waren die Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläums der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte. Im Juni 1993 fand in Wien die bisher größte Menschenrechtskonferenz der Welt statt, bei der über 10.000 Personen zusammenkamen. Für den Hochkommissar ist diese Veranstaltung in doppelter Hinsicht von besonderer Bedeutung, denn dabei wurde die Gründung des Amtes des Hochkommissars für Menschenrechte empfohlen.

Deshalb veranstalteten das Außenministerium und das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte anlässlich des 30-Jahr Jubiläums gemeinsam ein hochrangiges Symposium unter dem Titel „Vienna World Conference 30 Years On: Our Rights – Our Future“. Dabei waren Schallenberg und Türk mit MenschenrechtsakteurInnen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen sowie bewährte Praktiken zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte zu diskutieren.

„Im Jahr 1993 bestätigte die Wiener Konferenz die Überzeugung, daß Menschenrechte universell und unteilbar sind. Dieses hochrangige Symposium 2023 ist eine Gelegenheit, in die Zukunft zu blicken – geleitet von den Lehren aus der Vergangenheit – und

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA/Gruber

v.l.: UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk, Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, Außenminister Alexander Schallenberg, Generaldirektorin der UN in Wien Ghada Waly und Europaministerin Karoline Edtstadler

einen weiteren Schritt zur Verwirklichung des Versprechens der Menschenrechte für alle und überall zu setzen“, unterstrich VN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk den Stellenwert des Symposiums.

Der Einsatz für die Menschenrechte ist ein langjähriges Kernanliegen der Außenpolitik Österreichs. Das multilaterale Forum der Vereinten Nationen ist dabei von besonderer Bedeutung. Neben der guten Zusammenarbeit mit dem Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte zeigte sich das zuletzt durch die Ansiedlung der Internationalen Untersuchungskommission des VN-Menschenrechtsrats zur Ukraine. Außerdem übernimmt Österreich in Kürze den Vorsitz des Dritten Komitees der VN-Generalversammlung, das sich insbesondere mit Menschenrechten befaßt.

„Heute gilt wie vor 30 und sogar vor 75 Jahren: Menschenrechte sind Eckpfeiler von Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit. Trotzdem sind sie immer noch keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Ich freue mich, daß wir mit dem Symposium dazu beitragen“, so Außenminister Schallenberg abschließend. ■

»Universalität der Menschenrechte ist nicht verhandelbar«

Anläßlich des 30jährigen Jubiläums der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte eröffnete Außenminister Alexander Schallenberg am 6. Juni das hochrangige Symposium unter dem Titel „Vienna World Conference 30 Years On: Our Rights – Our Future“ im Wiener MuseumsQuartier. Internationale VertreterInnen der Zivilgesellschaft trafen zusammen, um in drei Podiumsdiskussionen über den Schutz und die Förde-

rung der Menschenrechte zu debattieren. Zu den hochkarätigen Gästen zählten unter anderem der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Volker Türk, die iranische Menschenrechtsaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi und die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja.

Bei seiner Eröffnungsrede erklärte Schallenberg, die Welt befinde sich in einem systemischen Wettbewerb um die Grundsätze des Völkerrechts und der Universalität der Menschenrechte. Die Demokratien dieser Welt seien Schallenberg zufolge mit ihren freien und offenen Gesellschaften eine Staatenminderheit, die bereit sein müsse, für den Erhalt der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu kämpfen.

„Unweit von unseren Grenzen entfernt werden wir Zeuge davon, daß Menschenrechte niemals eine beschlossene Sache sind. Vor mehr als 15 Monaten drangen russische Streitkräfte brutal in die Ukraine ein. Der brutale Angriff Rußlands war ein geopolitischer Eiskübel, der uns aus unseren Tagträumen von einem post-historischen, post-nationalen Europa herausgerissen hat“, so der Außenminister.

Im Lichte des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine habe die westliche Welt mit ihrem geeinten Handeln gegen Rußland Stärke, Flexibilität und Widerstandsfähigkeit bewiesen, bekräftigte Schallenberg. Für einen dauerhaften und gerechten Frieden in der Ukraine dürfe es ihm zufolge allerdings keine Straffreiheit geben.

Betroffen zeigte er sich, daß Menschenrechtsverletzungen in weiten Teilen der Welt auf der Tagesordnung stehen – etwa in Afghanistan oder im Iran. Besonders die Aushöhlung der Rechte von Frauen und ihr Aus-

schluß aus dem öffentlichen Leben bezeichnete er als völlig inakzeptabel und verdeutlichte: „Frauen und Mädchen müssen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können. Junge Menschen müssen wissen, daß sie ihre Meinung friedlich äußern können, ohne daß ihnen Gewalt, Repressalien oder Einschüchterung drohen.“

Darüber hinaus drückte Schallenberg den VertreterInnen der Zivilgesellschaft seine Anerkennung für ihre unverzichtbare Rolle im Streben nach dem Schutz der Menschenrechte aus. Als Katalysatoren für den Wandel setzen sie sich unermüdlich und selbstlos für die Rechte aller Menschen ein, unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg und appellierte: „Die Universalität der Menschenrechte ist nicht verhandelbar – jeder Versuch, dies in Frage zu stellen, ist inakzeptabel. Wir können die Menschenrechte nur vorantreiben, wenn wir zum Geist von Wien zurückkehren – wo alle Menschenrechte universell und unteilbar sind.“

Als bedeutendste Ergebnisse der Wiener Weltkonferenz von 1993 gelten die Verabschiedung der Wiener Erklärung und des Aktionsprogramms sowie die Einrichtung des VN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR). Das Amt als VN-Hochkommissar für Menschenrechte bekleidet seit Oktober 2022 der Österreicher Volker Türk.

Im Anschluß an die Eröffnung des Symposiums nahm Schallenberg an der ersten Paneldiskussion über die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte teil. Die zweite Podiumsdiskussion widmete sich dem Verhältnis zwischen Technologie und den Menschenrechten während die Teilnehmenden des dritten Panels Menschenrechte als Lösung für globale Herausforderungen thematisierten. ■

Ende des russischen Roulettes mit ukrainischen AKWs

Seit Beginn des brutalen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gibt die Sicherheit des ukrainischen Kernkraftwerks Saporischschja – die größte Nuklearanlage Europas – Anlaß zu größter Sorge. Das rücksichtslose und völkerrechtswidrige Vorgehen Rußlands in der Umgebung des Kraftwerks gefährdet die nukleare Sicherheit und stellt so eine reale Bedrohung für Europa dar.

Daher wurde im März 2022 ein Kooperationsprogramm zwischen der Ukraine und der in Wien ansässigen Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ins Leben gerufen, in dessen Rahmen mehrere Missionen zu nuklearer Sicherheit durchgeführt wurden. Im Januar 2023 konnte die IAEO eine ständige Präsenz im AKW Saporischschja etablieren, im Februar 2023 wurde diese Präsenz im Rahmen der „IAEO Support and Assistance Mission“ auf die anderen drei AKWs in der Ukraine und Tschernobyl ausgeweitet.

Österreich wird als Sitz der IAEO die wichtige Arbeit in der Ukraine mit einem Beitrag in Höhe von 1 Million Euro unterstützen, der je zur Hälfte durch das Außenministerium und das Klimaschutzministerium finanziert wird.

Dazu Außenminister Alexander Schallenberg: „Das russische Roulette mit der Sicherheit der ukrainischen AKWs muß endlich ein Ende haben. Österreich hat immer schon die Speerspitze der internationalen Bemühungen für die nukleare Sicherheit gebildet. Die unabhängige und unparteiische Arbeit der IAEO vor Ort und deren Anwesenheit in den AKWs ist Frühwarnsystem und Lebensversicherung zugleich. Der Angriff auf den Kachovka Staudamm und die möglichen Auswirkungen auf die Versorgung des AKW Saporischschja mit Kühlwasser beweisen eindrücklich die Wichtigkeit dieser Mission.“

Für die nukleare Sicherheit in der Ukraine ist die Präsenz der IAEO in allen ukrainischen Atomanlagen essentiell, um sowohl unabhängige Informationen für die internationale Gemeinschaft sicherzustellen, als auch Kampfhandlungen im Bereich von Nuklearanlagen bestmöglich auszuschließen. Österreich unterstützt die von IAEO-Generaldirektor Rafael Grossi vor kurzem formulierten Prinzipien für die Nukleare Sicherheit in ukrainischen AKWs, darunter das Verbot von Angriffen oder die Lagerung von Waffen sowie der Schutz der externen Stromversorgung.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg mit seiner Amtskollegin aus Tansania, Stergomena Lawrence Tax

„Atomkraftwerke im Kriegsgebiet sind immer eine besondere Gefahr. Um einen sicheren Betrieb und die notwendige Überwachung zu gewährleisten, braucht es die Arbeit der IAEO. Genau das wollen wir auch unterstützen. Mit unserem Beitrag für Support and Assistance Mission übernehmen wir Verantwortung, damit diese schwierige Aufgabe gut umgesetzt wird“, ergänzte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler.

Mit dem österreichischen Beitrag zur nuklearen Sicherheit in der Ukraine wird unter anderem die Entsendung und Arbeit eines Teams der IAEO unterstützt, das auf Rotationsbasis in allen ukrainischen Nuklearanlagen stationiert ist. ■

Tansanische Außenministerin Tax zu Gast in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 12. Juni seine Amtskollegin aus Tansania, Stergomena Lawrence Tax, anläßlich der Eröffnung der tansanischen Botschaft in Wien. Im Fokus des Gesprächs stand vor allem der Ausbau der bilateralen Beziehungen, besonders im Bereich der Wirtschaft. Weiters thematisierten sie regionale außenpolitische Fragen, wie die Sicherheit am Horn von Afrika und in der Großen Seen-Region, sowie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen globale Folgen.

Zu Beginn hob Schallenberg die guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Tansania hervor. Dabei zeigte er sich besonders erfreut, daß Tansania im vergangenen Jahr eine Botschaft in Wien eröffnet hatte und begrüßte die persönliche Anreise

seiner tansanischen Amtskollegin für die offizielle Eröffnung der Botschaft. Gleichzeitig betonte er weitere Bereiche für die wirtschaftliche Kooperation.

„Mit den intensivierten politischen Beziehungen wollen wir die Weichen stellen für mehr Wirtschaftsaustausch. Österreichisches Know-how in Infrastruktur, grüner Technologie und dem Gesundheitssektor, gepaart mit der jungen, dynamischen Bevölkerung Tansanias hat enormes Potential, das es auszuschöpfen gilt“, strich Schallenberg die Möglichkeiten der Zusammenarbeit hervor.

So habe der bilaterale Handelsaustausch zwischen Österreich und Tansania noch Luft nach oben: Im Jahr 2022 betrug das Handelsvolumen nur 13 Millionen Euro.

Bei regionalen Friedens- und Sicherheitsbestrebungen nimmt Tansania aufgrund der geografischen Nähe zu der Großen Seen-Region und dem Horn von Afrika oftmals die Vermittlerfunktion ein. Darauf nahm Schallenberg im Gespräch Bezug und hob hervor, daß Tansania ein wichtiger Anker für politische und wirtschaftliche Stabilität in einer volatilen Region sei. So sei das Land zentraler Akteur bei der Lösung von regionalen Konflikten. Zudem beteilige sich Tansania als Mitglied der Ostafrikanischen Gemeinschaft und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) an regionalen Integrationsbestrebungen und stelle beispielsweise Friedenstruppen in Krisenherden wie Mosambik oder Sudan. Für diesen Zugang der regionalen Ownership sicherte der Außenminister Österreichs Unterstützung zu.

Im Hinblick auf die Zurückhaltung Tansanias bei den Resolutionen der Vereinten

Österreich, Europa und die Welt

Nationen gegen Rußlands Aggression in der Ukraine stellte Außenminister Schallenberg fest: „Gerade vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Rußlands gegen die Ukraine muß aber klar sein: Es braucht eine Positionierung auch jener Staaten, die sich nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft befinden. Denn Rußland greift sein Nachbarland auf eine neo-imperialistische Art und Weise an, die wir lange in den Geschichtsbüchern gewöhnt hatten. Für diese Positionierung habe ich heute bei meiner Amtskollegin gewonnen.“

So dürfe nicht das Gesetz des Dschungels über dem Völkerrecht stehen. Dabei betonte Schallenberg einmal mehr, daß Rußland im Kampf der Narrative gezielt Desinformationen und anti-westliche Erzählungen auf dem afrikanischen Kontinent verbreite und zugleich Hunger und Ernährungsunsicherheit als Waffe einsetze. Basierend auf den Prinzipien der VN-Charta forderte Außenminister Schallenberg seine tansanische Amtskollegin dazu auf, sich gemeinsam für nachhaltige Lösungen einzusetzen. ■

Verstärktes österreichisches Engagement im Irak

Österreich will sich an der Ausbildungs- und Beratungsmission der NATO im Irak (NMI) mit bis zu zehn Angehörigen des Bundesheeres beteiligen. Der Ministerrat hat diese Neuentsendung am 14. Juni auf Antrag von Außenminister Alexander Schallenberg im Einvernehmen mit Verteidigungsministerin Klaudia Tanner beschlossen.

„Der Irak ist ein Schlüsselfaktor für Stabilität in der Region. Die Sicherheit des Irak hat damit auch unmittelbare Auswirkungen auf Europa und Österreich. Mit unserer Teilnahme an der NATO-Ausbildungsmission unterstützen wir unsere irakischen Partner im Kampf gegen den Terrorismus und bekämpfen damit auch Fluchtursachen und illegale Migration aus der Region. Wir ergänzen damit unser humanitäres und diplomatisches Engagement vor Ort“, so Schallenberg, der noch heuer eine Reise in den Irak plant, um die österreichische Botschaft in Bagdad auch offiziell zu eröffnen.

Österreich und das Österreichische Bundesheer sind seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“, einer 1994 gegründeten NATO-Initiative, um für mehr Stabilität und Sicherheit im Euro-Atlantischen Raum zu sorgen. Die NATO-Trainingsmission Irak ist eine nicht-exekutive militärische Ausbildungs- und Beratungsmission der NATO.

Die völkerrechtliche Grundlage für eine Beteiligung Österreichs an der NMI bildet die Resolution 2249 des UN-Sicherheitsrats vom 20. November 2015, mit der alle UN-Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, terroristische Handlungen im Irak zu verhüten und unterbinden.

„Positive Entwicklungen im Irak zeigen, daß die Lage vor Ort in den letzten Jahren stabiler geworden ist. Die Terrorgruppe Islamischer Staat ist in ihren Grundfesten erschüttert, aber nicht vollkommen zerstört. Die fragile Sicherheitslage und die Schwäche staatlicher Institutionen sind weiterhin ein Nährboden für Extremismus, Terrorismus und illegale Migration. Wir dürfen nicht übersehen, daß diese Entwicklungen auch bis zu uns nach Europa ausstrahlen können. Österreich kann mit der Teilnahme an der Trainings- und Ausbildungsmission einen wesentlichen Beitrag für mehr Sicherheit und Stabilität leisten“, ergänzte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Bei der NMI handelt es sich um eine nicht-exekutive militärische Ausbildungs- und Beratungsmission der NATO. Das Ziel der Mission ist die wirksame Unterstützung des Irak im Kampf gegen Terrorismus. Durch die Stärkung der Sicherheitsinstitutionen und Streitkräfte soll das Land stabilisiert und eine Rückkehr des IS verhindert werden. ■

Somalias Außenminister Abshir Omar Huruse zu Gast in Wien

Am 20. Juni war der Außenminister Somalias, Abshir Omar Huruse, erstmals für ein Arbeitsgespräch mit Außenminister Alexander Schallenberg zu Gast in Wien. Der Besuch stand dabei im Zeichen des verstärk-

ten österreichischen Outreachs zu afrikanischen Staaten. Den Schwerpunkt des Gesprächs bildeten die bilateralen Beziehungen, vor allem im Bereich illegaler Migration und Rückführungen von abgelehnten Asylwerbenden, sowie die Sicherheitslage am Horn von Afrika.

Zu Beginn begrüßte Schallenberg den Austausch zwischen Österreich und Somalia, etwa beim EU-Afrika-Gipfel 2022 und zwischen den Parlamentspräsidenten beider Staaten. Dennoch bestehe auf bilateraler Ebene noch Potential für eine Vertiefung der Beziehungen, etwa im Handelsbereich, unterstrich Außenminister Schallenberg. Zudem thematisierte er im Gespräch mit seinem somalischen Amtskollegen die Notwendigkeit, sowohl Schlepperei, Menschenhandel und illegale Migration gemeinsam zu bekämpfen, als auch bei Rückführungen enger zu kooperieren.

„Das europäische Asyl- und Migrationssystem kann nur dann funktionieren, wenn wir jenen, die wirklich Schutz brauchen, diesen auch tatsächlich gewähren. Gleichzeitig müssen wir jene, die die Voraussetzungen für Asyl nicht erfüllen, konsequent in ihre Herkunftsländer zurückführen können“, hielt Schallenberg fest.

Österreich belegt in der EU aktuell nach Deutschland, Frankreich und den Niederlanden Platz 4 unter den Zielländern für somalische Asylwerbende. Vor dem Hintergrund, daß Somalia seit Jahren zu den antragsstärksten Herkunftsstaaten in Österreich gehört, kündigte Schallenberg deshalb den Beginn eines strukturierten Migrationsdialogs mit seinem somalischen Amtskollegen an. „Unser gemeinsames Ziel ist, daß Personen erst



Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem somalischen Amtskollegen Abshir Omar Jama

Österreich, Europa und die Welt

gar nicht gezwungen werden, Somalia zu verlassen und daß Rückkehrende rasch integriert werden“, betonte er.

Mit Hinblick auf die Sicherheitslage in Somalia unterstrich Schallenberg außerdem die Bedrohung von Terrorismus für alle Staaten: „Der Kampf gegen islamistischen Extremismus ist eine gemeinsame Herausforderung. Auch in Österreich hat der Terror schon Einzug gehalten – wir sind keine Insel der Seligen. Daher setzen wir auf eine starke Kooperation zwischen der EU und Somalia.“

Besondere Anerkennung drückte Schallenberg der somalischen Zentralregierung für ihre Erfolge im Kampf gegen die Terrormiliz Al-Shabaab aus. In einem breiteren, regionalen Kontext hob er hervor, das Horn von Afrika habe für Österreich oberste Priorität und ein Flächenbrand in der Region sei unbedingt zu vermeiden. Eine Stabilisierung von Somalia und der gesamten Region ist laut Schallenberg deshalb im klaren Eigeninteresse von Österreich. ■

Schallenberg bei Wiederaufbau-Konferenz in London

Die humanitäre Lage in der Ukraine ist weiterhin dramatisch: Neben der systematischen Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktur wie des Kachowka-Staudamms, hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst. Die Bundesregierung stellt deshalb weitere 18 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums zur Verfügung, um die Menschen in der Ukraine und in Moldau zu unterstützen. Der Nachbarstaat Moldau beherbergt gemessen an seiner Bevölkerungszahl die höchste Anzahl Vertriebener aus der Ukraine. Damit übersteigt die bisher geleistete bilaterale finanzielle Unterstützung Österreichs die Marke von 150 Millionen Euro.

Mindestens 17,6 Millionen Menschen in der Ukraine sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter über 3 Millionen Kinder. Zusätzlich verschärft die landesweite Kontamination durch die weltweit geächteten Landminen und explosiven Kriegsrückstände die Lage der ukrainischen Zivilbevölkerung. Hilfe vor Ort durch humanitäre Organisationen ist daher lebenswichtig.

„Die Zerstörung des Kachovka-Staudammes stellt mitten im brutalen, völkerrechtswidrigen Angriff Rußlands auf die Ukraine eine neue Eskalationsstufe dar. Rußland ist auch bereit aus kühler taktischer Berechnung



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) mit seinem moldawischen Amtskollegen Nicu Popescu bei der „Ukraine Recovery Conference“ in London

einen Ökozid auszulösen. Umso wichtiger ist da einmal mehr die internationale Solidarität und die humanitäre Hilfe für die von den Überflutungen betroffenen Ukrainerinnen und Ukrainern. Diese wird erst möglich, weil diese Regierung das Budget für die humanitäre Hilfe mehr als verfünffacht hat“, erklärt Vizekanzler Werner Kogler.

Je 6 Millionen Euro gehen an das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Weitere 4 Millionen Euro werden dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie 2 Millionen Euro dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zur Verfügung gestellt.

Neben der humanitären Hilfe muß der Fokus aber auch schon auf den Wiederaufbau gelegt werden. Außenminister Alexander Schallenberg vertrat zu diesem Zweck Ös-

terreich am 21. Juni bei der Ukraine Recovery Conference in London. Das Ziel der Konferenz war die internationale Mobilisierung für die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Ukraine. Gleichzeitig soll dem Land bei der Bewältigung der Kriegsfolgen geholfen werden.

„Humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau gehen Hand in Hand. Wir müssen uns jetzt schon um den Wiederaufbau kümmern, um das Land zu stabilisieren. Österreichische Unternehmen und Finanzinstitute waren unter den ersten westlichen Unternehmen, die in den 1990er Jahren in der Ukraine investiert haben. Und sie sind auch jetzt bereit, einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine zu leisten. Als österreichische Bundesregierung werden wir alles dafür tun, um dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen“, so Schallenberg abschließend. ■

Stärkung der bosnischen Zivilgesellschaft: Europäische Perspektiven schaffen

Am 22. und 23. Juni 2023 fand beim Europa-Forum Wachau (siehe unseren Bericht auf den Seiten 76 bis 79 erstmals der vom Außenministerium und dem US State Department organisierte Workshop „Speak Up: Engaging young political leaders and civil society in the Western Balkans. Edition: Bosnia and Herzegovina“ statt. Im Fokus des Workshops, an dem VertreterInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und der Diaspora aus Bosnien und Herzegowina teilnahmen, stand die geostrategische Notwendigkeit, Stabilität am Westbalkan zu sichern und diesen fest innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft zu verankern.

Am zweiten Tag des Workshops trafen Außenminister Alexander Schallenberg und der US-Sonderbeauftragte für den Westbal-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg US-Sonderbeauftragter für den Westbalkan, Gabriel Escobar, beim vom US Department organisierten Workshop „Speak Up“

Österreich, Europa und die Welt

kan, Gabriel Escobar, die TeilnehmerInnen, um das starke österreichisch-US-amerikanische Engagement für eine stärkere euro-atlantische Integration von Bosnien und Herzegowina zu unterstreichen.

„Der Austausch zwischen bosnischen Bevölkerungsgruppen und neue Ansätze in der Zusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina sind wichtiger denn je, um das Land langfristig an das westliche Wertesystem zu binden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch die Spannungen in der unmittelbaren Nachbarschaft, zwischen Serbien und Kosovo, haben die geopolitischen Karten neu gemischt. Eines ist klar: Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten gilt es, weiterhin zuzuhören und an Lösungen für eine euro-atlantische Zukunft von Bosnien und Herzegowina zu arbeiten“, betonte Außenminister Schallenberg.

Bosnien und Herzegowina sei Schallenberg zufolge am Scheideweg. Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus im Dezember 2022 war ein wichtiges politisches Signal für die Zukunft des Landes in der EU-Familie. Nun gelte es, die notwendigen Reformen tatkräftig durch weiteres Engagement zu unterstützen, sind sich Österreich und die USA einig.

„Österreich ist ein echter Freund des Westbalkans. Es ist sehr wichtig, daß die internationale Gemeinschaft die nächsten Generationen von Führungskräften in Bosnien und Herzegowina einbindet. Ich freue mich auf einen breiten Dialog, der unser Engagement für die demokratischen und euro-atlantischen Ambitionen der Region voranbringt“, hielt US-Sonderbeauftragter Escobar am Rande des Workshops fest.

Der Workshop stellte beim Europa-Forum Wachau den Beginn eines langfristigen Dialogs dar. So unterstützen das Außenministerium und das US State Department die junge bosnische Generation dabei, ihre eigene Zukunft tatkräftig zu gestalten. Die bosnische Diaspora in Österreich spielt als Brücke zwischen beiden Staaten auch hierbei eine wichtige Rolle. Ziel des Workshops war es, gemeinsam konkrete Lösungsvorschläge, Perspektiven und Empfehlungen für den europäischen Weg Bosniens und Herzegowinas zu erarbeiten.

Friends of the Western Balkans

Am 23. Juni präsentierte Außenminister Schallenberg gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus der Slowakei, Tschechien und Kroatien am Rande des Europa-Forums Wachau die „Göttweiger Erklärung“. Darin fordern die „Friends of the Western Balkans“



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) beim Gespräch mit dem US-Sonderbeauftragten für den Westbalkan, Gabriel Escobar (r.), anlässlich des Europa Forums Wachau

eine schrittweise und beschleunigte EU-Integration der Region. Die von ihm initiierte Kerngruppe „Friends of the Western Balkans“ hat sich zum Ziel gesetzt, den Erweiterungsprozess für Südosteuropa endlich entschieden voranzutreiben. 20 Jahre nach dem EU-Westbalkan-Gipfel von Thessaloniki heißt es endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

Mit der Göttweiger Erklärung wollen Außenminister Alexander Schallenberg und seine Amtskollegen aus der Slowakei, Miroslav Wlachovský, Tschechien, Jan Lipavský, und Kroatien, Gordan Grilić Radman, dieser Forderung Gewicht verleihen. Neben den in der Wachau anwesenden Außenministern sind auch Italien, Slowenien und Griechenland Teil der neugegründeten österreichischen Initiative.

Als „Friends of Western Balkans“ sind wir eine starke Stimme für einen Westbalkan des Wohlstands und der Sicherheit. Die

Freundesgruppe wird Taktgeber für eine Region sein, der wir seit über 20 Jahren im Wort sind, Teil der EU-Familie zu werden. Der Westbalkan ist umgeben von EU-Staaten, ohne sie ist die Europäische Union nicht vollständig“, so Außenminister Alexander Schallenberg über die Rolle der Kerngruppe.

Die Göttweiger Erklärung fordert eine beschleunigte Integration der Westbalkan-Staaten mit konkreten Umsetzungsschritten. Dazu sollen sie bereits vor einem Vollbeitritt stärker in europäische Politiken und Gremien eingebunden werden. Gerade im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine muß es im EU-Interesse sein, sich mit den Westbalkan-Partnern in der Außen- und Sicherheitspolitik viel enger auszutauschen. Denn Probleme, die in Südosteuropa auftreten, wirken sich unmittelbar auch bei uns aus. ■

Lesen Sie über das Europa-Forum Wachau auf den Seiten 76 bis 79.



Foto: BMEIA/Gruber

Präsentierten die „Göttweiger Erklärung (v.l.) Gordan Grlic-Radman, (Kroatien), Jan Lipavsky (Tschechien), Alexander Schallenberg (Österreich) und Miroslav Wlachovsky (Slowakei)

Österreich, Europa und die Welt

Treffen der AußenministerInnen in Luxemburg

Außenminister Alexander Schallenberg Areiste am 26. Juni zum Rat für Auswärtige Angelegenheiten nach Luxemburg. Bei dem Treffen berieten er und seine AmtskollegInnen der EU-27 über die jüngsten Entwicklungen in Rußland, die ungebrochene Unterstützung der EU für die Ukraine sowie die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf Drittstaaten, etwa die Region des Westbalkans.

Im Vorfeld des Treffens betonte Schallenberg, daß es sich bei den Entwicklungen am vergangenen Wochenende zwar um eine interne russische Angelegenheit handle, diese aber zeige wie angespannt die Lage im Land sei. So werden vor allem die Bruchlinien im Machtgefüge und die Grabenkämpfe sichtbar, die der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in der russischen Gesellschaft hervorgerufen habe, verdeutlichte Schallenberg.

„Putin sollte sich ein Vorbild an Prigoschin nehmen und auch umkehren. Putin könnte morgen den Krieg beenden – dann wäre er aus. Wenn die Ukraine aufhört sich zu verteidigen, ist für die Ukraine alles aus“, so der Außenminister.

Mit Hinblick auf die ungebrochene Unterstützung Österreichs und der EU für die Ukraine hielt er fest: „Für mich ist wesentlich, daß wir als EU auch in dieser Angelegenheit geeint und besonnen gehandelt haben. Wir werden – wie auch in den letzten 16 Monaten – unsere geschlossene Unterstützung für die Ukraine in ihrem Kampf für Souveränität und territoriale Integrität aufrechterhalten, so lange wie nötig.“ Vor allem die Londoner Wiederaufbaukonferenz in der Vorwoche und die Einigung auf das bereits 11. Sanktionspaket haben gezeigt, daß die EU in internen Verhandlungen auf einen gemeinsamen Nenner kommen könne, um Rußland die Stirn zu bieten, bekräftigte Schallenberg. Gleichzeitig unterstrich er: „Österreich ist ein neutrales Land. Wir liefern keine Militärgüter, aber global gesehen sind wir pro Kopf – im Vergleich zu unserem BIP – Nummer 1 bei der humanitären Hilfe. Jeder in der EU leistet also seinen Beitrag, und das ist das Beste, was wir tun können.“

Neben seiner tatkräftigen Unterstützung für die Ukraine legt Österreich aber laut dem Außenminister auch ein besonderes Augenmerk auf die Region des Westbalkans, deren EU-Beitrittsperspektive im Lichte der russischen Aggression an geostrategischer Bedeutung gewonnen habe. Deshalb hat Schallenberg kürzlich die „Friends of the Western



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Luxemburg

Balkans“-Kerngruppe aus der Taufe gehoben, der sich bereits Italien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Kroatien und Griechenland angeschlossen haben, zeigte er sich erfreut (siehe den vorhergehenden Beitrag).

„Wir setzen uns als Taktgeber und Fürsprecher für den Westbalkan ein. Diese starke österreichische Handschrift wird auch hier in Brüssel gewürdigt. Der russische Angriffskrieg muß uns als Weckruf dienen, die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU entschieden und rasch voranzutreiben“, hob der Außenminister hervor.

Vor diesem Hintergrund wird er im Auftrag der EU mit seinen Amtskollegen aus der Slowakei und Tschechien im Juli 2023 nach Nordmazedonien reisen. Das Ziel der Reise im Slavkov-3 Format ist, die Unterstützung der EU für den Westbalkan herauszustrei-

chen. So gelte es Schallenberg zufolge besonders, die Resilienz der Westbalkanstaaten zu stärken, nachdem Rußland in der Region über ein beträchtliches Destabilisierungspotential verfüge. Weitere Themen des Austauschs der EU-AußenministerInnen waren unter anderem der Belgrad-Pristina-Dialog, die Menschenrechtslage im Iran und die Situation in Moldau. ■

Kuwaits Außenminister in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 29. Juni seinen kuwaitischen Amtskollegen Sheikh Salem Abdullah Al-Jaber Al-Sabah für ein Arbeitsgespräch in Wien. Der Besuch fand im Rahmen der ersten Europareise von Al-Sabah nach seiner jüngsten Wiederbestellung statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen die bilateralen



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing seinen kuwaitischen Amtskollegen Sheikh Salem Abdullah Al-Jaber Al-Sabah zu einem Gespräch in Wien

Österreich, Europa und die Welt

Beziehungen, insbesondere die Möglichkeit einer weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Außerdem wurden die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten und die globalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine besprochen.

Auf wirtschaftlicher Ebene seien die österreichisch-kuwaitischen Beziehungen bereits gut, doch bestehe laut Außenminister Schallenberg noch Potential für Verbesserungen. „Österreichisches Know-how im Bereich Gesundheitswesen, Infrastruktur, aber auch grüne Technologien und erneuerbare Energien kann für Kuwait angesichts des großen ungenutzten Potentials von Interesse sein. Ich freue mich auch, daß Österreich von Kuwaitis nach den Einschränkungen durch die Pandemie als Urlaubsland wieder sehr geschätzt wird, wie aktuell fünf wöchentliche Direktflüge bezeugen“, so Schallenberg, der im weiteren Gespräch den hohen Stellenwert der in Wien vereinbarten bilateralen Absichtserklärungen zwischen Österreich und Kuwait hervorhob. Konkret vereinbart wurden regelmäßige politische Konsultationen zwischen den beiden Staaten sowie eine Kooperation zwischen der Austrian Development Agency (ADA) und dem Kuwaitischen Fonds für Wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Auch mit Hinblick auf den Wirtschaftssektor betonte Schallenberg, daß österreichische Unternehmen in Kuwait bereits erfolgreich tätig und durchaus an weiteren Joint Ventures interessiert seien. Die Absichtserklärungen seien eine gute Grundlage dafür, hielt Außenminister Schallenberg fest.

Neben der bilateralen Zusammenarbeit sprachen die beiden Außenminister auch über jüngste Entwicklungen im Nahen Osten sowie über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

„Kuwait hat durch seine eigene leidvolle Geschichte als Opfer der Aggression Saddam Husseins selbst erfahren, was ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg vor allem für die Zivilbevölkerung bedeutet“, verdeutlichte Außenminister Schallenberg. Besondere Aufmerksamkeit in der Region verdiene ihm zufolge die Lage im Iran, im Irak, in Syrien und im Nahostfriedensprozeß. So beobachte man genau die Abraham-Abkommen zwischen Israel und einer Reihe arabischer Staaten, die Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie die Wiederaufnahme Assads in die Arabische Liga.

„Wenn die Stabilität in der Golfregion aus den Fugen gerät, spüren wir die Erschüt-



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Schallenberg und sein portugiesischer Amtskollegen Joao Gomes Cravinho

terungen bis zu uns nach Österreich und Europa. Derzeit befindet sich Vieles am Golf und im Nahen Osten im Umbruch“, erklärte Schallenberg. Deswegen appellierte er in diesem Kontext zugleich an die EU: „Europa tut gut daran, enger mit den Ländern des Golfkooperationsrats zusammenzuarbeiten, uns eint ein gemeinsames Interesse an Frieden und Stabilität, an Energiesicherheit, sowie an Handel und Investitionen.“ ■

Portugals Außenminister in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 30. Juni seinen portugiesischen Amtskollegen João Gomes Cravinho in Wien. Neben der verstärkten politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit besprachen die beiden Außenminister, wie sie ausenpolitisch noch enger kooperieren können. Außerdem betonten sie die Geschlossenheit der EU-Mitgliedsstaaten im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg und tauschten sich zum Westbalkan aus.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Portugal haben sich zuletzt deutlich intensiviert. Alleine im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Niederlassungen österreichischer Firmen in Portugal um ein Drittel. Ein Hauptgrund dafür sind die guten Handelsbeziehungen Portugals mit den Ländern Lateinamerikas und Afrikas, von denen auch heimische Zulieferer profitieren möchten.

„Für österreichische Unternehmen, die auf der Suche nach neuen Märkten sind, ist Portugal das Tor nach Lateinamerika. Gleichzeitig profitiert Portugal vom Know-How unserer heimischen Unternehmen. Dieses

Potential gilt es nun von beiden Seiten verstärkt zu nutzen“, so Schallenberg über die Vorteile einer engeren wirtschaftlichen Kooperation.

Die engen Verbindungen mit Lateinamerika und Afrika sollen auch im Zentrum einer engeren außenpolitischen Zusammenarbeit stehen. Gemeinsam könnten die beiden Staaten verstärkt auf diese Länder zugehen um den russischen Narrativ zum Angriffskrieg auf die Ukraine entgegenzutreten und eine starke Stimme für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in diesen Regionen sein. Portugal kann wiederum von der österreichischen Expertise und den engen Verbindungen zum Westbalkan profitieren. Alle drei Regionen dürfe die EU trotz der wichtigen Unterstützung für die Ukraine nicht aus den Augen verlieren.

„Dem russischen Narrativ, wonach der Westen und die Ukraine Schuld am Angriffskrieg tragen, treten wir entschieden entgegen. Dazu müssen wir unseren Outreach in den Ländern Lateinamerikas und Afrikas deutlich verstärken, denn dort war die EU in letzter Zeit auf hochrangiger politischer Ebene viel zu wenig präsent“, sprach sich Schallenberg für einen koordinierten Outreach der EU-Mitgliedsstaaten aus, der das Gespräch auch nutzte, um seinem portugiesischen Amtskollegen die kürzlich gegründete Initiative „Friends of the West Balkans“ vorzustellen. Ziel der Initiative ist es, die Westbalkan-Staaten in einem schrittweisen Prozeß rascher an die EU heranzuführen. Dazu sollen sie schon vor dem Vollbeitritt in EU Gremien und Entscheidungsprozesse involviert werden. ■

Österreich, Europa und die Welt

»Klimawandel bedroht Sicherheit, Stabilität und Frieden«

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 7. Juli an der OSZE Konferenz zum Klimawandel teil. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Frieden sowie den Folgen von Konflikten auf Klimapolitik. Um das Klima zu schützen und die Auswirkungen des Klimawandels gering zu halten seien Entschlossenheit, Innovation und globaler Zusammenarbeit notwendig, betonte er in seiner Eröffnungsrede. Am Rande der Konferenz führte der Außenminister Gespräche mit seinem mazedonischen Amtskollegen und OSZE-Vorsitzenden Bujar Osmani sowie der belgischen Außenministerin Hadja Lahbib.

Die OSZE sei aufgrund ihres dimensions- und grenzübergreifenden Ansatzes bestens geeignet, um die notwendigen Antworten auf Klimawandel und Sicherheit zu geben, betonte Außenminister Alexander Schallenberg. Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig, die OSZE und ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Er rief dazu auf, den notwendigen politischen Willen aufzubringen, um die derzeitigen Blockaden rasch zu beseitigen. Österreich wird als Sitzstaat jedenfalls alles Notwendige tun, um die Organisation und den Vorsitzenden in ihrer Arbeit zu unterstützen.

„Wenn es diese Organisation nicht gäbe, dann müßten wir sie jetzt erfinden! Wir werden die OSZE auch in Zukunft dringend brauchen mit ihrem umfassenden Sicherheitskonzept, einschließlich einer starken Ausrichtung auf die Umweltdimension“, so Schallenberg in seiner Rede.

Bei der Konferenz wurde diskutiert, welche Rolle regionale Kooperationsformate beim Kampf gegen den Klimawandel spielen und insbesondere, welchen Beitrag die OSZE leisten kann. Dabei standen die schon laufenden und möglichen zukünftigen Maßnahmen der OSZE zur Bewältigung klimabedingter Risiken im Mittelpunkt. Denn die globale Erwärmung hat neben den direkten Auswirkungen auch einen starken Einfluß auf Sicherheit und Konflikte, insbesondere in den am stärksten betroffenen Regionen. Umgekehrt beeinflussen Kriege und Spannungen zwischen Staaten Klimasicherheit und Klimamaßnahmen, wie derzeit anhand des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine deutlich wird.

„Der Schutz unseres Klimas und unseres Planeten ist eine entscheidende Herausforderung für unsere und künftige Generationen.



Foto: BMEIA/Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg nahm an der OSZE-Klimakonferenz in Wien teil – im Bild mit seinem nordmazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani...



Foto: BMEIA/Gruber

... mit seiner belgischen Amtskollegin Hadja Lahbib...

Eine Herausforderung, der wir uns mit Entschlossenheit und Innovation stellen müssen – und eine Herausforderung, die die größtmögliche internationale Zusammenarbeit erfordert“, betonte der Außenminister den Stellenwert der internationalen Kooperation beim Klimaschutz.

Bereits vor der Konferenz traf sich Alexander Schallenberg mit dem nordmazedonischen Außenminister und OSZE-Vorsitzenden Bujar Osmani und der belgischen Außenministerin Hadja Lahbib. Gegenüber Bujar Osmani betonte Schallenberg Österreichs volle Unterstützung für die Vorsitzführung und deren Prioritäten in dieser schwierigen Zeit. Beim Austausch mit seiner belgischen Amtskollegin stand die Situation in der Ukraine sowie die EU-Integration des Westbalkans im Mittelpunkt. ■



Foto: BMEIA/Gruber

... und mit OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid

Österreich, Europa und die Welt

Trilaterales Treffen der Nördlichen Adria

Auf Einladung seines italienischen Amtskollegen nahm Außenminister Alexander Schallenberg am 10. Juli am trilateralen Treffen der Nördlichen Adria zwischen den Außenministern von Italien, Antonio Tajani, und Kroatien, Gordan Grlić Radman, sowie Sloweniens Außenministerin Tanja Fajon in Ancona teil. Dabei standen aktuelle Schlüsselthemen, wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Heranführung des Westbalkan an die EU und der Kampf gegen illegale Migration, auf dem Programm.

„Das heutige Treffen belegt einmal mehr, daß Nachbarschaft zählt. Österreich steht an der Speerspitze der EU, wenn es um regionale Kooperation geht. Ich freue mich besonders darüber, daß Österreichs Zusammenarbeit unter Nachbarn auch eine Zusammenarbeit unter Freunden ist“, Schallenberg fest und strich Österreichs Engagement in einem dichten Netz an regionalen Kooperationsformaten, wie im Slavkov-3 oder Central-5 Format hervor.

Nur gemeinsam könne man die aktuellen Permakrisen bewältigen, wie etwa den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Stärke der EU ist und bleibe ihre Einigkeit. Eine Einigkeit die, wie die letzten Wochen gezeigt haben, in Rußland nicht mehr besteht. Dort habe die Meuterei der Söldnertruppe Wagner Außenminister Schallenberg zufolge Risse im Gebälk des Kremls offengelegt. Es bleibe der Eindruck, daß Rußland nicht so monolithisch sei, wie es vorgibt zu sein. Daß die Europäische Union in dieser kritischen Situation rasch, entschlossen und geeint reagierte, habe ein umso wichtigeres Signal ausgesendet. Seit mehr als 500 Tagen stehe die EU Schulter an Schulter an der Seite mit der Ukraine. Auch bei diesem Treffen waren sich die Außenministerin und die Außenminister einig, daß das so bleiben wird – solange es notwendig ist.

„Bei allem richtigen Fokus auf den Osten dürfen wir den Südosten nicht vergessen. Der Westbalkan darf nicht am Pannestreifen stehen, während die Ukraine sich auf der Überholspur befindet. Wir werden hier weiterhin Taktgeber und Fürsprecher für die Staaten des Westbalkan sein. Das ist im ureigensten Interesse Österreichs“, Schallenberg.

Gegenüber den Partnern im Westbalkan sei es essentiell, als handlungsfähiger Partner mit Handschlagqualität aufzutreten. Als Teil der von Österreich ins Leben gerufenen Gruppe „Friends of the Western Balkans“,



Foto: BMEIA

Beim trilateralen Treffen der Nördlichen Adria in Ancona (v.r.): Außenministerin Tanja Fajon (Slowenien) und die Außenminister Antonio Tajani (Italien), Alexander Schallenberg (Österreich) und Gordan Grlić Radman (Kroatien)

stimmten die AmtskollegenInnen von Italien, Kroatien und Slowenien Außenminister Schallenberg zu. Der Westbalkan stelle eine gemeinsame Priorität dar, die es durch konkrete, glaubhafte und realistische Perspektiven endlich stärker zu unterstützen gelte.

Ebenfalls beim Treffen thematisiert wurde, wie in den oberen Adriaregionen das

Problem der illegalen Migration über die Balkan-Route bekämpft werden kann. Im Austausch mit seinen AmtskollegInnen verwies Schallenberg auf die Bedeutung der Solidarität innerhalb der EU gegenüber den hauptbetroffenen Staaten beim Kampf gegen die illegale Migration. ■

<https://www.bmeia.gv.at>

≡ Bundesministerium Europäische und internationale Angelegenheiten
 ERTGELTICHE EINSCHALTUNG

IHRE IM FALL DES FALLES-APP.

Sie fahren weg, wir informieren. Jetzt kostenlos und bequem über den QR-Code oder den App-Store die Auslandsservice-App downloaden und gut vorbereitet ins Ausland fahren. Registrieren Sie sich vor Ihrer Reise für Ihre Reise. Wir informieren Sie über die aktuelle Lage in dem Land, in dem Sie sich aufhalten, und helfen, sollten Sie Unterstützung brauchen. – Ihr Außenministerium

Festakt 100 Jahre Burgenland

Finaler Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten – Landeshauptmann Hans Peter Doskozil empfing mehr als 300 Fest- und Ehrengäste im Schloß Esterházy



Foto: Peter Lechner/HBF

Ein Blick in den barocken Haydn-Saal des Schlosses Esterházy in Eisenstadt während des Festakts 100 Jahre Burgenland

Das Burgenland feierte im Jahr 2021 seine 100jährige Zugehörigkeit zu Österreich. Der als Höhepunkt im Veranstaltungsreigen geplante offizielle Festakt des Landes Burgenland, aufgrund der Covid-19-Pandemie 2021 verschoben, wurde nun im Schloß Esterházy in Eisenstadt nachgeholt. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil empfing am 18. Juni mehr als 300 Fest- und Ehrengäste, darunter Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesminister Martin Polaschek, den kroatischen Außenminister Gordan Grlić Radman, S.E. Daniel Glunčić, Botschafter der Republik Kroatien, Bundesratspräsident Günter Kovacs, die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Burgenlands Landtagspräsidentin Verena Dunst, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung sowie Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics, Superintendent Robert Jonischkeit, LH a.D. Hans Niessl und LH a.D. Hans Sipötz im Haydn-Saal des Schlosses in Eisenstadt.



Bgl. Landesmedienservice

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) – im Bild mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil – besuchte Eisenstadt, um am Festakt im Schloß Esterházy teilzunehmen.

Österreich, Europa und die Welt / Burgenland

Foto: Bgld. LandesmedienService



Die Ehrengäste des Festakts mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

Foto: Peter Lechner/HBF



v.l.: Präsidentengattin Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Christian Kononivits, Alfons Heider, die „First Lady“ des Burgenlands Julia mit Hans Peter Doskozil

In seiner Festrede erinnerte der Landeshauptmann an die Anfänge des Burgenlandes, die Friedensverhandlungen 1919 in St. Germain, die Konferenz in Venedig und die Volksabstimmung 1921: „Es brauchte weitere zwei Jahre, um das Burgenland innerhalb seiner heutigen Grenzen zu formen und viele weitere Jahre, um eine eigene Identität zu entwickeln“. Das Burgenland habe von Beginn an einen schweren Stand gehabt. Doskozil verwies dabei auf einen seiner Vorgänger, LH Hans Bögl, der als größte Herausforderungen in der damaligen Zeit den Bildungsbereich und die Wanderarbeit bezeichnete. Heute könne man stolz auf die Entwicklung des Landes sein, betonte der Landeshauptmann: „Im Namen aller Burgenländerinnen und Bürgerländer möchte ich heute auch der Eltern- und Großeltern generation danken, die mit viel Einsatz und unter Leid dieses Land aufgebaut haben. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber dieser Genera-

tion, aber auch gegenüber der Jugend.“ Die Herausforderungen der Zukunft seien unbestritten groß: „Wir müssen alles dazu beitragen, daß es zu keiner Spaltung der Gesellschaft kommt“, mahnte Doskozil.

„Das Burgenland bietet eine Vielfalt, die ihresgleichen sucht: Windparks und Naturschutzgebiete, Marillengärten und Erdbeerfelder, natürlich Weingärten und Kellergassen, Seen, Burgen – und wenn man Glück und gute Augen hat: Storchennester. Was man im Burgenland auch findet, ist ein starkes Miteinander – etwa bei den Volksgruppen oder wenn es darum geht, die Zukunft aktiv zu gestalten. Ich gratuliere nochmals zum 100. Geburtstag und wünsche den Burgenländerinnen und Burgenländern alles Gute für die Zukunft!“, hob Bundespräsident Alexander Van der Bellen hervor.

„Heute feiern wir ein bedeutendes Jubiläum – das 100jährige Bestehen des Burgenlandes als Teil der Republik Österreich. Am

15. Juni 1921 wurde das Burgenland offiziell als eigenständiges Bundesland in die österreichische Landkarte aufgenommen. Seitdem hat es eine beeindruckende Entwicklung in Bereichen wie Bildung, Literatur, Gastronomie und Weinproduktion erlangt und gleichzeitig seine reiche kulturelle Tradition, Vielfalt und Identität bewahrt. Darauf darf es stolz sein!“, so Bundesminister Martin Polaschek.

„Die Geschichte unseres Landes ist eine Geschichte der Hoffnung und der Armut, eine durchkreuzte Geschichte. Dieses Land, als Korridor zwischen Nord und Süd gedacht, dieses Land an den Grenzen prägt heute die Mitte Europas, aber wir bauen keine Zäune, sondern Brücken. Es ist vielfältig an Sprachen und Kulturen, es schreibt eine Geschichte, die viel älter ist als 100 Jahre, eine Geschichte, die demütig und dankbar macht, aber auch beschämt“, sagte Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics.

Superintendent Robert Jonischkeit betonte in seiner Ansprache, daß es „gelingen ist, Traditionen zu bewahren und eine burgenländische Identität zu schaffen, in der die Volksgruppen eine wichtige Rolle spielen. Werte wie Menschlichkeit, Nächstenliebe und Toleranz stehen dabei im Mittelpunkt und ich wünsche mir und uns allen, daß diese Werte auch die nächsten 100 Jahre relevant und bestimmend im Land sein werden“.

Das musikalische Rahmenprogramm gestaltete der international erfolgreiche Komponist, Musiker und Dirigent Christian Kolonovits. Dabei brachte er Auszüge seines Burgenland-Musicals „Coming Home“ zur Aufführung, mit Chor und Orchester bot er seine Neuinterpretation der burgenländischen Landeshymne als Abschluß des Festaktes zum Besten. Der Festakt wurde im Rahmen einer Sondersendung des ORF Burgenland live in ORF III übertragen. ■

<https://www.burgenland.at/>

Kärnten und Slowenien

LH Peter Kaiser empfing den Präsidenten des slowenischen Staatsrates Marko Lotrič in Klagenfurt – Hochrangiges Arbeitsgespräch zu aktuellen Themen

Zu einem freundschaftlichen Arbeitsgespräch empfing Landeshauptmann Peter Kaiser am 27. Juni den Präsidenten des Staatsrates der Republik Slowenien, Marko Lotrič, in der Kärntner Landesregierung. Begleitet vom dritten Landtagspräsidenten, Andreas Scherwitzl, bzw. dem slowenischen Generalkonsul Anton Novak, erörterten Kaiser und Lotrič vorwiegend die zu diesem Zeitpunkt noch immer geltenden, von der Österreichischen Bundesregierung angeordneten, Grenzkontrollen zwischen Österreich und Slowenien, den Bildungs- und Justizbereich sowie Österreichs Bundesverfassung, wie sie in einem anschließenden, gemeinsamen Pressestatement informierten.

Sowohl Kaiser als auch Lotrič betonten dabei, daß eine Abschaffung der derzeit noch geltenden Grenzkontrollen das Gebot der Stunde sei. Vor allem für PendlerInnen sowie TouristInnen sei eine solche Aufhebung förderlich und begrüßenswert. „Ich habe mich immer sehr klar dazu geäußert und bleibe dabei: Ein Ende der unnötigen Grenzkontrollen ist ein Gebot der Stunde“, stellte Kaiser fest.

Im Bereich der Bildung sprachen Kaiser und Lotrič über die frühkindliche Erziehung und eine zweisprachige Elementarbildung. „Mein Dank geht an Landeshauptmann Kaiser für den Dialog und das Verständnis in diesem so wichtigen Bereich“, sagte Lotrič. Kaiser informierte die slowenischen VertreterInnen über das kürzlich beschlossene Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, das einen kostenfreien Zugang zu den Betreuungseinrichtungen auch für die slowenische Volksgruppe festlegt. Das Gesetz ermögliche zudem eine Ausweitung des zweisprachigen Angebotes im Bereich der Elementarpädagogik, so der Landeshauptmann.

Zum Thema der zweisprachigen Gerichtsbarkeit stellte Kaiser fest, daß es sich dabei um eine Materie handle, die in die ausschließliche Verantwortung des Bundes fällt, wies jedoch gleichzeitig auf aktuelle Beschlüsse des Kärntner Landtages sowie auf Resolutionen der betroffenen Gemeinden Ferlach/Borovlje, Eisenkappel/Železna Kapla und Bleiburg/ Pliberk hin, seitens der Landesregierung so lange unterstützt werden, bis es eine adäquate Lösung gibt.



Foto: LPD Kärnten/Krainz

v.l.: der Präsident des slowenischen Staatsrates Marko Lotrič, Landeshauptmann Peter Kaiser und Kärntens Dritter Landtagspräsident Andreas Scherwitzl



Foto: LPD Kärnten/Krainz

Präsident Marko Lotrič beim Eintrag in das Gästebuch der Kärntner Landesregierung, hinter ihm (v.l.) der Slowenische Generalkonsul Anton Novak, Landeshauptmann Peter Kaiser und Kärntens Dritter Landtagspräsident Andreas Scherwitzl

Im weiteren Verlauf des Arbeitsgesprächs informierte der Leiter der Verfassungsabteilung des Landes, Edmund Primosch, die slowenische Delegation über die Beschaffenheit der österreichischen Bundesverfassung, vor allem in Bezug auf die föderale Struktur der Republik. Hintergrund dafür war, daß Slowenien strukturelle Veränderungen seines Staatswesens plane, hin zu einer stärkeren Regionalisierung.

„Mein Dank geht an Landeshauptmann Kaiser für den herzlichen Empfang und das

offene Gespräch sowie die Bereitschaft uns bei der Gesetzgebung zur Gründung von Regionen mit Informationen und Beratungen zur Verfügung zu stehen“, sagte Lotrič. Kaiser bedankte sich für das freundschaftliche und konstruktive Arbeitsgespräch und übergab dem Präsidenten jeweils ein Exemplar des Regierungsprogramms der Nachhaltigkeitskoalition, in der die Präambel viersprachig, darunter auch slowenisch, enthalten ist, sowie einen Volksgruppenbericht. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

Europa-Forum Wachau

Zum 27. Mal trafen einander zahlreiche VertreterInnen aus ganz Europa im Stift Göttweig, um über die Zukunft des Kontinents zu sprechen und zu diskutieren.



Foto: NLK/Pfeiffer

Vor dem Stift Göttweig (v.l.): Abt Columban Luser, Minister Jan Lipavský, Bundesminister Alexander Schallenberg, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Minister Miroslav Wlachovský, Staatssekretärin Martina Hirayama, Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas, Minister Gordan Grlić Radman, Bundesminister Martin Polaschek und Europa Forum Wachau-Präsident Martin Eichtinger

Wir brauchen keine Union der Verbote und Gebote, sondern eine Union der Freiheit, des Friedens und der Wettbewerbsfähigkeit. Und dazu wollen wir an einer Allianz der Vernünftigen bauen“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 24. Juni in ihrer Rede beim Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig, das heuer unter dem Titel „Building a resilient, green and competitive europe“ stand⁹⁾. „Das ist die Ausrichtung des diesjährigen Europa-Forums, und das ist unser gemeinsames Ziel. Daran wollen wir hier in diesen Tagen gemeinsam arbeiten. Weil uns die Europäische Union so wichtig ist, ist es uns auch wichtig, daß sie sich in die richtige Richtung entwickelt“, so die Landeshauptfrau dazu.

Ziemlich genau ein Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament betonte Mikl-Leitner auch: „Wenn wir nicht wollen, daß Träumer oder Radikale den Zusammenhalt Europas ins Wanken bringen, dann muß die Europäische Union wieder an Vernunft und Stärke gewinnen.“ Die Landeshauptfrau trat daher für eine „Allianz der Vernünftigen“ ein: „Eine Allianz, die die Europäische Union und uns alle daran erinnert, sich wieder auf die zentralen Aufgaben zu besinnen.“



Foto: NLK/Pfeiffer

Am Aufgang zur Kaiserstiege im Stift Göttweig (v.l.): Bundeskanzler Karl Nehammer, der bulgarische Präsident Rumen Radev, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Europaforum Wachau-Präsident Martin Eichtinger

Vier Leitlinien

Diese zentralen Aufgaben machte Mikl-Leitner an vier Leitlinien fest. Erstens müsse man die Wettbewerbsfähigkeit der Europäi-

schen Union stärken, „denn es ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas, die darüber entscheidet, ob wir in einer globalen Welt, Taktgeber sind oder anderen folgen

Österreich, Europa und die Welt / Niederösterreich

müssen. Wir alle konsumieren auf unserem Kontinent immer mehr Produkte, die andere produzieren oder sogar erfunden haben. Dabei darf aber Europa nicht zu einem Kontinent des Konsums werden. Denn alleine vom Konsum werden wir nicht leben können. Und deswegen müssen wir alles tun, damit Europa gegenüber Amerika, Indien und China wettbewerbsfähig bleibt. Das hat oberste Priorität.“

Zudem müsse man in der gemeinsamen Klimapolitik Technologieoffenheit zum obersten Gebot machen, sagte Mikl-Leitner und erklärte: „Die Mega-Herausforderung des Klimawandels schaffen wir nur gemeinsam mit der Wirtschaft. Wir müssen die Industrie als Partner und nicht als Gegner im Kampf gegen den Klimawandel begreifen. Innovationen entstehen nicht in den Amtsstuben der Bürokraten, sondern in unseren Unternehmen“. Die Landeshauptfrau unterstrich drittens die Wichtigkeit eines besseren Schutzes der EU-Außengrenzen: „Nicht Schlepper dürfen darüber entscheiden, wer nach Europa kommt, sondern unsere Gesetze.“ Viertens müsse die Europäische Union „aufhören, sich in Details, neuen Geboten, Verboten und neuen Auflagen zu verlieren“, forderte sie. Als Beispiele nannte sie: „Wir brauchen keine EU-Vorschriften für ältere Leute, wo es darum geht, wie lange sie ihren Führerschein behalten dürfen. Und wir brauchen keine EU-Richtlinie zum Schutz des Wolfes, denn bedroht ist längst nicht mehr der Wolf, sondern das Sicherheitsgefühl der Menschen.“

Martin Eichtinger, Präsident des Europa Forum Wachau, freute sich, daß man internationale höchstrangige Gäste vor Ort habe. „Gemeinsam können wir Europa zu einem starken, grünen und erfolgreichen Europa machen.“ Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, sagte, „die Herausforderungen und die Vielfalt der Themen werden nicht kleiner.“ Die Krisen seien sehr komplex und interagieren miteinander. „Auf diese Herausforderungen gibt es keine einfache Antwort. Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen, in der Europäischen Union zu einem Kontinent der Lösungen zu werden.“ Es sei laut dem Vizepräsidenten kein Widerspruch, für sichere Außengrenzen, legale Fluchtwege und Hilfe vor Ort zu sein.

In einer Interviewrunde sprachen die Außenminister Alexander Schallenberg (Österreich), Gordan Grlić Radman (Kroatien), Jan Lipavsky (Tschechien) und Miroslav Wlachovský (Slowakei) über die EU-Erwei-



Foto: BKA/Dragan Tatic

v.l.: Bulgariens Präsident Rumen Radew, Europaministerin Karoline Edstadler, Bundeskanzler Karl Nehammer, Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der Präsident des Europa Forums Wachau Martin Eichtinger

terung am Westbalkan. Schallenberg meinte, man habe „leider 20 Jahre verloren. Vor 20 Jahren haben wir besprochen, daß die Zukunft Osteuropas in der EU liegt.“ Wenn man heute von Göttinger aus den Blick nach Osten richte, dürfe man auch auf den Süden nicht vergessen.“ Minister Lipavský sagte, es sei wichtig, den Blick in die Zukunft zu richten. „Wir brauchen politischen Mut in der EU und Führungspersönlichkeiten in den Westbalkanstaaten, um Reformen durchzuführen.“ Gordan Grlić Radman unterstrich, daß Kroatien heuer zehn Jahre EU-Mitgliedschaft feiere. „Wer könnte den Ländern auf dem Westbalkan besser helfen als Kroatien.“ Es brauche ein Bekenntnis der EU, aber auch der Westbalkanländer, sagte er weiters. Minister Miroslav Wlachovský ist der Überzeugung, daß es „vor 20 Jahren vielmehr Optimismus in der Welt gab“ und die Geschichte sich im Moment durch den Krieg in der Ukraine wiederhole. „Es ist ganz wichtig, daß der Westbalkan in die EU kommt. Wir müssen das Tempo beschleunigen.“

Gerd Müller, Generaldirektor der „United Nations Industrial Development Organization“ UNIDO, informierte, daß seine Organisation in den 60er-Jahren gegründet worden sei, um den wirtschaftlichen Aufbau in den früheren Kolonialländern zu unterstützen. Müller erklärte, daß es auch „außerhalb der EU ein Leben und Herausforderungen“ gebe, weswegen es Antworten auf die globalen Herausforderungen brauche. „Man kann globale Probleme nur global lösen.“ Um beispielsweise den künftigen Welternährungsbedarf zu stillen, brauche es eine 50prozent-

ge Steigerung der Nahrungsmittelproduktion.

In einer weiteren Interviewrunde sprachen die Schweizer Staatssekretärin Martina Hirayama und Bundesminister Martin Polaschek über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Hirayama betonte, die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz sei für beide Seiten „vorteilhaft“. Man sei solidarisch und teile die Werte. „Wir haben einen intensiven Austausch in der Wirtschaft, wir haben eine etablierte Zusammenarbeit“, sagte sie. Auch mit Österreich pflege die Schweiz eine enge Kooperation, vor allem im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Polaschek erklärte, daß die Schweiz in Fragen von Bildung, Wissenschaft und Forschung ein „exzellenter und verlässlicher Partner“ sei.

Abt Columban Luser hieß die Gäste im Stift willkommen: „Es gehört zur Eigendynamik des Europa Forums, daß es auf manche Strömungen reagiert. Ereignisse wie der Krieg, die Migrationsthematik, der Klimawandel oder die Pandemie nötigen die EU immer wieder in die Position des Reagierens. Dabei wäre es wichtig, ins Agieren zu kommen und Richtung vorzugeben.“

Hochkarätige Gäste

Mit hochkarätigen Gästen, allen voran die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, der bulgarische Präsident Rumen Radew und der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer, ist am 24. Juni das diesjährige Europa-Forum Wachau zu Ende gegangen. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner verwies in ihrer Rede insbesondere auf das



Foto: BKA/Dragan Tatic

v.r.: Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Europaministerin Karoline Edtstadler

Thema der illegalen Migration: „Wir können keine starke, selbstbewußte Union sein, wenn wir unsere Außengrenzen nicht schützen können. Der Kampf gegen die illegale Migration wird damit zur Schlüsselfrage für die Europäische Union.“ Die Krise der illegalen Migration brauche „so dringend wie kaum eine andere Frage in Europa eine gemeinsame

Lösung“. Dieses Thema könne von einer Region oder einem Land alleine nicht gelöst werden und daher wolle man dafür Allianzen schmieden, so Mikl-Leitner. Man müsse jetzt gemeinsam an neuen Regelungen in Fragen des Asylwesens arbeiten, hielt sie fest: „Das reicht von einem funktionierenden Grenzschutz über Schnell-Verfahren an den EU-

Außengrenzen bis hin zur Diskussion über Verfahren in sicheren Drittstaaten.“

Giorgia Meloni sprach von ganz besonderem Anlaß

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sprach von einem „ganz besonderen Anlaß an einem sehr geschichtsträchtigen Ort“. Man spreche heute über die Zukunft Europas, und dieser Austausch sei sehr wichtig. Europa sei „nicht einfach ein geografischer Begriff, sondern vor allem eine Zivilisation, eine Kultur, die auf Werten beruht von Orten wie hier“. Im Blick auf die aktuellen Herausforderungen meinte sie, der Krieg in der Ukraine habe die Stabilität und globale Sicherheit in Gefahr gebracht. Es gehe jetzt darum, die Stabilität zu verteidigen und die Sicherheit zu schützen. Die europäischen Länder verfolgten hier eine gemeinsame Strategie. Sie forderte darüber hinaus eine „neue Ära in den internationalen Beziehungen“. Italien wolle „eine Eingangstür, eine logistische Plattform“ sein für eine saubere Energie, die zu einem gewichtigen Teil auch von den afrikanischen Ländern erzeugt werden könne. Man müsse die dortigen Länder unterstützen zu wachsen, dazu gelte es strategische Partnerschaften zu schließen. Beim Thema Migration müsse man „den Mut eines komplett neuen Ansatzes“ haben, betonte sie, daß es nicht menschlich sei, skrupellosen Schleppern freie Hand zu lassen und Schleppern zu gestatten, zu entscheiden, wer



Foto: BKA/Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bei gemeinsamen Pressestatement



Foto: NLK/Pfeiffer

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Minister Jan Lipavský – weiters auf dem Foto (v.l.): Abt Columban Luser, Außenminister Alexander Schallenberg, Minister Gordan Grlić Radman und Europa Forum Wachau-Präsident Martin Eichtinger

in Europa ankommen darf und wer nicht. Meloni: „Menschlich ist internationale Zusammenarbeit für die Entwicklung, menschlich ist die zu unterstützen, die vor Krieg und Gewalt flüchten.“

Rumen Radev: Sind verwundbar

Der bulgarische Präsident Rumen Radev meinte, die Pandemie oder auch der Krieg in der Ukraine hätten gezeigt, „wie verwundbar wir in verschiedenen Sektoren sind“. Er wisse auch die Bemühungen des Forums um die Integration des Westbalkans sehr zu schätzen. Er plädiere aber dafür, keine Kompromisse im Bezug auf die Kopenhagener Kriterien zuzulassen. Bulgarien habe immer schon versucht, in Solidarität die Außengrenzen der Union zu schützen, betonte er. Sein Land habe immer an der Solidarität festgehalten, aber es handle sich um eine „gemeinsame europäische Herausforderung“. Bulgarien werde weiterhin die EU-Außengrenzen bestmöglich schützen, versicherte er, das sei „unsere europäische Verpflichtung“. Aber Bulgarien und Rumänien aus dem Schengen-Raum „draußen zu halten“ sei kein Beitrag zur Sicherheit und Prosperität Europas, meinte Radev.

Karl Nehammer: Göttweig ist Kraftplatz

Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer sagte, das Stift Göttweig sei „immer wieder ein Kraftplatz“. Er erinnerte an drei Jahre Pandemie, nach der Pandemie seien dann Krieg, Inflation, Teuerung, Energiekrise gekommen – all das belaste die Menschen auf dem europäischen Kontinent. Auch hier habe sich die Union bewährt, ge-

schlossen sei man etwa auch an der Seite der Ukraine gestanden, etwa bei den Sanktionen, betonte er. Österreich sei seit 1955 militärisch neutral und voll solidarisch mit der Weltgemeinschaft, betonte er: „Neutral sein heißt nicht, daß wir nicht klar solidarisch sind innerhalb der Europäischen Union.“ Europa habe „eine Verantwortung in einer internationalen, globalen Welt“. Im Blick auf den afrikanischen Kontinent hielt er fest, der Kontinent habe ein hohes Potential, aber es sei notwendig, damit zu beginnen, die Staaten auf Augenhöhe zu behandeln, man müsse „Win-Win-Situationen“ schaffen damit eine funktionierende Kooperation stattfinden könne. Als Union brauche es Neugierde und Forschungsoffenheit, forderte er vor allem auch im Blick auf den Kampf gegen den Klimawandel. Dieser sei nur global bewältigbar. Zum Schutz der Außengrenzen hielt er fest: „Es ist wichtig, daß wir die Außengrenzen-Länder nicht alleine lassen“.

Martin Eichtinger zu »Göttweiger Erklärung«

Der Präsident des Europa-Forum Wachau Martin Eichtinger sprach die Initiative zur „Göttweiger Erklärung“ von sieben Außenministern an, diese sei „ein eindrucksvolles Signal“, daß die Integration des Westbalkans weiter vorangetrieben werden müsse. Darüber hinaus habe es ein Plädoyer für eine noch intensivere Zusammenarbeit der Länder Europas in Forschung, Technologie und Innovation gegeben sowie eine intensive Debatte von 80 Jugendlichen aus neun Ländern, die ihre Vorstellungen über die Zukunft Europas präsentiert hätten.

Johannes Hahn zum europäischen Budget

EU-Kommissar Johannes Hahn sagte, als Budgetkommissar habe er die Aufgabe, die politische Beschlüsse in Zahlen zu gießen. Das Europäische Budget gehe über sieben Jahre und man müsse überlegen, welche Anpassungen notwendig seien, um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren. Man müsse jetzt der Ukraine helfen, betonte er – mit Recht werde immer wieder darauf hingewiesen. Und es stelle sich auch die Frage des Wiederaufbaus – dieser bedürfe einer internationalen Anstrengung. Darüber hinaus sprach er auch Fragen wie Klimawandel, Arbeitskräftemangel in Europa und Wettbewerbsfähigkeit an.

Michel Andreu-Sanchez und Julian Stöckle berichteten über das gestern abgehaltene Jugendevent auf der MS Dürnstein. Hier seien vor allem Fragen wie der Umgang mit der Künstlichen Intelligenz besprochen worden. Man brauche eine Europäische Union die klimaneutral, resilient und von Sicherheit geprägt sei, wurde betont.

Der amerikanische Westbalkan-Beauftragte Gabriel Escobar sprach im Interview mit Moderatorin Nina Kraft über die amerikanische Perspektive auf die Länder des Westbalkans, diese seien ein Teil Europas, meinte er.

Ein Teilnehmer der Jugenddiskussion, Pejo Bosnic aus Bosnien und Herzegowina, bedankte sich für die Diskussion mit Gabriel Escobar, man wolle im Blick nach vorne an mehreren Projekten arbeiten. Die Künstlerin Iris Andraschek und Kuratorin Kateryna Tykhonenko, berichteten über ein österreichisch-ukrainisches Kunstprojekt, das bereits in der Pandemie und noch vor dem Ukraine-Krieg gestartet worden war.

Bundesministerin Karoline Edtstadler sprach in einem Round Table-Talk mit dem Innsbrucker Universitätsprofessor Matthias Kettmann und dem Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Kleinwächter über das Thema „Internet Governance“. Edtstadler wies im Zusammenhang mit dem Thema „AI“ darauf hin, hier müßten die wirklichen Chancen erst „ergreifbar“ gemacht, aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ziel müsse sein, „die Chancen zu maximieren und die Risiken zu minimieren“. Menschenrechtliche Standards müßten auch in diesem Bereich greifen. Alles was offline verboten sei, müsse auch online verboten sein. ■

<https://www.noel.gv.at/>

<https://www.europaforum.at/>

BMW Group Werk Steyr präsentierte Zukunftsplan

Bundeskanzler Nehammer: Österreich ist eines der führenden Länder bei der Anmeldung von Patenten in der Autoindustrie

Am 18. April besuchte Bundeskanzler Karl Nehammer das BMW Group Werk Steyr. Am oberösterreichischen Standort entstehen E-Antriebe der nächsten Generationen, die sowohl die Transformation der Mobilität sowie Arbeitsplätze am Standort auch in Zukunft garantieren.

Bei einer Werksführung besichtigte der Bundeskanzler das Ausbildungszentrum, die Motorenmontage und die Baustelle des Neubaus für die E-Antriebsproduktion.

„Es gibt so viele Bereiche, in denen wir in Österreich Entwicklung leisten können, einerseits wenn es um den grünen Verbrenner geht, um den E-Fuel-Einsatz, andererseits wenn es um neue Möglichkeiten der Elektromobilität geht“, betonte Karl Nehammer. Hier gebe es große Chancen für den Auto-, Forschungs- und Innovationsstandort Österreich. Das sei auch wichtig, denn „in Österreich hängen mittelbar und unmittelbar mehr als 300.000 Arbeitsplätze von der Autoindustrie ab“, so der Bundeskanzler. Die Wertschöpfung der Autoindustrie in Österreich betrage 27 Milliarden Euro. Österreich sei eines der führenden Länder bei der Anmeldung von Patenten in diesem Bereich. Forschung und Entwicklung sollten bei Elektro, Wasserstoff und E-Fuels nicht geprägt sein von „entweder oder, sondern sowohl als auch“.

Noch in diesem Jahr erfolgen die inhaltliche Neuausrichtung des BMW Entwicklungszentrums und die Erweiterung der Produktion von E-Antriebsgehäusen am Standort Steyr. Im Zuge des Transformationsprogramms werden zudem wichtige Meilensteine in den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit gesetzt und gleichzeitig auch die Kernkompetenzen im Bereich der klassischen Antriebe weiter gestärkt.

„Trotz der veränderten Rahmenbedingungen haben wir das klare Ziel im Werk Steyr auch in Zukunft der führende Antriebsstandort der BMW Group zu bleiben. Aktuell können wir aus einer Position der Stärke agieren. Gerade deshalb ist es wichtig, in den nächsten Jahren die entscheidenden Weichen zu stellen, um unsere Wettbe-



Foto: Land Oberösterreich/Max Mayrhofer

v.l.: Milan Nedeljković (Produktionsvorstand der BMW AG), Bundeskanzler Karl Nehammer und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer vor der im Bau befindlichen Produktionsanlage für E-Motoren in Steyr

werbsfähigkeit langfristig abzusichern“, so Alexander Susanek, Geschäftsführer der BMW Motoren GmbH.

Im Beisein von Bundeskanzler Karl Nehammer und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer wurde das Programm 25 am 20. April der Öffentlichkeit vorgestellt.

„Oberösterreich ist auf der Überholspur und erreicht trotz schwieriger internationaler Rahmenbedingungen erstmals die Top 50 der wettbewerbsfähigsten Regionen Europas. Der Automotive-Bereich spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Mobilität der Zukunft stellt uns vor viele Herausforderungen, denen wir uns technologieoffen stellen wollen. Verbote alleine werden uns und auch den Klimaschutz nicht weiterbringen. Wir sind deshalb der BMW Group für den entscheidenden Impuls, das Motorenwerk Steyr zu einem Kompetenzzentrum für den E-Antrieb zu machen, sehr dankbar. Dieses klare Bekenntnis zum Standort tut nicht nur den Menschen in der Region und dem Wirtschaftsstandort Oberösterreich, sondern in weiterer Folge auch der Umwelt gut,“ so Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Langfristige Absicherung durch Elektromobilität und Digitalisierung

Ein Hauptaugenmerk des „Programm 25“ liegt darauf, zusätzliche Aufträge der BMW Group nach Steyr zu holen. Im Bereich der Diesel- und Benzin-Motoren wird künftig auch die bereits Ende 2020 angekündigte Verlegung der Produktion von München nach Steyr für eine hohe Auslastung sorgen. „Zusätzlich dazu wollen wir in Zukunft verstärkt Produktions- und Entwicklungsaufträge im Bereich der Elektromobilität übernehmen. Dafür bewerben wir uns intensiv innerhalb unseres Unternehmens“, erklärt Susanek. Außerdem wird das Werk die Digitalisierung in Produktion, Entwicklung und Verwaltung massiv vorantreiben. So werden Prozesse beschleunigt und dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesichert.

Für den verstärkten Fokus auf das Thema Elektromobilität arbeitet das Entwicklungszentrum aktuell an einer Neuausrichtung. Damit einher geht auch eine Umbenennung: vom „Dieselmotoren-Entwicklungszentrum“ zum „Entwicklungsstandort Steyr“. „Einerseits verfolgen wir weiterhin eine konsequente Optimierung des Verbrennungs-

Österreich, Europa und die Welt / Oberösterreich

Foto: BMW Group in Österreich



Ein Blick auf den Standort des BMW Group Werks Steyr (Stand 04/21)

tors. Insbesondere die Euro-7 Abgasnorm fordert dazu intensiven Entwicklungsaufwand. Gleichzeitig haben wir in unserer Organisation den Bereich Elektromobilität neu verankert. Und das ist auch notwendig, denn Elektromobilität ist längst in unserem Arbeitsalltag angekommen“, erklärt Fritz Steinparzer, Leiter des Entwicklungsstandorts Steyr. Mit Ende letzten Jahres waren rund 700 Mitarbeiter im Entwicklungszentrum tätig, davon etwa 15 Prozent für Elektromobilität. Dieser Anteil wird in den kommenden Jahren deutlich steigen.

Elektro-Antriebe
»developed in Austria«

Die BMW Group forscht an verschiedenen elektrischen Antriebseinheiten für unterschiedliche Fahrzeug-Baureihen. Bereits 2020 hat das Entwicklungszentrum in Steyr damit begonnen, die Entwicklung von elektrischen Antriebseinheiten zu übernehmen. Der Fokus liegt aktuell auf den Elektro-Antrieben für volumenstarke, kleinere Fahrzeug-Baureihen. Damit wird Entwicklungsarbeit aus Steyr in eine besonders hohe Stückzahl an Fahrzeugen einfließen. Die Tätigkeiten werden in diesem Bereich heuer sukzessive ausgebaut und umfassen ein breites Feld: Die hochintegrierten Antriebseinheiten der BMW Group bestehen unter anderem aus dem Elektromotor, dem Getriebe und dem Gehäuse.

Ein Werk baut um

Das BMW Group Werk Steyr baut um, damit es künftig eine noch breitere Antriebspalette abdecken kann: Ab 2025 werden hier neben Diesel- und Benzinmotoren auch elektrische Antriebe produziert. Insgesamt investiert die BMW Group dafür rund 1 Milli-

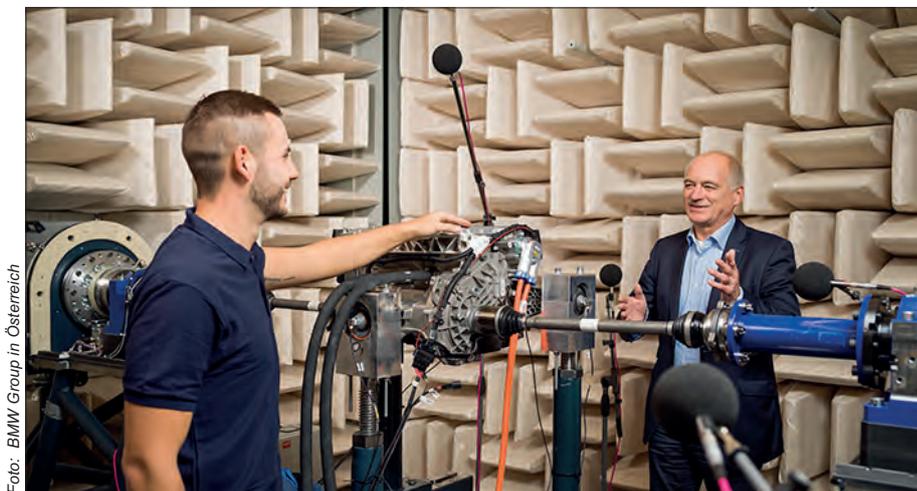


Foto: BMW Group in Österreich

Akustikprüfstand für E-Antriebe am Entwicklungsstandort Steyr, rechts im Bild der Leiter des Entwicklungsstandorts Steyr, Fritz Steinparzer

arde Euro in den Standort. Bereits im vergangenen Halbjahr wurden umfangreiche Maßnahmen gesetzt:

Baufortschritt: Roh- und Stahlbau fertig

Für die Herstellung der neuen E-Antriebe werden zwei Hallen mit insgesamt 60.000 Quadratmetern Produktionsfläche gebaut. Bei einer – einem Anbau für Logistikflächen – stehen bereits seit letztem Herbst Roh- und Stahlbau. „Dach- und Fassade sollen im Frühjahr fertiggestellt sein“, erklärt Helmut Hochsteiner, Leiter Werksintegration E-Antriebe im BMW Group Werk Steyr. Beim größeren der beiden Gebäude ragen bereits die Stahlbauträger aus dem Erdrich. „Die Gleichfeier für die neue Montagehalle erfolgt voraussichtlich im September“, gibt Helmut Hochsteiner einen Ausblick.

Bereits mit Ende letzten Jahres hat das Unternehmen einen großen Teil der über 300 Maschinen und Anlagen für die Produktion der E-Antriebe bestellt. „Das heißt, wir wis-

sen schon ganz konkret, wie es in den neuen Hallen aussehen wird und wie die Produktion ablaufen wird – bis ins kleinste Detail“, ordnet Helmut Hochsteiner diesen Meilenstein ein. Besonderes Augenmerk hat das Werk dabei auf die Energieeffizienz der Anlagen gelegt: „Kollegen im Werk Steyr haben einen digitalen Energiepaß entwickelt, mit dem wir schon im Einkaufsprozess sicherstellen, daß später die Produktion besonders energieeffizient erfolgt.“ Für jede der neuen Anlagen haben jeweils drei Hersteller ein digitales Formular ausgefüllt und darin aufgeschlüsselt, wie viel Strom, Druckluft, Wärme- und Kälteenergie die Maschine braucht. „So konnten wir neben dem Preis und den technischen Daten auch die Energieeffizienz im Einkaufsprozess berücksichtigen. Dadurch rechnen wir im laufenden Betrieb ab 2025 mit Energieeinsparungen von über 20 Prozent“, erläutert Helmut Hochsteiner. ■

<https://www.bmwgroup-werke.com/steyr/de.html>

Land der Möglichkeiten

LH Thomas Stelzer appelliert für verbesserte Rot-Weiß-Rot-Card, Anreize für Vollzeit und mehr Medizinstudienplätze. Klare Absage an Politik der Verbote und technologisches Tunneldenken.



Foto: ÖÖVP/Peter C. Mayr

LH Thomas Stelzer bei seiner Rede vor 600 Gästen aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben

Am 14. April lud Landeshauptmann Thomas Stelzer zu „Land der Möglichkeiten“, der zentralen jährlichen Vordenk-Veranstaltung, heuer unter dem Motto „Gemeinsam voran. Gemeinsam für Oberösterreich“. Vier ImpulsgeberInnen blickten über den Tellerrand und brachten aus der Welt des Profifußballs, des Managements und der Bionik und von oberösterreichischen Weltenbummlern Inputs für die Arbeit für Oberösterreich ein.

Stelzer legte vor den 600 Gästen aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben dar, wohin sich Oberösterreich mit seiner Politik der Ergebnisse entwickeln sollte: „Gemeinsam voran heißt für uns: Verlässlich voran. Jeden Monat mehr, jedes Jahr weiter. Denn wir wollen das Land der Möglichkeiten sein. In Wirtschaftskraft und Lebensqualität.“

Land der Möglichkeiten als sauberster, modernster und lebenswertester Standort

Die zentrale Frage ist laut Stelzer aktuell, was man tun müsse, damit Oberösterreich attraktiv ist und bleibt. „Wenn wir von gros-

sen Zielen für unser Land reden, dann heißt das für mich besonders, daß wir die Wirtschaftskraft, die Arbeitsplatzsicherheit und das perspektivenreiche Leben für so viele in die nächsten Jahre hinein sichern und entwickeln. Als einer der saubersten, modernsten, lebenswertesten Industrie-, Produktions- und Arbeitsplatzstandorte Europas und der Welt. Ein Land der Möglichkeiten eben!“

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man alles daran setzen, daß die Wirtschaft die Arbeitskräfte findet, die sie so dringend brauchen. Dabei gehe es auch um gesteuerten Zuzug qualifizierter neuer Mitarbeiter: „Hier müssen wir besser werden und gezielter vorgehen. Wir brauchen hier auch mehr Vereinbarungen mit möglichen Herkunftsländern und es muß auch die Rot-Weiß-Rot-Karte weiter verbessert und vereinfacht werden“, so Stelzer.

»Wir wollen das Kinderland Nummer 1 werden!«

Eine klare Ansage findet Landeshauptmann Stelzer zum Thema Kinderbetreuung: „Die Öffnungszeiten sollen weiter ausge-

baut, die Gruppengrößen gesenkt werden. Gemeinsam mit den Gemeinden, die vor Ort einen klaren Blick auf den Bedarf haben, gehen wir diesen Weg und wollen unser Ziel erreichen: Oberösterreich soll zum Kinderland Nummer 1 werden.“

»Wer Vollzeit arbeitet, für den soll es sich auch auszahlen!«

Stelzer stellte fest, daß der große Trend zu Teilzeitarbeit nicht zu übersehen sei und man berücksichtigen müsse, daß viele auch gar nicht anders können als Teilzeit zu arbeiten. Pflege, Schulen, Wirtschaftsleben und Verwaltung am Laufen zu halten, gehe aber nur, „wenn alle in Summe genug arbeiten und vor allem, wenn die Allermeisten auch Vollzeit arbeiten. Daher braucht es neue Anreize. Wer Vollzeit arbeitet, für den soll es sich auch auszahlen!“, appelliert Stelzer und ergänzt, daß es sich für Pensionisten, die sich im Ruhestand einbringen wollen, ebenso auszahlen müsse. Denn für den Landeshauptmann ist klar: „Wer bereit ist, mehr zu leisten, muß unsere Unterstützung und Anerkennung erhalten.“

Österreich, Europa und die Welt / Oberösterreich

Foto: ÖÖVP/Peter C. Mayr



v.l.: Moderator Gerald Groß und Moderatorin Silvia Schneider, Bestseller-Autor Matthias Nöllke, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Naturfilmerin und Moderatorin Birgit Peters, Weltumsegler Michael Puttinger und Teamentwickler Werner Zöchling

Aufstockung der Medizinstudienplätze und Aufbau der Digitaluniversität

Mit Blick auf das Gesundheitssystem drängt Stelzer auf eine schnelle Aufstockung der Medizinstudienplätze: „Es ist unverständlich, wenn jedes Jahr tausende Studieninteressierte vergeblich auf einen Studienplatz hoffen – und uns gleichzeitig die Ärzte ausgehen.“ Zudem müsse es noch besser gelingen, jene, die keinen Medizinstudienplatz erhalten, für einen Pflege- oder Gesundheitsberuf zu begeistern.

Die neue Digitaluniversität ist für den Landeshauptmann „dringend notwendig, damit wir und die nächste Generation das Zeitalter der Digitalisierung nicht nur erleben oder gar erleiden, sondern entscheidend mitgestalten. Und ich vertraue den Beteiligten, daß sie um ihre große Verantwortung wissen und mit aller Kraft daran arbeiten, damit aus dem schwierigen Start ein strahlender Leuchtturm für unsere nächste Generation wird“, so Stelzer. Nach dem bereits präsentierten Ausbau des internationalen Bildungsangebotes in Oberösterreich, stehe ein weiterer großer Wurf mit der Chance auf eine neue Digitalisierungs-AHS unmittelbar bevor.

Klimaschutz: »Oberösterreich muß Wasserstoffreich sein und werden.«

Um bei der Forschung im Wasserstoffbereich in die Breite zu kommen, appelliert Stelzer eindringlich, daß der Transformationsfonds, den die Bundesregierung dem Klimaministerium zur Verfügung gestellt hat, jetzt rasch in die Gänge kommen soll. „Oberösterreich muß Wasserstoffreich sein und werden. Und wir brauchen internationale Kontakte und Vereinbarungen, um uns die große Menge an grünen Wasserstoff zu sichern und um weder in diesem Fall und auch sonst nie mehr wieder in eine einseitige

Abhängigkeit (Stichwort: russisches Gas) zu kommen“, so Stelzer weiter.

Dahingehend sei auch Technologieoffenheit wichtig, denn man müsse der Wissenschaft und den Unternehmen ermöglichen, daß sie in alle Richtungen forschen und entwickeln können. „Ich bin gegen eine Politik der Verbote und gegen ein technologisches Tunneldenken. Wir müssen offen sein für die besten Entwicklungen, die uns am effizientesten zum Ziel führen“, so Stelzer.

Impulsvorträge

Die vier ImpulsegeberInnen berichteten – mit einem bewußten Blick über den Tellerand – in ihren Vorträgen über neue Ideen und Visionen:

Werner Zöchling

Teamentwickler im Profi-Fußball

Der Teamentwickler im Profi-Fußball strich hervor, daß es wichtig ist, als Team gemeinsame Regeln zu erarbeiten, doch „die Regeln dürfen nicht nur auf Papier stehen, sondern müssen auch gelebt und verinnerlicht werden“, betonte Zöchling mit Blick auf Führungskräfte. Wichtig sei in der Führung vor allem die Wertschätzung von Menschen: „Wenn man mit Menschen arbeitet, ist das wichtigste, daß man Menschen mag, wertschätzt und eine positive Einstellung hat“, so Zöchling in seiner Keynote.

Matthias Nöllke, Autor des Erfolgsbuches „Von Bienen und Leitwölfen“

Der Managementbionik-Autor regte an, Strategien in Sachen Teamwork und Teambuilding von der Natur zu lernen. In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen zog Nöllke Lehren aus der Evolutionsgeschichte: „Wir haben es gerade jetzt mit komplexen Problemen zu tun, wie wir heute gehört ha-

ben. Um diese Herausforderungen anzugehen, brauchen wir mehr Kooperation, denn am Ende zeigt sich: Wir alle sind Teil eines Superorganismus unseres Planeten.“

Birgit Peters

Von Oberösterreich aus mit der TV-Kamera in alle Welt

Die Naturfilmerin und Moderatorin regte an, die südafrikanische Lebensphilosophie des „Ubuntu“ ein Stück weit in den Alltag einfließen zu lassen. Ubuntu steht sinngemäß für die Verbundenheit der Menschen miteinander. Ein Mensch werde demnach zum Mensch durch andere Menschen. „Dieses Konzept erinnert uns daran, daß wir nicht nur Einzelpersonen sind, sondern immer Teil einer großen Gemeinschaft“, so Peters. Auch in der Wirtschaft sei es wichtig, gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen und gemeinsam zu wachsen, denn „wenn du schnell gehen willst, geh allein – wenn du aber weit gehen willst, geh gemeinsam“, strich Peters hervor.

Michael Puttinger

Mit Harmonika und Lederhose auf Segelabenteuer

Der Segler und Photovoltaik-Entwickler appellierte, für die Erreichung von Zielen die Sehnsucht im Team zu wecken aber immer auch offen zu bleiben: „Wenn man beim Erreichen von Zielen ständig in eine Richtung blickt, merkt man oft gar nicht, daß einem eine Strömung vom Kurs abbringt.“ Umso wichtiger sei es daher auch mal auf die Seite und nach hinten zu blicken: „Mit einem Blick zurück kann man korrigierend eingreifen, den Kurs anpassen und so wieder das Ziel erreichen.“

<https://land-der-moeglichkeiten.at/>
<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Katastrophenschutz: Salzburg mit europaweiter Vorreiterrolle

Überregional und fächerübergreifend bereitet man sich auf multiple Katastrophenereignisse vor – Sicherheit der Bevölkerung im Fokus

Katastrophen, Unwetter oder ganz allgemein bedrohliche Ereignisse treten immer häufiger nicht einzeln, sondern kombiniert und hintereinander auf, oft ergibt das eine das andere. Um genau auf diese multiplen Ereignisse vorbereitet zu sein, nimmt das Land Salzburg nun eine europaweite Vorreiterrolle ein.

„Wir haben gesehen, daß es künftig nicht mehr reicht, wenn sich jeder nur auf seinen Fachbereich konzentriert. Eine ganzheitliche Betrachtung mit geballtem Wissen, damit man wertvolle Zeit gewinnt und im besten Fall auch eine gewisse Vorlaufzeit hat. Genau das setzen wir derzeit in Salzburg im Rahmen eines Pilotprojekts um“, betonen die Experten.

Richtige und schnelle Maßnahmen

AMAS – Austrian impact-based Multi-hazard Advice Service. So heißt die Initiative von GeoSphere Austria (ehemals ZAMG), die zusammen mit dem Katastrophenschutz des Landes Salzburg neue Wege geht. „Kompakt erklärt ist das die regelmäßige Vernetzung verschiedener Experten und zwar überregional und international wie auch fächerübergreifend, um mögliche Folgewirkungen von Katastrophen ehestmöglich zu erkennen und die richtigen Maßnahmen rechtzeitig, also früh, ergreifen zu können. Kurz: Wehret den Anfängen, wann immer es geht!“, erklären Andreas Schaffhauser von GeoSphere Austria und Markus Kurcz, Leiter des Katastrophenschutzes des Landes Salzburg.

Der Katastrophe einen Schritt voraus

Komplexe und überregionale Katastrophenereignisse haben sich in den vergangenen Jahren gehäuft – das erfordert eine noch intensivere Zusammenarbeit. Darum treffen sich die beteiligten Partner seit November entweder per Videokonferenz oder auch „in echt“ in regelmäßigen Abständen und sondieren, in welchen Regionen es in absehbarer Zeit zu Problemen kommen könnte, bringen sich gegenseitig auf den aktuellen Stand der Dinge. Jeder Tag, jede Stunde, jede Minute kann zählen.



Foto: Land Salzburg/Melanie Hutter

Mit AMAS wird der Katastrophenschutz verbessert – Salzburg geht hier mit dem Pilotprojekt voraus. Verschiedene Experten vernetzen sich, auch um Zeit zu gewinnen und Gefahren besser voraussagen zu können.

Dieser routinemäßige aber auch immer der Situation angemessene Austausch soll Zeit gewinnen. „Zeit, die im Falle des Falles Leben retten kann und entstehende Dominoeffekte unterbricht“, so Markus Kurcz und Philipp Kogler, die das Projekt für das Land Salzburg leiten.

Ein Beispiel, das die beiden anführen: „Hohe Lawinengefahr beispielsweise kann zu einem noch größeren Problem führen, wenn dadurch Straßen gefährdet sind und ein starkes Reisewochenende ansteht. Zuvor herrschende Dürre kann starke Regenfälle zu einem fatalen Ereignis machen, weil der Boden nichts aufnehmen kann. Daher wollen wir bestmöglich das große Ganze betrachten.“

Für Andreas Schaffhauser, Mitglied der Generaldirektion von GeoSphere Austria, und Delia Arnold, die AMAS koordiniert, liegen die Vorteile der Zusammenarbeit auf der Hand: „Es wird schnell klar, welche speziellen Situationen, die sich aus der Kombination von unterschiedlichen Gefahren ergeben, zu einem bestimmten Zeitpunkt zusammentreffen können. So können potenzielle Gefahren so früh wie möglich erkannt und rechtzeitig wichtige Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Außerdem können an die

Bevölkerung klare und kompakte Handlungsempfehlungen weitergegeben werden.“

Die AMAS-Partner

Federführend, um den Katastrophenschutz für die SalzburgerInnen noch weiter zu verbessern, sind neben GeoSphere Austria (inklusive Lawinenwarndienst) und Katastrophenschutz des Landes der Hydrographische Dienst des Landes Salzburg, das Referat Wasserbau, der Landesgeologische Dienst, das Referat Immissionsschutz, die Landesforstdirektion und die Wildbach- und Lawinerverbauung. Auch das Landes-Medienzentrum nimmt mit der Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle ein und ist somit weiterer Partner.

Salzburg soll nur der Beginn sein

Jedenfalls soll das fächerübergreifende und überregionale Pilotprojekt in Salzburg nur der Beginn sein, Vorbild für andere Länder in Europa. „Der Pilot-Service von AMAS in Salzburg ist jetzt schon ein Erfolg, dank der guten Zusammenarbeit aller Fachdienste, die wir als GeoSphere Austria koordinieren“, ergänzt Michael Butschek, Leiter der Regionalstelle für Salzburg und Oberösterreich. ■ <https://www.salzburg.gv.at/>

»Art Steiermark« in Brüssel

Landeshauptmann Christopher Drexler freut sich über internationale Bühne für Diagonale-Präsentation

An einem eher ungewöhnlichen Ort fand diesmal die „Art Steiermark“ in Brüssel statt. Ein voller Kinosaal in den Galeries Royales Saint-Hubert war nämlich der Schauplatz für die visuellen „Postcards from Steiermark“. Mit diesem Auftritt von Sebastian Höglinger und Peter Schernhuber zeigten die beiden (*damals, Anm.*) Noch-Intendanten der „Diagonale – Festival des österreichischen Films“ ihre Bilder der Steiermark. Damit wird ihr Finale nach achtjährigem Schaffen in der europäischen Hauptstadt Brüssel gefeiert.

Der cineastische Abend wurde am 23. Mai mit zwei Filmen begangen: die Steiermark-Revue „Wo i geh und steh ...“, eine Art Misch-Masch steirischen Filmgeschehens, wurde für die „Steiermark Schau 2021“ produziert und zeigt eine filmische Spurensuche in den Bildern der Vergangenheit mit Blick in die Zukunft. „Cornetto im Gras“ war der Titel des zweiten Filmes, der mit dem Diagonale-Preis für den besten Kurzspielfilm 2023 ausgezeichnet wurde. Regisseur David Lapuch und Produzent Vincent Seidl standen im Anschluß der Vorführung für Künstlergespräche zur Verfügung.

Landeshauptmann Christopher Drexler: „Wir tragen das Festival des österreichischen Films in die europäische Hauptstadt Brüssel und öffnen die Breite, Tiefe und Vielfalt des österreichischen Films für ein internationales Publikum. Ich freue mich, daß wir an diesem besonderen Ort die Steiermark und ihre filmische Schaffenskraft hochleben lassen können. Den beiden Intendanten, Sebastian Höglinger und Peter Schernhuber, ist für ihre herausragende Arbeit einfach nur zu danken!“

Den künstlerischen Termin in Brüssel nutzte die steirische Delegation rund um den Landeshauptmann natürlich auch für einen Besuch im Steiermarkhaus, wo mit Europalandesrat Werner Amon der Fortgang der aktuellen Umbauarbeiten besichtigt werden konnte. Außerdem standen ein Treffen mit Botschafter Nikolaus Marschik für Gespräche zu aktuellen Themen, eine Führung durch „La Patinoire Royale/Galerie Valerie Bach“ mit der steirischen Gallery-Managerin Martina Schachner sowie ein Besuch des „Wiels“-Museums auf dem Programm.



Foto: Land Steiermark

LH Christopher Drexler traf im Zuge der Diagonale-Präsentation in Brüssel Österreichs Botschafter Nikolaus Marschik (r.) und Europalandesrat Werner Amon (l.)

Art Steiermark

„Art Steiermark“ ist ein Projekt im Rahmen des Kulturressortschwerpunkts „Kultur International“ zu dem zahlreiche Atelier- und Stipendienprogramme, viele international geförderte Kunst- und Kulturprojekte sowie die EU-Beratungsstelle und der Kulturschwerpunkt der Alpen-Adria-Allianz zählen. „Kultur International“ steht seit zehn Jahren für internationalen Kunst- und Kulturaustausch und Kooperationen sowie eine nachhaltige Vernetzung zwischen regionalen, nationalen und internationalen Kunst- und Kulturschaffenden. „Art Steiermark“ ist die Fortsetzung des Projektes „Passages“, ein international ausgerichteter Veranstaltungszyklus, das seit 2014 steirische KünstlerInnen aller Genres ins Steiermark-Haus in Brüssel einlädt, um ihr kreatives Schaffen einem internationalen Publikum präsentieren zu können. Darüber hinaus wird die Vernetzung in und mit europäischen Institutionen als auch mit der Kunst- und Kulturszene in Brüssel ermöglicht. Seit 2016 nominieren unterschiedliche steirische Institutionen der freien Szene Kunstschaffende, die in Brüssel ganz unterschiedliche Präsentationen gestalten, und die das Steiermark-Büro einen Abend lang in einen Kunstraum und in einen Raum der kulturellen Begegnung verwandeln.

Diagonale

„Die Diagonale – Festival des österreichischen Films“ versteht sich als Forum für

die Präsentation und Diskussion österreichischer Filmproduktionen. Ziel und Aufgabe der Diagonale ist die differenzierte, vielschichtige und kritische Auseinandersetzung mit dem heimischen Kino sowie dieses Filmschaffen stärker in die mediale Aufmerksamkeit und damit in den öffentlichen Diskurs zu rücken. Dementsprechend stehen die Filmschaffenden und ihre Arbeiten im Zentrum des Festivals, das mit seiner akzentuierten Programmauswahl eine einzigartige Möglichkeit bietet, das österreichische Filmschaffen in seiner ganzen Vielfalt kennen zu lernen, aktuellen künstlerischen Tendenzen nachzuspüren und so manche filmische (Wieder-)Entdeckung zu machen. Seit 1998 macht die Diagonale Graz alljährlich zur Filmhauptstadt Österreichs und hat sich seitdem als unverzichtbarer Treffpunkt für Filmbranche und Publikum etabliert. Rund 1.500 akkreditierte FachbesucherInnen sowie mehr als 30.000 BesucherInnen, darunter ein hoher Anteil an jungem Filmpublikum, versammeln sich zur Festivalzeit in Graz, um das vielfältige Filmprogramm, die besondere Festivalatmosphäre sowie die Diskussion mit den anwesenden Filmgästen und das darüber hinaus gehende Programmangebot zu genießen. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Festivals sorgt zudem dafür, einen ökologischen Beitrag zu leisten, sodaß Umweltbewußtsein und filmischer Genuß Hand in Hand gehen. ■

<https://www.kommunikation.steiermark.at/>
<https://www.diagonale.at/>

»Grenzen überwinden«

Trentino übergibt Vorsitz der Europaregion im Oktober an Südtirol – Zahlreiche Projekte sollen Nachhaltigkeit in der Euregio voranbringen: Euregio-Ticket, Euregio-Jobbörse und Euregio Sozial Award geplant

Alle zwei Jahre wechseln sich die Länder Tirol, Südtirol und Trentino an der Spitze der Europaregion ab. Bis zum 1. Oktober 2023 hat noch das Trentino die Euregio-Präsidentschaft inne – dann übernimmt Südtirol für die Periode 2023-2025, bevor wieder Tirol an der Reihe ist. Im Rahmen einer Pressekonzferenz mit den Landeshauptmännern Anton Mattle (Tirol), Arno Kompatscher (Südtirol) und Maurizio Fugatti (Trentino) fand am 30. Juni am Euregio-Sitz im Waaghaus in Bozen die offizielle Übergabe der Euregio-Präsidentschaft an Südtirol statt. Der Südtiroler Vorsitz steht unter dem Leitmotiv „Grenzen überwinden“. Mit einer Reihe von Projekten will das Land Südtirol – aufbauend auf den Zielen und Maßnahmen der vorangegangenen Präsidentschaften – vor allem die Nachhaltigkeit voranbringen. Hierfür ist unter anderem das Euregio-Ticket, die Euregio-Jobbörse und der Euregio Sozial Award in Planung.



Foto: LPA/Fabio Bruculleri

v.r.: LH Anton Mattle, LH Arno Kompatscher und LH Maurizio Fugatti bei der offiziellen Übergabe der Euregio-Präsidentschaft an Südtirol

Euregio: Ein Projekt der Menschen

„Die Zukunft der Euregio liegt in der Nachhaltigkeit – sowohl in sozialer, ökologischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht. Es ist die Vision einer Europaregion, die auf der Grundlage des historischen Tirol ein gemeinsames Projekt entstehen lässt: ein Projekt der Menschen, nicht der Politik“, betonte LH Kompatscher. Er bedankte sich auch bei seinem Trentiner Amtskollegen und amtierenden Euregio-Präsidenten LH Fugatti. Die Trentiner Präsidentschaft stand unter dem Motto „Die Euregio ist jung“.

Der Euregio-Präsident und Landeshauptmann des Trentino, Maurizio Fugatti, unterstrich: „Wenn im September die Trentiner Präsidentschaft zu Ende geht, werden wir endgültig Bilanz ziehen. Schon jetzt können wir sagen: Wir haben in diesen zwei Jahren intensiv daran gearbeitet, die unter Tiroler Präsidentschaft angegangenen Reformen fort- und umzusetzen. Diese Kontinuität ist wichtig, um den eingeschlagenen Weg der breiten demokratischen Beteiligung und Entscheidungsfindung in den Euregio-Gremien weiter zu gehen. Wir haben dies – gemäß unseres Mottos – in den Schulen, unter den Jugendlichen, aber auch bei den Bürgermei-

sterinnen und Bürgermeistern sowie Gemeinden getan.“

LH Mattle ergänzte: „Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino ist ein Paradebeispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit. Ich danke LH Fugatti für seinen Einsatz als Euregio-Präsident und wünsche LH Kompatscher alles Gute. Nachhaltigkeit ist gerade in Zeiten des Klimawandels und der Teuerung das Gebot der Stunde und steht daher zurecht im Fokus.“

Grenzenlose Mobilität, nachhaltige Innovation und soziale Nachhaltigkeit

Unter dem Slogan „Grenzen überwinden“ will Südtirol den Fokus auf Projekte lenken, die die Gesellschaft stärken, die Menschen zusammenführen und Grenzen überwinden. So ist mit dem Euregio-Ticket ein einheitliches leistbares Abonnement für den öffentlichen Personennahverkehr in der Euregio geplant. Nach der erfolgreichen Einführung des Euregio2Plus-Tickets und des Euregio Ticket Students soll damit ein weiterer Schritt für eine „grenzenlose“ Mobilität in der Euregio gesetzt werden. Um grenzüberschreitend Mitarbeitende, Arbeitsstellen

oder Praktikumserfahrungen zu finden, soll es künftig die Euregio-Jobbörse geben: Ein Tool, mit dem die Arbeitsvermittlungsplattformen Tirol, Südtirol und Trentino verbunden und mit einer einheitlichen Suchmaske ausgestattet werden. Dies erhöht nicht nur die Reichweite von Stellenausschreibungen, sondern auch die grenzüberschreitende Transparenz auf den Arbeitsmärkten. Für soziale Nachhaltigkeit will Südtirol in seiner Präsidentschaft den Euregio Sozial Award einführen. Er soll herausragende grenzüberschreitende Solidaritätskultur auszeichnen. Die erstmalige Vergabe ist für 2025 vorgesehen.

Darüber hinaus sollen etablierte Veranstaltungen und grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Jugend, Bildung und Kultur fortgeführt bzw. neu umgesetzt werden. So soll etwa das Erfolgsprojekt EuregioFamilyPass in Zukunft noch mehr Sichtbarkeit erhalten, damit Familien in Tirol, Südtirol und Trentino noch stärker lokale und grenzüberschreitende Vorteile genießen können. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://home.provinz.bz.it/>

<http://www.deutsch.provincia.tn.it/>

Grenzüberschreitender Austausch in Ostwestfalen

»Demokratie unter Druck? – Verantwortung und Chancen der Landesparlamente«
Landtagspräsident Harald Sonderegger bei Treffen mit AmtskollegInnen



Foto: Land Vorarlberg / Landtagsdirektion

Die PräsidentInnen der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages, des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Ostwestfalen und Vorarlbergs Landtagspräsident Haralds Sonderegger (2.v.r.)

Der Vorarlberger Landtagspräsident Harald Sonderegger traf sich am 20. Juni mit den PräsidentInnen der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages, des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Ostwestfalen. Debattenschwerpunkte der Konferenz waren aktuelle Forschungsergebnisse und Studien zu den Themen Demokratie und Partizipation. Als Abschluß der Konferenz verabschiedeten die Parlamentsspitzen einstimmig die „Westfälische Erklärung“.

Die Parlamentarier befaßten sich im Zuge der alle zwei Jahre stattfindenden gemeinsamen LandtagspräsidentInnenkonferenz mit den Gründen sinkender Wahlbeteiligung, der Zufriedenheit mit dem System der parlamentarischen Demokratie und den Auswirkungen der Demokratiebildung. Konkret wurden Forschungsergebnisse zum Themenbereich „Demokratie unter Druck? – Verantwortung und Chancen der Landesparlamente“ vorgestellt.

Der Politikwissenschaftler Prof. Karl-Rudolf Korte konnte aus seinen Untersuchungen zur Wahlbeteiligung berichten, daß die mangelnde Wahlbereitschaft auf fehlende Kenntnisse über Demokratie und Landespolitik, Frustration über die fehlende Fähigkeit, Veränderungen erzielen zu können, und auf eine aktuell geringere Politikbegeisterung zurückzuführen ist. Eine weitere von der Bertelsmann-Stiftung vorgestellte Studie kam zum Ergebnis, daß rund zwölf Prozent der Befragten ein grundsätzliches Misstrauen in die Politik haben. Die Forschungsergebnisse aus der Studie von Prof. Scheidig zeigten zudem, daß entsprechende Bildungsangebote der Parlamente sowie die persönliche Begegnung der Politikerinnen und Politiker mit den BürgerInnen im Rahmen von Parlamentsbesuchen hilfreich sind, die Menschen mit der Politik in Kontakt zu bringen und für die Teilnahme an demokratischen Wahlen zu werben.

Die »Westfälische Erklärung«

Auf der Grundlage dieser drei in der Konferenz vorgestellten Untersuchungen

verabschiedeten die Spitzen der Parlamente einstimmig die „Westfälische Erklärung“.

Die PräsidentInnen der deutschen und österreichischen Landesparlamente verständigten sich darin, mit Öffentlichkeitsarbeit und Demokratiebildung die BürgerInnen zur Teilnahme an Wahlen aufzufordern und damit ihrem verfassungsmäßigen Auftrag zu Offenheit und Transparenz nachzukommen.

Um Landespolitik noch sichtbarer zu machen, streben die Spitzen der Landesparlamente auch an, jährlich am 15. September, dem Internationalen Tag der Demokratie, auf die Stärke der Demokratie aufmerksam zu machen.

„Dieser gemeinsame Beschluß der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten schafft eine starke Allianz für die Demokratie. Die Erklärung ist als starkes Signal der Einigkeit in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung, Fake News und internationaler Krisen zu sehen, mit der die Parlamente den demokratiekritischen Kräften im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegengetreten wollen“, so Harald Sonderegger.

<https://vorarlberg.at/>

Zwei internationale Spitzenplätze für Wien

Das »Monocle«-Ranking und die »Economist«-Wertung für 2023 reihen beide Wien auf Platz 1. der lebenswertesten Städte der Welt



Foto: „Österreich Journal“/Michael Mössner

So lebt sich's in Wien: ein Frühlingsnachmittag im Stadtpark

Das zehn Mal jährlich erscheinende, angesehen britische Wirtschafts- und Lifestyle-Magazin „**Monocle**“ erstellt jährlich eine Liste der lebenswertesten Städte der Welt. Wien liegt im „Monocle's Quality of Life Survey“ heuer zum ersten Mal auf Platz eins. Im Ranking gelang damit von Platz 7 im Vorjahr der Sprung an die Spitze. Vorjahressieger Kopenhagen sowie andere Großstädte im deutschen Sprachraum wie Berlin oder München wurden auf die hinteren Plätze verwiesen.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig sieht durch diese weitere Auszeichnung die harte Arbeit bestätigt: „Der erste Platz als lebenswerteste Stadt freut uns natürlich sehr. Als Bürgermeister macht es mich stolz, daß Wien nicht nur eine der sichersten Städte weltweit ist, sondern auch unsere Bestrebungen in Sachen Klimaschutz und Wohnen international honoriert werden. Wir tun alles dafür, daß sich die Menschen in Wien wohlfühlen. Die Ehrung ist für uns Auftrag, den Wiener Weg ambitioniert und konsequent weiterzuverfolgen.“

Zu den Wohlfühl-Faktoren Wiens zählen für die „Monocle“-Redaktion das große Öffi-Angebot, das immer weiter ausgebaut wird, sowie eine ausgezeichnete Infrastruk-

tur. Auch das Sicherheitsgefühl durch die niedrigste Kriminalitätsrate seit 20 Jahren sowie leistbares Wohnen oder Kultur- und Freizeitangebote flossen in die Bewertung mit ein. Hervorgehoben wurden auch die Grätzloasen, die die Nachbarschaft beleben sollen. Monocle bezeichnet Wien allgemein als „forward looking historic city“.

Das »Monocle«-Ranking

1. Wien (Vorjahr: Platz 7)
2. Kopenhagen (Vorjahr: Platz 1)
3. München (Vorjahr: Platz 11)
4. Zürich (Vorjahr: Platz 2)
5. Stockholm (Vorjahr: Platz 5)
6. Tokyo (Vorjahr: Platz 6)
7. Helsinki (Vorjahr: Platz 4)
8. Madrid (Vorjahr: Platz 15)
9. Lissabon (Vorjahr: Platz 3)
10. Melbourne (Vorjahr: Platz 19)

Auch bei der britischen „**Economist**“-Gruppe führt Wien erneut die Rangliste der zehn lebenswertesten Städte der Welt an. Ausschlaggebend für die Bewertung war die hohe Lebensqualität: Die österreichische Hauptstadt punktete mit einem reichhaltigen Kulturangebot, guter Infrastruktur und hoher Sicherheit. Damit holte Wien bereits nach 2018, 2019 und 2022 zum vierten Mal in

fünf Jahren die Spitzenposition in der Wertung.

„Das wiederholte Topergebnis zeigt: Wien ist eine funktionierende Stadt, die mit den politischen Weichenstellungen gut für die Zukunft vorbereitet ist. Von der hohen Lebensqualität, großen Sicherheit und guten Infrastruktur profitieren alle. Das ist der Verdienst aller, die täglich für diese Stadt arbeiten“, freute sich Ludwig auch darüber.

Auf dem zweiten Rang folgte die dänische Hauptstadt Kopenhagen, gefolgt von den beiden australischen Städten Melbourne und Sydney und der kanadischen Stadt Vancouver. Zürich, im vergangenen Jahr auf Rang drei, rutschte auf Rang sechs ab. Hinter Zürich belegt Genf den geteilten siebenten Rang mit dem kanadischen Calgary. Unter den Top Ten befindet sich keine deutsche Stadt, Frankfurt und Berlin teilen sich den 17. Platz.

Insgesamt wurden 173 Städte weltweit miteinander verglichen. Bewertet wurden 30 Kriterien in den fünf Kategorien Stabilität, Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur und Umwelt sowie Infrastruktur. ■

<https://www.wien.gv.at>

<https://monocle.com/>

<https://www.eiu.com/>

EU-Erweiterung und Schengen-Ausweitung

Zustimmung zu EU-Beitritt der Westbalkan-Länder und Ukraine unter 30 Prozent – Geteilte Meinung zu Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens

Das offizielle Österreich sieht sich seit langem als überzeugter Unterstützer einer EU-Erweiterung, insbesondere eines Beitritts der Westbalkan-Staaten. Die Bevölkerung ist in dieser Frage jedoch – fast schon traditionell – anderer Ansicht“, faßt Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage zusammen, die von market im Zeitraum 11. bis 13. April österreichweit online durchgeführt wurde. „Ebenso wenig findet eine Ausweitung der Schengen-Zone aktuell klare Unterstützung. Die öffentliche Meinung ist hier allerdings geteilt und ein Spiegelbild des politischen Diskurses. Eine Konsolidierung der Union und die Lösung von akuten Problemen hat in der Öffentlichkeit sichtlich Vorrang vor weiteren, größeren Erweiterungen.“

Einer Erweiterung der Europäischen Union wird von der Bevölkerung in Österreich weiterhin mit Zurückhaltung begegnet. Das gilt für die Beitrittswerber am Westbalkan und die Türkei, zu denen die ÖGfE seit 2010 das Meinungsbild erhebt, ebenso wie für die Ukraine, Moldau und Georgien, denen erst vor kurzem eine mögliche Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde.

„Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt der Länder am Westbalkan ist in Österreich seit Jahren mehr oder weniger konstant niedrig. Das Thema Erweiterung stößt in der Bevölkerung auf geringe Resonanz“, meint Schmidt. „Dieselbe reservierte Haltung gilt den Beitrittsambitionen der Ukraine, Moldaus und Georgiens. Ihre aktuellen Zustimmungsraten gestalten sich – trotz durchaus unterschiedlicher Ausgangslage – ähnlich jener der langjährigen Kandidatenländer in Südosteuropa.“

Das Meinungsbild zu den meisten Ländern am Westbalkan erweist sich als recht einheitlich. Die höchste Zustimmungsraten für einen Beitritt zur EU erreicht dabei noch Bosnien-Herzegowina: 29 % würden die Mitgliedschaft des Landes begrüßen, 41 % jedoch ablehnen (19 % wäre es „egal“, 11 % „weiß nicht / keine Angabe“). Die Zustim-

mungswerte für Serbien, Montenegro, Albanien und Nordmazedonien liegen zwischen 24 % und 21 %, noch weniger – 16 % – begrüßen eine Mitgliedschaft des Kosovo. Die explizite Rate der Ablehnung bewegt sich in dieser Ländergruppe von 44 % (Montenegro) bis 53 % (Kosovo). Noch geringer ist aktuell der Wunsch nach einer Mitgliedschaft der Türkei – lediglich 8 % würden ihren Beitritt zur EU begrüßen. Gegenüber der letzten Umfrage von Juli 2022 ist die Zustimmung zu einem Beitritt Serbiens und Albaniens um jeweils 8 Prozentpunkte gestiegen. Steigende Werte sehen wir auch im Fall von Bosnien-Herzegowina (+ 5 PP) und der Türkei (+ 3 PP).

Einen EU-Beitritt der Ukraine würden 24 % der Befragten begrüßen, 49 % lehnen einen solchen jedoch ab. 15 % ist diese Frage „egal“, 11 % können dazu nicht Stellung nehmen. Gegenüber Juli 2022 hat sich das Meinungsbild in dieser Frage kaum geändert (Zustimmung: + 1 PP / Ablehnung: - 2 PP).

Eine EU-Mitgliedschaft Moldaus begrüßen aktuell 22 % der ÖsterreicherInnen (+ 3 PP gegenüber Juli 2022), 47 % zeigen sich ablehnend (+ 2 PP), 21 % indifferent (- 3 PP). 12 % geben keine Antwort (- 3 PP). Ein Beitritt Georgiens stößt bei 17 % auf explizite Zustimmung (+ 3 PP), 50 % legen gegenwärtig ihr Veto ein (- 1 PP), während 19 % „egal“ antworten (- 2 PP) und 14 % nicht Stellung beziehen (- 1 PP).

„Durch den russischen Angriff auf die Ukraine hat sich eine neue Dynamik im stockenden Erweiterungsprozeß entwickelt. Eine Politik, die die Erweiterung der EU stark unterstützt, sollte auch dieses Momentum nutzen und erklären, warum die Integration unserer Nachbarn gerade jetzt wichtig wäre und wie diese gelingen kann“, sagt Schmidt. „Eine Erweiterung der EU um die Ukraine, Moldau und Georgien ist – realistischerweise – in naher Zukunft noch nicht zu erwarten. Aber der Weg ist hier das Ziel. Schon jetzt wird an einer engeren Kooperation gearbeitet, um die europäische Perspektive unserer Nachbarn konkret zu machen.“

Auch eine Erweiterung des Schengen-

Raums um Bulgarien und Rumänien findet aktuell keine Mehrheit unter den ÖsterreicherInnen. 38 % würden sich für eine Schengen-Aufnahme Bulgariens aussprechen, 42 % lehnen eine solche ab (20 % „weiß nicht / keine Angabe“). Im Fall von Rumänien sind 36 % für eine Aufnahme, 44 % äußern sich ablehnend (20 % „weiß nicht / keine Angabe“).

Die Zustimmung zu einer Schengen-Erweiterung erweist sich damit jedoch als größer, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. So hatten 2017 lediglich 23 % der ÖsterreicherInnen der Aussage zugestimmt „Damit die Außengrenze der EU besser geschützt wird, sollten Rumänien und Bulgarien rasch Mitglieder der Schengen-Zone werden“, 65 % hatten dies jedoch abgelehnt.“

„Die politische Debatte über eine Erweiterung des Schengen-Raums polarisiert. Wenig überraschend also, daß die Werte für Zustimmung und Ablehnung einer Aufnahme Bulgariens und Rumäniens eng beieinander liegen. Die EU-Kommission hat den beiden Ländern bestätigt, daß sie die Anforderungen für einen Beitritt zur Schengen-Zone erfüllen. Österreich schließt sich diesem Befund heute hingegen nicht an. Der unvollendete Schengen-Raum bildet eine Integrationslücke, die mit konstruktiver, ergebnisorientierter Politik geschlossen werden sollte. Bukarest und Sofia sollten nicht auf Dauer die Leidtragenden des Konflikts um eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer Ebene sein“, so Schmidt. ■

<http://www.oegfe.at/>

Hintergrund zur Umfrage

Die aktuelle Umfrage wurde von market von 11. bis 13. April 2023 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt. Befragt wurden österreichweit 1000 Personen online, österreichische Bevölkerung, 16 bis 80 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite +/- 3,16 Prozent. Differenz auf 100 Prozent aufgrund gerundeter Werte. Fehlende Werte auf 100 Prozent = „weiß nicht / keine Angabe“.

*Tel SWS 256 (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft), 25. September bis 2. Oktober 2017, Telefonische Befragung österreichweit, n=529, max. stat. Schwankungsbreite: +/- 4,3 Prozent).

In Krisenzeiten steht EU-Mitgliedschaft auf breiter Basis

61 % gegen NATO-Mitgliedschaft - 67 % für engere Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung – Für 51 % weitere Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen russischen Angriff wichtig

Das EU-Meinungsbild ist ein Spiegelbild des politischen Diskurses. Skepsis und Verunsicherung nehmen zwar zu, aber die grundsätzliche Unterstützung der EU-Mitgliedschaft steht in Österreich, gerade in Krisenzeiten, außer Frage. Die Bevölkerung sagt auch Ja zu stärkerer europäischer Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung, während hingegen ein NATO-Beitritt dezidiert abgelehnt wird“, analysiert der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), Paul Schmidt, die Ergebnisse einer ÖGfE-Umfrage, die von market im Zeitraum 11.-13. April 2023 österreichweit unter 1000 Befragten online durchgeführt wurde.

Demnach sprechen sich 68 % der Befragten dafür aus, daß unser Land Mitglied der Europäischen Union bleibt. 25 % plädieren für einen Austritt aus der Europäischen Union. 7 % antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe. Im September 2022 waren 64 % für den Verbleib bei der EU und 27 % für den Austritt.

„Die EU-Stimmungslage hat sich in den vergangenen Monaten stabilisiert und entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Trotz – bzw. gerade wegen – der herausfordernden Zeiten, die von Krieg, Teuerung und Klimasorgen geprägt sind“, betont Paul Schmidt. „Was es aber dringend braucht, sind handfeste Problemlösungen und eine intensivere Auseinandersetzung mit Skepsis und Kritik, denn gerade große Umbrüche müssen erklärt und diskutiert werden. Die Politik ist gefordert, Orientierung zu geben, praktische Zukunftskonzepte zu entwickeln und diese aktiv auf europäischer Bühne einzubringen.“

Wäre Mitte April eine Volksabstimmung über einen Beitritt Österreichs zur NATO angesetzt gewesen, so würden sich 6 von 10 Befragten (61 %) dagegen aussprechen und 2 von 10 (21 %) dafür. Ein weiteres Fünftel (19 %) gibt dazu keine Stellungnahme ab. In den vergangenen drei Jahren ist das Meinungsbild in dieser Frage – ungeachtet des russischen Angriffs auf die Ukraine – mehr oder weniger konstant geblieben. Zwei Drit-

tel (67 %) plädieren jedoch dafür, die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu intensivieren. 20 % sind gegenteiliger Meinung, 13 % äußern sich nicht. Gegenüber dem Vorjahr (März 2022) hat sich das Meinungsbild kaum geändert.

Etwa die Hälfte (51 %) hält es für „sehr wichtig“ (25 %) oder „eher wichtig“ (26 %), daß die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Ukraine in ihrem Kampf gegen den russischen Angriff weiter unterstützen. Etwas mehr als ein Drittel (36 %) sehen das nicht so und werten dies als „eher nicht wichtig“ (15 %) bzw. „gar nicht wichtig“ (21 %). 13 % können oder wollen sich nicht festlegen.

„Anders als in Schweden und Finnland wird eine NATO-Mitgliedschaft von einer großen Mehrheit abgelehnt. Ungeachtet der „neutralen“ Grundstimmung, die das Meinungsbild hierzulande bestimmt, ist eine Mehrheit für eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Länder in Sachen Sicherheit und Verteidigung, aber auch für die weitere Unterstützung der Ukraine. Die EU-Mitgliedschaft wird jedenfalls nicht als Widerspruch zur Neutralität betrachtet und ein stärkeres, unabhängiges Europa in der Welt grundsätzlich befürwortet.“

Wenn es darum geht, einzuschätzen, welcher globale Player ein „vertrauenswürdiger Partner“ für unser Land sein könnte, zeigt sich, daß sich die ÖsterreicherInnen dieser Frage mit großer Vorsicht annähern. Ein Vergleich mit einer Ende Februar/Anfang März 2023 durchgeführten Umfrage in Deutschland (ARD DeutschlandTrend) macht zudem Differenzen im jeweiligen Meinungsbild deutlich: Weitgehende Übereinstimmung herrscht noch in der Beurteilung Rußlands und Chinas. 9 % der Befragten in Österreich sehen in Rußland einen Partner, dem unser Land vertrauen kann, während 79 % die gegenteilige Ansicht vertreten. Befragte in Deutschland sagen zu 7 %, daß Moskau ein vertrauenswürdiger Partner ist. 88 % verneinen dies jedoch. (Rest auf 100 % = „weiß nicht/Keine Angabe“).

12 % der ÖsterreicherInnen betrachten die Volksrepublik China als Partner, dem mit Vertrauen begegnet werden kann, 72 % sehen dies jedoch nicht so. In Deutschland sind es 8 %, die in Peking einen vertrauenswürdigen Partner sehen, während dies für 83 % nicht gilt.

Indien wird von 27 % als vertrauenswürdiger Partner anerkannt, für 46 % ist das nicht der Fall. In Deutschland sehen 33 % das Land als Partner, 45 % vertrauen ihm dagegen nicht.

„Es kommt nicht überraschend, daß die wenigsten Befragten in einem kriegführenden Rußland einen vertrauenswürdigen Partner sehen und auch China, das als mächtige und systemische Konkurrenz wahrgenommen wird, kommt im Urteil der Bevölkerung kaum besser weg. Indien dagegen ist hierzulande eine noch unbekannte Größe, die man schwer einschätzen kann.“

Deutlichere Unterschiede im Meinungsbild von ÖsterreicherInnen und Deutschen zeigen sich in der Beurteilung folgender Länder: So werden die USA von 34 % in Österreich als Partner gesehen, dem man vertrauen kann. 47 % sehen dies nicht so. In Deutschland hatten 59 % die USA als vertrauenswürdigen Partner bezeichnet, während dies 33 % verneinten.

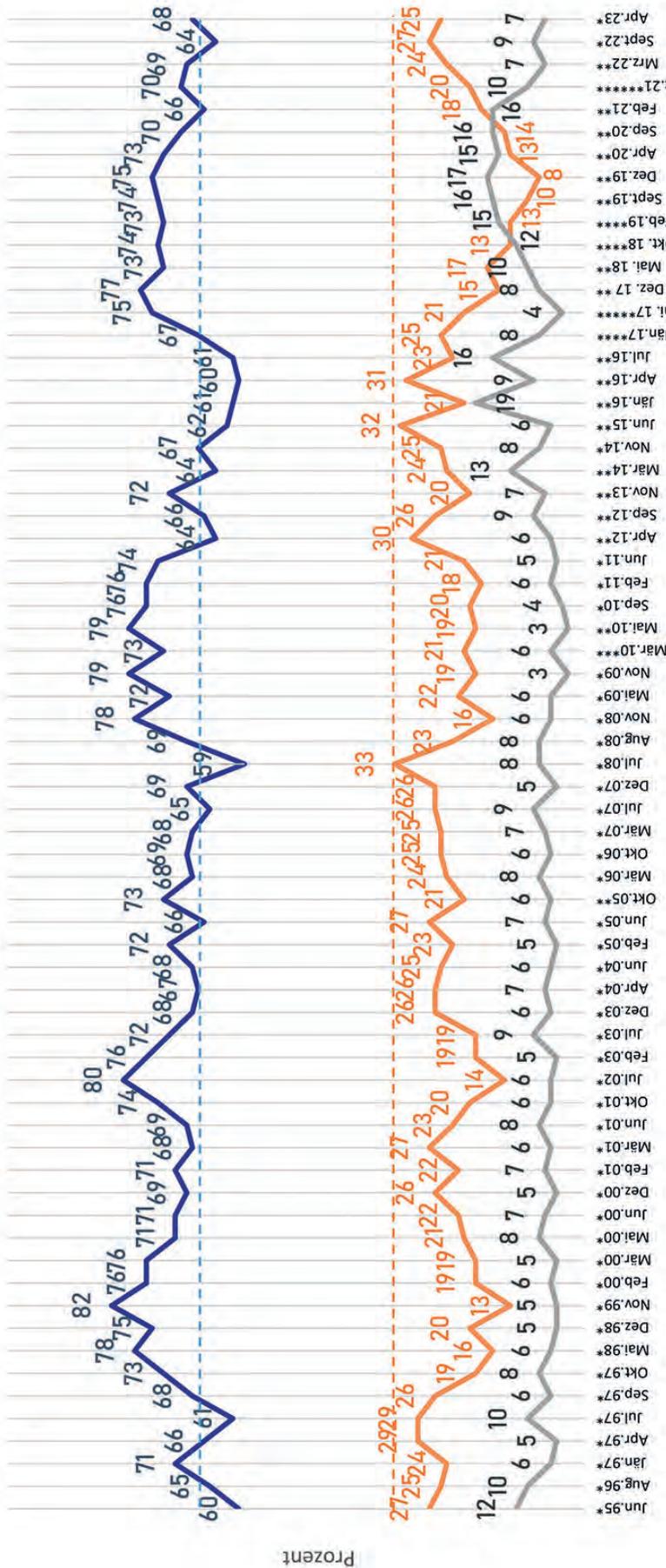
Ergänzend wurde in beiden Umfragen auch die Ukraine in diese Fragestellung einbezogen. Dabei stufen 28 % der ÖsterreicherInnen die Ukraine als vertrauenswürdigen Partner ein, jedoch 47 % der Deutschen. 50 % der Befragten in Österreich sehen Kyiv nicht als Partner, in Deutschland sind es 50 %.

„Die USA und die Ukraine werden hierzulande deutlich seltener als vertrauenswürdige Partner wahrgenommen, als dies etwa in Deutschland der Fall ist. Das Neutralitätsmotiv spielt für diese Einschätzung eine wichtige Rolle, ebenso eine nach wie vor präzente NATO-, Kapitalismus- und Imperialismuskritik sowie nicht zu unterschätzende Stimmen, die einer alternativen Erzählung zum russischen Krieg in der Ukraine das Wort reden“, so Schmidt abschließend. ■

<https://www.oegfe.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?



67 Befragungen seit 1995
 Aktuelle Umfrage: market, online, 11.-13. April 2023, n=1000.
 1995 bis 2020: Telefonumfragen öst. Bevölkerung-SWS (59) / IFES (2) / market (1)
 Ab 2022: Online-Umfragen öst. Bevölkerung, market (5)
 * n=1000 (max. Schwankungsbreite +/- 3,1 Prozent)
 ** n=500 (max. Schwankungsbreite +/- 4,4 Prozent)
 *** n=750 (max. Schwankungsbreite +/- 3,6 Prozent)
 **** n=600 (max. Schwankungsbreite +/- 4,0 Prozent)
 ***** n=550 (max. Schwankungsbreite +/- 4,2 Prozent)
 ***** n=800 (max. Schwankungsbreite +/- 3,54 Prozent)

Durchschnitt "EU-Mitglied bleiben": 70,3 Prozent
 Durchschnitt "Wieder aus EU austreten": 21,7 Prozent
 Durchschnitt "Weiß nicht / Keine Angabe": 8,1 Prozent

 oegfe.at

--- 66,6 Prozent Zustimmung bei EU-Volksabstimmung 1994
 --- 33,4 Prozent Ablehnung bei EU-Volksabstimmung 1994

— Mitglied bleiben
 — austreten
 — weiß nicht/Keine Angabe

Österr. Aktien für internationale Großanleger hochinteressant

Top-3: Vanguard, BlackRock und Erste Group, US-Investoren weiter mit größtem Anteil

Internationale institutionelle Investoren – dazu zählen etwa Fondsgesellschaften oder Staatsfonds – gehören auch 2022 zu den bedeutendsten Anlegergruppen im ATX Prime: Das zeigen die Ergebnisse einer Studie zur Eigentümerstruktur des institutionellen Streubesitzes, die S&P Global Market Intelligence (vormals IHS Markit) alle zwei Jahre im Auftrag der Wiener Börse durchführt. Demnach entfallen 90,9 % (22,1 Mrd. Euro) des institutionell gehaltenen Streubesitzes auf internationale Großanleger.

Den größten Anteil am institutionell gehalten Streubesitz im ATX Prime besitzen nach wie vor US-amerikanische Großinvestoren. Sie steigerten ihren Anteil am Gesamtvolumen auf 32,7 % (2020: 28,4 %), ebenso wie institutionelle Investoren aus Großbritannien, die ihren Anteil auf 19,8 % (2020: 15,7 %) erhöhten.

Damit haben britische Großanleger heimische Investoren auf den dritten Platz verdrängt, der Anteil der österreichischen Insti-

tutionellen ist gegenüber 2020 (16,6 %) auf 9,1 % gesunken. Die Wiener Börse AG trägt maßgeblich zur Visibilität der österreichischen Emittenten gegenüber internationalen Investoren bei. Ihr Konferenzprogramm ermöglicht es heimischen Unternehmen, sich gemeinsam an den wichtigsten Finanzzentren wie New York oder London zu präsentieren.

„Der beträchtliche Anteil internationaler Großanleger unterstreicht die Relevanz der Wiener Börse als weltweit anerkannter Handelsplatz, von dem die heimischen Unternehmen profitieren. Genauso wichtig wie eine starke internationale Vernetzung ist auch die Entwicklung der heimischen Investorenbasis in Österreich“, erklärt Börse-CEO Christoph Boschan. „Ein erster Ansatz wäre hier die Umsetzung der geplanten Wiedereinführung einer Behaltfrist, die bereits im Regierungsprogramm verankert ist.“

Bei den institutionellen Top-Investoren gab es eine Ablöse an der Spitze: Der auf

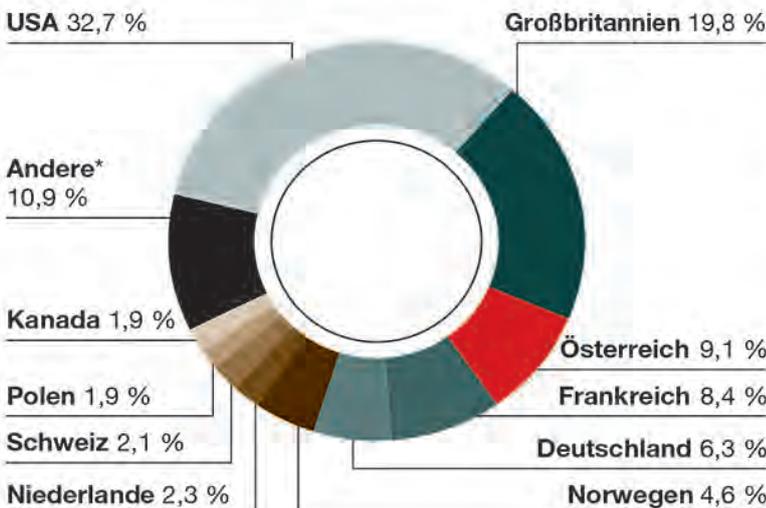
passive Investmentlösungen spezialisierte US-Vermögensverwalter The Vanguard Group ist auf Platz eins vorgeückt. Auf Platz zwei folgt mit BlackRock Fund Advisors, dem weltgrößten Vermögensverwalter, ein weiterer Großanleger aus den Vereinigten Staaten. Die österreichische Erste Asset Management GmbH reiht sich auf dem dritten Platz ein.

S&P Global Market Intelligence analysiert zudem die Investmentstrategien der institutionellen Anleger im ATX Prime. Im Vergleich zu 2020 verlagern die Profis ihren Fokus auf „Growth“ (33 %; 2020: 30,5 %), gefolgt vom „Value“ (26,6 %), der 2020 noch im Vordergrund stand (30,7 %). Passive Index-Investments (21,6 %) stagnieren indes auf hohem Niveau (2020: 22,6 %). Weiters zeigt die Studie, daß die Portfolios überwiegend eine geringe bis mittlere Umschlagshäufigkeit aufweisen. Dies unterstreicht die Relevanz österreichischer Aktien für langfristige Veranlagungspläne. ■

<https://www.wienerbourse.at/>

Internationales Interesse an österreichischen Aktien

Institutionelle Investoren im prime market



*Andere: Australien, Belgien, HK/China, Dänemark, Italien, Irland, Japan, Schweden, Spanien, Vereinigte Arabische Emirate

Top 5 Institutionelle Investoren

Veränderung des Rankings 2020 vs. 2022

1	The Vanguard Group, Inc. (US)	↑
2	BlackRock Fund Advisors (US)	→
3	Erste Asset Management GmbH (AT)	↑
4	Norges Bank Investment Management (NO)	↓
5	Amundi Asset Management S.A.S. (FR)	↑

Quelle: S&P Global Market Intelligence, 12/2022

Teure Energieimporte ließen Außenhandelsdefizit ansteigen

Im Jahr 2022 lag der Gesamtwert der Importe von Waren laut endgültigen Ergebnissen von Statistik Austria nominell mit 215,27 Mrd. € um 20,6 % über dem Vorjahreswert, die Exporte von Waren stiegen um 17,6 % auf 194,68 Mrd. €.

Das Loch in der Außenhandelsbilanz Österreichs hat sich von 12,86 Mrd. Euro im Jahr 2021 auf 20,59 Mrd. 2022 drastisch vergrößert“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas. „Daß der Wert der Importe den der Exporte 2022 so deutlich überstiegen hat, ist unter anderem den massiven Preissteigerungen bei Brennstoffen und Energie geschuldet. So hat sich etwa der Importwert von Gas mit +122,5 % mehr als verdoppelt, während die importierte Menge um 30,1 % zurückging. Auch bei Erdöl und Erdölzerzeugnissen ging die importierte Menge um 8,5 % zurück, der Wert der Importe legte hingegen um 62,9 % zu.

Mit wenigen Ausnahmen (2002: +0,30 Mrd. Euro und 2007: +0,43 Mrd. Euro) hatte der Außenhandel Österreichs seit dem EU-Beitritt 1995 jedes Jahr eine negative Handelsbilanz, während die wertmäßigen Ausenhandelsvolumina sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten abgesehen von den Einbrüchen im Jahr 2009 aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und in der ers-

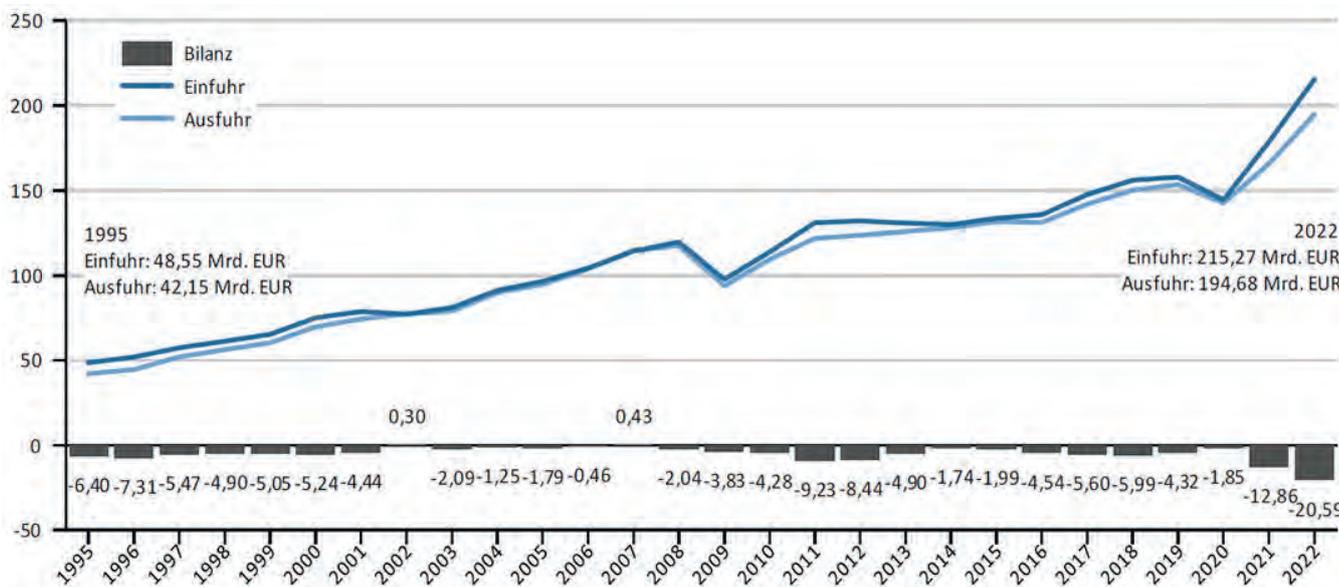
ten Hälfte des Jahres 2020 in Folge der Corona-Pandemie stetig gestiegen sind, besonders stark ab der zweiten Jahreshälfte 2020 (siehe Abbildung).

Der Außenhandel Österreichs wuchs im Jahr 2022 im zweistelligen Bereich. Die Zunahmen auf der Exportseite um 17,6 % wurden vor allem von der guten Entwicklung bei Maschinen und Fahrzeugen sowie bearbeiteten Waren getragen. Für das Plus des Importwerts von 20,6 % waren vor allem die Preissteigerungen bei Brennstoffen und Energie maßgeblich, wie die Wertzunahme um 94,9 % bei einer Mengenabnahme von 13,8 % in dieser Produktgruppe zeigt. Dieser Einfluß von Preisentwicklungen auf die Güterimporte läßt sich auch beim Importpreisindex für das Jahr 2022 nachvollziehen. Hier zeigte sich gesamt betrachtet ein Anstieg der Preise um 20,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem beim ÖCPA-Abschnitt Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden, der auch Erdöl und Erdgas beinhaltet, war die Preissteigerung stark (+105,0 %).

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich im Jahr 2022 Waren im Wert von 140,24 Mrd. Euro (+17,9 %). Der Wert der in diese Länder exportierten Waren verzeichnete mit +18,5 % ebenfalls eine Zunahme gegenüber 2021 und betrug 133,68 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union belief sich auf 6,56 Mrd. Euro, nach 6,17 Mrd. Euro im Jahr 2021. Rund 70 % des österreichischen Außenhandels (Intra-EU-Importe: 65,1 %, Intra-EU-Exporte: 68,7 %) wurden mit den EU-Mitgliedsstaaten abgewickelt.

Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zum Vorjahr sowohl bei den Importen (+26,1 % auf 75,03 Mrd. Euro) als auch bei den Exporten (+15,5 % auf 61,00 Mrd. Euro) eine starke Zunahme. Daraus ergab sich eine Verdopplung des Handelsbilanzdefizits von 2021 mit Drittstaaten (Handelsbilanzdefizit 2021: 6,69 Mrd. Euro) auf 14,03 Mrd. Euro. Mehr als 30 % des österreichischen Außenhandels (Extra-EU-Im-

Entwicklung des österreichischen Außenhandels seit 1995



Quelle: Statistik Austria, Außenhandel. Erstellt am 28.06.2023. – Endgültige Daten.

Österreich, Europa und die Welt

porte: 34,9 %, Extra-EU-Exporte: 31,3 %) wurde mit Partnerländern abgewickelt, die keine EU-Mitgliedsstaaten sind.

Starke Zuwächse bei bedeutendster Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge

Maschinen und Fahrzeuge waren mit einem Einfuhranteil von 30,6 % und einem Ausfuhranteil von 35,7 % auch 2022 wieder die bedeutendste Produktgruppe im österreichischen Außenhandel, dabei stiegen die Importe um 11,4 % auf 65,85 Mrd. Euro und die Exporte um 13,4 % auf 69,50 Mrd. Euro. Die weiteren wertmäßig stärksten Produktgruppen bei den Exporten waren bearbeitete Waren (+21,0 % auf 42,77 Mrd. Euro), chemische Erzeugnisse (+15,0 % auf 29,08 Mrd. Euro) und sonstige Fertigwaren (+14,4 % auf 20,31 Mrd. Euro). 83,0 % der österreichischen Ausfuhren konzentrierten sich 2022 auf diese vier Produktgruppen. Die Importe von Brennstoffen und Energie stiegen ebenfalls stark an (+94,9 % auf 27,12 Mrd. Euro).

Innerhalb dieser Produktgruppe wies vor allem die Untergruppe Gas eine sehr hohe Wertsteigerung (um 122,5 %) gegenüber dem Berichtsjahr 2021 auf, während die Importmenge im gleichen Berichtszeitraum um 30,1 % rückläufig war. Die geringsten prozentuellen Zuwächse im Import verzeichneten Getränke und Tabak mit einem Plus von 7,3 % auf 1,27 Mrd. Euro, bei einem Anstieg von 15,3 % auf 3,60 Mrd. Euro im Export.

Wichtigste Partnerländer im österreichischen Außenhandel

Der Großteil des österreichischen Import-Export-Geschehens konzentrierte sich 2022 auf zentrale Handelspartner Österreichs. Mit diesen jeweils zehn Partnerländern je Verkehrsrichtung wurden 71,3 % der Importe und 69,1 % der Exporte abgewickelt – insgesamt waren in diesem Ranking sieben EU-Länder und fünf Drittstaaten vertreten. Abgesehen von Liechtenstein, Slowenien und der Slowakei zählten alle Nachbarländer Österreichs in beiden Verkehrsrichtungen zu den Top-10-Partnerländern. Bei sieben der zehn bedeutendsten Ausfuhrpartnerländer stand die Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge an der Spitze.

Einfuhrseitig zeigte sich ein ähnliches Bild, wobei neben der Produktgruppe Maschinen und Fahrzeuge auch chemische Erzeugnisse (Schweiz, Vereinigte Staaten und Niederlande) sowie Brennstoffe und Energie

(Russische Föderation) an erster Stelle standen.

Österreichs Außenhandel mit der Ukraine

Mit einem Importanteil von 0,5 % (1,18 Mrd. Euro) im Jahr 2022 und einem Exportanteil von 0,3 % (0,51 Mrd. Euro) befand sich die Ukraine, wie auch in den Vorjahren, nicht unter den wichtigsten Handelspartnern Österreichs. 7,2 % aller Rohstoffe, welche im Jahr 2022 nach Österreich importiert wurden, kamen aus der Ukraine. Betrachtet man nur die Importe aus der Ukraine, so machten hier Rohstoffe aber mehr als 55,5 % der Importe aus. Den größten Anteil hierbei hatte die Untergruppe Erze und Metallabfall.

Betrachtet man den Außenhandel mit der Ukraine über die vergangenen zehn Jahre, so zeigt sich vor allem importseitig im Jahr 2022 eine Wertzunahme gegenüber den Vorjahren, während die Exportwerte in den letzten Jahren eher geringfügigere Veränderungen aufwiesen.

Österreichs Außenhandel mit der Russischen Föderation

In den vergangenen fünf Jahren war die Russische Föderation immer unter den 20 wichtigsten Handelspartnern Österreichs. Mit einem Importanteil von 3,8 % (8,25 Mrd. Euro) nahm die Russische Föderation 2022 nun sogar Platz sechs ein, nach dem zehnten Platz im Jahr zuvor. Die Produktgruppe Brennstoffe und Energie dominierte die Importe (Anteil: 93,2 %). Am bedeutendsten war hier Gas.

Im Vergleich zu 2021 erhöhten sich die Importe bei dieser Untergruppe wertmäßig um 105,0 %, bei einer zeitgleichen Mengenabnahme von 40,8 %.

Der Exportanteil dieses Partnerlandes war nicht einmal halb so hoch und lag mit 1,84 Mrd. Euro bei 0,9 %. Der Großteil der österreichischen Exporte nach Rußland betraf 2022 chemische Erzeugnisse (+12,1 % auf 0,72 Mrd. Euro), gefolgt von Maschinen und Fahrzeugen (-23,8 % auf 0,50 Mrd. Euro).

Innerhalb der letzten zehn Jahre zeigt sich vor allem mit den Jahren 2021 und 2022 eine starke Zunahme der Importwerte, bei einer zeitgleichen leichten Abnahme der Exportwerte.

Österreichs Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich

Knapp drei Jahre nach dem Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäi-

schen Union befand sich das Land im Jahr 2022 unter den 13 wichtigsten Handelspartnern. Im Export fand es sich an zehnter Stelle hinter China mit einem Exportanteil von 2,6 % (5,11 Mrd. Euro). Auf der Importseite nahm es Platz 13 mit einem Importanteil von 1,6 % (3,49 Mrd. Euro) ein.

Im Vergleich zu 2021 erhöhten sich die Importe wertmäßig um 25,7 %; die Exportwerte stiegen um 15,0 %. Die Produktgruppe andere Waren mit einem Anteil von 32,7 %, darunter in erster Linie die Untergruppe Gold, dominierte die Importe. Der Großteil der österreichischen Exporte in das Vereinigte Königreich betraf 2022 Maschinen und Fahrzeuge (+8,7 % auf 2,35 Mrd. Euro), gefolgt von bearbeiteten Waren (+20,0 % auf 0,90 Mrd. Euro).

Betrachtet man zum Vergleich das Jahr 2019, das Jahr vor dem Brexit, so zeigt sich, daß der Import um 23,5 %, der Export um 13,6 % gestiegen ist. Somit hat sich der Handel mit dem Vereinigten Königreich seit dem Rückgang im Jahr 2020 (Import -24,2 %; Export -9,3 % im Vergleich zu 2019) wieder erholt.

Die letzten zehn Jahre zeigten im Handel mit dem Vereinigten Königreich stets einen höheren Export- als Importwert, somit ergab sich in diesem Zeitraum immer eine positive Handelsbilanz mit diesem Partnerland.

Österreichs Außenhandel mit China

Mit einem Importanteil von 8,1 % (17,45 Mrd. Euro) und einem Exportanteil von 2,7 % (5,26 Mrd. Euro) befand sich die Volksrepublik China im Jahr 2022 – wie auch in den Vorjahren – unter den wichtigsten Handelspartnern Österreichs. Im Import nahm die Volksrepublik den zweiten Rang nach Deutschland ein, im Export fand sie sich an neunter Stelle. Die Steigerung im Import fiel mit 33,2 % im Vergleich zum Vorjahr 2021 sehr stark aus. Der Export zeigte eine Zunahme von 9,1 % und betraf vor allem Straßenfahrzeuge. Dadurch entstand das bei weitem höchste Handelsbilanzdefizit (-12,19 Mrd. Euro) mit einem Handelspartner. Wichtigstes Handelsgut im Import war hierbei die Gruppe elektrische Maschinen und Geräte, wohingegen vor allem Produkte aus der Gruppe Arbeitsmaschinen exportiert wurden.

Der Importwert belief sich über das vergangene Jahrzehnt immer auf ein Vielfaches des Exportwertes mit diesem Handelspartner. Vor allem seit 2020 hat sich diese Differenz massiv erhöht. ■

<https://www.statistik.at>

Verdoppelung der Tagungen und Kongresse 2022

Beinahe vollständige Erholung der Tagungsindustrie auf Vor-Corona-Niveau

Mit einem Zuwachs von gut 100 Prozent bei der Anzahl der Veranstaltungen und einem Plus von 170 Prozent bei der Zahl der TeilnehmerInnen betrachten wir den coronabedingten Einbruch als fast vollständig überwunden. Wir können mit Zuversicht in die zweite Jahreshälfte 2023 blicken“, kommentiert Sandra Neukart, Chief Operating Officer der Österreich Werbung, die erfreulichen Ergebnisse der mira-Studie 2022.

„Die österreichische Tagungs- und Kongressindustrie hat sich als widerstandsfähig und wachstumsorientiert erwiesen“, kommentiert Gerhard Stübe, der Präsident des Austrian Convention Bureau (ACB), die Entwicklung des vergangenen Jahres und führt weiters aus: „Jetzt gilt es, alle MarktteilnehmerInnen unserer Branche auf die neuen Herausforderungen im internationalen Wettbewerb vorzubereiten.“

Die österreichische Kongress- und Tagungsbranche konnte im Jahr 2022 mit doppelt so vielen gemeldeten Veranstaltungen – nämlich 20.843 – wie 2021 (10.402) mit exakt +100,4 % ein kräftiges Comeback verzeichnen und sich damit dem Niveau von 2019 annähern. Da wurden 25.178 Tagungen und Kongresse in Österreich abgehalten. Das Ergebnis des Jahres 2022 entspricht einer Quote von 82,8 Prozent von 2019.

Gemessen an der Anzahl der Veranstaltungen fällt rund die Hälfte auf den Bereich der Firmentagungen (45,6 %) und jeweils rund ein Viertel auf Kongresse (28,8 %) und Seminare (25,6 %).

Die TeilnehmerInnenzahl stieg 2022 im Vergleich zum Vorjahr auf rund 1,35 Millionen (+170,3 %) und erreicht somit 77 Prozent des Niveaus von 2019 (rund 1,76 Millionen TeilnehmerInnen). Auch die durchschnittliche TeilnehmerInnenzahl ist mit 65 schon nahe dem Niveau von 2019 (70). Die durchschnittliche TeilnehmerInnenzahl bei internationalen Veranstaltungen ist mit 129 Personen sogar höher als im Jahr 2019 (120).

Die Nächtigungen verdreifachten sich im Vergleich zu 2021 von 811.186 auf rund 2,66 Millionen und erreichen somit circa 78,5 Prozent des Nächtigungsniveaus von 2019 (3,39 Millionen). Somit macht der Tagungs-



© Christian Lendl (www.dchr.is)

Gerhard Stübe und Sandra Neukart

bereich 1,9 Prozent aller erfaßten Tourismusnächtigungen in Österreich aus (ca. 137 Millionen).

Die durchschnittliche Dauer der Veranstaltungen verhält sich ähnlich wie im Vorjahr mit 2,06 Tagen (+1,3 %) und ist damit geringfügig höher als 2019 (1,99 Tage). Die durchschnittliche Dauer der internationalen Veranstaltungen ist mit rund 2,8 Tagen gleich lang wie im Jahr 2019. Die durchschnittliche Nächtigung pro TeilnehmerIn liegt ähnlich wie im Jahr 2019 bei 2,19 Nächten, wobei nationale rund eine und internationale Veranstaltungen rund vier Nächtigungen pro TeilnehmerIn generieren.

Green Meetings

2022 wurden 136 Veranstaltungen als Green Meeting abgehalten, dies entspricht mehr als einer Verdopplung (+138,6 %) zu 2021 (57). Insgesamt nahmen im Jahr 2022 60.000 TeilnehmerInnen an Green Meetings teil. Ende 2022 verzeichnete das Umweltzeichen 106 LizenznehmerInnen, die eine Veranstaltung als Green Meeting nach den Kriterien der Umweltzeichenrichtlinie 62 zertifizieren können. Dies entspricht einem Zuwachs von +17,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (90).

„Das Austrian Convention Bureau hat maßgeblich zur Entwicklung des Green-Meeting-Standards beigetragen und transferiert das Wissen an seine Mitglieder und die Branche“, erklärt Gerhard Stübe und führt

weiter aus: „Wir sehen großes Interesse, die gesamte Wertschöpfungskette von Tagungen und Kongressen entsprechend den Nachhaltigkeitskriterien zertifizieren zu lassen, erkennen aber auch, welche große Herausforderung dies darstellt. Die österreichische Tagungsindustrie ist aber auf einem guten Weg, kontinuierlich weitere Fortschritte zu erzielen.“

Internationale Großkongresse

Gegenüber 2021 konnte im Jahr 2022 mit 1.354 Veranstaltungen die Zahl internationaler Kongresse mehr als verdoppelt werden und nähert sich der Anzahl von 2019 (1.591). „Da Kongresse mit internationaler Ausrichtung eine durchschnittlich höhere TeilnehmerInnenanzahl sowie eine längere Dauer aufweisen, haben diese einen besonders starken Einfluß auf die generierten Nächtigungen. Über drei Viertel aller Kongress- und Tagungsnächtigungen wurden 2022 durch internationale Kongresse (1.414.221) generiert“, berichtet Stübe. „Daß Österreich stark am internationalen Kongressgeschäft vertreten ist, bestätigt die erst kürzlich veröffentlichte ICCA-Statistik (International Congress and Convention Association). Das Tagungsland Österreich erzielte Platz 11 im weltweiten Wettbewerb und Wien als Kongressstadt verteidigte erfolgreich den 1. Platz“, erklärt Neukart.

Kooperation

ACB und Österreich Werbung haben in den vergangenen Monaten intensive Gespräche zum Ausbau ihrer Kooperation geführt, um die Position Österreichs im sehr kompetitiven internationalen Wettbewerb zu stärken. „Internationale Kongresse bringen die höchste Wertschöpfung unter allen touristischen Angeboten. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, daß alle AnbieterInnen und Institutionen Österreichs kooperieren, um unseren Anteil an diesem Geschäft nicht nur zu verteidigen, sondern auch auszubauen“, begründen Sandra Neukart und Gerhard Stübe unisono die vereinten Anstrengungen. ■

<https://www.austriatourism.com/>

<https://www.acb.at/>

Adler-1 beendet Suche nach Weltraumschrott

Satellit verglühte planmäßig nach über einem Jahr im Orbit, Adler-2 setzt Suche fort

Seit März 2022 erforscht das Österreichische Weltraum Forum (ÖWF) Weltraumschrott in der erdnahen Umlaufbahn. Der erste Satellit der ADLER-Serie hat am 10. Juni 2023 nach einem Jahr im Erdorbit planmäßig unter kontrollierten Bedingungen seine Umlaufbahn verlassen. Der Satellit verglühte als Sternschnuppe in der Erdatmosphäre, um zu vermeiden, daß er ebenfalls zu Weltraumschrott wird. Das erfolgreiche österreichische Satellitenprojekt „ADLER-1“ lieferte seit seinem Start Anfang 2022 eine halbe Million Datensätze zum Thema Weltraumschrott in der erdnahen Umlaufbahn. Die Auswertung läuft noch, 100 Impakte konnten bereits erfaßt werden. Die Suche nach Weltraumschrott wird seit April 2023 nahtlos mit dem Satelliten ADLER-2 fortgesetzt. Die Ergebnisse der Messungen werden nach Abschluß der Mission der wissenschaftlichen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt.

Dazu Gernot Grömer, Direktor des Österreichischen Weltraum Forums: „ADLER-1 hat gezeigt, daß Weltraumschrott in der Erdumlaufbahn mit Hilfe eines Radargeräts und eines ‚Weltraum-Mikrophons‘ aufgespürt werden kann. Das Konzept ist aufgegangen: Daten vor Ort sammeln und damit Computer-Simulationen ergänzen, auf die man sich bislang fast ausschließlich verlassen mußte. Nun wird dieses erfolgreiche Projekt mit dem zweiten Satelliten der Serie fortgesetzt. ADLER-2 ist bereits seit April in der Erdumlaufbahn und wird dazu beitragen, die Trümmererkennungsrate mit Hilfe des leistungsfähigeren Radars und eines größeren Erfassungsbereichs um 80 Prozent zu erhöhen und die Anzahl der protokollierten Beobachtungen zu vervielfachen.“

Österreichisches Satellitenprojekt

Die Satelliten der ADLER-Serie sind ein Satelliten-Projekt in Rot-Weiss-Rot: Das ÖWF verantwortet die wissenschaftliche Leitung und entwickelt einen experimentellen Space Debris Detektor, finanziert werden die Satelliten vom österreichischen Unternehmen Findus Venture, gebaut wurden ADLER-1 und ADLER-2 von Spire Space



Foto: ÖWF

Grafische Darstellung des ADLER-1 Kleinsatelliten im Orbit mit entfaltbarem Sensor, der die Einschlagsenergie von Partikeln mißt

Services, das vom Österreicher Peter Platzer gegründet wurde.

Warum die Suche nach Weltraumschrott wichtig ist

Jahrzehntelange Weltraumaktivitäten haben die Erdumlaufbahn mit Trümmern durchsetzt. Da die Raumfahrtaktionen ihre Aktivitäten im Weltraum weiter verstärken, steigt auch die Wahrscheinlichkeit einer Kollision. Theoretische Modelle der Europäischen Weltraumagentur ESA schätzen die Gesamtzahl von Objekten aus Weltraumschrott in der Erdumlaufbahn auf mehr als 170 Millionen mit einer Größe von mehr als 1 mm. Selbst diese entwickeln eine Aufprallenergie, die mit der Wucht einer Pistolenkugel vergleichbar ist.

„Weltraumschrott und das erhöhte Risiko von Kollisionen mit funktionierenden Satelliten und der Internationalen Raumstation ISS gefährden die Raumfahrt und alle Vorteile, die sie bringt, wie z.B. die Wettervorhersage oder Beobachtung von Überschwemmungen, Dürren und anderen Umweltkatastrophen. Wir müssen also dringend unser Verständnis davon verbessern, was wo passiert und wann“, sagt Grömer. „Die Echtzeit-Datenerfassung kann mit den ESA- und NASA-Simulationen verglichen werden, was uns einen wertvollen Realitätscheck für die Modelle liefert“, fügt Grömer hinzu, „Aber Weltraumschrott zu kartieren und sichere Umlaufbahnen zu finden, ist nur ein

Teil der Geschichte. Es ist genauso wichtig, Weltraumschrott so weit wie möglich zu vermeiden, um zukünftigen Generationen einen sicheren Zugang zum Weltraum zu ermöglichen.“

Das Österreichische Weltraum Forum

Das ÖWF gehört im Bereich der Analogforschung weltweit zu den führenden Organisationen, die an der Vorbereitung astronautischer Erforschung anderer Planeten mitarbeiten. ExpertInnen verschiedenster Disziplinen bilden innerhalb des ÖWFs die Basis für diese Arbeit. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen unterschiedlicher Branchen wird hier Forschung auf höchstem Niveau betrieben. Dabei nutzt das ÖWF seine ausgezeichneten Kontakte zu MeinungsbildnerInnen, Politik und Medien, um österreichische Spitzenforschung und Technologie international voranzutreiben und bekanntzumachen. Das ÖWF ist zudem einer der wichtigsten Bildungsträger in Österreich, wenn es um Raumfahrt und darum geht, junge Menschen für Wissenschaft und Technik zu begeistern sowie ihnen einen Zugang zu dieser Branche zu ermöglichen. Neben der Betreuung von universitären Arbeiten bietet das ÖWF auch immer wieder Studierenden und SchülerInnen die Möglichkeit, im Rahmen von Praktika ihr Wissen zu erweitern. ■

<https://www.oewf.org>

Rekord-Bestellungen auf der Paris Air Show

Die im oberösterreichischen Ried im Innkreis ansässige FACC AG profitiert von starker Marktentwicklung

Auf der diesjährigen Paris Air Show wurden von allen internationalen Luftfahrt-Herstellern Aufträge in Rekordhöhe verzeichnet: Insgesamt gingen Bestellungen über rd. 1300 neue Flugzeuge ein, 1033 davon alleine bei Airbus und Boeing. Zu den am stärksten nachgefragten Modellen zählen Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge, also Flugzeuge mit einer Kapazität von 150 bis 220 Passagieren.

Die FACC profitiert von dieser Entwicklung sehr stark, da Leichtbaulösungen der FACC bei allen Flugzeugherstellern zum Einsatz kommen. Insgesamt wuchs das Orderbuch der FACC dadurch um rd. 400 Millionen Euro.

Dekarbonisierung als Innovationstreiber

Das erklärte Ziel der gesamten Industrie: Bestehende Flotten mit nachhaltigeren und emissionsärmeren Flugzeugen zu modernisieren. Einen besonderen Stellenwert bei der Erreichung dieser Ziele sind Leichtbausysteme. Diese tragen dazu bei, das Flugzeuggewicht deutlich zu reduzieren sowie durch aerodynamische Lösungen den Luftwiderstand zu verringern.

„Die auf der Paris Air Show erzielten Rekordbestellungen zeigen den Bedarf an neuen und effizienten Flugzeugen,“ umreißt CEO Robert Machtlinger den Branchentrend.

Urban Air Mobility mit viel Aufwand

Neben der zivilen Luftfahrt war auch die Präsenz aller großen Hersteller im Bereich Urban Air Mobility enorm. Gerade in diesem Bereich sind neue Leichtbaulösungen und die Verwendung elektrischer Antriebssysteme wesentlich.

Durch die frühzeitige strategische Ausrichtung ist die FACC hier hervorragend aufgestellt, der Kundenkreis des oberösterreichischen Unternehmens wächst auch in diesem Segment. So baut FACC für den amerikanischen Urban Air Mobility Spezialisten Archer Aviation die gesamte Flugzeugstruktur, darunter Rumpf und Tragflügel.



Foto: FACC

Rekord-Flugzeugbestellungen von Airlines auf Paris Airshow (v.l.): Roland Brunner (Director Business Strategy), CEO Robert Machtlinger, Günter Nelböck (VP Engines & Nacelles)



Foto: FACC/Gortana

Der Stammsitz des an der Wiener Börse notierten Unternehmens in Ried im Innkreis

Nachhaltige Erholung der Luftfahrtindustrie

„Die Luftfahrtindustrie hat gezeigt, daß sie Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann,“ unterstreicht Machtlinger den Erfolg der Paris Air Show. Als Branchentreff aller Industrievertreter stand auf der internationalen Messe das anstehende Hochfahren der Produktionsraten im Vordergrund. Für

die FACC bestätigt diese steigende Nachfrage die Prognosen der letzten Monate, ein weiterer Ausbau der Fertigungskapazitäten in den kommenden Jahren ist die Folge. Zusätzlich zu den 400 neuen MitarbeiterInnen, die bereits im Jahr 2022 aufgenommen wurden, sucht die FACC derzeit weitere 600 alleine für die Standorte in Oberösterreich. ■

<https://www.facc.com/>

Volontariat bewegt

10 Jahre Auslandseinsätze mit Volontariat bewegt: Bundespräsident Van der Bellen gratuliert und stärkt jungen Freiwilligen den Rücken



Foto: Julian Funk

VolontärInnen mit Mariama Sow (1. Reihe 1. v.l., Pater P. Obermüller (1. Reihe, 2. v li), Hannelore Bauer (1. Reihe 1. v.r.)

Bereits seit zehn Jahren ermöglicht der Verein wertvollen interkulturellen Austausch durch Freiwilligeneinsätze in Kinder- und Jugendsozialprojekten. Diese Zeit ist oft (lebens-)wegweisend für die Freiwilligen, wie eine Umfrage anlässlich des runden Geburtstags belegt. Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratulierte herzlich zum Jubiläum, das am 8. Juli gefeiert wurde.

Ende diesen Sommers entsendet Volontariat bewegt wieder 14 Freiwillige nach mehrmonatiger Vorbereitung in ihre Einsatzprojekte nach Ecuador, Georgien, Indien, Kenia, Kolumbien und Mexiko. Dort wollen sie mitgestalten – ihre eigene Zukunft und die Zukunft anderer: „Junge Menschen wollen etwas bewegen. Das Volontariat im Globalen Süden vereint diesen Tatendrang mit einer einmaligen Lernchance: den Blick global zu weiten. Das Jahr ermöglicht Perspektivenwechsel. So entstehen neue Sichtweisen auf die Welt und das eigene Leben,“ berichtet Geschäftsführerin Mariama Sow über die Freiwilligeneinsätze mit der Entsendeorganisation. Viele machen den Freiwilligeneinsatz als Ersatz für den Zivildienst in Österreich, andere wollen sich nach der Schule oder während des Studiums im Ausland sozial engagieren. Im Zentrum steht dabei immer das Wohl der Kinder und Jugendlichen, die in Bildungs- und Sozialprojekten weltweit auf vielfältige Weise unterstützt werden. So variieren auch die Aufgaben der Freiwilligen je nach Einsatzprojekt. Egal ob bei Freizeitbetreuung im Jugendzentrum, Koordination

des Mittagessens im Internat oder bei der Lernhilfe in der Schule: die VolontärInnen können ihre Fähigkeiten und Stärken auf vielfältige Art und Weise einsetzen, um in den lokalen Projektstrukturen mitzuarbeiten. Finanziell unterstützt wird Volontariat bewegt von der Austrian Development Agency und dem Sozialministerium.

Dankende Worte bei Jubiläumsfest

Die neuen Freiwilligen treten in die Fußstapfen von rund 750 VorgängerInnen: Bereits seit über 30 Jahren werden Freiwilligeneinsätze von den Trägerorganisationen Jugend Eine Welt und den Salesianern Don Boscos durchgeführt – der gemeinsame Verein Volontariat bewegt feiert dieses Jahr seinen ersten runden Geburtstag. Beim gemeinsamen Jubiläumsfest dankten die beiden Gründer des Volontariatsprogramms, Reinhard Heiserer (Geschäftsführer Jugend Eine Welt) und Pater Petrus Obermüller (Salesianer Don Boscos) allen MitstreiterInnen und Freiwilligen für die gute Zusammenarbeit der letzten Dekade. Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratulierte den drei Organisationen persönlich mit einer Videobotschaft und würdigte und würdigte das Engagement der jungen Menschen: „Danke, daß Sie alle gemeinsam Menschen bewegen, Veränderungen bewirken und die Welt zu einem besseren Ort machen.“

30 Jahre Freiwilligeneinsätze

Volontariat bewegt wollte von ehemali-

gen VolontärInnen im Rahmen einer Jubiläumsbefragung wissen, wie sie auf ihren Einsatz aus heutiger Sicht zurückblicken. Die 120 TeilnehmerInnen der Umfrage hatten in den vergangenen 30 Jahren meist direkt nach dem Schulabschluß einen Dienst in einem der 26 Einsatzländer absolviert. Die Ergebnisse zeigen, daß das freiwillige soziale Jahr im Ausland die Sicht der Rückkehrenden verändert. Häufig hinterfragen sie ihre Konsum- und Lebensgewohnheiten und werden sensibler für Rassismus und globale Ungerechtigkeit. Neben der persönlichen Weiterentwicklung und Stärkung des Selbstvertrauens sehen sie die internationale Erfahrung als Gewinn. Für über 60 Prozent hatte das Volontariat Einfluß auf Ihre Berufs- oder Studienwahl: Viele entscheiden sich für Berufe im pädagogischen und sozialen Bereich als Lehrkraft oder SozialarbeiterIn. VolontärInnen schlagen außerdem Brücken zwischen Menschen und Kulturen: 75 Prozent der Befragten haben noch Kontakt zu Menschen aus ihrem Einsatzland und über 85 Prozent fühlen sich bis heute mit diesem verbunden. Dies drückt sich durch besonderes Interesse am gesellschaftlich-politischen Geschehen sowie kulinarischen und musikalischen Vorlieben aus. Für viele ist das Einbringen der Erfahrungen und neugewonnen Perspektiven in ihrem Umfeld auch Zeichen dieser Verbundenheit. Das Volontariat bewegt auf vielen Ebenen – und wird es in den kommenden Jahren weiterhin tun. ■

<https://www.volontariat.at>

Österreich, Europa und die Welt

Österreicherin wird Hauptdirektorin beim Europäischen Patentamt

Mit dem Wechsel von Mariana Karepova zum Europäischen Patentamt zieht eine gewichtige österreichische Stimme nach München. Zeitlich passend, denn mit 1. Juni 2023 trat das europäische Einheitspatent in Kraft – die jahrzehntelang vorbereitete Zeitenwende für den EU-Binnenmarkt.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, der auch das Patentamt untersteht: „Wir freuen uns über den Karriereschritt nach München, von dem wir uns auch große Synergien für die heimische Innovationsszene erwarten. Ich gratuliere Mariana Karepova sehr herzlich. Knapp vor der Einführung des europäischen Einheitspatents ist das eine sehr gute Vorbereitung auf die bevorstehende Internationalisierungswelle.“

Mariana Karepova ist studierte Volkswirtin und seit 2015 Präsidentin des Österreichischen Patentamtes. Sie bringt neben ihrer Expertise in Technologiepolitik und geistigem Eigentum auch ein weit verzweigtes Netzwerk mit, das Industrie, Start-ups, internationale und europäische Institutionen, Politik und viele Patentämter und Innovationsagenturen auf der ganzen Welt umfaßt.



Foto: Österreichisches Patentamt/APA-Fotoservice/Reither

Mariana Karepova wird Hauptdirektorin für Europäische und internationale Angelegenheiten in München

In ihren acht Jahren als Präsidentin des Österreichischen Patentamtes hat sie das Haus in Wien Brigittenau grundlegend geöffnet und zu einer gefragten IP-Agentur gemacht.

Sie hat Serviceorientierung groß geschrieben und einen zeitgemäßen KundInnenbegriff geprägt. Sie hat Verwaltungsschritte des Amtes digitalisiert und zertifizierte Qualitätsstandards eingeführt.

Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stand auch das Haus nach innen zu reformieren. Dazu gehörte neben einer modernen Personalpolitik und der Förderung junger Talente auch der Umbau der Flächen in der Dresdnerstraße zu einem hybriden Büro für Tele- und Präsenzarbeit.

Spürbar wurde Ihre Vision vom Patentamt als IP-Beratungsagentur auch im Außenaustritt und in der Sprache des Hauses. Dadurch konnten vielen neue Zielgruppen, von innovativen KMU über Start-ups bis hin zu Firmen in der Kreativ- und Kunstszene sensibilisiert und für den Schutz des Geistigen Eigentums motiviert werden. Das Patentamt wurde unter ihrer Führung zu einem Top-Berater in Fragen des geistigen Eigentums. ■

<http://www.patentamt.at/>

<https://www.epo.org/>

Hemma Schmutz erhält französischen Ritterorden

Hemma Schmutz, Direktorin des Lentos Kunstmuseum Linz, darf sich über eine besondere Auszeichnung freuen: Sie bekam Anfang Juli den Ordre des Arts et des Lettres im Rang eines Ritters (frz. Chevalier) verliehen. Der belohnt Personen, die sich durch ihre künstlerischen oder literarischen Werke oder durch ihren Beitrag zur Ausstrahlung der Künste und der Literatur in Frankreich und der Welt besonders verdient gemacht haben.

„Ich selbst spreche seit meiner Jugend Französisch und fühlte mich immer schon zur Kultur dieses wundervollen Landes hingezogen. Eins meiner wöchentlichen Highlights ist ein Französisch-Kurs, in dem ich mit Gleichgesinnten meine Sprachkenntnisse vertiefe. Ich habe Frankreich schon oft besucht und bin immer wieder beeindruckt vom kulturellen Angebot, vor allem die Biennale in Lyon hat mich bei meinem letzten Besuch besonders inspiriert“, so Schmutz.

Die aktuelle Sammlungspräsentation zeigt Werke namhafter französischer Künstler wie Georges Mathieu und André Masson. In der aktuellen Sonderausstellung Sisters & Brothers sind zudem Gemälde von Gustave Courbet und Eugène Carrière zu sehen. Im Gegenzug wurden im vergangenen Jahr



Foto: Stadt Linz

Hemma Schmutz, Direktorin Lentos Kunstmuseum (l.) und Doris Lang-Mayerhofer

wertvolle Leihgaben des Lentos, Kokoschka Die Freunde und Vater Hirsch, an das Musée d'Art Moderne de Paris übergeben. Erst Anfang des Jahres war darüber hinaus im Linzer Kunstmuseum eine Personale über den gebürtigen Kärntner Maler Jean Egger, der in Paris eine zweite Heimat fand, zu sehen.

Doris Lang-Mayerhofer, Stadträtin für Kultur, Tourismus und Kreativwirtschaft der Stadt Linz gratulierte Hemma Schmutz nach der Verleihung zu ihrer außergewöhnlichen Auszeichnung im Lentos mit einem Blumenstrauß. ■

<https://www.lentos.at/>

Weltweit 660 Hilfsprojekte

Päpstliches Missionswerke in Österreich verzeichnet Spendenrekord

Seit über 100 Jahren wirken die Päpstlichen Missionswerke in 150 Ländern und gehen gemeinsam mit den kirchlichen PartnerInnen vor Ort zu den Ärmsten der Armen. In Österreich zählt Missio zu den zehn größten Spendenorganisationen. Im Jubiläumsjahr 2022 konnte trotz anhaltender Inflation ein Spendenrekord von 18,2 Millionen Euro erzielt werden.

„Es ist ein Erfolg für die Menschen, denen wir helfen. Wir konnten drei Mal so viel helfen als noch vor einigen Jahren. Wir erleben eine Weltkirche, die vor großen Herausforderungen steht. Nicht nur Armut, sondern auch Verfolgung und Bedrängnis treffen auf die Menschen im Globalen Süden. Für uns von Missio Österreich ist es eine große Freude, daß wir gemeinsam mit unseren kirchlichen Partnerinnen und Partnern vor Ort mehr denn je helfen konnten“, sagt Missio-Nationaldirektor Pater Karl Wallner.

Verstärkt Hilfsprojekte im Bildungsbereich

Der Hauptfokus der geförderten Projekte liegt im Bereich Bildung und wurde gegenüber dem Vergleichsjahr erneut ausgebaut. Mehr als ein Drittel (38,28 Prozent) der gesamten Unterstützungen fließen in generelle Bildungszugänge, insbesondere für Mädchen, die Errichtung von Schulen oder Digitalisierungsprojekte.

Ein Projekt in Lubumbashi, in der Demokratischen Republik Kongo, bietet Straßenkindern einen sicheren Zufluchtsort und ermöglicht ihnen einen Zugang zur Schule mit dem Ziel, die Spirale der Gewalt aufzuhalten und ihnen eine Perspektive zu geben. Missio Österreich befreit aber auch Kinder aus der Kobalt-Minen-Sklaverei in Kolwezi und ermöglicht ihnen den Schulbesuch und gibt die Möglichkeit für ein neues Leben.

660 Projektunterstützungen weltweit

Von den insgesamt 660 Projekten in verschiedenen Bereichen wie Soziales, Katastrophenhilfe oder Gesundheit sind 334 in Afrika, 192 in Asien, 78 in Europa, 48 in Amerika und 8 in Ozeanien.

Zu den Hauptprojekten 2022 zählten: Im Zuge der Ukraine-Nothilfe wurden mehr als sechs Millionen Binnenflüchtlinge, insbesondere Mütter, Kinder und ältere Menschen



Foto: Missio/ Simon Kupferschmid

Missio-Nationaldirektor Pater Karl Wallner besuchte Kinder in den Slums von Kalkutta: „Kalkutta ist durch das Wirken der Heiligen Mutter Teresa zu einem Synonym von Slums und der großen Hilfeleistung geworden. Gemeinsam mit unseren langjährigen Projektpartnern, der ‚Seva Kendra‘ und den Salesianern Don Boscos, wollen wir hier konkret Hilfe leisten!“

mit Schlafplätzen, Lebensmitteln und Medikamenten unterstützt. Die Projektsumme betrug 202.520 Euro.

Nach dem außergewöhnlich heftigen Monsunregen und Überschwemmungen im Sommer 2022 in weiten Teilen Pakistans, wo mehr als 33 Millionen Menschen betroffen waren, konnte eine Katastrophenhilfe von 190.000 Euro bereitgestellt werden. Im Zuge der Katastrophenhilfe wurde mit fehlenden Lebensmitteln, Trinkwasser, sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung geholfen.

Nach der schlimmsten Dürre in Kenia seit 70 Jahren haben die Menschen im Norden des Landes alles verloren. Insgesamt 50.800 Euro konnten für dringend benötigte Nahrungsmittel und Viehfutter eingesetzt und damit 400 Familien, die am stärksten betroffen waren, unterstützt werden.

Nachdem sich die Situation aufgrund des islamistischen Terrors in Burkina Faso immer mehr zugespitzt hat, mußten mittlerweile zwei Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen und sind auf der Flucht. Die geflüchteten Familien wurden von Missio und Priester Abbé Louis-Marie mit humanitärer Hilfe, medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln sowie Kleidung mit einer Projektsumme von 52.000 Euro unterstützt.

100 Jahre Jubiläum

Das Jahr 2022 markierte ein großes Jubiläum für die Päpstlichen Missionswerke. Vor 100 Jahren, im Jahr 1922, wurden drei französische Missionswerke von Papst Pius XI. zu „Päpstlichen Missionswerken“ erhoben. Im selben Jahr führte Kardinal Gustav Piffel diese auch in Österreich ein. Vor 200 Jahren gründete Pauline Marie Jaricot in einer Zeit rascher politischer und kultureller Umwälzungen zusammen mit anderen Laien in Lyon das „Werk der Glaubensverbreitung“, heute bekannt als Missio. 2022 wurde sie in Lyon seliggesprochen.

Höhepunkt der Feierlichkeiten war das Jubiläumsgala am 3. November mit einer großen Jubiläumsgala mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen als Ehrengast, missionarische Persönlichkeiten wurden für ihren Einsatz der Nächstenliebe mit dem „Emil“ – Austria.On.Mission-Award ausgezeichnet.

Die Päpstlichen Missionswerke („Missio“) wirken seit 1922 in 150 Ländern der Welt. Als eine der zehn größten Spendenorganisationen in Österreich engagiert sich Missio Österreich mit Papst Franziskus an der Spitze für die Stärkung der wachsenden Weltkirche in den ärmsten Ländern der Welt. ■

<https://www.missio.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Jewish Welcome Service bringt 30 Personen nach Wien



Foto: Stadt Wien/Schaub-Walzer

Die rund 30 Gäste des Jewish Welcome Service Vienna wurden von Stadträtin Veronica Kaup-Hasler im Rathaus empfangen

Der Jewish Welcome Service Vienna war Mitte Juni wieder Gastgeber einer Gruppe von 30 Personen aus Australien, Argentinien, den USA, England und Israel. Sie wurden von Stadträtin Veronica Kaup-Hasler im Rathaus begrüßt, beim Aspang Bahnhof Memorial wurde ihnen auch der Aron Menczer Campus gezeigt, benannt nach dem

charismatischen jüdischen Pädagogen, der zwischen 1939 und 1942 vielen jüdischen Kindern in Wien das Leben gerettet hat. Er selbst wurde 1943 im KZ Auschwitz-Birkenau ermordet. Ein Besuch der Namensmauer vor der Nationalbank gab es löste viele emotionale Momente aus. Weiters standen Besuche der Sammlung Liechtenstein und des

Freud Museum auf dem Programm, das eine Wien Stadtrundfahrt und auch einen Spaziergang durch das jüdische Wien beinhaltet.

Der Wien-Besuch für die rund 30 Gäste endete – traditionsgemäß – mit einem Besuch in der Synagoge und einem Schabbat Essen am Freitagabend. ■

<https://jewish-welcome.at/>

Emanuel Tov ist zweiter Baron-Preisträger

Seit 2020 vergeben die Knapp Family Foundation und die Universität Wien gemeinsam alle zwei Jahre den Salo W. und Jeannette M. Baron Preis für wissenschaftliche Exzellenz in der Erforschung des Judentums. 2023 geht der Preis an Emanuel Tov, emeritierter Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Der Baron Award wird alle zwei Jahre an anerkannte WissenschaftlerInnen für ein besonders herausragendes Buch oder ihr Lebenswerk vergeben. Mit dem Baron Award werden die Errungenschaften und das Erbe von Salo Wittmayer Baron gewürdigt, der als „der größte jüdische Historiker des 20. Jahrhunderts“ gilt.

Emanuel Tov, der diesjährige Preisträger, emigrierte in jungen Jahren nach Israel. 1973 promovierte er an der Hebräischen Universität in Jerusalem mit einer Arbeit über die Übersetzung des Jeremiabuchs in der Septuaginta. Seit 1986 war er Professor an der Hebräischen Universität, seit 1990 als J.L. Magnes Professor für Hebräische Bibel, seit

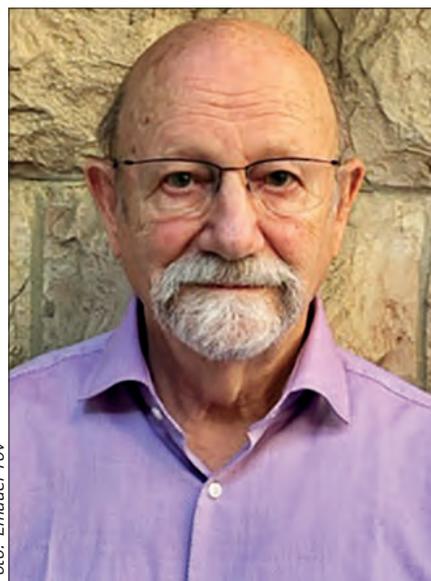


Foto: Emanuel Tov

Emanuel Tov, emeritierter Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem

2009 ist Tov emeritiert. Darüber hinaus ist er seit 1990 Hauptherausgeber der Textfunde vom Toten Meer. Neben seiner Lehrtätigkeit

in Jerusalem ist Tov auch an zahlreichen hochrangigen Universitäten in der Welt tätig gewesen, unter anderem an der Harvard University und Oxford University. Tov ist Mitglied der British Academy und hat viele renommierte Wissenschaftspreise erhalten, so etwa den Humboldt-Preis und den Emet Prize for Biblical Research des israelischen Premierministers.

Die Welt verdankt es Emanuel Tov, daß heute alle am Toten Meer gefundenen Texte ediert und veröffentlicht sind. Unter seiner Leitung des Dead Sea Scrolls Publication Projects erschienen zwischen 1992 und 2010 mehr als 30 der insgesamt 40 Bände in der Reihe Discoveries in the Judean Desert.

Wie Salo W. Baron ist Emanuel Tov einer der wenigen WissenschaftlerInnen, die nicht nur durch ihre Forschungen ein ganzes Wissenschaftsfeld neu aufgestellt, sondern auch in der Organisation der Wissenschaft Meilensteine gesetzt haben. ■

<http://www.emanueltov.info/>

<https://www.univie.ac.at/>

Möglichkeiten des Friedens

... bei internationalem Austausch über Religionsgemeinschaften in Budapest

Mitte April fand in Budapest eine hochrangige Konferenz unter Teilnahme etlicher Staaten wie den USA, Deutschland, Frankreich, Kanada, Polen, Ungarn, der Schweiz, der Slowakei, Österreich und anderen statt.

Von Österreich war der frühere langjährige Nationalratsabgeordnete und außenpolitisch in etlichen Funktionen erfahrene Prof. Josef Höchtl eingeladen. Er sollte in einem Referat die Entwicklung der österreichischen Religionsgemeinschaften darlegen und in einem zweiten Teil Möglichkeiten aufzeigen, wie Religionsgemeinschaften durch Begegnung und gegenseitiges Verständnis zu friedlichen Entwicklungen in besonders schwierigen Teilen der Welt beitragen könnten.

Die vorliegende Analyse stellt einen Versuch dar, die Entwicklung aller größeren Religionsgemeinschaften seit mehr als 70 Jahren – also bis zum neuesten Stand der religiösen Struktur – in Österreich wiederzugeben.

Höchtl, der sich als Sozialwissenschaftler mit derartigen Analysen seit 20 Jahren intensiv auseinandersetzt, konzentrierte sich auf die Hauptergebnisse: „Die Katholische Kirche in Österreich ist zwar mit 52 % nach wie vor am größten, aber: die Entwicklung seit den 60er-Jahren ist im Auge zu behalten: es waren damals rund 90%! Die moslemischen Gruppen stehen mit über 8,3 % an zweiter Stelle und sind die am stärksten wachsende Gruppierung (zusätzlich auch die orthodoxen Gruppen). Und die Anzahl der Religions- und Konfessionslosen ist auch weiter im Steigen und umfaßt rund 20 % – mit einem Höchstwert von 34 %) in Wien.

Darstellung der wesentlichen Gruppen im Überblick

- 1) die Katholiken liegen derzeit bei 52 %, bis zu den 70er-Jahren waren es noch rund 90 % (!),
- 2) die Moslems bzw. islamische Gruppen zählten noch 1971 nur 0,3 %, jetzt sind es 8,3 % (Stand 2022),
- 3) die Orthodoxen Gruppen waren verzeichneten noch im Jahre 2001 2,2 %, jetzt sind es 4,9 % (Stand 2022),
- 4) die verschiedenen Protestantischen Gruppierungen sind mit 3,8 % vertreten,
- 5) die Buddhisten zählen rund 0,3 %,



© Josef Höchtl

Am Rande der Tagung in Budapest (v.l.): Tamás Lovassy (Ungarn), Prof. Josef Höchtl (Österreich), Doug Coe (USA) und Janos Harmatta (Ungarn)

- 6) die Altkatholiken sind im Laufe der Jahre von 0,5 % auf 0,1 % gesunken,
- 7) die Jüdischen Gruppen umfassen rund 0,1% und
- 8) es gibt noch eine Reihe kleinerer Gruppierungen.

Die Zahl der Personen ohne Glaubensbekenntnis ist in den letzten zwei Jahrzehnten massiv gestiegen. In der Bundeshauptstadt Wien kann eine besondere Situation beobachtet werden: Laut Erhebungen aus dem Jahr 2021 kommen die Religions- und Konfessionslosen in der Bundeshauptstadt auf 34 %, während die Katholiken in Wien mit 32 % nur mehr Platz zwei erreichten! Erst wenn man alle christlichen Glaubensgemeinschaften zusammenrechnet, geht sich mit 49 % noch Platz eins aus. Der Islam lag 2021 in Wien bei mittlerweile 15 Prozent. .

Höchtl betonte aber: „Was ich gerade in dieser Situation der gesunkenen Anteile der Katholiken und Protestanten hervorheben möchte, ist, daß die österreichische Bevölkerung – trotz abnehmender direkter Zugehörigkeit – massiv für die Aufrechterhaltung der christlichen Prägung des Landes eintritt. Eine in meinen Augen besonders wichtige Fragestellung in so manchen repräsentativen Untersuchungen lautete nämlich in den letzten Jahren: ‚Österreich ist ein christliches Land und soll es dies auch bleiben?‘“, so

Höchtl weiter. „Dabei zeigte sich, daß sogar rund 4 von 5 Österreichern – auch wenn sie also nicht Mitglieder einer christlichen Kirche sind – ihr Land derzeit als christliches Land betrachten und auch für die Zukunft fordern, daß es ein christliches Land bleiben solle. Je nach Untersuchung sind nur bis zu 8 % der gesamten österreichischen Bevölkerung gegenteiliger Auffassung, während die restlichen Befragten keine Antwort geben.“

Möglichkeiten des Friedens...

In einem zweiten Teil der Tagung lautete das Thema „Möglichkeiten des Friedens über Kooperation von Religionsgemeinschaften“.

Höchtl referierte über einige Aktionen, die es ermöglichten, über diese Schiene zu positiven Ergebnissen zu kommen – mit der Vorbedingung, daß dies „im Geheimen“ und nicht in der breiten Öffentlichkeit durchgeführt wird – was für eine Konfliktbeilegung schädlich wäre. Und empfahl „Never Give Up!“ („Nienals aufgeben“)

Einer der führenden Persönlichkeiten unter den Teilnehmenden war der US-Amerikaner Doug Coe, der in jahrzehntelanger Arbeit führende Politiker vieler Nationen darin bestärkte: „There is more, which unites us than divides us“ (*Es gibt mehr, was uns eint, als was uns trennt*) und damit die Gemeinsamkeiten auch und gerade im Dienste des Friedens forcierte. ■

Polen und Europa – wirtschaftliche Perspektiven

Österreichisch-Polnische Gesellschaft: Vortragsabend mit dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler, Diplomaten und Hochschullehrer Andrzej Byrt



v.l.: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, die Geschäftsführerin der Wiener Messe Besitz GmbH, Katharina Weishaupt, die Vizepräsidentin der Wiener Wirtschaftskammer, Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin in Wien Kasia Greco, der Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft, Prof. Theodor Kanitzer, Vortragende Prof. Andrzej Byrt und Andreas Klingan, Geschäftsbereichsleiter der Oberbank in Wien

Auf Einladung der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft (ÖPG) fand in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Wien am 27. März im Vortragssaal der Wiener Zentrale der Oberbank am Schwarzenbergplatz ein Vortragsabend mit dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler, Diplomaten und Hochschullehrer Andrzej Byrt statt.

Andrzej Byrt

Nach einem Studium an der Wirtschaftsuniversität, wo er 1977 promovierte, arbeitete dieser für die Internationale Messe in Poznań, zuerst als deren Marketingleiter und dann seit 1982 als Generaldirektor.

Später war er Wirtschaftsberater an der Botschaft der Republik Polen in Brüssel und anschließend Vizeminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland. Von 1995 bis 2001 war Byrt erstmals Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland. 2001 wurde er als Vizeminister in das polnische Außenministerium berufen, kehrte aber 2002 bis 2006 als Botschafter

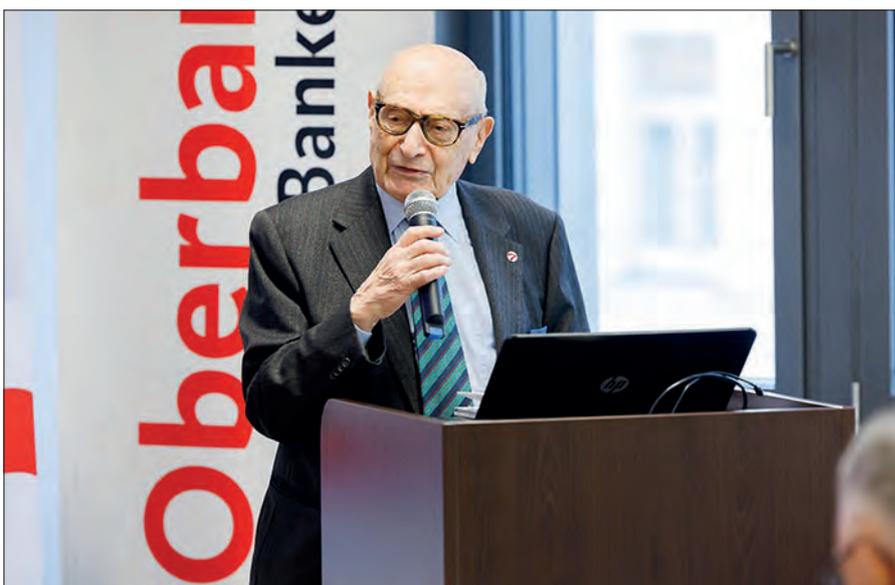


Foto: PaN/Florian Wieser

Der Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft, Prof. Theodor Kanitzer, bei seinen Begrüßungsworten in den Räumen der Oberbank in Wien

nach Deutschland zurück. Anschließend beriet er dann den Vorstand der Internationalen Messe in Poznań, bevor er von 2009 bis

2014 Vorstandsvorsitzender der Messe und Präsident der polnischen Messewirtschaft war. Im Jänner 2015 wurde er zum Botschaf-

Österreich, Europa und die Welt / PaN

ter der Republik Polen in Frankreich und Monaco ernannt, jedoch im Juli 2016 von der neuen Regierung der rechtskonservativen PiS abberufen. In Polen wurde ihm 1997 das Offizierskreuz und 2011 das Komturkreuz des Ordens Polonia Restituta verliehen, in der Bundesrepublik Deutschland wurde ihm das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Im Jahr 2016 erhielt er den Titel des 25. Ehrendoktors der Universität für Wirtschaft in Poznań. Gegenwärtig unterrichtet er an der WSB Merito University in Poznań.

... mit großer Freude und Dankbarkeit

ÖPG-Präsident Prof. Theodor Kanitzer begrüßte Andrzej Byrt und dessen Frau Gosia „mit großer Freude und Dankbarkeit“. Er dankte auch der Vizepräsidentin der Wiener Wirtschaftskammer WKW, der Landtagsabgeordneten und Gemeinderätin Kasia Greco, die auch Grüße von WKW-Präsidenten Walter Ruck überbrachte. Dann erinnerte er in an die erfolgreiche und vielseitige Tätigkeit der ÖPG seit ihrer Gründung im Jahr 1946. Und, nicht zuletzt, richtete Kanitzer seinen Dank an Direktor Andreas Klingan, dem Geschäftsbereichsleiter der Oberbank in Wien, für die Ermöglichung dieses Vortrags in „seiner“ Bank.

Begrüßung durch den »Hauherrrrn«

Andreas Klingan hieß die Anwesenden sehr herzlich willkommen, u.a. mit folgenden Worten: „Es ist eine besondere Ehre und Freude, Herrn Dr. Andrzej Byrt, eine große Persönlichkeit des wirtschaftlichen Lebens und ein erfolgreicher Diplomat Polens, als Vortragenden begrüßen zu können. Die Oberbank ist“, wie er ausführte, zwar in Polen nicht vertreten, jedoch in den Nachbarländern Deutschland, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Sie ist auch eine sehr erfolgreiche Bank der Industrie mit vielen internationalen Kontakten.“ Er verlieh auch seiner Freude über die Teilnahme von Kasia Greco Ausdruck.

Kasia Greco: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Österreich

Anschließend ergriff Kasia Greco das Wort. Im Folgenden seien ihre Grußworte wiedergegeben: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, Sie alle auch von meiner Seite aus begrüßen zu dürfen. Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen und Ihnen allen Danken. Danke für Ihre Zeit, Danke für Ihr Interesse, Danke für Ihren Zusammenhalt. Selbst mein Mädchenname, Kasia Ehrlich steht für das, was die Österrei-



Foto: PaN/Florian Wieser

Direktor Andreas Klingan, Geschäftsbereichsleiter der Oberbank in Wien



Foto: PaN/Florian Wieser

Die Vizepräsidentin der Wiener Wirtschaftskammer, Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin in Wien, Kasia Greco, bei ihrer Einordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Österreich

chisch-Polnische Gesellschaft symbolisiert, und wofür sie seit über einem halben Jahrhundert steht: die intensive Beziehung zwischen Österreich und Polen. Und das hat sie, haben wir alle, vor allem einem Mann zu verdanken: Prof. Dr. Theodor Kanitzer. Er ist die Konstante und treibende Kraft unzähliger Projekte, Vorträge und Veranstaltungen, die in den letzten Jahren verwirklicht wurden. Seine aktive Tätigkeit baute das starke Netzwerk der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft auf, und sein Einsatz ist und bleibt unerschöpflich. Er ist uns allen Antriebs- und Role Model und das Herzstück der Gesellschaft. Vielen herzlichen Dank für diese großartige und produktive Zusammenarbeit.“

„In seinem Vortrag“, so Kasia Greco weiter, „wird uns Prof. Dr. Andrzej Byrt auch die Stärken und das Potential des Wirtschaftsstandortes Polen aufzeigen, mit dem Österreich und insbesondere Wien eine starke Verbindung aufweist. Für die Unterstützung dieser Verbindung und Zusammenarbeit steht die Österreichisch-Polnische Gesellschaft. Es ist mir eine besonders große Freude, Prof. Dr. Theodor Kanitzer, den Präsidenten der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft, heute persönlich begrüßen zu dürfen. Sein großes Engagement bei der Organisation der heutigen Veranstaltung ist wieder einmal beeindruckend.“

„Polen und Österreich“, so die WKW-Vizepräsidentin weiter, „verbindet eine lange

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Geschichte – eine historische sowie insbesondere auch eine großartige Unternehmensgeschichte. Zu sehen ist das unter anderem an den Beispielen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und am Einsatz österreichischer Firmen, die zur Modernisierung Polens beitrugen. Die Wiener Wirtschaft und die polnische Wirtschaft sind stark miteinander verflochten. Im Jahr 2021 war Polen für Wien der sechstwichtigste Exportpartner. Insgesamt flossen 4,9 Prozent der Wiener Exporte nach Polen, sie betragen rund 1,13 Mrd. Euro. Das bedeutete einen Anstieg von 19,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zu den wichtigsten Exportprodukten zählen pharmazeutische Erzeugnisse und Kunststoffe. Auch die Zahl der Importe ist beträchtlich, denn insgesamt betragen die Wiener Importe 2021 rund 1,32 Mrd. Euro, somit eine Steigerung von 34,2 Prozent im Vergleich zu 2020. Damit war Polen für Wien im Jahr 2021 der achtwichtigste Importpartner. Die aktiven Direktinvestitionen Österreichs in Polen beliefen sich im Jahr 2021 auf 14,377 Mio. Euro. Die passiven Direktinvestitionen hingegen betragen 380 Mio. Euro.“

Wiener Unternehmen hätten vielfach bereits vor Jahrzehnten ihr Geschäft auf dem polnischen Markt ausgebaut und sich dort etabliert. Österreich zähle, so Kasia Greco, über 600 Niederlassungen in Polen, rund 500 Niederlassungen davon sind Wiener Unternehmen – namentlich, um nur einige zu nennen, zum Beispiel PORR, Mondi, Uniq, S+B Gruppe, VAMED, Waagner-Biro, oder Rail Cargo. Waagner Biro Steel and Glas beispielsweise hätten für die Cavatina Halle in Bielsko-Biala – ein Kulturprojekt in Südpolen – den Polnischen sowie den Österreichischen Stahlbaupreis gewonnen. Und erst im September letzten Jahres habe die S+B Gruppe mit dem neu in der Warschauer Innenstadt gebauten Wolkenkratzer „Widok Towers“ den „Office Building of the Year“ der CEE Eurobuild Awards erhalten.

„Polen und Wien verbinden des Weiteren Gemeinsamkeiten in den Spitzenthemen und Stärkefeldern der Wirtschaftsstandorte – diese vor allem in den Bereichen Innovation, geprägt durch eine florierende und weiter steigende Start-Up-Landschaft, oder auch in punkto Smart City. Bei diesen Themen herrscht bereits ein regelmäßiger und gehaltvoller Austausch. Viele Projekte und Initiativen gehen auch auf Aktivitäten internationaler Messen zurück und so freue ich mich, daß auch Frau Dr. Weishaupt als Vertreterin der Messe Wiens anwesend ist. Ich freue mich auch hier auf den Austausch im



Foto: PaN/Florian Wieser

Der polnische Wirtschaftswissenschaftler, Diplomat und Hochschullehrer Andrzej Byrt bei seinem Vortrag in der Wiener Zentrale der Oberbank

Anschluß an den Vortrag“, so Greco, denn die Messe Wien stelle seit mehr als 100 Jahren mit jährlich Dutzenden Messen und Kongressen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Sie sei ein Anziehungspunkt und fördere gleichzeitig Internationalität. Dies stehe im Einklang mit den Zielen der Wirtschaftskammer Wien, denn es sei ein Anliegen der Außenwirtschaft, Wiener Unternehmen bei ihren Schritten ins Ausland zu unterstützen und die Verbindungen auch in weiterer Folge aufrechtzuerhalten.

„Cirka 12.500 Wiener Unternehmen sind derzeit international aktiv und erwirtschaften ein Exportvolumen von ca. 45 Mrd. Euro inkl. Dienstleistungsexport. International agierende Betriebe werden auch von uns als Wirtschaftskammer Wien tatkräftig serviert, auch mit Unterstützung eines Netzwerks von weltweit 100 Büros der Wirtschaftskammer Österreich. In Polen ist das WKO-Büro in Warschau erster Ansprechpartner für unsere heimischen Unternehmen und wird für die Verlässlichkeit und das Netzwerk vor Ort sehr geschätzt. Unternehmen, die demnach an der Region interessiert sind, haben eine umfassende Möglichkeit, sich auf den einschlägigen Fachmessen sowohl in Wien als auch in Polen zu informieren und können zudem das Außenwirtschaftsnetzwerk der Wirtschaftskammer Wien

und der österreichisch-polnischen Gesellschaft nutzen. Auch heute sind wir sehr gerne hier vor Ort vertreten und freuen uns, auch für Fragen bereitzustehen. Herzlichen Dank!“

Der Vortrag von Andrzej Byrt

Dem „Österreich Journal“ wurde von der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft der Vortrag von Andrzej Byrt zur Verfügung gestellt. Lesen Sie Auszüge daraus im Anhang ab der Seite 187.

Am Vortrag teilgenommen haben u.a.: von Seiten des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten Gesandter Gerhard Eisl, Leiter des Departments Foreign Economics und Trade Diplomacy, und der zuständige Referatsleiter für Polen, Gesandter Joško Emrich; Katharina Weishaupt, Geschäftsführerin der Wiener Messe Besitz GmbH; der Generalsekretär des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften PaN, Senator Walter J. Gerbautz und PaN-Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos; der langjährige Direktor des polnischen Fremdenverkehrsamts in Wien, Włodzimierz Szela, und Irmgard Nöbauer, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien. ■

Argentinischer Klavierabend

Klavierabend der Präsidentin der argentinischen Chopinstiftung und begnadeten Pianistin Martha Noguera – Antrittsbesuch des ÖAG-Präsidiums beim argentinischen Botschafter SE Holger Martinsen in den Räumlichkeiten der Botschaft in Wien



Foto: Sebastian Kocoon

v.l.: ÖAG-Rechnungsprüfer Friedrich Schwank, ÖAG-Generalsekretär Felix Ratcliffe, ÖAG-Vizepräsident Walter J. Gerbautz, Präsidentin der argentinischen Chopinstiftung und Pianistin Martha Noguera, SE Botschafter Holger Martinsen, ÖAG-Ehrenpräsidentin Jutta Unkart-Seifert, ÖAG-Vorstand Prof. Theodor Kanitzer, ÖAG-Vorstand Christa Kattirs und ÖAG-Vizepräsident Botschafter Robert Zischg

Nach vier vorangegangenen Konzerten in den Jahren 2006, 2013, 2014 und 2017 im Kultursalon der Österreichisch-Argentinischen Freundschaftsgesellschaft-PaN (ÖAG) war es am 19. April d.J. wieder so weit, daß die Präsidentin der argentinischen Chopinstiftung und begnadete Pianistin Martha Noguera mit ihrem unnachahmlichen, phantastischen Klavierspiel mit Werken von Ludwig van Beethoven (Sonate Op. 57 – „Apassionata“), dem argentinischen Komponisten Alberto Ginastera /Sonate Nr. 1, Op. 22), sowie Frederic Chopins (Sonate Op. 35) die ZuhörerInnen zu Beifallsstürmen bewegte. Martha Noguera gab bei ihrer Tournee durch Europa, mit Konzerten in Nord- und Süditalien, Polen und Österreich, als Homage an ihre geliebte ÖAG wie auch die Föderation der internationalen Chopin Gesellschaft, deren Mitglied sie mit der argentinischen Chopingesellschaft seit Jahrzehnten ist, ein Sondergastspiel im Kultursalon der Ehrenpräsidentin der ÖAG, Jutta Unkart-Seifert, vor einem erlesenen Publikum.

Als Ehrengast konnte ÖAG-Vizepräsident Botschafter Robert Zischg in Spanisch erstmals den neuen argentinischen Botschaf-



Foto: Sebastian Kocoon

Martha Noguera bei der Begrüßung durch Botschafter Robert Zischg, Vizepräsident der ÖAG

ter bei einer kulturellen Veranstaltung der ÖAG begrüßen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß SE Botschafter Holger Federico Martinsen auch zukünftigen Veranstaltungen der Gesellschaft die Ehre geben wird.

Gastgeberin und Ehrenpräsidentin Jutta Unkart Seifert begrüßte ganz besonders herzlich die erschienen Konzertgäste und FreundInnen der ÖAG sowie ihre Lieblingspianisten aus Argentinien Martha Noguera, wobei

Österreich, Europa und die Welt / PaN

auch ganz persönliche Erinnerungen und bemerkenswerte Anekdoten nicht fehlen durften. Nach den obligaten Zugaben bedankten sich ÖAG-Vizepräsident Senator Walter J. Gerbautz und ÖAG-Generalsekretär Felix Ratcliffe bei der Chopin-Ausnahme-Pianistin und der Gastgeberin jeweils mit einem prächtigen Frühlingsblumenstrauß im Namen der ÖAG.

Im anschließenden bis in die späten Nachtstunden andauernden GetTogether wurde intensiv nachgeholt, was die leidige Covidperiode, nämlich das Miteinander auf Tuchfühlung von Auge zu Auge unterbunden hatte. Als Begleitung wurden ausgezeichnete argentinische und niederösterreichische Weine sowie kulinarischen Leckerbissen dargeboten, die dem freundschaftlichen Gedankenaustausch besonders förderlich waren.



Foto: Sebastian Kocou

Ehrenpräsidentin Jutta Unkraut-Seifert und ÖAG-Vizepräsident Walter Gerbautz mit dem Blumen-Dank an die Pianistin Martha Noguera

Antrittsbesuch des ÖAG-Präsidiums bei Botschafter Holger Martinsen

Bedingt durch die Coronasanktionen fand der Antrittsbesuch des Präsidiums der österreichisch-argentinischen Freundschaftsgesellschaft bei SE Botschafter Holger Martinsen erst Anfang Mai in den Räumlichkeiten der argentinischen Botschaft statt.

SE Botschafter Martinsen zeigte sich sehr erfreut über die Aktivitäten, die die argentinische Freundschaftsgesellschaft seit ihrer Gründung im Jahr 1996 und insbesondere seit dem Jahr 2005, wo sich der derzeitige Vorstand neu konstituiert hat, für die bilateralen Beziehungen der beiden Länder geleistet hat. Botschafter Martinsen möchte die guten Beziehungen zwischen der argentinischen Botschaft und der ÖAG weiter pflegen und sicherte eine kontinuierliche Zusammenarbeit in der Zukunft zu.

Seitens der ÖAG versicherte Präsident Christian J. Koidl dem Botschafter, daß die Gesellschaft weiterhin im Sinne der PaN-Statuten Aktivitäten zur bilateralen Völkerverständigung setzen wird.

So präsentierten die Vertreter des ÖAG-Vorstandes Botschafter Martinsen die geplanten Aktivitäten für das Jahr 2023, wobei das Projekt der Neugestaltung der Argentinierstraße im 4. Wiener Gemeindebezirk bis zum Jahr 2024 das besondere Interesse des Botschafters weckte.

Nach einem intensiven Gedankenaustausch lud Botschafter Martinsen den Vorstand zur Feier des argentinischen Nationalfeiertages am 9. Juli in die Residenz des Botschafters ein.



Foto: Sebastian Kocou

Martha Noguera und Prof. Theodor Kanitzer – beide verbindet ein Leben für Chopins Musik



Foto: ÖAG/PaN

v.l.: ÖAG-Vizepräsident Walter J. Gerbautz, SE Botschafter Holger Martinsen, ÖAG-Präsident Christian J. Koidl und ÖAG-Generalsekretär Felix Ratcliffe

<http://www.austria-argentina.at/>
<https://etria.cancilleria.gob.ar/en>

Ein Jahr Ukraine-Krieg: Auswirkungen und Folgen

PaN und Österreichisches Bundesheer luden zur Partnerschaftsveranstaltung 2023

Am 4. Mai luden der Dachverband aller Österreichisch-ausländischen Gesellschaften PaN und die Direktion 1 / Kommando der Landstreitkräfte & Spezialeinsätze des Österreichischen Bundesheeres zu einem Vortrag von Christian Wehrschütz zum aktuellen Thema „Ein Jahr Ukraine-Krieg: Auswirkungen und Folgen“ in den Festsaal des Standortkasinos der Maria Theresien-Kaserne ein.

Der Einladung waren zahlreiche PräsidentInnen, GeneralsekretärInnen und Vorstandsmitglieder der bilateralen Partnerschaftsgesellschaften gefolgt; sie pflegten bereits im Vorfeld des Vortrags auf der Terrasse des Offizierskasinos bei sommerlichen Temperaturen einen lang ersehnten Gedankenaustausch.

Langjährige Partnerschaft

Die Begrüßung der VertreterInnen der PaN-Mitgliedsgesellschaften und der Ehrengäste erfolgte durch den PaN-Präsidenten Univ.-Prof. Hermann Mückler, der insbesondere die starke Partnerschaft zwischen dem Dachverband-PaN und dem Österreichischen Bundesheer mit Dank vor allem an den auch anwesenden Initiator dieser Partnerschaft, Generalleutnant a.D. Franz Reissner, hervorhob.

Die Begrüßung seitens des Österreichischen Bundesheeres nahm Generalmajor Gerhard Christiner vor, der ebenfalls die produktive Partnerschaft zwischen dem Dachverband-PaN und dem Bundesheer betonte und dazu einige gelebte Beispielen aus der Vergangenheit brachte. Einleitend gab Generalmajor Gerhard Christiner einen Situationsbericht zur aktuellen Lage des Österreichischen Bundesheeres und stellte aufgrund seiner langen Bekanntschaft mit dem Vortragenden dessen Wirken in den letzten zwei Jahrzehnten als Berichterstatter an wahrhaftig vorderster Front vor.

Vortrag Christian Wehrschütz

Christian Wehrschütz spannte den Bogen sehr weit, indem er auch die Kriegsereignisse im ehemaligen Jugoslawien und auf dem Balkan einleitend einbezog. Der packende



Foto: HBF/Pusch

v.l.: Generalmajor Gerhard Christiner, PaN-Präsident Hermann Mückler, Generalleutnant a.D. Franz Reissner, PaN-Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos, Christian Wehrschütz, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und Oberstleutnant Kurt Rogan



Foto: HBF/Pusch

Generalmajor Gerhard Christiner überreichte Christian Wehrschütz ein originelles Geschenk

Vortrag zum eigentlichen Thema des Krieges gegen die Ukraine und die aktuellen authentischen Facts and Figures, die der Vortragende während des gesamten Vortrags bereithielt, beeindruckten das interessierte Publikum.

Generalmajor Gerhard Christiner bedankte sich gemeinsam mit PaN-Präsident

Hermann Mückler für den großartigen Vortrag und überreichte Wehrschütz ein originelles Geschenk aus der Steiermark. Das anschließende Get-together nutzten die TeilnehmerInnen zum einen ausführlichen Erfahrungsaustausch und Kennenlernen bis in die späten Abendstunden.

<https://www.bundesheer.at>

Österreich, Europa und die Welt / PaN



PaN-Präsident Hermann Mückler bei der Begrüßung der zahlreichen Gäste



Generalmajor Gerhard Christiner



Christian Wehrschütz



Beim anschließenden Get-together: Talieh Wögerbauer, Generalsekretärin des Österreichisch-Deutschen Länderforums und Liselotte Waldheim-Natural, Präsidentin des Vereins der Freunde Bhutans, Österreich



Gerd Hochsam, Vorstandsmitglied der Malta-Österreich Freundschaftsgesellschaft, und Michael Habel von der in Gründung befindlichen Österreich-Tansania Gesellschaft in charmanter Begleitung

Alle Fotos: HBF/Pusch

»San Marino« zu Gast im Rathaus und im Parlament

Mitglieder der Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN wurden in beiden Häusern willkommen geheißen und durch die Räumlichkeiten geführt



Foto: PaN-San Marino

Im Wiener Rathaus (v.l.) PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Vizepräsident Alfred Diewald, Schriftführerin Melitta Wagner, Irene Gerbautz, die Vertreterin des Präsidialbüros Elisaeth Smretschng und Johannes Präsident Johannes Pinczolits

Auf Einladung des Wiener Bürgermeisters und Landeshauptmanns Michael Ludwig stattete eine Delegation der Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN am 14. Juni dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Die Delegation wurde im Informations-Center des Rathauses von Elisabeth Smretschng, der Vertreterin des Präsidialbüros, begrüßt, die die Delegation während der gesamten Besichtigung betreute.

Unter der fachkundigen Führung von Sabine Buliczek-Frank wurden die Gäste durch sämtliche repräsentative Räumlichkeiten geführt: den Stadtsenatssitzungssaal, den Wappensaal und den großen Gemeinderatssitzungssaal des ehrwürdigen Wiener Rathauses.

Einen harmonischen Ausklang mit einem freundschaftlichen Erfahrungsaustausch fand die Sonderführung in den Räumlichkeiten des Rathauskellers, wo der Präsident der Öster-



Foto: PaN-San Marino

Professionelle Führung von Sabine Buliczek-Frank (links im Bild) mit originellen Pointen, die die Delegation beeindruckten...

Österreich, Europa und die Welt / PaN



Foto: PaN-San Marino

Die Österreich-San Marino Delegation mit Bundesratspräsident Günter Kovacs (Mitte), links von ihm IE Botschafterin Elena Molaroni, rechts von ihm Bundesratsvizeordinatorin Alice Alsch-Harant

reich-San Marino Freundschaftsgesellschaft, Johannes Pinczolits, namens der DelegationsteilnehmerInnen an Landeshauptmann Michael Ludwig einen besonderen Dank aussprach.

Zu Gast bei bei Bundesratspräsident Günter Kovacs im Hohen Haus

Mit IE Botschafterin Elena Molaroni an der Spitze der Delegation der Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN nahmen Vorstandsmitglieder und UnterstützerInnen der Gesellschaft an einer exklusiven Führung auf Einladung von Bundesratspräsident Günter Kovacs aus dem Burgenland durch das in neuem Glanz erstrahlende Parlament teil.

Der Bundesratspräsident und die Vize-Bundesratsdirektorin Alice Alsch-Harant begrüßten die DelegationsteilnehmerInnen persönlich im Bundesratssitzungssaal, wo auch ein gemeinsamer Gedankenaustausch über die Arbeit des Bundesrates und die vielfachen völkerverbindenden Aktivitäten der jungen Österreich-San Marino Gesellschaft-PaN stattfand. Auch IE Botschafterin Molaroni zeigte sich sehr interessiert und beeindruckt von der parlamentarischen Arbeit in beiden Häusern des österreichischen Parlaments.

Im Restaurant Kelsen konnten noch abschließende Fragen diskutiert werden und weitere Aktivitäten, die die Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN gemeinsam mit der San Marino Botschaft in Österreich noch im Jahr 2023 realisieren möchte.

- <https://www.austria-sanmarino.at/>
- <https://www.wien.gv.at/>
- <https://www.parlament.gv.at/>



Foto: PaN-San Marino

Österreich-San Marino-Präsident Hannes Pinczolits übergibt im Beisein von IE Botschafterin Elena Molaroni ein originelles historisches Bild von Ex-Bundespräsident Thomas Klestil an Bundesratspräsident Günter Kovacs



Foto: PaN-San Marino

Die Österreich-San Marino-Delegation bei ihrer Führung in der Säulenhalle des Parlaments

»VAE« zu Gast im Parlament

VAE-Botschafter SE Hamad Alkaabi und ÖVAEG-PaN Präsident Hans Niessl mit einer Delegation wurden von Bundesratspräsident Günter Kovacs empfangen



Foto: Parlamentsdirektor/Bubu Dujmic

Die ÖVAEG-Delegation in der Säulenhalle des Parlaments. In der Bildmitte (rechte Säule) Bundesratspräsident Günter Kovacs, rechts neben ihm der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Österreich, SE Hamad Alkaabi, und links neben ihm ÖVAEG-Präsident Hans Niessl

Am 16. Juni besuchte eine Delegation der Österreichischen-Vereinigten-Arabischen Emiratengesellschaft-PaN auf Einladung von Bundesratspräsident Günter Kovacs mit dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, SE Hamad Alkaabi, und dem Präsidenten der Österreich-Vereinigte Arabische Emirate Gesellschaft (ÖVAEG-PaN), Hans Niessl, an der Spitze das nach großen Renovierungs- und Umbauarbeiten wieder eröffnete Parlament in Wien. Die in englischer Sprache perfekt organisierte Parlamentsführung begann durch die einleitende Begrüßung des Hausherrn, Bundesratspräsident Günter Kovacs, sowie Bundesratsvize-direktorin Alice Alsch-Harant im Foyer des sogenannten „Marktplatzes“ und neuen Teil des Parlaments.

Nach einer 1½ stündigen Führung ging es auf Einladung des Bundesratspräsidenten in den Salon Kelsen, wo eine besondere Überraschung auf den der Delegation angehörenden Doyen des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN wartete: Professor Theodor Kanitzer konnte an diesem Tag genau seinen 97. Geburtstag feiern, sodaß Bundesratspräsident Kovacs es sich nicht nehmen ließ, den Jubilar und seine



Foto: Parlamentsdirektor/Bubu Dujmic

Bundesratspräsident Günter Kovacs und Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, SE Hamad Alkaabi, bei der Eintragung ins Gästebuch des Hohen Hauses am Ring

völkerverbindenden Aktivitäten im Rahmen des Dachverbandes PaN entsprechend zu würdigen. Als Zeichen des Dankes und Anerkennung überreichte er ihm eine Kostbarkeit der Porzellanmalernufaktur Augarten.

ÖVAEG-Präsident Hans Niessl würdigte die Verdienste des Jubilars einerseits als Vor-

standsmitglied für die ÖVAEG-PaN und andererseits für seine beispielhaften Aktivitäten als Gründer der Österreichischen Chopingesellschaft und Föderation der Internationalen Chopingesellschaften mit mehr als 40 Gesellschaften weltweit, deren Präsident er seit der Gründung ist.

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Foto: Parlamentsdirektion/Bubu Dujmic



Bundesratspräsident Günter Kovacs bei seiner Begrüßung im Sitzungssaal des Bundesrates

Foto: Parlamentsdirektion/Bubu Dujmic



Der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, SE Hamad Alkaabi bei der Führung durch das Parlament

Foto: PaN



Professor Theodor Kanitzer konnte an diesem Tag seinen 97. Geburtstag feiern

Foto: PaN



v.l.: Professor Theodor Kanitzer, Bundesratsvizepräsidentin Alice Alsch-Harant und ÖVAEG-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

VAE-Botschafter SE Hamad Alkaabi schloß sich diesen Dankesworten an und bewunderte mit einfühlsamen Worten das Schaffen des Jubilars Theo Kanitzer.

Dieser dankte allen Gratulanten für die gelungene Überraschung, die ihn sichtlich bewegte, die ihm aber auch zu einer Danksagung an alle seine Wegbegleiter und Unterstützer bei seinen vielfältigen Vorhaben veranlaßte.

ÖVAEG-Generalsekretär Walter J. Gerbautz dankte namens der DelegationsteilnehmerInnen Bundesratspräsident Günter Kovacs und Bundesratsvizepräsidentin Alice Alsch-Harant für diese exklusive Parlamentsführung und den würdigen Abschluß mit einer denkwürdigen Geburtstagsfeier für den Doyen des Dachverbandes-Partner aller Nationen. ■

<https://www.parlament.gv.at/>
<https://www.oevaeg.at/>
<https://www.chopin.at/>

Vom Zillertal ausgewandert

Vor 186 Jahren haben sich Zillertaler Protestanten schweren Herzens entschlossen, ihrem Glauben treu zu bleiben und dafür ihre Heimat aufzugeben.

Von Helga und Horst Bast*)



Foto: Jehn

Die Nachfahren der Zillertaler Protestanten zeigten zur 100-Jahr-Feier 1937 im Festzug in Zillertal-Erdmannsdorf, wie sie hier vor 100 Jahren im Riesengebirge angekommen sind.

Im hinteren Zillertal hatte sich der Protestantismus nach der Gegenreformation im 16. Jahrhundert gehalten, doch wurde er nicht öffentlich praktiziert. Auch die Ausweisung von 20.000 Salzburger Protestanten im Jahre 1731 hatte darauf keinen Einfluß. In Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark hatte der „Geheimprotestantismus“ eine große Zahl von Anhängern, die dann 1781/82 nach Verkündung des Toleranzpatents mit der Gründung von Toleranzgemeinden ihren Glauben öffentlich ausüben konnten. Grund dafür, daß sich der Protestantismus im Zillertal so hartnäckig halten konnte, war die Abgeschlossenheit der Gemeinden und hier ganz speziell der Berghöfe und Weiler.

*) Helga und Horst Bast haben im Cardamina Verlag das Buch „Die Familien der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal“ herausgebracht, das leider nicht mehr nachgedruckt wurde

Ebenso war das Zillertal durch seine Aufteilung in zwei Bistümer, Brixen und Salzburg, links und rechts vom Ziller, in der religiösen Betreuung nicht verwöhnt. Dazu kam noch, daß die Pfarreien im hinteren Zillertal bei den Priestern nicht als Wunschpfarreien galten und auch dementsprechend von den Bischöfen besetzt wurden.

Die Zillertaler haben sich ihr Brot als Viehhändler, Sensenschmiede, Handschuh- und Lederwarenverkäufer, Granatenhändler oder Ölträger verdient. Dabei sind sie weit, auch in protestantische Lande, gekommen. In Hamburg und Amsterdam gab es sogar Zillertaler-Handelniederlassungen. Protestantische Bücher und Bibeln, mit denen sie ihren Glauben lebten, hatten sie dabei aus dem evangelischen Ausland mitgebracht. Weitere Exemplare gelangten durch fahrende Händler ins Zillertal. Versammlungen

fanden heimlich statt, in der Regel auf entlegenen Bauernhöfen¹⁾. Deshalb durchsuchte die Obrigkeit des öfteren verschiedene Häuser und Höfe im hinteren Zillertal, um diese Bücher, Schriften und Bibeln zu finden und dann zu vernichten.

Das Toleranzpatent wurde am 13. Oktober 1781 in Wien von Kaiser Joseph II. verkündet. Es ermöglichte den protestantischen und anderen Kirchen in den Habsburger Kronländern wieder die freie Religionsausübung.

Nach Ostern 1826 bekannten sich Andreas und Adam Egger sowie Josef Gredler beim Pfarrer Mayer von Hippach zur evangelischen Religion. Nach den vorgeschriebenen sechswöchigen Unterweisungen durch den Pfarrer konnte dieser an das Dekanalamt melden, daß Andreas Egger und die anderen ihren „Irrglauben“ widerrufen hatten; so

Österreich, Europa und die Welt

wird es in der Dissertation von Ekkart Sauer beschrieben.²⁾

Das Kreisamt Schwaz meldete am 14. Mai 1827 an das k.k. Gubernium³⁾ in Innsbruck die Verhaftung von Matthias, Mathäus und Simon Schiestl vom Steinfeld am Ramsberg wegen Religionsstörung, Lästung der Religion, des Meßpfers, Mariens und der Priester.

Am 26. Dezember 1829 meldeten sich sechs Männer bei Vikar Schulla in Mayrhofen zum sechswöchigen Unterricht. Er war Voraussetzung zum Religionswechsel. So wurden die Vorgänge des Jahres 1829 und der folgenden Jahre vom Sohn des ehemaligen Bezirkshauptmannes Gasteiger, Gustav von Gasteiger, beschrieben, der anhand der Aktenlage seine Aufzeichnungen über die Auswanderung der Zillertaler Protestanten veröffentlichte.⁴⁾

Die Verhältnisse und Zustände der evangelischen Zillertaler waren seit mehreren Jahren im Ausland nicht unbekannt. Besonders in München kannte man die Lage im Zillertal ziemlich genau. Viele der Zillertaler betrieben Handel nach Bayern und Schwaben und fanden in München bei ihren Glaubensbrüdern während ihrer Reisen Unterkunft.

Am 23. Juni 1836 wurde Kaiser Ferdinand I. von der Hofkanzlei in Wien über die Zillertaler Inklinantenangelegenheit Bericht erstattet. Der Bericht stützte sich auf die Ausführungen des Gouverneurs von Tirol, Graf von Wilczek, und auf zahlreiche Vorschläge der Hofkanzlei und des Staatsrates. Am 12. Januar 1837 erfolgte ein Allerhöchstes Handschreiben zu dieser Angelegenheit durch Kaiser Ferdinand I.

Austritt aus der katholischen Kirche bedeutete den Landesverweis

Die Kernaussage lautete wie folgt: Derjenige, der aus der katholischen Kirche austritt, hat Tirol zu verlassen, entweder auszuwandern oder sein Domizil in einer akatholischen Gemeinde des kaiserlichen Staates zu nehmen. „Das Handschreiben des Kaisers wurde am 14. Januar durch die Hofkanzlei in Wien als Erlaß veröffentlicht.“⁵⁾

Am 19. Januar 1837 gingen die Allerhöchste Entschließung und der Erlaß beim Gubernium in Innsbruck ein. Gubernialrat von Mensi arbeitete aus der Allerhöchsten Entschließung die entsprechenden Instruktionen mit 16 Artikeln für das weitere Vorgehen in der Inklinantenangelegenheit aus. Darin wurde z. B. festgelegt, daß die „Inklinanten“ sich innerhalb von 14 Tagen für eine der genannten Möglichkeiten entscheiden



Foto: Jehn

Den Hausstand hatten sie in Kisten, Körben und Truhen verstaut und einige Familien luden ihre Habseligkeiten auf einen gemeinsamen Wagen für die Reise in die neue Heimat.

müssen. Diejenigen, die in eine andere Provinz im österreichischen Staatsgebiet übersiedeln wollten, mußten sich dem sechswöchigen katholischen Religionsunterricht unterziehen. Außerdem wurde jeder Akt von Religionsstörung nach aller gesetzlichen Strenge behandelt.

Am 12. März 1837 reiste Kreishauptmann Anton von Gasteiger als landesfürstlicher Kommissär von Schwaz in das Zillertal, um die Publikation des kaiserlichen Dekretes in den Gemeinden des hinteren Zillertals durchzuführen und zwar in Zell am Ziller im Landgerichtshaus; am 14. März im Pfarrhaus zu Mayrhofen, am 15. März in Brandberg, am 16. März in Finkenberger und am 17. März in Hippach.

Vier Monate Frist

Die Auswanderungsfrist war auf vier Monate festgesetzt worden und begann am 11. Mai 1837. Johann Fleidl und seine Glaubensbrüder erhielten zu diesem Tag vom Landgericht Zell am Ziller das schriftliche Zertifikat, mit dem sie geeignete Übersiedlungsorte im Ausland suchen konnten.

Johann Fleidl reiste im Auftrag seiner Glaubensbrüder mit einer Bittschrift nach Berlin und überreichte Ende Mai dem preussischen König Friedrich Wilhelm III. das vom 27. Mai 1837 datierte Bittgesuch.

Die schriftliche Zusicherung der Aufnahme in Preußen erhielt Johann Fleidl Ende Juli 1837 durch die Königlich Preußische Gesandtschaft in München.

Nun wurden die Vorbereitungen zur Auswanderung getroffen, d. h. der Verkauf der Güter und des Hausstandes wurde organisiert.

Die Behörden kamen den Auswanderern hierbei mit großer Bereitwilligkeit entgegen. Im Monat August kam eine so große Menge von Realitätenverkäufen (= Immobilienverkäufe), 126 Schuldverschreibungen, Zessionen (= Abtretungen) und Abquittierungen von seiten der Auswanderer zum Eintrag ins Verfachbuch⁶⁾, daß das Landgericht große Mühe hatte diese durchzuführen.

Der Weg der Zillertaler Protestanten nach Preußisch-Schlesien

Die Ausreisetermine und die Reiseroute der Zillertaler Protestanten oder Zillertaler Inklinanten, wie sie von der Obrigkeit bezeichnet wurden, waren von der k.k. Regierung in Wien festgelegt worden. Am 31. August 1837 erfolgte der Auszug der Protestanten aus der Pfarre Zell am Ziller. Es waren nur Personen vom Ramsberg und Ramsau. Am 1. September folgten die Mayrhofer, am 2. September waren die Brandberger an der Reihe, am 3. September zogen die Finkenberger aus dem Tal und am 4. September verließen die Protestanten aus Schwendau, Hippach, Laimach und vom Schwendberg als letzte ihre Zillertaler Heimat in Richtung Preußisch-Schlesien. Am 22. September 1837 folgten die Nachzügler.

Insgesamt 427 Personen verließen das Zillertal in Tirol, von denen 416 nach Schlesien zogen. Die restlichen elf wanderten in Toleranzgemeinden nach Kärnten und in die Steiermark aus.

Die meisten der Zillertaler Protestanten waren in der Landwirtschaft tätig, 18 lebten vom Handwerk, als Zimmermann, Schmied oder Schuster. Das Handwerk des Webers

Österreich, Europa und die Welt

war am zahlreichsten vertreten, es wurde von 13 Personen ausgeübt.

Der erste Zug mit etwa 130 Personen wurde von Christian Brugger angeführt. Johann Fleidl führte den zweiten Zug mit etwa 70 Personen. Der dritte Zug stand unter der Führung von Simon Lechner, genannt „Wischbath Simon“, mit etwa 160 Personen. Josef Gruber führte den vierten Zug mit etwa 63 Personen Richtung Schlesien.

Über den gesamten Reiseweg änderte sich durch verschiedene Umstände die Anzahl der Personen in den einzelnen Zügen. Sei es, daß eine Gruppe eingeholt wurde oder daß eine andere einen Umweg genommen hatte.

Nach dem Verlassen des Zillertals ging der Marsch durch das Unterinntal über Wörgl, St. Johann, Waitring, Lofer, Unken und Reichenhall zunächst bis Salzburg.

Danach zogen die Zillertaler durch Oberösterreich Richtung Vöcklabruck, Wels und Linz. Durch Böhmen gelangten sie schließlich ins Riesengebirge.

Nach knapp drei Wochen, am 20. September 1837, erreichte der erste Auswandererzug der Zillertaler Protestanten Michelsdorf im Riesengebirge und somit Preußisch-Schlesien. Die Zillertaler Protestanten hatten eine Wegstrecke von 90 deutschen Meilen, von Mayrhofen bis Schmiedeberg, in 21 bis 23 Tagen zurückgelegt. Das sind etwa 678 Kilometer.

Die Ansiedelung der Zillertaler Protestanten im Hirschberger Tal

König Friedrich Wilhelm III. wollte die Zillertaler in Preußen in einer Landschaft, die der in Tirol ähnlich sein sollte, sesshaft machen. Er hatte dabei das Riesengebirge als höchstes Gebirge Preußens mit dem Hirschberger Tal ins Auge gefaßt. Dort hatte er 1832, nach dem Tode von Feldmarschall Graf Gneisenau, von dessen Erben das Schloß Erdmannsdorf erworben und nutzte dies als Sommerresidenz.

Am 12. August 1837 erreichte die Botschaft das Hirschberger Tal, daß der König beschlossen hatte die Zillertaler in Schlesien anzusiedeln, ihnen Land zu geben und ihnen Häuser zu bauen. Nach dem 17. August erhielt Friederike Gräfin von Reden in Schloß Buchwald eine Kabinettsorder vom König Friedrich Wilhelm III., mit der Bitte, bei der Ansiedelung der Zillertaler seinen Beamten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Unter der Führung von Friederike Gräfin von Reden wurde ein „Comité für die Angelegenheiten der Zillertaler Inklinanten“⁽⁷⁾ gebildet. Dem Comité gehörten außer der



© Christuskirche zu Innsbruck / Foto: Horst Bast

Das Glasfenster in der Christuskirche zu Innsbruck, das 1913 nach Vorlage des britischen Malers Bernhard Rice gefertigt wurde, zeigt die Zillertaler Protestanten in ihrer einfachen Tracht bei ihrem Fußmarsch nach Preußisch-Schlesien.

Gräfin der Landrat des Kreises Hirschberg, Graf Matuschka, und der Bürgermeister von Schmiedeberg, Hauptmann Flügel, an.

Schmiedeberg war das Anlaufziel der fünf Auswandererzüge, die sich vom 31. August bis 4. September 1837 zu Fuß mit Fuhrwer-

ken und Handkarren aus dem Zillertal in Tirol auf den Weg in die neue Heimat machten. Über Wörgl, Bad Reichenhall, Salzburg, Wels, Linz, Budweis, Königgrätz und Trautenuau erreichten sie bei Michelsdorf Schlesien.

Österreich, Europa und die Welt

Es war keine leichte Aufgabe in Schmiedeberg, dem kleinen Städtchen am Fuße des Riesengebirges, für 416 Personen Quartiere zu beschaffen. Trotz der großen Fürsorge des Comités gab es Klagen bezüglich der Überfüllung einzelner Wohnungen. Zumal in Schlesien gerade die Cholera herrschte und auch Einzug in den Gebirgstälern des Riesengebirges hielt. In Schmiedeberg starben 46 Personen und in den umliegenden Ortschaften waren es 209. Unter den Zillertalern forderte die Cholera fünf Opfer.

Am 12. November 1837 wurden die Zillertaler Protestanten, im Beisein von Prinz Wilhelm, dem Bruder des Königs, und seiner Gemahlin, in der evangelischen Kirche zu Schmiedeberg in die evangelische Landeskirche aufgenommen.

Am 2. Weihnachtstag 1837 teilte Prinz Wilhelm der Gräfin von Reden mit, daß die Entscheidung zur Ansiedelung der Zillertaler in Erdmannsdorf, so wie das Comité vorge schlagen hatte, gefallen sei.

Es mußten folgende Ländereien für die Ansiedelung der Zillertaler Protestanten erworben werden:

- von der Herrschaft Erdmannsdorf
940 Morgen Land
- von Privatbesitzern in Erdmannsdorf
332 Morgen Land
- von Privatbesitzern in Seidorf
374 Morgen Land
- Insgesamt waren es
1.646 Morgen Land⁸⁾

Nach dem Bau eines Musterhauses wurde zügig damit begonnen, die anderen Häuser nach den Vorgaben und Fristen des Königs fertigzustellen. Die Maurer- und Zimmerarbeiten wurden im Akkord vergeben und bis zum 1. Oktober 1838 sollten alle Baumaßnahmen abgeschlossen sein. 421 Zimmerleute und 187 Maurer, unter ihnen auch viele Tiroler, waren damit beschäftigt die Häuser für die Zillertaler Protestanten zu errichten.

64 Häuser wurden von den Zillertaler Protestanten für ihre Familien gewünscht. Es wurden sieben Rustikalstellen (= Hofstellen) in Nieder-Zillerthal angekauft und 57 Häuser im Tirolerbaustil neu errichtet. Zwei schlesische Häuser wurden nachträglich für zwei Zillertaler Familien im Tirolerstil umgebaut. Sie waren Ersatz für ihre beiden Häuser, die direkt an der Leinenfabrik standen, und deren Flächen für die Erweiterung der Fabrik benötigt wurden. Deshalb werden auch in Aufzeichnungen 66 neu- und umgebaute Häuser aufgeführt.

Die Kaufsumme der Grundstücke von 1646 Morgen betrug für die Zillertaler

32.878 Taler. Die Tiroler Häuser und Streckhöfe wurden ihnen unentgeltlich gebaut.

297 Personen bezogen von November 1838 bis Mitte des Jahres 1839 die neu errichteten Tirolerhöfe oder die angekauften Häuser und Gehöfte. In Hohen-Zillerthal waren es 58, in Nieder-Zillerthal 55 und in Mittel-Zillerthal 184 Personen, die die fertiggestellten Anwesen bezogen. Ohne besonderen festlichen Prunk, ohne Reden und Einweihungen war der Einzug der Tiroler in ihre neuen Häuser erfolgt. Er hatte sich fast ein dreiviertel Jahr hingeschleppt.

Bayern, Australien, Kärnten, Steiermark...

119 Zillertaler Protestanten waren bereits wieder weitergezogen nach Bayern, Australien, Kärnten und in die Steiermark. Die Gründe für einen Wegzug dürften vielschichtig gewesen sein. Die einen waren mit der Gesamtsituation unzufrieden, die anderen fanden die religiösen Verhältnisse unbefriedigend und wieder andere wollten mehr Geld beim Holzfällen verdienen; aber die wenigsten dürften aus Heimweh weitergezogen sein. Nach Kärnten und in die Steiermark zogen die meisten der Zillertaler wegen der höheren Löhne, die dort gezahlt wurden.

Die 62 Personen, die nach Mittelfranken gezogen waren, hatten wohl eine heftige Fehde mit Pfarrer Roth, deren Ursache in religiösen Gründen lag. Der Pastor und auch vielleicht das Umfeld waren diesen Zillertalern nicht protestantisch genug.

Nach mehreren Mißernten und sehr schweren Wintern ließen sich neun Zillertaler Familien von Werbern zu einer Übersie-

delung nach Chile gewinnen. Von 1856 bis 1860 wanderten 54 protestantische Zillertaler Nachfahren von Zillerthal im Hirschberger Tal nach Chile aus. Nach viermonatiger Schiffsreise landeten sie in Puerto Montt im Süden Chiles. Es waren die Familien von Jakob Brugger, Georg Friedrich Fleidl, Veit und Jakob Klocker, Joseph Hechenleitner, Johann Heim, Martin Schönherr, Bartholomäus Kröll, die einen Neuanfang in Südamerika wagten.

Nach der erfolgreichen Unterbringung der Zillertaler Protestanten wurden am 4. Juli 1839 das Comité und die Immediat-Commission vom König aufgelöst.

Am 16. Oktober 1839 fand die Endabrechnung der Verwaltungskasse statt. Demnach hatte die preußische Regierung 22.500 Taler für Verpflegungsgelder und 119.000 Taler an Baugeldern aufgewandt, also insgesamt 141.500 Taler. Das Prinzip von Friedrich dem Großen für eine Ansiedlerfamilie höchstens 400 Taler auszugeben wurde weit verfehlt. Pro Person beliefen sich die Kosten bei der Ansiedelung der Zillertaler Protestanten auf fast 350 Taler.

Die Zillertaler waren von nun an den einzelnen zuständigen Behörden und alle insgesamt dem Minister Christian von Rother untergeordnet. Die Wehrpflichtigen unter den Tirolern mußten ab 1839 bei den Jägern in Görlitz dienen.

Am 14. Mai 1922 starb der Opernsänger Johann Bagg. Er war der letzte der 1837 ausgewanderten Protestanten, der als Kind aus dem Zillertal in Tirol ausgezogen war. Er wurde am 18. Mai 1922 auf dem Friedhof in Zillerthal-Erdmannsdorf beerdigt.



Foto: Georg Huber

Gedenken am Fleidl Denkmal in Zillerthal-Erdmannsdorf – heute Mysłakowice –, dem Ort, in dem die Zillertaler Protestanten nach ihrer Ausweisung 100 Jahre lebten

Österreich, Europa und die Welt

Generationen später wurden sie wieder ausgesiedelt

1945 bis 1946 mußten die Nachfahren der Zillertaler Auswanderer von 1837 Zillertal-Erdmannsdorf und Hohen-Zillertal bei Seidorf durch die Folgen des 2. Weltkrieges verlassen. Heute leben sie im gesamten Bundesgebiet in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und den USA.

Eine größere Anzahl von Nachfahren lebt heute in Chile mit Schwerpunkt rund um den Llanquihue-See. Nachfahren der Familien Fankhauser und Geisler leben auch heute noch in Australien.

Die runden Jahrestage der Ansiedelung der Zillertaler im Hirschberger Tal wurden von der Bevölkerung, den Zillertalern und ihren Nachfahren immer gebührend gefeiert. Zum 50. Jahrestag 1887 wurde vom Lehrer Gustav Hahn und zum 100. Jahrestag 1937 von Heinrich Marschner ein Buch über die Geschichte der Einwanderung der Zillertaler in Schlesien veröffentlicht.

175. Jahrestag in Mayrhofen mit großem Programm

2012 jährte sich die Auswanderung der Zillertaler Protestanten aus dem Zillertal zum 175. Male. Zu diesem Anlaß hatten Helga und Horst Bast, Nachfahren der Zillertaler Auswanderer, ihre Forschungen zu den Familien, der Auswanderung, dem Weg, der Ansiedelung und dem Leben der Zillertaler Protestanten als Buch herausgegeben. Es behandelte – neben der geschichtlichen Darstellung – eine umfassende Genealogie der Familien, eine Beschreibung der 66 Häuser sowie des Lebens im Hirschberger Tal.

Auf 678 Seiten, davon etwa ein Drittel in Farbe, mit 650 Fotos aus dem Zillertal in Tirol und aus Zillertal-Erdmannsdorf in Schlesien, hatte das Ehepaar Bast eine Chronik geschaffen, die die vielen Quellen und Veröffentlichungen zu dieser Thematik mit eigenen Forschungen zusammenfügte. Das Buch sollte als Brücke zwischen dem Zillertal mit seinen Auswanderergemeinden und dem Hirschberger Tal mit Zillertal-Erdmannsdorf dienen. Leider gab es keinen Nachdruck, weshalb es im Buchhandel nicht mehr verfügbar ist.

Gedenken im Mysłakowice

Nach der sehr gelungenen 175-Jahr-Feier der Nachfahren der ausgewanderten Zillertaler Protestanten am Pfingstwochenende im Jahre 2012 in Mayrhofen hat sich vieles auch im Zillertal in Tirol zur Thematik Auswanderung der Zillertaler ereignet.



Foto: Georg Allmannsberger

2015 erhielten Helga und Horst Bast die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland auf Vorschlag der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer vom Bundespräsidenten Joachim Gauck verliehen. Das Bild zeigt die Überreichung durch den Minister für Bildung und Kultur im Saarland, Ulrich Commerçon.

Noch im Herbst 2012 besuchte eine Abordnung aus den Auswanderergemeinden des Zillertals Mysłakowice, das frühere Zillertal-Erdmannsdorf in Schlesien, zum Abschluß des Gedenkjahres. Vizebürgermeister Georg Huber aus Ramsau, der auch bei der Organisation der Veranstaltungen im Zillertal zur 175-Jahr-Feier in Mayrhofen beteiligt war, hatte die Idee, nach 1998 und 2007 wiederum eine Fahrt vom Zillertal in Tirol nach Zillertal-Erdmannsdorf durchzuführen.

Das offizielle Gedenken an die vertriebenen Zillertaler Protestanten fand im Rahmen eines gemeinsamen Gottesdienstes in der Pfarrkirche von Mysłakowice statt. Die Schützenabordnung aus Ramsau, die Musikgruppe aus Zell, alle mitgereisten Zillertaler und Gäste gedachten am Fleidl Denkmal vor dem Schloss Erdmannsdorf in Niederschlesien den 427 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal. Großes Interesse weckte bei der Reisegruppe auch der Rieserhof, heute Dom Tyrolski. Vizebürgermeister Michael Stöckl aus Mayrhofen und sein Freund und Verwandter Siegfried Ausserhofer aus dem Ahrntal in Südtirol hatten Mitte der 1990er-Jahre den verfallenden Rieserhof gekauft, restauriert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Hohe Auszeichnung durch den deutschen Bundespräsidenten

2015 erhielten Helga und Horst Bast, sie sind ja Nachfahren der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal, für ihre jahrzehntelange historische Forschungen in

zahlreichen Archiven in Österreich, Polen und Deutschland und für ihr großes weltweites kulturelles Engagement zu den Zillertaler Auswanderern von 1837, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland – auf Vorschlag der damaligen saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer – von Bundespräsident Joachim Gauck verliehen. Die Aushändigung des Verdienstordens erfolgte in einer Festveranstaltung mit zahlreichen Ehrengästen im historischen Kuppelsaal des Rathauses in Wemmetweiler, der Heimatgemeinde des Ehepaars Bast, durch den Minister für Bildung und Kultur im Saarland, Ulrich Commerçon.

Tiroler Verdienstmedaille für einen Ramsauer Unterstützer

Jedes Jahr am 15. August zeichnet der Tiroler Landeshauptmann Tiroler und Tirolerinnen, welche besondere gesellschaftliche Leistungen erbringen bzw. erbracht haben, durch die Verdienstmedaille des Landes Tirol aus. 2016 wurde Georg Huber aus Ramsau im Zillertal diese Ehre zuteil. Sein jahrzehntelanges Engagement – sei es als Gemeinderat und Vizebürgermeister sowie als Schützenhauptmann und Obmann der Schützenkompanie Ramsau – wurden in dieser Form gewürdigt. Auch sein langjähriger Einsatz für die Geschichte der Auswanderung der Zillertaler Protestanten und seine länderübergreifende Tätigkeiten für die Nachfahren dieser Zillertaler in Chile, Deutschland und Polen wurden damit gewürdigt.

Österreich, Europa und die Welt

Nachforschungen in Chile

Im November 2016 hatten Helga und Horst Bast ihren lange gehegten Wunsch in die Tat umgesetzt: Sie flogen nach Chile und suchten nach den Spuren der 54 protestantischen Auswanderer von Zillertal-Erdmannsdorf, die sich zwischen 1856 und 1860 zu einer weiteren Auswanderung nach Chile hatten anwerben lassen. Die chilenischen Freunde von Helga und Horst Bast Gustavo Kausel-Kröll, Arturo Neumann, Gerty Steidtmann und Gonzalo Schönherr, Janet und Kurt Klocker, Ruth und Klaus Weidinger, Gabriela und Christian Richter und Wolf-Dieter Heim waren abwechselnd mit ihnen in der Mitte Chiles und rund um den Llanquihue See, das Ansiedlungsgebiet der deutschsprachigen Einwanderer, unterwegs. Sie zeigten ihnen die Orte, an denen die Zillertaler Einwanderer zwischen 1856 und 1860 begannen das Land urbar zu machen und heute ihre über 600 Nachfahren leben. Darüber hinaus zeigten sie ihnen die Sehenswürdigkeiten, die beeindruckende Landschaft und brachten sie mit vielen Menschen in Kontakt.

Von 2001 bis 2019 waren Helga und Horst Bast jedes Jahr im Zillertal in Tirol sowie in Zillertal-Erdmannsdorf, dem heutigen Mystakowice, um Kontakte zu pflegen und ihre historischen Forschungen im Tiroler Landesarchiv in Innsbruck und im Staatsarchiv Hirschberg, dem heutigen Jelenia Gora, weiter voran zu bringen.

Frauengruppe aus Mystakowice

Im Mai 2022 besuchte eine polnische Frauengruppe aus Mystakowice, dem ehemaligen Zillertal-Erdmannsdorf, das hintere Zillertal. Sie nahmen an dem Erasmus-Programm der Europäischen Union teil. Der Pastor der Kirche Wang in Karpacz Edwin Pech war mit seinen sehr guten Deutschkenntnissen als Dolmetscher sehr gefragt. Die Kirche Wang ist heute die Nachfolgepfarrei der 1837 ausgewanderten Protestanten aus dem Zillertal und verwaltet die alten Kirchenbücher sowie den Staatsakt der Auswanderung. Die Kontakte ins hintere Zillertal hatten Helga und Horst Bast hergestellt sowie die Vorschläge für das Programm erarbeitet.

2022 jährte sich die Auswanderung der Zillertaler Protestanten von 1837 zum 185. Mal. Die Frauen der polnischen Gruppe aus Mystakowice kamen aus dem Ort, in dem die Zillertaler Protestanten nach ihrer Ausweisung 100 Jahre lebten. Einige der Frauen wohnen heute in den Tiroler Häusern der ausgewanderten Zillertaler in Polen. Deshalb wollten sie im Rahmen ihres Besuches im Ziller-



Foto: Horst Bast

Helga und Horst Bast auf Spurensuche in Chile – hier am Friedhof in Frutillar ...



Foto: Horst Bast

... und in Polen, im Staatsarchiv Hirschberg, dem heutigen Jelenia Gora



Foto: Horst Bast

Gustava Kausel-Kröll vor dem Thumener Hof, der einst seinen Vorfahren gehört hatte

Österreich, Europa und die Welt

tal auch näheres über diese Geschichte erfahren. Durch diesen geschichtlichen Aspekt entschlossen sich die sechs Auswanderergemeinden Brandberg, Finkenberg, Mayrhofen, Ramsau, Schwendau und Hippach, die geplanten Veranstaltungen auszurichten. Helga und Horst Bast sowie Georg Huber begleiteten die Gruppe während ihres Aufenthaltes im Zillertal und vermittelten auch die Geschichte der Auswanderung.

Besuch aus Chile auf Spurensuche

Gustavo Kausel-Kröll aus Chile, langjähriger Freund von Helga und Horst Bast, war ebenfalls zur gleichen Zeit wie die beiden zu Besuch im Zillertal in Tirol. Sie fuhren nach Gerlosberg, von wo die Vorfahren von Gustavo stammen. Die Gemeinde Gerlosberg hat rund 460 Einwohner. Im letzten Drittel der teilweise stark ansteigenden Straße liegt auf 1200 Meter Höhe der „Tummenerhof“. Gustavos direkter Vorfahre Bartholomäus verließ den Tummenerhof 1837. Er und seine Mutter zogen mit den 416 Zillertaler Protestanten ins Hirschberger Tal. 1859 wanderte Bartholomäus Kröll von Zillerthal-Erdmannsdorf in Schlesien mit seiner Familie nach Chile aus. Auch der Hof Fankhaus der Vorfahren Gustavos mütterlicherseits in Schwendau wurde besucht.

Auszeichnung durch das Land Tirol

Im Rahmen eines Festaktes im Landhaus des Landes Tirol in Innsbruck hat Landeshauptmann Anton Mattle den Tiroler Adler Orden an das Ehepaar Helga und Horst Bast aus dem saarländischen Merchweiler-Wemetsweiler verliehen. Die Verleihung fand am 9. Mai 2023, dem Europatag, in Anwesenheit der Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, der beiden Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler und Georg Dornauer sowie weiterer Landesrätinnen und Landesräte statt. Landeshauptmann Anton Mattle zeichnete Helga und Horst Bast für ihre jahrzehntelangen historischen Forschungen in Tirol zu den Zillertaler Protestanten von 1837 und für ihr großes kulturelles Engagement im Land Tirol mit dem Tiroler Adler aus.

Im Namen der sechs Auswanderergemeinden gratulierten die Bürgermeister Hans Jörg Moigg Mayrhofen und Fritz Steiner Ramsau dem Ehepaar Bast ganz herzlich zu dieser hohen Auszeichnung durch das Land Tirol.

»25 Jahre Tirolerhof in Myslakowice«

Unter der Überschrift „25 Jahre Tirolerhof in Myslakowice“ laufen die Vorbereitun-



Foto: Georg Huber

Festakt im Landhaus in Innsbruck, dem Sitz der Tiroler Landesregierung (v.l.) Landeshauptmann Anton Mattle, Horst und Helga Bast und Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

gen der sechs Auswanderergemeinden im Zillertal zu diesem Jubiläum. Geplant ist, daß Abordnungen aus den sechs Auswanderergemeinden des Zillertals in Tirol vom 22. bis 24. September 2023 nach Zillerthal-Erdmannsdorf reisen, um an die Eröffnung des ehemaligen Rieserhofes am 19. September 1998 zu erinnern. Ebenso soll die Rettung des Rieserhofes durch Michael Stöckl, Vizebürgermeister der Marktgemeinde Mayrhofen, und seinen Freund und Verwandten Siegfried Ausserhofer gewürdigt werden.

Die Anmeldungen zur Fahrt und die Programmplanungen laufen bereits. Auch Helga und Horst Bast werden zu den Feierlichkeiten ins Hirschberger Tal reisen und die Geschichte des Tirolerhofes von 1837 bis heute den Gästen näher zu bringen.

Wir werden darüber berichten!



Foto: Georg Huber

In den letzten 10 Jahren erreichten Helga und Horst Bast natürlich zahlreiche Anfragen über die sozialen Medien, Mail und Telefon zu der Thematik der Zillertaler Auswanderer von 1837 zu Vorfahren, zu Häusern und Personen im Zillertal, zu Zillerthal-Erdmannsdorf und auch zu Chile und Deutschland. Die Anfragen kamen aus Deutschland sowie aus zahlreichen europäischen Ländern und natürlich auch aus Chile und Australien. Ausführlich wurden die Anfragen von den beiden beantwortet und dadurch neue Kontakte geknüpft. ■

<http://www.1837-auswanderer.de>

- 1) *Eingegrenzt und ausgegrenzt. Tirol und das Fremde – Prof. Peter Stöger; Frankfurt a.M. 1999*
- 2) *Die Zillertaler Inklinanten und ihre Ausweisung im Jahre 1837, S. 24f. – Dr. phil. Ekkart Sauser, 1958/1959*
- 3) *Das Gubernium in Innsbruck war die zentrale Verwaltung des Landes Tirol. Die Bezeichnung k.k. stand im Kaisertum Österreich bis zum Österreichisch-Ungarischen Ausgleich im Jahr 1867 für die Behörden und staatlichen Einrichtungen des gesamten Reiches und bedeutete kaiserlich-königlich.*
- 4) *Die Zillertaler Protestanten und ihre Ausweisung aus Tirol, S. 23 – Dr. Gustav von Gasteiger, Meran 1892*
- 5) *Die Zillertaler Inklinanten und ihre Ausweisung im Jahre 1837, S. 33 – Dr. phil. Ekkart Sauser, 1958/59*
- 6) *Verfächbuch: aus dem Mittelalter stammende Aufzeichnungen über den Besitzstand an Liegenschaften, insbesondere in Tirol; im 19. Jahrhundert durch das Grundbuch ersetzt – AEIOU Österreich Lexikon*
- 7) *Die Zillertaler in Schlesien, die jüngste Glaubenskolonie in Preußen, S. 24 – Max Beheim Schwarzbach*
- 8) *Erdmannsdorf. Seine Sehenswürdigkeiten und Geschichte, S. 97 – Theodor Donat, Hirschberg 1887*

In der Champions-League der Mikrochips-Produktion

Bundeskanzler Karl Nehammer lud zu einem Mikrochips-Gipfel mit Vertretern der Industrie im Bundeskanzleramt



Foto: BKA/Florian Schröter

Am 13. Juli lud die Bundesregierung Expertinnen und Experten sowie die zuständigen Ministerinnen und Minister zu einem Mikrochips-Gipfel.

Mikrochips halten unsere Welt am Leben und vor allem auch am Laufen, sei es im Smartphone, in der Waschmaschine, im Auto oder auch in Windrädern“, selbst wenn das Thema für viele nicht so präsent sei, so Bundeskanzler Karl Nehammer am 13. Juli beim Mikrochips-Gipfel im Bundeskanzleramt. Im Fokus des Gesprächs stand der Ausbau nachhaltiger, innovativer Technologien und Infrastruktur, um die österreichische Halbleiter- und Mikroelektroindustrie zu stärken und Abhängigkeiten von Halbleiter-Lieferanten aus anderen Staaten zu reduzieren.

Mikrochip-Produktion sichert 72.000 Arbeitsplätze

„Mikrochips sind aber auch Motoren der Transformation, die wir uns als Bundesregierung vorgenommen haben. Sie sind damit für die Wirtschaft, die Umwelt, aber auch global von großer Bedeutung“, betonte der Kanzler. Man wolle mit dem Gipfel den

Menschen in Österreich bewußt machen, „daß Österreich zu den Top-Nationen zählt, wenn es um die Produktion von Mikrochips geht. In Europa sind wir sogar unter den Top 4. Wir sind in der Champions League.“ So seien in Österreich 280 Betriebe mit 72.000 Arbeitsplätzen an der Mikrochip-Produktion beteiligt, hob der Kanzler hervor, „es ist ein Potential, das noch wachsen und zu noch mehr Beschäftigung führen kann“.

Neues EU-Gesetz soll Europa stärker und unabhängiger machen

„Die Europäische Union hat einen wichtigen Schritt gesetzt, indem sie den ‚European Chips Act‘, beschlossen hat“, betonte Nehammer die Wichtigkeit einer gemeinsamen europäischen Politik. Durch das Gesetz sollen für die Chipindustrie bis zu 43 Milliarden Euro mobilisiert werden und Europas Anteil an der weltweiten Chips-Produktion von 10 auf 20 Prozent deutlich erhöht werden. Das sei wichtig, weil „Chips eine zen-

trale Bedeutung in der Frage der Technik, Entwicklung und Innovation haben und Europa dadurch stärker, unabhängiger und ein interessanter Weltmarkt-Player wird, eben auch für andere Teile der Erde“.

Kombination von Forschung, Innovation und Produktion

Das Besondere in Österreich sei, daß man beides habe: Innovation und Forschung sowie Produktion. Als Hochlohnland, so der Bundeskanzler, sei Österreich kein klassisches Produktionsland: „Aber in der Kombination aus Forschung, Innovation und Produktion haben wir eine Chance, uns am Weltmarkt zu bewähren und für die Zukunft tragfähige Arbeitsplätze zu schaffen.“

Beeindruckend sei auch, so Karl Nehammer abschließend, welchen Beitrag zum Klimaschutz man hier in der Produktion bereits leiste, besonders was Energieeffizienz betreffe. Man plane auch Folgeveranstaltungen, um die Vision Österreich als Produktions-

Wirtschaft



Foto: BKA/Florian Schröter

Im Bild: Bundeskanzler Karl Nehammer (2.v.l.), Bundesministerin Leonore Gewessler (2.v.r.), Bundesminister Martin Kocher (r.) und CEO von Infineon Technologies (Austria), Sabine Herlitschka (l.).

standort für Mikrochips abzusichern. „Mikrochips made in Austria soll so ein Begriff werden wie Lipizzaner und Mozartkugeln, dafür ist Österreich überall bekannt“, schloß der Bundeskanzler.

Industrie: Österreichs Potentiale voll ausschöpfen

Halbleiter sind mittlerweile unverzichtbar, denn in fast jedem Anwendungsfeld des täglichen Lebens spielen Chips eine bedeutende Rolle. Seitens der EU und der EU-Mitgliedsländer sind deshalb im Rahmen des Chips Acts insgesamt 43 Milliarden Euro für den Ausbau der europäischen Halbleiterindustrie vorgesehen. Der Großteil insbesondere im Bereich der Zukunftsinvestitionen muß national finanziert werden entsprechend den Chips Act Regelungen. Im Rahmen des Mikrochips-Gipfels im wurden die Potentiale Österreichs und seiner Mikroelektronik- und Halbleiterbranche durch den Europäischen Chips Acts ausführlich besprochen.

„Mikroelektronik und Halbleiter schaffen die Basis für Innovationen und sind dadurch für bis zu 50 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich. Zudem weist die heimische Halbleiter- und Mikroelektronikindustrie eine hohe Wachstumsdynamik bei Wertschöpfung und Arbeitsplätzen auf. Österreich hat eine hohe Dichte an Unternehmen im Halbleiter- und Mikroelektronik-Bereich und konnte sich in den letzten Jahren eine Spitzenposition erarbeiten. In zentralen Technologiebereichen sind wir in Österreich sogar Weltmarktführer“, so Georg Knill, der Präsident der Industriellenvereinigung (IV) und meint weiter: „Die Bundesre-

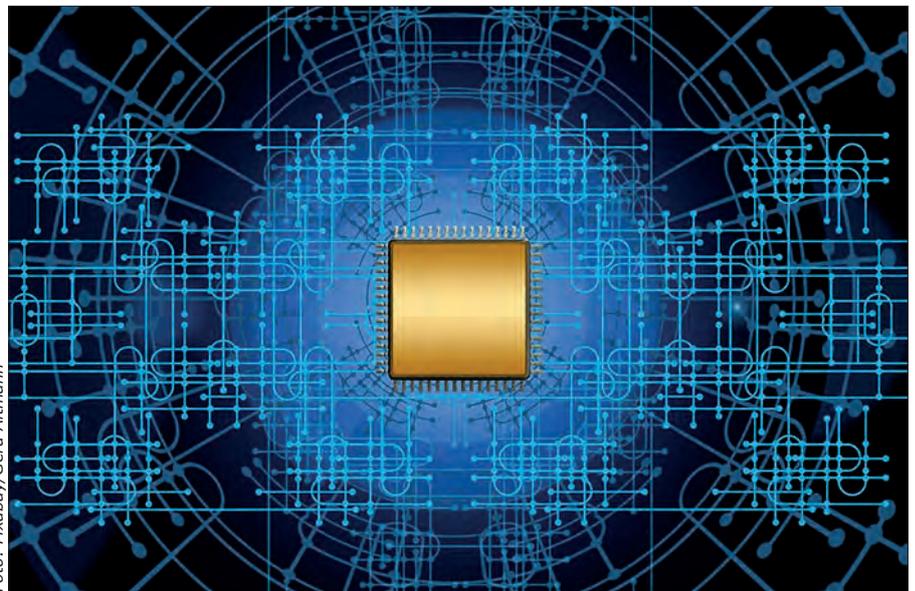


Foto: Pixabay/Gerd Altmann

Halbleiter sind mittlerweile unverzichtbar, denn in fast jedem Anwendungsfeld des täglichen Lebens spielen Chips eine bedeutende Rolle.

gierung hat mit dem heutigen Gipfel gezeigt, daß dieses strategisch wichtige Thema auf der Prioritätenliste steht. Das ist für die heimische Industrie ein wichtiges Signal, denn es geht um Planungssicherheit für hohe Investitionen über einen langen Zeitraum.“

Österreich ist – auf seine Größe bezogen – Europas Nummer 1 im Bereich der elektronischen Bauelemente. Wir haben pro Kopf den höchsten Anteil an der Gesamtwertschöpfung, der Gesamtbeschäftigung und der unternehmerischen Forschung und Entwicklung.

Für Sabine Herlitschka, Vize-Präsidentin der IV und Vorstandsvorsitzende von Infineon Technologies Austria AG, muß Österreich jetzt die richtigen Schritte setzen: „Mikroelektronik als strategische Schlüsseltechno-

logie ist Schrittmacher für die beiden großen Transformationsaufgaben: Dekarbonisierung und Digitalisierung. Österreich hat sich eine herausragende europäische Spitzenposition in der Mikroelektronik erarbeitet, ist damit Innovationstreiber und schafft attraktive Arbeitsplätze. Diese Position gilt es zu stärken und auszubauen. Und es geht um ein gewaltiges Investitionsvolumen für unsere Wirtschaft.

Eine Umfrage des Industriewissenschaftlichen Instituts zeigt bei heimischer Unternehmen entlang der Mikroelektronik-Wertschöpfungskette bis 2030 ein Investitionspotential von insgesamt 6,75 Milliarden Euro. Mit den richtigen Rahmenbedingungen werden wir diese massiven Investitionsimpulse für Österreich nutzen können. ■

Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit

Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung für die Jahre 2023 und 2024

Nach einem kräftigen Wachstum im 1. Halbjahr 2022 trat die österreichische Volkswirtschaft in eine Stagnationsphase ein, die 2023 anhält. Die Sachgütererzeugung und damit eng verflochtene Sektoren befinden sich mittlerweile in einer Rezession, während die Marktdienstleistungen insgesamt expandieren. Diese Zweiteilung der Konjunktur dürfte sich erst 2024 abschwächen. Nach +0,3 % im Jahr 2023 erwartet das

WIFO für 2024 ein BIP-Wachstum von 1,4 %. Der Preisauftrieb ebbt nur langsam ab.

„Trug 2022 die schwungvolle Industriekonjunktur noch zum Wirtschaftswachstum bei, so leistet die Industrie 2023 einen negativen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum“, so Christian Glocker, einer der Autoren der aktuellen WIFO-Prognose.

Österreichs Volkswirtschaft befindet sich in einer Phase der Stagnation, die bereits im

Sommer 2022 eingesetzt hatte und 2023 anhalten dürfte. Vorlaufindikatoren, die zu Jahresbeginn noch auf eine breite Besserung der Wirtschaftslage hingedeutet hatten, haben sich zuletzt deutlich verschlechtert.

Im Prognosezeitraum ist weiterhin mit einer schwachen Dynamik der Weltwirtschaft zu rechnen. Die zunehmend straffere Geldpolitik verschlechtert die Finanzierungsbedingungen, während die Fiskalpolitik in ei-

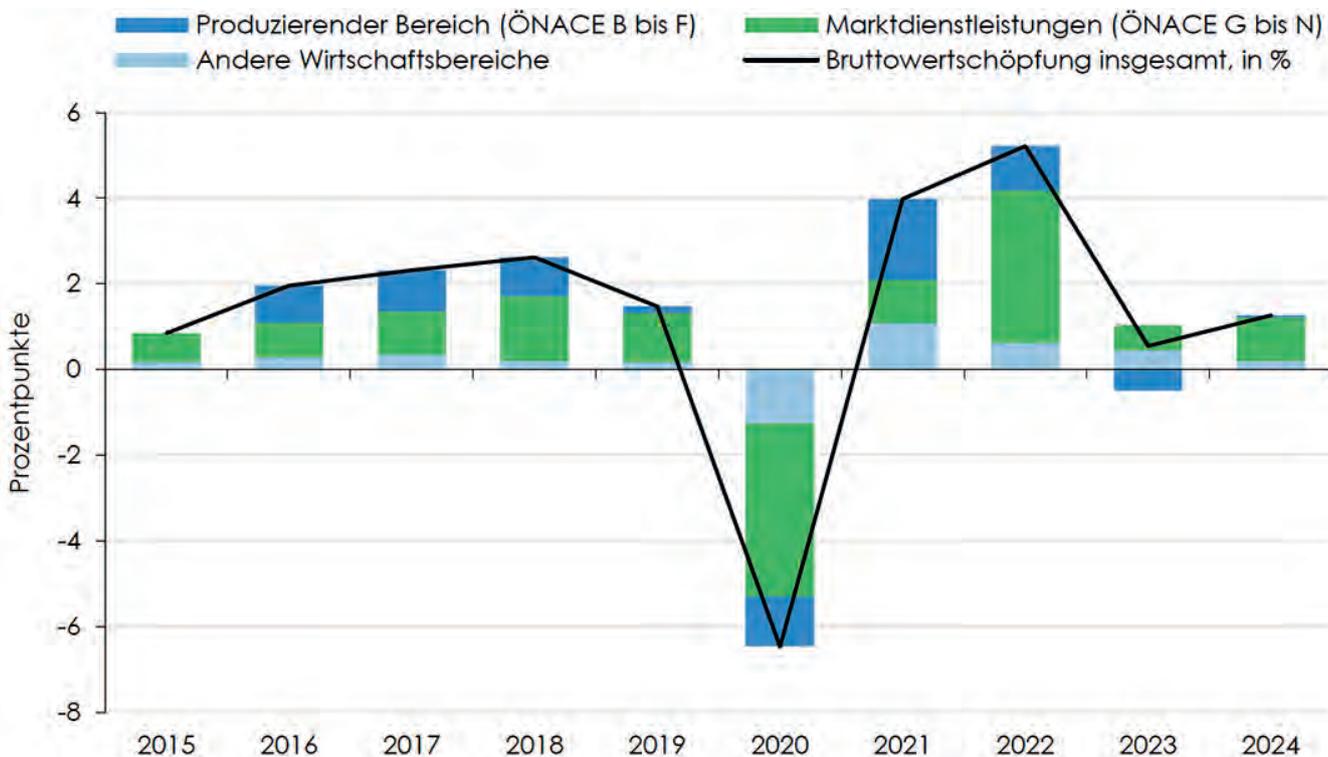
Hauptergebnisse der Prognose

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 4,9	+ 0,3	+ 1,4	
Herstellung von Waren	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 4,0	- 2,0	+ 0,8	
Handel	+ 3,0	- 5,9	+ 3,7	+ 2,3	+ 1,2	+ 2,0	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 4,8	+ 0,9	+ 1,8	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	- 1,0	+ 1,5	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	+ 0,3	- 0,6	+ 0,8	
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,3	- 7,0	+11,3	+ 1,9	- 0,1	+ 3,2	
Bauten	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	- 1,4	- 1,2	- 1,8	
Exporte, real	+ 4,0	-10,7	+ 9,6	+12,6	+ 2,4	+ 3,1	
Warenexporte, fob	+ 3,5	- 7,3	+12,9	+ 8,7	+ 0,8	+ 3,0	
Importe, real	+ 2,1	- 9,2	+13,7	+ 7,6	+ 2,4	+ 2,9	
Warenimporte, fob	+ 0,3	- 6,2	+14,2	+ 4,0	+ 0,5	+ 2,8	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	- 4,1	+ 6,6	+10,0	+ 7,6	+ 5,1	
	Mrd. €	397,17	381,04	406,15	446,93	481,06	505,42
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,4	3,0	0,4	0,7	2,1	2,2
Verbraucherpreise		+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,5	+ 3,8
BIP-Deflator ³⁾		+ 1,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 4,9	+ 7,3	+ 3,6
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,3	3,7	4,6
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	0,1	- 0,2	- 0,1	1,7	3,6	5,7
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,6	- 8,0	- 5,8	- 3,2	- 2,2	- 1,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁵⁾		+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾		4,8	6,0	6,2	4,8	4,9	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	6,1
Treibhausgasemissionen ⁷⁾		+ 1,4	- 7,6	+ 4,9	- 4,9	- 1,4	- 0,1
	Mio. t CO ₂ -Äquivalente	79,99	73,91	77,53	73,73	72,72	72,67

Quellen: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2023 und 2024: Prognose. – ¹⁾Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck – ²⁾Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen – ³⁾Mißt den rein inländischen Preisauftrieb – ⁴⁾Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark) – ⁵⁾Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten – ⁶⁾Labour Force Survey – ⁷⁾Ab 2022: Prognose

Wirtschaft

Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



Die Wachstumsbeiträge geben an, in welchem Umfang die zwei Komponenten (Produzierender Bereich und Marktdienstleistungen) zum Anstieg der Bruttowertschöpfung beitragen. Die Höhe des Wachstumsbeitrages einer Komponente ergibt sich durch Division der absoluten Veränderung der Komponente gegenüber der Vorperiode durch den Wert der Bruttowertschöpfung in der Vorperiode
 Quellen: WIFO; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2023 und 2024: Prognose).

nigen Ländern bereits die Konjunktur belastet. Die hartnäckig hohe Inflation dämpft zudem vielerorts die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Eine weltweite Rezession zeichnet sich dennoch nicht ab, zumal die Energiepreise, die 2022 stark angezogen und die Konjunktur gebremst hatten, zuletzt gesunken sind.

Unter diesen Bedingungen dürfte die österreichische Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 in etwa stagnieren (+0,3 %). Der Konjunkturaufschwung der Vorjahre endet somit jäh. Die Sachgütererzeugung und damit eng verflochtene Sektoren befinden sich mittlerweile in einer Rezession, während die Marktdienstleistungen expandieren. Diese Zweiteilung der Konjunktur hält 2023 noch an, sollte sich aber 2024 abschwächen, wodurch das Wachstum der Gesamtwirtschaft auf 1,4 % anzieht.

Die Konjunkturschwäche führt vor allem 2023 zu einer ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Neben einem moderaten Beschäftigungsanstieg (+1,0 %) dürfte die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich steigen (+2,3 %), da die schwache Konjunktur mit einer Ausweitung des Arbeitskräfteange-



Foto: WIFO/Johannes Brunnbauer

Univ.-Prof. Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung

bots zusammenfällt. Für 2024 wird ein Rückgang der Arbeitslosenquote erwartet (2023: 6,4 %, 2024: 6,1 %). Die prognostizierte Verlangsamung der Konjunktur dürfte sich nur langsam auf die Preise auswirken. Die Inflationsrate laut Harmonisiertem Verbraucher-

preisindex (HVPI) wird 2023 zunächst nur leicht auf 7,4 % sinken (2022 +8,6 %). 2024 schwächt sich der Preisauftrieb zwar deutlich auf 3,5 % ab, bleibt jedoch im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt lebhaft. ■ <https://www.wifo.ac.at>

Schwache Nachfrage vertieft Rezession in Industrie

Starke Auftragsrückgänge aus dem In- und Ausland lösten eine Einschränkung der Produktion aus – Der Beschäftigungsabbau beschleunigte sich im Juni in den heimischen Betrieben

Die Eintrübung der heimischen Industriekonjunktur setzte sich Ende des zweiten Quartals fort. „Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex sank auf 39,0 Punkte, den tiefsten Wert seit dem ersten pandemiebedingten Lockdown im April 2020“, sagt UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer und ergänzt: „Seit fast einem Jahr unterschreitet der Indikator nunmehr die Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Seit dem Frühjahr hat sich der Abschwung der Industriekonjunktur sogar beschleunigt und in eine Rezession der österreichischen Industrie geführt, die sich zur Jahresmitte hin noch verstärkt hat, wobei ein so tiefer Wert in der Geschichte des Indikators nur zu Beginn der Pandemie und während der Finanzkrise 2008/09 erreicht wurde.“

Die deutliche Abschwächung der Nachfrage ist zum bestimmenden Problem der heimischen Industrie geworden. „Als Folge des massiven Einbruchs des Neugeschäfts haben die heimischen Betriebe die Produktion und den Personalstand reduziert. Der geringere Bedarf an Vormaterialien ließ die Einkaufspreise stark sinken, was jedoch nicht in vollem Umfang an die Abnehmer weitergegeben wurde. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vormaterialien verbesserte sich weiter. Die Probleme in den Lieferketten verringerten sich im Juni erneut, was der zweitstärkste Rückgang der Lieferzeiten seit Umfragebeginn 1998 deutlich macht“, sagt Bruckbauer.



Anpassung von Produktion und Beschäftigung an geringere Nachfrage

Die Auftragslage in der heimischen Industrie hat sich zum Ende des zweiten Quartals erneut verschlechtert. Der entsprechende Indikator ist auf 32,7 Punkte gesunken, ein Rekordtief abgesehen vom Corona-Lock-

down im Frühjahr 2020 und der Finanzkrise 2008/09. Vor allem die Aufträge aus dem Inland blieben aus. Aber auch die Nachfrage aus dem Ausland nahm weiter stark ab. Mehr als 40 Prozent der befragten Unternehmen meldeten einen Rückgang der Exportaufträge, insbesondere aus Deutschland.

„Die heimischen Betriebe paßten im Juni ihre Kapazitäten an die Verschlechterung der Auftragslage an. Die Produktionsleistung wurde deutlich zurückgenommen, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vormonat. Der

UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex und Teilindizes													
	Jul.22	Aug.22	Sep.22	Okt.22	Nov.22	Dez.22	Jän.23	Feb.23	Mär.23	Apr.23	Mai.23	Jun.23	Ø ab 2000
UniCredit Bank Austria													
EinkaufsManagerIndex	51,7	48,8	48,8	46,6	46,6	47,3	48,4	47,1	44,7	42,0	39,7	39,0	52,1
Produktionsleistung	49,4	45,8	46,7	45,1	45,5	48,1	48,7	47,7	45,7	46,9	39,5	41,0	52,9
Neuaufträge	43,6	39,7	38,6	32,9	36,9	38,3	42,1	42,3	40,5	37,1	34,0	32,7	51,1
Beschäftigung	55,7	53,9	55,7	56,2	54,4	55,4	54,9	52,3	51,7	50,8	48,8	46,9	51,3
Lieferzeit (inverser Index)	38,7	41,4	39,5	41,6	47,4	49,6	50,5	53,9	60,3	69,1	64,4	65,3	44,3
Vormaterialiallager	59,2	58,0	53,0	54,4	54,1	51,1	52,5	50,8	48,2	43,7	45,0	43,2	49,5
Exportaufträge ¹⁾	43,9	40,7	38,9	33,3	34,8	36,4	41,3	40,5	40,0	37,4	36,3	36,3	50,4
Einkaufspreise ¹⁾	77,2	74,3	79,2	75,3	64,4	61,1	57,1	54,3	48,8	43,3	39,2	36,6	58,3
Erwartungsindex ¹⁾	45,5	41,2	36,4	36,2	40,9	40,4	51,1	49,0	47,3	47,3	44,0	46,7	55,5

1) nicht im Gesamtindex enthalten

Quelle: S&P Global, UniCredit Research

Wirtschaft

Produktionsindex stieg auf 41,0 Punkte“, sagt UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl und ergänzt: „Zudem wurde die Beschäftigung im Sektor den zweiten Monat in Folge verringert, wobei sich das Tempo des Jobabbaus stark beschleunigte. Der Beschäftigtenindex sank auf 46,9 Punkte, den niedrigsten Wert seit fast drei Jahren.“ Insbesondere in der Vorleistungsgüterindustrie wurde die Beschäftigung auf niedrigere Produktionserfordernisse angeglichen, vorrangig indem frei werdende Stellen nicht nachbesetzt wurden.

Nachfrageschwäche bestimmt Einkaufspolitik und Lagertrends

Aufgrund der sinkenden Nachfrage, einer vorsichtigen Lagerpolitik und dem Versuch die Liquidität zu erhöhen, haben die österreichischen Industriebetriebe ihre Einkaufsaktivitäten im Juni stark reduziert. Der entsprechende Index stieg gegenüber dem Dreijahrestief vom Vormonat zwar geringfügig auf 35,7 Punkte an, weist damit jedoch, wie nunmehr seit einem ganzen Jahr, auf einen starken Rückgang der Einkaufsmenge gegenüber dem Vormonat hin.

„Infolge der starken Verringerung der Einkaufsaktivitäten nahmen im Juni die Bestände an Vormaterialien deutlich ab. Insbesondere in der Konsum- und Vorleistungsgüterindustrie erfolgte die Anpassung der Lagerbestände an die geringeren Produktionsanforderungen. Zudem gaben die heimischen Betriebe an, im Vertrauen auf die wieder funktionierenden Lieferketten die Lagerbestände aus Kostengründen niedriger zu halten“, so Pudschedl. Während die Bestände in den Vormateriallagern sanken, kam es aufgrund der schwächeren Nachfrage und der Verschiebung bzw. dem Storno von Aufträgen durch die Kunden zu einem erneuten Anstieg der Bestände in den Fertigwarenlagern.

Starker Rückgang der Einkaufspreise

Der Einbruch der Nachfrage führte im Juni den vierten Monat in Folge zu einem Rückgang der Einkaufspreise. Der aktuelle Index von nur 36,6 Punkten signalisiert sogar den stärksten Preisrückgang seit der Finanzkrise 2008/09. Insbesondere Rohstoffe, wie eine Reihe von Metallen und Holz, wurden im Einkauf billiger. Auch die Energie- und Transportkosten nahmen ab.

„Der Wettbewerb um neue Aufträge in einem immer stärker fordernden Nachfrageumfeld veranlaßte die heimischen Betriebe den dritten Monat in Folge, ihre Erzeu-

gerpreise zu senken. Allerdings wurde die spürbare Kostenentlastung durch verringerte Einkaufspreise nur zum Teil an die Abnehmer weitergegeben. Dadurch verbesserten die aktuellen Preistrends im Durchschnitt die Ertragslage der heimischen Unternehmen“, so Pudschedl.

Rezession vertieft sich

Der neuerliche Rückgang des UniCredit Bank Austria EinkaufsmanagerIndex im Juni aufgrund der starken Abschwächung der Nachfrage läßt vorerst kein Ende der Rezession in der heimischen Industrie erwarten, zumal die vorläufigen Einkaufsmanagerindizes für die wichtigsten Exportdestinationen der heimischen Wirtschaft ebenfalls eine Verstärkung des Abschwungs zeigen. Der Einkaufsmanagerindex für die US-Industrie sank auf 46,3 Punkte und für die Industrie im Euroraum sogar auf 43,6 Punkte, belastet durch den erneuten Rückgang in Deutschland.

Neben den fehlenden Impulsen aus dem Ausland spricht die anhaltende Verschlechterung des Indexverhältnisses der Neuaufträge zu den Beständen in den Verkaufslagern auf den niedrigsten Wert seit dem ersten

Corona-Lockdown sogar für eine anhaltende Eintrübung der Industriekonjunktur. In den kommenden Monaten können die einlangenden Aufträge aufgrund der gestiegenen Bestände an Fertigwaren auch mit geringerer Produktionsleistung erfüllt werden.

„Seit Februar dieses Jahres erwarten die heimischen Betriebe einen Rückgang der Produktion. Der starke Einbruch der Nachfrage und die gestiegenen Finanzierungskosten geben immer stärkeren Anlaß zur Sorge, auch wenn erstmals seit fünf Monaten der Erwartungsindex im Juni anstieg. Mit nur 46,7 Punkten signalisiert er zwar kein Ende der Rezession, stützt aber die Hoffnung, daß sich der Abschwung bald nicht mehr weiter vertieft und die Industriekonjunktur die Talsohle überwindet“, meint Bruckbauer abschließend. Nach einem Anstieg der Industrieproduktion um real 6,0 Prozent im Jahr 2022 und einem durchschnittlichen Plus von knapp über einem Prozent in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres erwarten die Ökonomen der UniCredit Bank Austria aufgrund der laufenden Eintrübung im Gesamtjahr 2023 einen leichten Rückgang von weniger als einem Prozent. ■

<https://www.bankaustria.at>

Startups von starkem Investitionsrückgang betroffen

Österreichische Startups sind von einem großen Investitionsrückgang betroffen. Das durchschnittliche Finanzierungsvolumen ist auf ein Drittel gesunken. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und erfordert eine schnelle Reaktion, um das österreichische Startup-Ökosystem zu unterstützen“, kommentiert Claudia Falkinger, Vorstandsmitglied der Jungen Wirtschaft (JW) in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) den neuesten EY-Startup-Barometer. Das Gesamtinvestitionsvolumen sank von 884 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2022 auf 356 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2023. „Es gibt Grund zur Beunruhigung, daß die heimische Startup-Landschaft mit großen Herausforderungen bei der Unternehmensfinanzierung zu kämpfen hat. Dennoch zeigt es, daß unsere heimischen Startups äußerst resilient sind und sich schnell an die neuen Marktkonditionen angepaßt haben“, ergänzt Falkinger.

Investitionen in Startups sind von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft und Innovation in Österreich. Es ist jetzt an der Zeit, die notwendigen Schritte zu unterneh-

men, um die Zukunft der österreichischen Startups zu sichern. Die JW fordert die rasche Einführung der FlexKapG und Mitarbeiterbeteiligung, um flexiblere Finanzierungsoptionen anzubieten. Darüber hinaus braucht es aus Sicht der JW ein Beteiligungsfreibetragsmodell, um mehr Anreize für Investitionen in Startups zu schaffen.

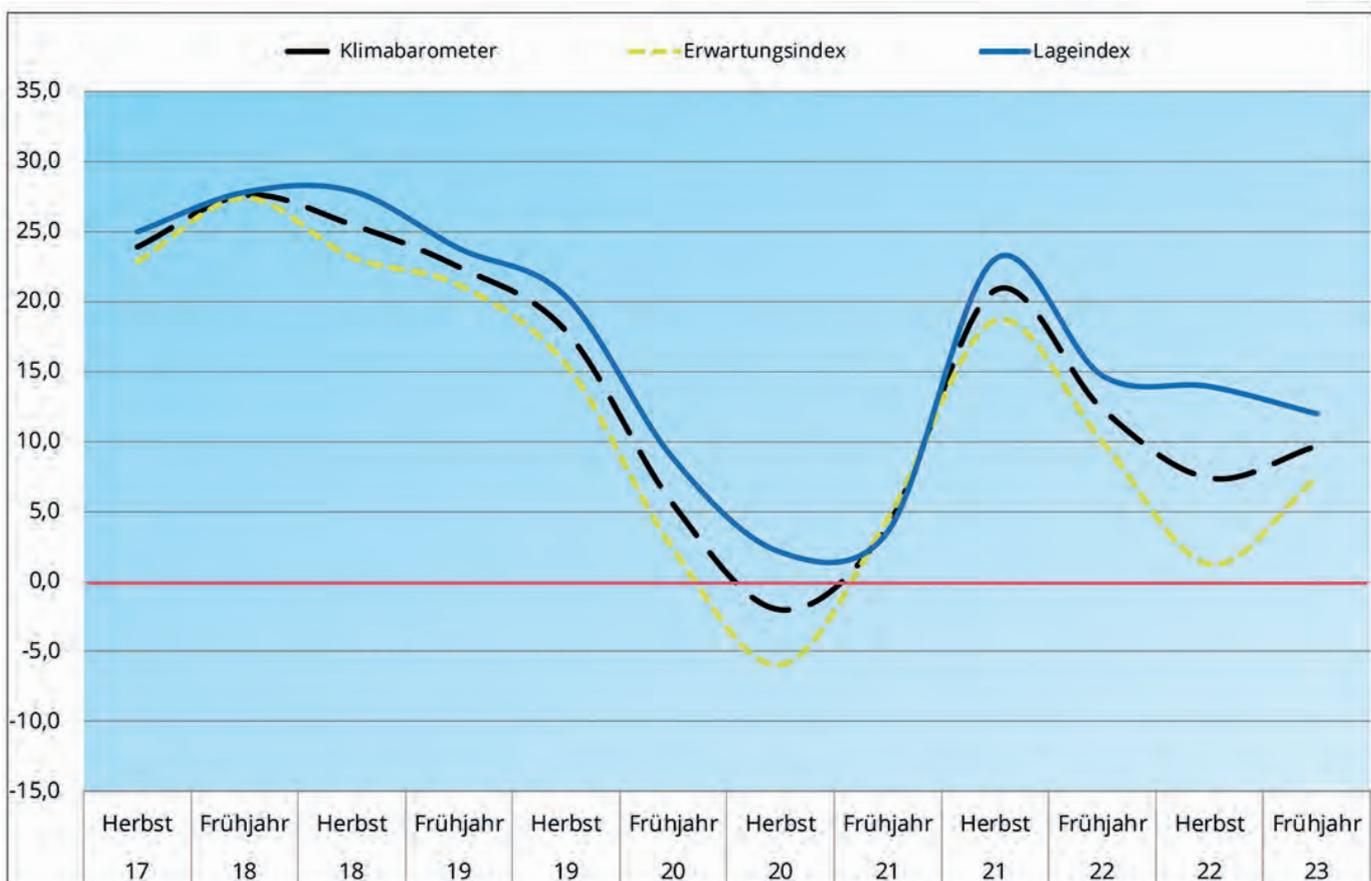
Die Zahlen des EY-Startup-Barometers sowie der Startup Landscape Austria zeigen aber auch eine positive Entwicklung bei den Finanzierungsrunden. „Kleinere, aber mehr Finanzierungsrunden sind ein positives Zeichen für die österreichische Startup-Landschaft. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 stieg die Anzahl der Investitionsrunden um 15 Prozent von 79 auf 91, ein neuer Rekord“, ergänzt Kambis Kohansal Vajargah, WKÖ Head of Startup-Services. Besonders der Software- und Technologiebereich verzeichnete die meisten Finanzierungsrunden. Darüber hinaus wird die Nachhaltigkeit von Startups zunehmend zum Fokus der Investorinnen und Investoren. ■

<https://www.jungewirtschaft.at/>

Wirtschaft

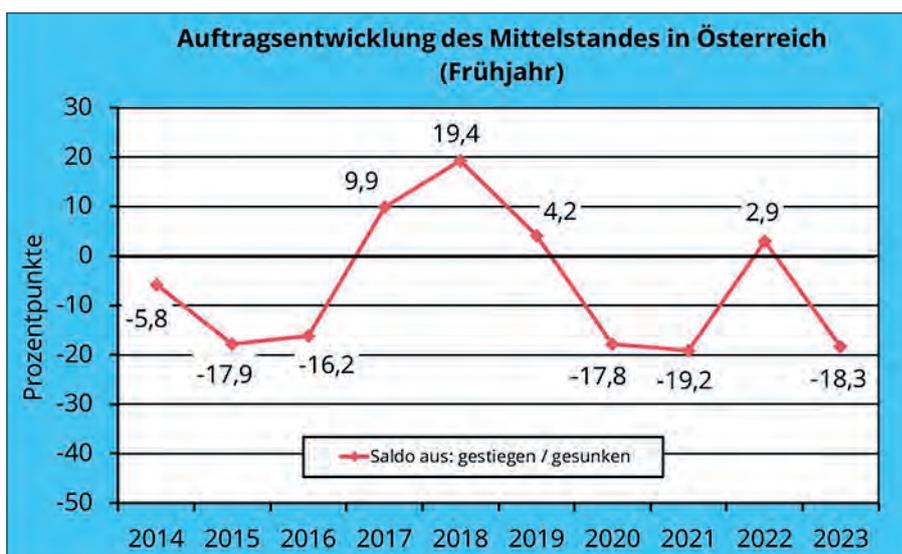
Energiepreiskrise blockiert den Mittelstand

Creditreform Umfrage: Wirtschaftslage des Mittelstands in Österreich, Frühjahr 2023



Im Winterhalbjahr 2022/2023 wurde die Wirtschaftslage im Mittelstand stark von den Energiepreiserhöhungen gebremst. Das zeigt die aktuelle Frühjahrsstudie der Creditreform Wirtschaftsforschung infolge einer Befragung von rund 1.400 österreichischen Klein- und Mittelunternehmern (KMU).

Demnach hatten viele Unternehmen erhebliche Kostenbelastungen zu verkraften und der Aufholprozess nach dem Ende der Corona-Pandemie ist ins Stocken geraten. „Nur aufgrund der nach dem Winter wieder etwas aufgehellten Geschäftserwartungen konnte ein stärkerer Rückgang des Creditreform Klimabarometers verhindert werden“, faßt Gerhard Weinhofer, Geschäftsführer von Creditreform Österreich, die Ergebnisse zusammen. Mit plus 9,7 Punkten liegt das Konjunkturbarometer niedriger als im Vorjahr (Frühjahr 2022: plus 12,3 Punkte), aber leicht über dem Stand des vergangenen Herbstes (plus 7,4 Punkte).



Die Auftragseingänge im Mittelstand entwickelten sich in den ersten Monaten 2023 sehr schwach. Zahlreiche Unternehmen meldeten sinkende Auftragseingänge. Insbesondere

in der Bauwirtschaft sind Aufträge weggebrochen. Die für viele mittelständische Bereiche wichtige private Nachfrage leidet unter der hohen Inflation.

Wirtschaft

„Eine spürbare Belebung der Wirtschaftslage in den kommenden Monaten ist nicht zu erwarten. Der Konjunkturausblick im Mittelstand ist sehr zurückhaltend“, sagt Weinhofer. Nur zweimal in den letzten zehn Jahren seien die Unternehmen im Frühjahr pessimistischer bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung gewesen. Derzeit rechnen rund 27 Prozent der befragten Unternehmen mit einer rückläufigen Auftragslage, während 22,2 Prozent Verbesserungen erwarten.

Zinswende erschwert Unternehmensfinanzierung

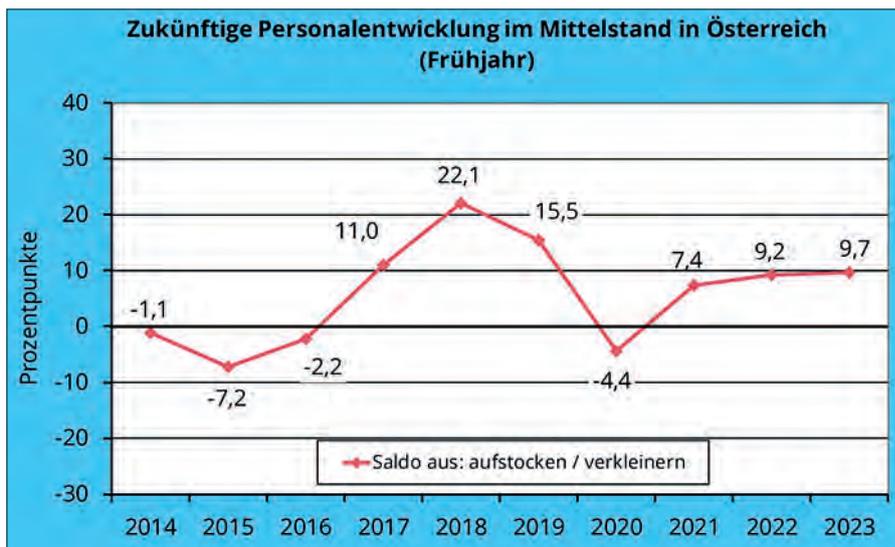
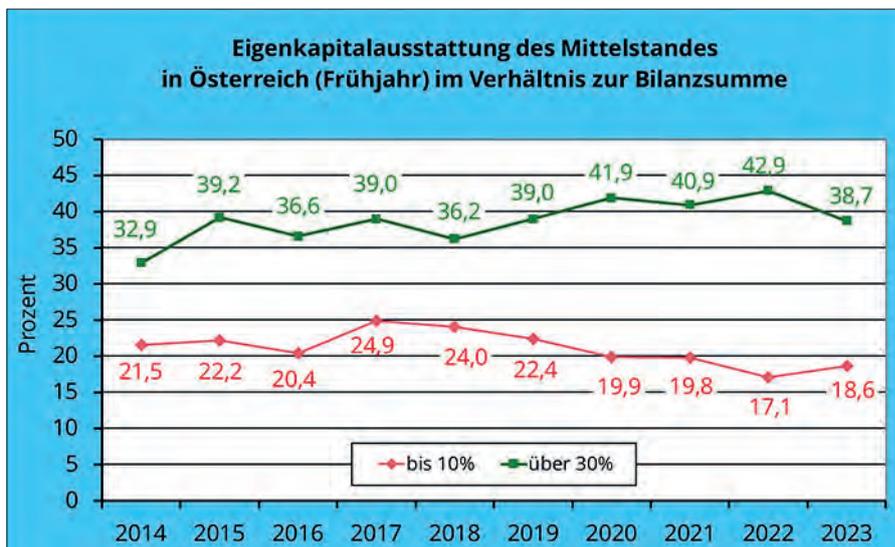
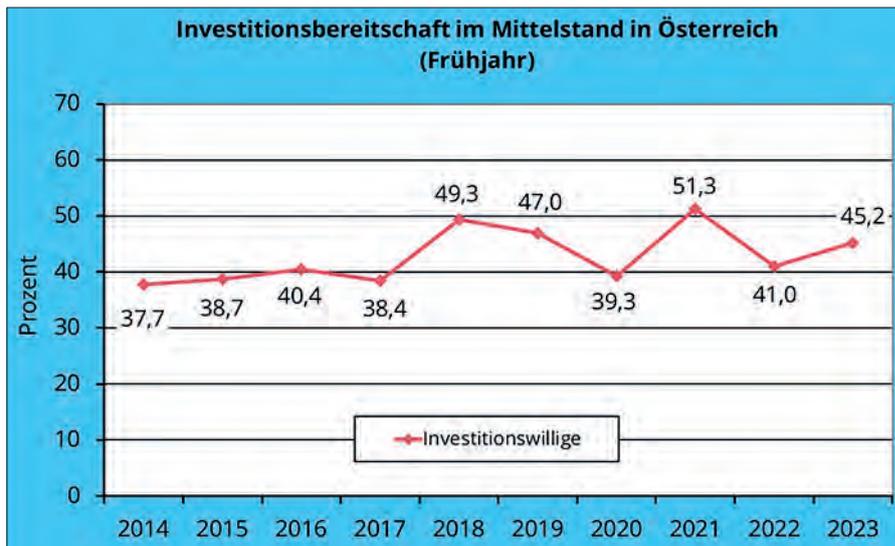
„Der Investitionsbedarf im Mittelstand ist nach Jahren der Zurückhaltung sowie aufgrund von Herausforderungen wie der Digitalisierung eigentlich groß“, sagt Finanzexperte Weinhofer. Allerdings werde die Investitionstätigkeit aufgrund steigender Finanzierungskosten gebremst. „Teurere Kredite und ein schwacher Konjunkturausblick sorgen dafür, daß der Mittelstand Investitionen seltener mit Krediten finanziert“, so Weinhofer. Auch die Liquidität sei aufgrund der schlechten Ertragslage angespannt. Zum Teil müßten die Unternehmen Kredite zur Betriebsmittelfinanzierung und für die Finanzierung von Wareneinkäufen nutzen. Zudem wachse im Mittelstand die Befürchtung vor der Kreditklemme. Mit einer Entspannung der Finanzierungsbedingungen sei derzeit nicht zu rechnen.

Mehr Insolvenzen, Eigenkapitalquoten unter Druck

Neben dem schwachen Konjunkturausblick bremsen weitere Entwicklungen die mittelständische Wirtschaft. So verzeichneten die Unternehmen eine Ausweitung der von den Kunden in Anspruch genommenen Zahlungsziele. Nur eine Minderheit der Unternehmen (28,9 Prozent) blieb von Zahlungsausfällen verschont. Größere Forderungsverluste gab es jedoch eher selten.

In den Eigenkapitalquoten spiegeln sich die Mehrfachbelastungen immer stärker. Der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unter 10 Prozent liegt, hat sich erhöht. Deutlich weniger Unternehmen als im Vorjahr gelten als solide finanziert (Eigenkapitalquote über 30 Prozent).

Die Zahl der Insolvenzmeldungen hat sich im 1. Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 28,1 Prozent erhöht. Zwischen Jänner und März mußten insgesamt 1.351 Unternehmen Insolvenz anmelden. „Die Finanzlage vieler Unternehmen



war nach der Corona-Zeit noch geschwächt, nun setzen Inflation und steigende Energiepreise den Unternehmen abermals zu“, sagt Weinhofer. In allen Branchen seien die Insolvenzzahlen gestiegen. ■

<https://www.creditreform.at/>

Großstadt im Kleinformat

Die Wiener Ansichtskarte – bis 24. September 2023 im Wien Museum MUSA

Heute wird sie gern als kitschlastiger Nostalgie-träger oder belangloses Alltagsobjekt wahrgenommen. Doch die Ansichtskarte war einmal modern und gehörte zu den prägenden Massenmedien des 20. Jahrhunderts. Ihre rasante und weltweite Verbreitung um 1900 bewirkte eine Art „Bildrevolution“ und machte die illustrierte Postkarte zum ersten globalen Bildmedium schlechthin. Und ihre Karriere ist trotz medialer Konkurrenz noch immer nicht zu Ende. Bis heute spielen Postkarten für die Wahrnehmung, Repräsentation und Dokumentation der Stadt eine wichtige Rolle.

Die Ausstellung unternimmt erstmals den Versuch, die Geschichte der Ansichtskarte in Wien umfassend zu zeigen. Der Fokus liegt auf Abbildungen und Darstellungen der Stadt, ihrer Straßen, Plätze und Gebäude. Anfangs war die Ansichtskarte mehr als ein Vermittler touristischer Grußbotschaften und zentraler Sehenswürdigkeiten: Sie zeigte auch Nebengassen und Wirtshäuser der Vorstadt, hielt wichtige aktuelle Ereignisse fest und wurde gern gesammelt. Erst in der Folge verengte sich ihr Repertoire auf einige wenige, schablonenhafte Motive im Massentourismus.

Die Ausstellung thematisiert am Beispiel Wiens die spezifischen medialen Eigenschaften und Entstehungsbedingungen der Ansichtskarte – als Kommunikations- und Werbemittel, als Sammelobjekt und Kunstform. Wie hat sie sich im Laufe von über 100 Jahren verändert? Welche Bilder und Images der Stadt transportierte sie? Welche Ansätze gibt es heute, sie neu zu adaptieren? Nicht zuletzt wird der Frage nachgegangen, wie dieses traditionelle analoge Medium in den elektronischen Medien fortwirkt.

Die Ausstellung basiert auf der Ansichtskartensammlung des Wien Museums, ergänzt um zahlreiche, auch dreidimensionale Leihgaben aus Privatsammlungen (W. Lukan, H. Seemann) sowie dem Technischen Museum Wien.

Ausstellungskapitel

1. Entwickeln & Globalisieren

Die Ansichtskarte war keine Erfindung. Sie entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts aus der amtlichen Postkarte. Hatte diese ein Bedürfnis nach einfacher, schriftlicher Kommunikation befriedigt, so manifestierte

sich in der Ansichtskarte zugleich ein gesteigertes kollektives Interesse an Bildern.

Bei der Bebilderung der Postkarte griff man auf bewährte Bildtraditionen und Motive der populären Druckgrafik zurück. Den Anfang machten private Werbeillustrationen, danach kamen kleine Stadtansichten hinzu. Erst in der Folge entwickelte die illustrierte Postkarte auch eine eigene Bildsprache.

Der erste Boom setzte um 1900 ein – auch hierzulande. Postkarten mit Wien-Ansichten stammten oft von ausländischen Verlagen, aber auch heimische Verlage produzierten für das Ausland. Die Ansichtskarte war praktisch überall erhältlich und konnte überallhin verschickt werden. Möglich wurde dies durch die weltweite Standardisierung und Vernetzung des Postwesens. Mit der Ansichtskarte entstand das erste globale Bildmedium.



© Wien Museum

Stephansdom, Verlag A. Grünsapann, um 1911

Chronik

2. Herstellen & Konstruieren

Die rasante Verbreitung der Ansichtskarte öffnete nicht nur neue Bildwelten, sondern auch einen lukrativen Markt. Die Entwicklung der Drucktechnik und der Fotografie trug wesentlich zu diesem Aufschwung bei. Dominierten anfangs noch grafische Motive auf den Postkarten, so setzte sich mehr und mehr die Fotografie als Bildlieferant durch.

Es gab kaum ein Herstellungsverfahren, das nicht auch für Ansichtskarten genutzt wurde. Die Wahl der Technik hatte Auswirkungen auf die Wahl der Motive. Je aufwendiger die Karte und je höher die Druckauflage, desto populärer und absatzsicherer mußte das Bild sein. Ansichtskarten sind letztlich privat hergestellte, kommerzielle Produkte.

Das Ergebnis sind oft idyllische, klischeehafte und geschönte Bilder. Doch Ansichtskarten zeigen und dokumentieren damit Kontinuität und Wandel unserer Sehpräferenzen: Was man zu einer bestimmten Zeit als attraktiv empfindet – und im Umkehrschluß, was nicht.

3. Abbilden & Sinnbildern

Ansichtskarten sind nicht einfach Abbilder der Stadt. Sie spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider und sind symbolisch aufgeladene Interpretationen. So inszenierten viele Karten um 1900 eine bürgerliche Idylle und prägten damit die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Stadt. Sie hielten aber auch urbane Veränderungen fest: darunter das Entstehen neuer Landmarks.

Für zahlreiche Adressen sind illustrierte Postkarten die einzigen überlieferten Bilddokumente, die wir haben. In ihrer Gesamtheit repräsentieren sie den populären Blick auf die Stadt. Aber auch die Kunst entdeckte das Medium bereits früh für sich: auf Postkarten der Wiener Werkstätte oder auf den „Künstlerpostkarten“ in der Tradition Alt-Wiener Veduten.

Trotz ihrer Vielzahl vermittelt die Ansichtskarte stets ein fragmentarisches Bild der Stadt. Dies gilt nicht nur für das Verhältnis von Zentrum und Peripherie, sondern noch mehr in historischer Perspektive: Die einstige Motivvielfalt ist mittlerweile einigen wenigen Sehenswürdigkeiten gewichen.

4. Kommunizieren & Sammeln

Die Ansichtskarte war und ist nicht nur als Bildmedium, sondern auch als Korrespondenzmittel von Bedeutung. Und dies nicht nur im Tourismus, man verschickte sie anfangs auch innerhalb der Stadt. Die beschrifteten Ansichtskarten verbinden somit



K. K. HOFBURG IN WIEN
 Liebeste Marietta! Lange hast Du nichts von mir gehört, sei nicht böse, ich habe einen fürchterlichen Katarrh, so daß ich sogar zu Bett bleiben mußte und war auch im Bett entsprechender Laune. Geht es Dir aus, so komm doch einmal einen Sprung zu mir, nur Dienstag und Samstag Nachm. nicht, oder aber ich seh Dich erst im Konzert mit

© Wien Museum

Die Postkarte als Vorläufer der (z.B.) Whatsapp-Nachricht: „Liebeste Marietta! Lange hast Du nichts von mir gehört, sei nicht böse, ich habe einen fürchterlichen Katarrh, so daß ich sogar zu Bett bleiben mußte und war auch im Bett entsprechender Laune. Geht es Dir aus, so komm doch einmal einen Sprung zu mir, nur Dienstag und Samstag Nachm. nicht, oder aber ist seh Dich erst im Konzert nur...“

Hofburg in Wien, Wiener Werkstätte Nr. 262, Grafik: József Divéky, ab 1909

ein gleichsam öffentliches, kollektives Bild von Wien mit individuellen, lebensweltlichen Belangen der AbsenderInnen. Damit nahmen sie einige Funktionen heutiger Social-Media-Plattformen vorweg.

Das Sammeln von Ansichtskarten wurde um 1900 regelrecht zur Mode und das Sammelalbum zum Bestandteil vor allem bürgerlicher Repräsentation. Man hielt auf diese

Weise fest, wo man einmal gewesen war, und imaginierte, wo man vielleicht einmal sein wollte. SammlerInnen organisierten sich in eigenen Vereinen. Für Frauen barg die aktive Sammeltätigkeit nicht zuletzt ein emanzipatorisches Potential. Auch Museen und Archive begannen damals, das neue Medium in ihre Sammlungen aufzunehmen.

5. Transformieren

Chronik

Die Ansichtskarte wurde immer wieder totgesagt. Doch das Format erweist sich als erstaunlich populär und robust – physisch, als elektronische Postkarte oder oft auch nur als Metapher. Sie ist Teil unseres kulturellen Gedächtnisses geworden: eine bestimmte Art und Weise, die Welt zu sehen und darzustellen.

So ist die illustrierte Postkarte seit über hundert Jahren ein Erfolgsmedium. Und sie hat sich dabei immer wieder gewandelt. Auch gegenwärtig gibt es Initiativen, die Bildsprache des Mediums zu erneuern und vom verkitschten Image zu befreien. Die neue Wiener Ansichtskarte zeigt als Nischenprodukt – neben den klassischen touristischen Motiven – eine beachtliche Vielfalt.

Auch in der digitalen Kommunikation leben gewisse Funktionen und Formen des traditionellen Mediums fort. Der Versand von kurzen Bild- und Textnachrichten erlebt mittels Smartphone in den Sozialen Medien eine neue Blüte.

Briefkasten-Automat & persönliche Ansichtskarte aus Wien

Im Rahmen der Ausstellung besteht die Möglichkeit, an einem Tausch von Postkarten teilzunehmen: Die BesucherInnen werden eingeladen, eine Ansichtskarte mit Wien-Motiv aus dem im Foyer aufgestellten Automaten zu ziehen, eine Nachricht mit persönlichen Erinnerungen oder einer Botschaft zu schreiben und die Karte in den danebenliegenden Postkarten zu werfen.

Im Gegenzug erhält man eine zuvor eingeworfene Postkarte einer anderen TeilnehmerIn, die man dann mit nach Hause nehmen kann.

In einer weiteren Station können Besucher:innen vor einem Foto-Hintergrund eine persönliche Ansichtskarte gestalten. Entweder als Selfie oder in Begleitung abgelichtet, kann das Motiv direkt vor Ort via Automat gedruckt werden, auf Wunsch sogar mit personalisierten Briefmarken (mit dem Standard-Porto für Österreich um 1 €). Damit kann die Karte gleich frankiert und in den gelben Briefkasten geworfen werden. Die passenden Münzen für den Automaten erhalten BesucherInnen im Shop.

Magazin Beiträge & Online Sammlung

Es erscheint zur Ausstellung kein Katalog, stattdessen werden seit Ausstellungseröffnung wöchentlich Artikel, die die Ansichtskarte als historisches und zeitgenössisches Phänomen beleuchten, veröffentlicht <https://magazin.wienmuseum.at>



Friedrich-Kaiser-Gasse mit Schule, Sperlings Postkartenverlag, um 1910



Brand der Rotunde im Prater, Postkartenverlag Donauland, 1937



Ein eigenes Album der Online Sammlung zeigt die ausgestellten Ansichtskarten von „Großstadt im Kleinformat“. Darüber hinaus finden sich in der Online Sammlung aktuell 10.603 Ansichtskarten, davon stehen 9.870 als Open Content zum Download be-

reit, davon wiederum 1.509 inklusive Transkription. Die Online-Suche kann aber auch nach Themen spezifiziert werden, wie z.B. zu Wiener Werkstätte, Prater oder Stephansdom. ■

<https://magazin.wienmuseum.at/online-sammlung-des-wien-museums>

Chronik

Polarwolf-Fünflinge in der Tierwelt Herberstein

Das Herbersteiner Wolfsrudel wächst: fünf Polarwölfe wurden im April geboren. Das Alpha-Paar, Bjelle und Herbert, ist ein Garant für Nachwuchs. Nachdem im Vorjahr vier Wölfe das Licht der Welt erblickt haben, wurden in diesem Jahr fünf Babys geboren.

Das Quintett hat die ersten Wochen in der Wurfhöhle verbracht, mittlerweile erkunden sie ihre Umgebung.

Der Polarwolf ist eine von fünf nordamerikanischen Unterarten des Grauwolfes. Seine Heimat sind die kanadischen Arktisinseln und Grönland. Das zu Beginn braungraue Fell verfärbt sich im Laufe des ersten Lebensjahres in eine beige Farbe. Erst im Erwachsenen-Alter zeigen sie sich in ihrem schneeweißen Pelz.

Der Babyboom ist auch in anderen Gehegen sichtbar: mit Bison Diana, Känguru Jumpy und einem Kindergarten an Ziegenkitzen im Streichelzoo sind viele weitere Jungtiere zu bestaunen. Bis Mitte Mai waren stolze 41 Tierbabys auf die Welt gekommen.

Die Haltung von Wildtieren hat in Herberstein bereits jahrhundertelange Tradition. War es im 17. Jahrhundert die erste Haltung



Foto: Tierwelt Herberstein

von Damwild in Österreich, so ist er heute ein nach wissenschaftlichen Erkenntnissen geführter Zoo mit Tieren aus aller Welt, der eine Vielzahl an Aufgaben im Arten- und Naturschutz wahrnimmt. Am 1. Oktober 2006

wurde die Steirischer Landestiergarten GmbH (eine Tochterfirma des Landes Steiermark) gegründet und ist seit diesem Zeitpunkt ausschließlich für den Tierpark zuständig. ■

<https://www.tierwelt-herberstein.at/>

Schönbrunner Präriehunde haben Nachwuchs

Sie knabbern an Gräsern, toben durch die Anlage und sie halten die ganze Kolonie auf Trab: Der Tiergarten Schönbrunn freut sich über sechsfachen Nachwuchs bei den Schwarzschwanz-Präriehunden. Die Jungtiere sind in einem unterirdischen Bau zur Welt gekommen, wo sie von ihrer Mutter rund einen Monat lang versorgt wurden. Nun sind sie bereits gut für die BesucherInnen zu beobachten. Heimisch ist der Schwarzschwanz-Präriehund in der Steppe Nordamerikas. Noch ist sein Bestand nicht gefährdet, doch der Lebensraum schwindet zusehends. Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck: „Immer mehr Land wird in Agrarflächen für Ackerbau und Viehzucht umgewandelt. Heute bewohnt der Schwarzschwanz-Präriehund deshalb nur noch etwa zwei Prozent seines ursprünglichen Verbreitungsgebietes.“

Die Präriehunde im Tiergarten Schönbrunn sind wichtige Botschafter für die charakteristische Landschaft der Prärie und erfüllen auch einen bedeutenden Bildungsauftrag. Denn vielen sind diese Nagetiere nicht bekannt. Tierpfleger Alexander Keller: „Die Präriehunde werden sehr häufig für Murrel-



Foto: Tiergarten Schönbrunn/Daniel Zupanc

tiere oder Ziesel gehalten. Alle drei gehören zur Familie der Hörnchen, genauso wie unser heimisches Eichhörnchen.“ Mit Hunden sind sie nicht näher verwandt. Diesen Teil ihres Namens verdanken sie den bellenden Lauten, die sie ausstoßen, um sich gegenseitig vor Feinden wie Greifvögeln, Füchsen

oder Kojoten zu warnen. Die sechs Jungtiere werden noch gesäugt, fressen aber auch schon Gemüse und vor allem das tägliche Grünfutter. Bleibt davon etwas übrig, nützen sie es als Unterlage für ein gemütliches Sonnenbad. ■

<https://www.zoovienna.at/>

DAC-Prozeß finalisiert

Als letztes Gebiet schützt die Thermenregion ihre herkunftstypischen Weine im DAC-System. Eingeteilt werden die DAC-Weine in die drei Herkunftsstufen Gebietswein – Ortswein – Riedenwein. Start ist der Jahrgang 2023.



Foto: ÖWM / Robert Herbst

Ried Mandel-Höh, Gumpoldskirchen, Thermenregion

Es ist vollbracht“, freut sich Heinrich Hartl, Obmann Regionales Weinkomitee Thermenregion, über den erfolgreichen Abschluß des Projekts „Thermenregion DAC“. Damit ist auch der 20jährige DAC-Prozeß in Österreich, der 2003 so erfolgreich mit dem Weinviertel DAC begann, finalisiert.

Herkunftspyramide integriert Leitsorten und Vielfalt

Ab der Ernte 2023 gibt es die ersten DAC-Weine aus dem niederösterreichischen Weinbaugebiet. Die dreistufige Herkunftspyramide für Thermenregion DAC berücksichtigt an der Spitze bei den Riedenweinen neben den Leitsorten Zierfandler, Rotgipfler, St. Laurent und Pinot Noir auch Weißburgunder und Chardonnay.

Bei den Ortsweinen werden zusätzlich Grauburgunder und Zweigelt (Rotburger)

unter dem DAC-Siegel abgefüllt. Die Ortsweine der Thermenregion tragen als Herkunftsbezeichnung Perchtoldsdorf, Gumpoldskirchen, Tattendorf, Wiener Neustadt und Bad Vöslau. Die Weinsorten für die Gebietsweine Thermenregion DAC (ohne Nennung von Gemeinde oder Riede) wurden um Neuburger, Gemischter Satz und Blauer Portugieser im Sinne der Tradition der großen Vielfalt erweitert.

Der DAC-Kreis schließt sich

„Ich freue mich sehr, daß wir mit der Thermenregion nun die DAC-Familie komplettieren konnten!“, kommentiert Chris Yorke, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing (ÖWM), und ergänzt: „Das DAC-System ist eine österreichische Erfolgsgeschichte: Es erlaubt jedem Gebiet, seine herkunftstypischen Weinstile gesetzlich zu

schützen. Das ist in der Weinwelt enorm wichtig, denn: Rebsorten sind austauschbar, Herkünfte nicht!“ Auch Johannes Schmukenschlager, Präsident des Weinbauverbands Österreich, freut sich: „Das österreichische DAC-System ist nach 20 Jahren abgeschlossen!“

Ortsübergreifende Weinbaugemeinden zur besseren Vermarktung

Bei der Pressekonferenz „Thermenregion DAC“ Ende Mai in Baden bei Wien wurden die wichtigsten Punkte der DAC-Verordnung, die aktuell in der letzten Phase der gesetzlichen Implementierung ist, sowie die Vermarktungsstrategie präsentiert. Um in Zukunft die Weine der Thermenregion auf dem nationalen und internationalen Weinparkett noch besser vermarkten zu können, haben sich die WinzerInnen der Thermenregion da-

Gastronomie & Kulinarisches

zu entschlossen, im Rahmen der DAC-Verordnung – über politische Ortsgrenzen hinaus – größere Weinbaugemeinden zu schaffen. So können z. B. ab dem Jahrgang 2023 unter der Bezeichnung „Thermenregion DAC Gumpoldskirchen“ Weine aus den politischen Katastralgemeinden Pfaffstätten, Traiskirchen, Guntramsdorf und Mödling vertrieben werden.

„Diese Neuordnung ist vielleicht anfangs etwas ungewohnt, aber für die Zukunft machen uns die größer gefassten ortsübergreifenden Weinbaugemeinden Perchtoldsdorf,

Gumpoldskirchen, Tattendorf, Wiener Neustadt und Bad Vöslau konkurrenzfähiger“, betont Heinrich Hartl.

Verkostungen erster Thermenregion-DAC-Weine für Frühjahr 2024 geplant

Was bedeutet DAC?

Districtus Austriae Controllatus (DAC) ist eine gesetzliche Herkunftsbezeichnung für gebietstypische Qualitätsweine aus Österreich. Wenn also auf einem Weinetikett der Name eines Weinbaugebiets in Kombination mit „DAC“ steht, hat man einen für das Ge-

biet typischen Qualitätswein vor sich, dessen Trauben ausschließlich im angegebenen Gebiet geerntet wurden. Ein DAC-Wein darf nur aus den für dieses Gebiet festgelegten Rebsorten erzeugt werden und muß allen Vorgaben der vom jeweiligen Gebiet festgelegten Verordnung entsprechen. In Österreich gibt es 18 DAC-Weinherkünfte. Weine, die den DAC-Anforderungen nicht entsprechen, tragen die Herkunft des jeweiligen Bundeslandes und sind Teil der Weinvielfalt auf dieser Herkunftsebene. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

Den pinken Trends auf der Spur

Internationales Roséweinfestival in der Alten Uni Graz

Das Internationale Roséweinfestival Steiermark in der Alten Universität Graz ging am 7. Juni in die dritte Runde: 32 der besten Rosé- und Schilcherwinzer aus ganz Österreich präsentierten ihre feinsten Weine. Die BesucherInnen verkosteten, entdeckten und degustierten Roséweine in der Alten Universität Graz

Wein Steiermark und Vinaria, Österreichs Zeitschrift für Weinkultur, organisierten das Internationale Roséweinfestival wieder in Form einer Verkostung für Fachpublikum und für private Weinliebhaber. Als klassische Tischpräsentationen der Winzer im einzigartig prächtigen Ambiente der Alten Universität. Zur Verkostung stand eine breite und repräsentative Auswahl an erstklassigen Roséweinen – still und prickelnd. Schilcher- und Roséweine aus der Steiermark, beste Rosé aus österreichischen Weinbaugebieten und internationale Vertreter. Rosé-Hochgenuss im direkten Kostvergleich, auf internationalem Niveau.

Roséweine erleben nicht nur in Österreich einen wahren Boom, der von Jahr zu Jahr weiter zulegt. Rosé entwickelte sich längst zur eigenständigen, gefragten Weinkategorie. Die Weine werden mittlerweile in allen Qualitätsstufen gekeltert, auch als Riedenweine. Legendär sind auch die österreichischen Winzersekte in Rosé. Längst sind Roséweine nicht nur Sommerweine, sondern haben ganzjährig Saison, sind besonders vielfältige Speisebegleiter und decken alle „Gewichtsklassen“ ab: Von frisch-fruchtig-leicht über gehaltvoll unkompliziert bis zu strukturiert, stoffig, vielschichtig, mit Tiefgang und Länge.

„Gerade das Weinland Steiermark verfügt in allen drei Herkünften und im Besonderen



Foto: Wein Steiermark/Fotokuchi Johannes Polt

v.l.: Erwin Goldfuss (Geschäftsführer der Vinaria), Walburga Seidl (Vorstandsmitglied der Steiermärkischen Sparkasse), Weinhoheit Sophie Friedrich, Werner Luttenberger (Geschäftsführer Wein Steiermark) und Kammeramtsdirektor Werner Brugner

im Weststeiermark DAC – über hervorragende Roséweine, die das gesamte Spektrum der Rosés abdecken, von frisch-rassig-knackig bis hochfein, elegant und finessenreich“, sagt Stefan Langmann, stellvertretender Obmann Wein Steiermark. Als autochthone Sorte steht der Schilcher aus der Blauen Wildbacher Traube fast „archetypisch“ für ein Herkunftssystem. Die lebendige Säure bleibt prägnanter Bestandteil, auch bei den Sekten und Süßweinen.

Die unterschiedlichen Böden der Weststeiermark und die jeweilige Lage im Gebiet selbst machen sich im Geruch, im Aroma und im Geschmack der Weine bemerkbar. Die Bandbreite reicht von Walderdbeeren über Johannisbeeren bis hin zu Grapefruit -

„fruchtig-lebendig“. Der Schilcher beziehungsweise Blauer Wildbacher spielt im Konzert der besten Roséweine eine führende Rolle und gewinnt immer mehr Fans.

Die Steiermark – als Austragungsregion des Festivals – zeigt ihre Kompetenz im Bereich Roséweine. Mit der autochthonen Sorte „Blauer Wildbacher“, aus welcher der bekannte Schilcher gekeltert wird, hat die Steiermark bei den Roséweinen schon früh eine Vorreiter-Rolle übernommen.

Auch andere Gebiete in Österreich haben sich mittlerweile auf die Produktion von Roséweinen spezialisiert, etwa das Mittelburgenland und das junge DAC Gebiet Rosalia. ■

<https://steiermark.wine/>

Restaurant Figlmüller in Wien ist das legendärste der Welt

Der »Schnitzel-Tempel« in der Bäckerstraße wurde von einer US-amerikanischen Internet-Plattform unter 150 Restaurants weltweit zur Nummer 1 gekürt



Foto: Figlmüller/Lukas Lorenz

Hans Figlmüller vor seinem Restaurant am Lugeck im 1. Wiener Gemeindebezirk

Tausende UserInnen der US-amerikanischen Internetplattform „Taste Atlas“ haben mit ihren Essensbewertungen 150 der besten Restaurants weltweit ausgewählt, von denen jedes eine einzigartige gastronomische Reise bietet, die Sie mindestens einmal im Leben unternehmen sollten. Und der „Figlmüller“ wurde zum „legendärsten Re-

staurant der Welt“ gekürt. Jedes dieser Lokale hat sich bewährt und verzichtet auf trendige Gimmicks zugunsten einer traditionellen, hochwertigen Küche.

Auf den Plätzen folgen: 2. Katz' Delicatessen in New York City; 3. Warung Mak Beng, Sanur (Indonesien); 4. La Polar, Mexico City; 5. Pizzeria da Michele, Neapel

(Italien); 6. Hyman's Seafood, Charleston (South Carolina); 7. Caru' cu Bere, Bukarest (Rumänien); 8. U Fleků, Prag (Tschechien); 9. Hofbräuhaus, München (Deutschland) und 10. Gino e Toto Sorbillo, Neapel (Italien).

„So wie der Besuch des Schlosses Schönbrunn in Wien, die Erkundung der antiken Ruinen von Pompeji in Neapel oder der Blick auf das rätselhafte Lächeln der Mona Lisa in Paris zentrale Erlebnisse sind, um das kulturelle Erbe dieser Städte in sich aufzunehmen, so sind auch die kulinarischen Abenteuer der Verkostung eines Figlmüller-Schnitzels, des Genusses einer Pizza Napolitana bei da Michele oder des Confit de Canard bei Bouillon Chartier“, heißt es bei „Taste Atlas“. Der Schwerpunkt liegt dabei auf „echtem Essen mit kräftigen Aromen, oft unter Verwendung altehrwürdiger, über Generationen weitergegebener Rezepte“.

»Platz 1 für Figlmüller«

In der Begründung für den Sieg für Figlmüller heißt es dazu: „Diese Wiener Schnitzel-Institution mag zwar touristisch sein, aber sie ist für ihre panierten Kalbs- und Schweineschnitzel bekannt, die so groß sind, daß sie über den Tellerrand hinausragen, und zieht auch Einheimische an. Das Schnitzel wird mit dem Hammer bearbeitet – man hört das Klopfen der Hämmer noch einen Häuserblock weiter, so daß das Schnitzel hauchdünn wird. Es ist köstlich, weil die Qualität (und auch die Größe: ein halbes Pfund pro Stück) unübertroffen ist; vergessen Sie nicht, Zitronensaft hinzuzufügen. Der Kartoffelsalat mit steirischem Kürbiskernöl (das Öl ist eine österreichische Spezialität) ist der beste der Stadt, und wenn Sie das Rezept zu Hause ausprobieren möchten, können Sie sogar das Kochbuch kaufen.“

Wiener Gastlichkeit seit über 115 Jahren

Das Jahr 1905 war die Geburtsstunde des legendären Figlmüller Schnitzels. Johann Figlmüller eröffnet ein kleines Weinhaus in der Wollzeile, gleich hinter dem Stephansdom. Und von Anfang an repräsentiert es die unvergleichliche Wiener Lebensart: eine

Gastronomie & Kulinarisches

Gaststube, in der es sich gut plaudern und feiern läßt, eine feine Speisekarte und ausgesuchte Hauerweine. Die originelle Interpretation des Schnitzels natürlich nicht zu vergessen. Beim Figlmüller reicht der Genuß bis über den Tellerrand: Rund 30 Zentimeter mißt ein Schnitzel im Durchschnitt und ist sich doch ruckzuck. Warum? Weil's wunderbar schmeckt – zart, saftig und umhüllt von rescher Panier.

Für diese Köstlichkeit verarbeiten die Figlmüller-Köche nur bestes Schweinefleisch. Und zwar von der Karreerose. Einem hochwertigen Rückenteil, welches sich während des Backens kaum aufwellt. So gelingen Schnitzel, die ein gutes Stück größer, dünner und knuspriger sind als üblich. 250 Gramm Karreerose werden mit Hingabe so lange geklopft, bis das Fleisch hauchdünn und bereit für das Bad in Mehl und Ei ist. Gekrönt wird die Panier von ganz besonders „herrschaftlichen“ Bröseln: Sie stammen von einer Kaisersammel, die speziell für Figlmüller gebacken wird und machen das Schnitzel so verführerisch resch. Zum Backen benötigen die Köche nicht weniger als drei Ölpfannen. Dafür geht es dann umso schneller – nicht mehr als geschätzte 30 Sekunden benötigt ein Schnitzel, bis es goldgelb am Teller liegt. Perfektion auf höchster Stufe.

Was gehört zu einem echten Figlmüller Schnitzel? Ein echter Wiener Erdäpfelsalat. Und zwar einer, der sich durch seine feine Süße auszeichnet. Wer eine andere Begleitung zu seinem Schnitzel bevorzugt, kann aus bis zu zwölf knackigen Salaten wählen. Tagesfrisch, versteht sich, und zubereitet nach alten Familienrezepten.

Beim Figlmüller schaut man sich ganz genau an, wo die Zutaten herkommen. So stammt etwa das Schweinefleisch ausschließlich von Bauern, die man persönlich kennt. Und auch bei allen anderen Rohstoffen legt man Wert auf regionale Herkunft. Ein Qualitätsanspruch, der seit 2011 mit dem AMA-Gastrosiegel verbrieft ist. Dieses Zertifikat garantiert regionale Gerichte, zubereitet aus österreichischen Rohstoffen. Eine Philosophie, die Figlmüller seit jeher am Herzen liegt.

Sieben Mal in Wien

Erfolg verlangt nach größeren Maßstäben. Und so sind die Figlmüllers mittlerweile sechsfach in Wien vertreten: Zum Stammhaus in der Wollzeile gesellte sich 2002 ein zweites Figlmüller Restaurant in der Bäckerstraße. 2004 wurde dann aus dem ehemaligen Figlmüller Heurigen das Figls, ein ge-



Foto: Figlmüller/Lukas Lorenz

250 Gramm Karreerose werden mit Hingabe so lange geklopft, bis das Fleisch hauchdünn und bereit für das Bad in Mehl und Ei ist. Gekrönt wird die Panier von ganz besonders „herrschaftlichen“ Bröseln...

mütliches Bierlokal inmitten der Wiener Weinberge. Die Brasserie Joma am Hohen Markt sorgt für internationalen Flair und vereint traditionelle Kaffeehauskultur mit urbanem Design. Im Dezember 2014 kehrte das Wiener Wirtshaus zurück ans Lugeck. Im geschichtsträchtigen Regensburger Hof werden nicht nur heimische Speisen, sondern auch spannende Neuinterpretationen und

Kleinigkeiten für den schnellen Hunger zwischendurch serviert. Abgerundet wird das gastronomische Angebot durch das Coffee-shop Daily Roast am Flughafen Wien-Schwechat. Und ganz aktuell haben wir ein neues Restaurant direkt am Stephansplatz eröffnet, den Zwischengang, das exquisiten Genuß und erlesene Getränke in bester Lage der Stadt bietet.



Foto: Figlmüller/Lukas Lorenz

Das Restaurant Figlmüller in der Bäckerstraße, ebenfalls in der Wiener Innenstadt

Gastronomie & Kulinarisches

»Traditionelles Stierfest«
beim Figlmüller

Unter dem Motto „Just do it-nothing is impossible“ („*Tu es einfach – nichts ist unmöglich*“) fand am 16. Mai im „Schnitzel-Tempel Fieglmüller“ in der Wiener Innenstadt das Jubiläumsfest der VIP-Stiere statt.

Zu diesem Jubiläumsabend hatten Stierpräsident Josef „Pepi“ Höchtl gemeinsam mit der ehemaligen Bildungsministerin Elisabeth Gehr, Baurat, Kommerzialrat und Sochor-OBI-Miteigentümer Werner Hutschinski, Ex-Nationalbankdirektor Adolf Wala, PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz und Gastgeber „Stier-Schnitzelwirt“ Hans Figlmüller zahlreiche Elite-Stiere eingeladen.

Der Präsident und Initiator dieses traditionellen VIP-Stierfestes, Ex-Nationalrat Josef „Pepi“ Höchtl, begrüßte in seiner un-nachahmlichen launigen und charmanten Art die auch an diesem Abend zahlreich erschienen VIP-Stiere aus Wirtschaft, Kunst, Sport, Kultur und Politik – unter ihnen Sacher Lady Elisabeth Gürtler, die ehemalige Botschafterin Helen von Damm Ex-Vizekanzler Willi Molterer, Botschafter a.D. Helmut Türk, Society Lady Christa Dukor-Mayerhofer sowie „Jazz Gitti“ und viele weitere VIP-Stiere, die diesem einzigartigen Jubiläumsfest der Stiere einen würdigen stierischen Rahmen gaben.

An diesem Jubiläumsabend wurde in gebührender Art und Weise auch der Gründungsmitglieder gedacht, die vor 50 Jahren im Rahmen einer Parlamentssitzung mit dem Initiator Pepi Höchtl dieses nachhaltige und erfolgreiche Stierfest aus der Taufe gehoben haben.



Foto: Georg Hochmuth

Stier-Präsident Josef „Pepi“ Höchtl (2. v.l.) mit den Geburtstagskindern des Tages (v.r.) Hans Figlmüller, Walter J. Gerbautz, Claudia Klages und Harald F. Zehetgruber



Foto: PaN-Stier WZG

Die Belegschaft gratulierte dem Stier-Doyen Hans Figlmüller – zu dessen großer Überraschung – mit einer riesigen und köstlichen Stier-Torte zum 80. Geburtstag.



Foto: Stefan Ebner

Beim Selfie (v.l.): WKÖ-Stier Stefan Ebner, PaN-Stier Walter J. Gerbautz und Gastro-Stier Hans Figlmüller

Einen Höhepunkt des Abends bildete die Feier des 80. Geburtstags des Hausherrn Hans Figlmüller, der diesen gemeinsam mit weiteren VIP-Stieren genau an diesem Abend, dem 16. Mai, mit Münze-Stierin Claudia Klages, PaN-Stier Walter J. Gerbautz Gesundheits-Stier Harald F. Zehetgruber sowie die leider abwesende Opernsängerin aus California, Solmaaz Adeli, und Film-Stier Michael Wolkenstein mit der Stierrunde ausgie-

big feierte. Wie an allen vorangegangenen Stierabenden beim Figlmüller, verzauberte auch an diesem Jubiläumsabend die stiergeborene Stier-Astrologin Eva Vaskovich-Fidelsberger mit ihrer vielversprechenden Zukunftsprognose aufgrund der erfolgreichen Anordnung der Himmelskörper für das Jahr 2023.

<https://www.figlmuller.at/>
<https://www.tasteatlas.com/figlmuller>

Peter Simonischek†

Der berühmte und beliebte österreichische Schauspieler verstarb am 29. Mai im Alter von 76 Jahren im Kreise seiner Familie in seinem Zuhause in Wien

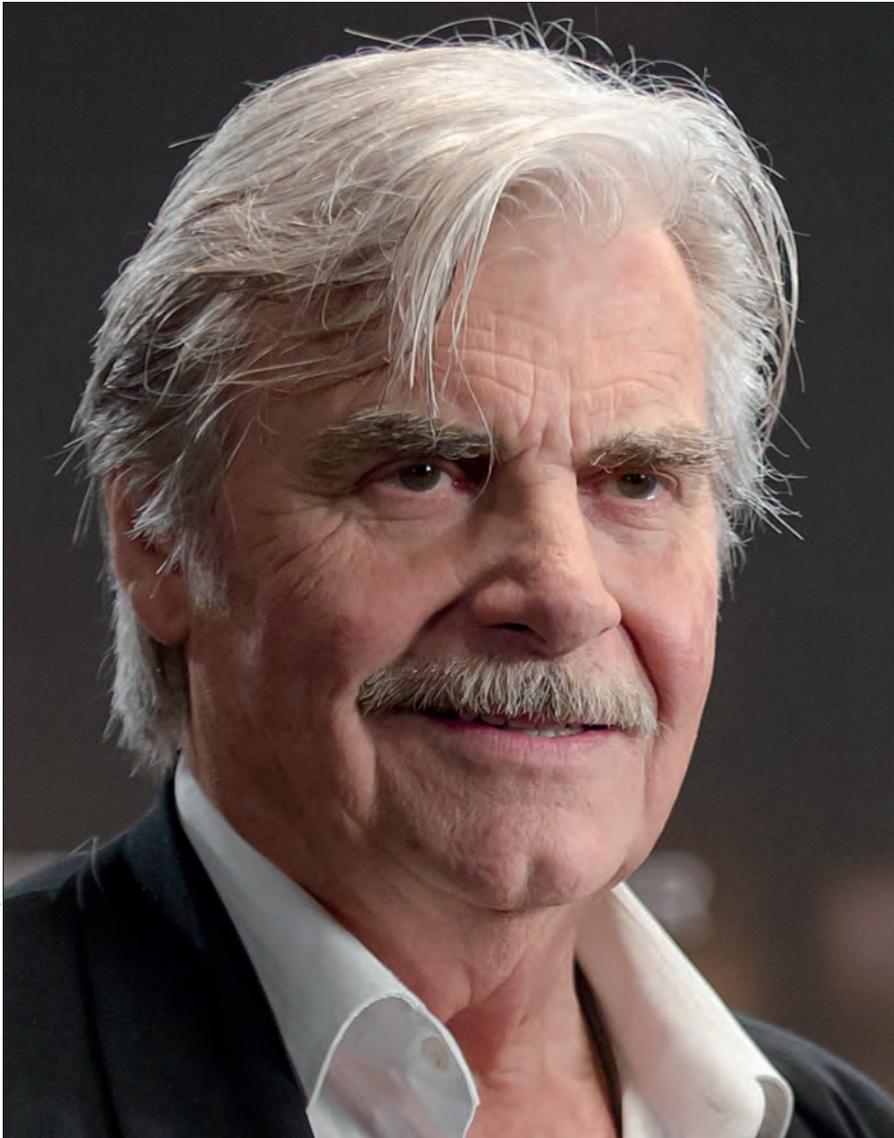


Foto: Manfred Werner - CC by-sa 4.0

Peter Simonischek 2017 beim Austrian Film Awards im Wiener Rathaus

Einer der ganz großen Schauspieler ist von uns gegangen. Peter Simonischek war über fast ein Jahrzehnt ein vergleichsloser Jedermann“, sagte der Intendant der Salzburger Festspiele, Markus Hinterhäuser in einer ersten Stellungnahme. „Mit seiner einzigartigen Bühnenpräsenz füllte er die beeindruckenden Dimensionen des Domplatzes mit Leichtigkeit, mit jeder Zelle seines Körpers war er der Jedermann. Peter Simonischek war mit einer Überfülle an Qualität gesegnet, er war das, was man im besten Sinne des Wortes einen Publikumsliebling nennt – und das vollkommen zu Recht.“

Beeindruckende 210 Mal – für 200 Schauspielvorstellungen, vier Lesungen und sechs Orchesterkonzerte – stand Peter Simonischek auf der Festspielbühne.

Bereits 1982 feierte Peter Simonischek als 26jähriger sein Debüt mit den Salzburger Festspielen mit Goethes leidenschaftlichem, zum Wahnsinn neigenden Dichter Torquato Tasso. „Peter Maria Simonischek gelang es, die widersprüchlichen Charakterzüge Tassos plausibel, die Figur faszinierend und abstoßend zugleich zu machen, ohne in die Karikatur abzugleiten“, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“.

1986 folgte die Rolle des Okeanos in der sprachmächtigen Übersetzung von Peter Handke in Aischylos' Prometheus, gefesselt. 1988 gab er den Horch in Elias Canettis Hochzeit und 1992 den Wernyhora in Stanisław Wyspiańskis Wesele. Ab 1991 verkörperte der gebürtige Grazer vier Jahre den Tod im Jedermann, als „würdiger, mit Autorität ausgestatteter Knochenmann“, wie die „Salzburger Nachrichten“ berichteten.

1995 und 1996 begeisterte Simonischek als Leonid Andrejewitsch Gajew in Peter Steins Inszenierung von Anton Tschechows Kirschgarten. „Überragend ist Peter Simonischek als Gajew, welcher damit zum eigentlichen Partner der Ranjewskaja wird“, schwärmte Barbara Heilig in der „Neuen Zürcher Zeitung“. „Immer bereit, sich von irgendetwas Nebensächlichem ablenken zu lassen, das seine gesamte Konzentration absorbiert – Billardgeräusche aus dem Nebenzimmer, Musik in der Ferne –, scheint er das quecksilbrige Temperament der Schwester gar nicht wahrzunehmen; dennoch ist offensichtlich, wie ihn die unaufhaltsame Entwicklung umtreibt: als eigentlich tragische Figur schreitet er, seine aufrechte Haltung der Form nach bewahrend, als Verlierer ins Nichts.“

2002 übernahm Peter Simonischek die Rolle des Jedermann in Christian Stückls Neuinterpretation des Gründungstückes der Festspiele. Acht Jahre lang und 91 Mal, so oft wie kein anderer, verkörperte er den reichen Mann auf dem Domplatz. Simonischek interpretierte die Rolle als einen brutalen Kapitalisten und scheiternden Machtmenschen. „Peter Simonischek ist der ideale Jedermann. Seit den 60er-Jahren hat es wohl keinen besseren gegeben. Er ist eine kraftvolle, rücksichtslose Erscheinung und beherrscht die Riesenbühne jederzeit aufs Beste. Das ist kein tändelnder Liebhaber, sondern einer, der glaubt, daß ihm alles, was er sich nur wünscht, rechtmäßig zusteht“, bemerkte Werner Thuswaldner in den „Salzburger Nachrichten“.

Am 6. August 1946 in Graz geboren, verbrachte er seine Kindheit im südoststeirischen Markt Hartmannsdorf, wo sein Vater Zahnarzt war. Die Mittelschulzeit verbrachte er im Internat des Stiftsgymnasiums in Sankt Paul im Lavanttal, wo er mehrfach im Schü-

Personalia

lertheater auftrat. Der Vater wollte, daß er Medizin studiert, wogegen der Sohn sich sträubte. Stattdessen fing er ein Architekturstudium an der Technischen Hochschule Graz an. Auf Druck des Vaters begann er parallel dazu mit einer Zahntechniker-Ausbildung, die er jedoch nicht beendete.

Während seiner Zeit an der Hochschule wuchs Simonischeks Interesse an der Schauspielkunst und er meldete sich heimlich an der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz an. Nach dem Abschluß des Studiums war er zunächst am Stadttheater St. Gallen, in Bern, am Staatstheater Darmstadt und am Schauspielhaus Düsseldorf engagiert, dann von 1979 bis 1999 als Ensemblemitglied der Berliner Schaubühne unter der Leitung von Peter Stein und später Andrea Breth beschäftigt. Seit der Spielzeit 1999/2000 gehörte Peter Simonischek dem Ensemble des Wiener Burgtheaters an.

Internationale Bekanntheit und großes Lob der Fachkritik brachte Simonischek 2016 die Titelrolle in Maren Ades Spielfilm Toni Erdmann ein. Für den Part eines alternden Musiklehrers, der seine freudlose Manager-Tochter (dargestellt von Sandra Hüller) in der Gestalt eines kauzigen Alter Egos aus der Reserve locken möchte, gewann er im selben Jahr als erster österreichischer Schauspieler den Europäischen Filmpreis als Bester Darsteller. Im Jahr 2019 wurde Simonischek per Staatsakt zum Ehrenmitglied des Burgtheaters ernannt.

Stimmen zu Simonischeks Tod

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig

„Der Tod von Peter Simonischek ist ein immenser Verlust für die Welt des Theaters und des Films“, bedauert Wiens Bürgermeister Michael Ludwig das Ableben des Schauspielers. „Der besonders wandlungsreiche und differenzierte Schauspieler begann im Grazer Schauspielhaus, trat in St. Gallen und Berlin auf, ehe er Ensemblemitglied des Wiener Burgtheaters und hier zu einem der profiliertesten Menschendarsteller wurde“, so der Stadtchef. „Auch die Rolle des Jedermann, den er 108 Mal bei den Salzburger Festspielen verkörperte, trug zu Simonischeks enormer Popularität bei“, so Ludwig. „Schließlich bereicherte er auch das internationale Filmschaffen mit seiner Darstellungskraft“, so der Bürgermeister. „Als Toni Erdmann in Maren Ades Film feierten ihn Publikum und Kritik. Eingeladen zu den Internationalen Filmfestspielen von Cannes 2016, wurde er als European Actor 2016 und beim 45. Festival du nouveau cinéma in Mon-



Foto: ORF/ZDF/Christine Nachmann

ORF/ZDF-Fernsehfilm „Einmal so wie ich will“ von 2013 (v.l.): Götz George, Senta Berger und Peter Simonischek mitten im südafrikanischen Busch

tréal als Bester Schauspieler ausgezeichnet.“ „Den Hinterbliebenen dieses überragenden Künstlers und ungemein sympathischen Menschen drücke ich mein innigstes Mitgefühl aus“, so Michael Ludwig.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

„Der plötzliche Tod der Schauspiellegende Peter Simonischek hat mich tief erschüttert. Wie kaum einem anderen Künstler ist es ihm stets gelungen, seine Vielseitigkeit und Wandelbarkeit auf der Bühne mit seiner unerschütterlichen Haltung zu vereinbaren. Von den ganz großen Klassikern der dramatischen Literatur über leichte Komödien, von großen Rollen im Programmkinobis bis zu beliebten Fernseh- und Hörspielfiguren: er konnte alles spielen. Unvergessen ist seine Verkörperung des ‚Jedermann‘ in Salzburg. Auch an allen großen niederösterreichischen Bühnen war diese Ausnahmepersönlichkeit gern gesehener Gast. Ob im Festspielhaus St. Pölten, dem Landestheater Niederösterreich, ob in Grafenegg, den Kasematten Wiener Neustadt, beim Kultursommer Semmering oder bei den Festspielen Reichenau – Peter Simonischek sorgte für unvergessliche Theaterabende. Wir werden die Erinnerung an diesen außergewöhnlichen Künstler stets hochhalten“, zeigt sich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner über das Ableben des bedeutenden Künstlers betroffen.

Staatssekretärin Andrea Mayer

„Mit großer Bestürzung und Trauer habe ich vom Tod Peter Simonischeks erfahren. Mit seiner charismatischen Präsenz und seinem feinfühligem Können war er über Jahrzehnte in Theater wie auch in Film und Fernsehen einer der ganz Großen der gegenwärtigen Schauspielkunst. Bei jedem seiner Auftritte hat er sein Publikum seine unbändige Lust an der Schauspielerei spüren lassen – und mit unnachahmlicher Authentizität alle Facetten der menschlichen Emotionsklaviatur bespielt. Er brillierte scheinbar mühelos in seinen unzähligen Figuren und kreierte für so gegensätzliche Kultrollen wie den Jedermann oder Toni Erdmann seine eigene unvergeßliche darstellerische Interpretation. Peter Simonischeks Tod ist ein riesiger Verlust für die gesamte Kunst- und Kulturszene und erschüttert mich persönlich sehr. Unsere Gesellschaft braucht Menschen wie ihn, die durch ihr unverwechselbares Können berühren und inspirieren und sich nicht davor scheuen sich kritisch am gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen. Die Erinnerung an viele unvergeßliche Theaterabende bleiben uns zum Trost. Meine Anteilnahme gilt insbesondere seiner Familie, seinen Freundinnen und Freunden und seinen zahlreichen Weggefährtinnen und -gefährten.“ ■

Quellen: Salzburger Festspiele u.a.

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Simonischek

Personalia

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Anton Zeilinger

Das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich hat Landeshauptmann Thomas Stelzer am 28. Juni an den Träger des Nobel-Preises für Physik, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Anton Zeilinger, verliehen.

Prof. Zeilinger, gebürtiger Innviertler, erhielt die höchste Auszeichnung des Landes im Rahmen einer besonderen Feier im Steinernen Saal des Linzer Landhauses.

„Mit Anton Zeilinger ehren wir einen der international brilliantesten Köpfe in der Welt der Wissenschaft und Forschung. Wir ehren aber auch einen sympathischen Botschafter unseres Landes, der mit seiner Heimat stets eng verbunden geblieben ist,“ betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer in seiner Rede. Diese Verbundenheit zeige sich laut Stelzer auch in seiner Arbeit in der Internationalen Akademie Traunkirchen. Und gleichzeitig sei Prof. Zeilinger „ein Vorbild und Träger der Weltoffenheit. Und gerade unser Bundesland braucht diese Offenheit“, betonte Stelzer.

Ziel von Zeilingers Forschungen sei es, „das Leben der Menschen besser zu machen“, sagte der Landeshauptmann: „Wir sollten Freude an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben und ihnen die Möglichkeit geben, ihren Forschungen nachzugehen.“

Nach seinem Studium der Physik und Mathematik und erfolgreicher Dissertation



Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer (r.) mit dem Träger des Nobel-Preises für Physik, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Anton Zeilinger im Linzer Landhaus

an der Universität Wien startet der aus Ried im Innkreis stammende Zeilinger eine internationale Wissenschaftskarriere mit Stationen an weltweit anerkannten Spitzeninstituten. 1999 kehrte er an seine Alma Mater zurück, wo er – seit 2013 als Professor Emeritus – lehrt und forscht. Zwischen 2013 und 2022 stand Prof. Anton Zeilinger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vor. Anton Zeilinger ist mehrfacher Ehrendoktor und Ehrenprofessor. Er wurde in der Vergangenheit mit zahlreichen renommierten Preisen ausgezeichnet. Am 10. Dezember

2022 wurde Universitätsprofessor Anton Zeilinger gemeinsam mit Alain Aspect und John F. Clauser der Nobelpreis für Physik verliehen. Siehe den umfangreichen Beitrag in der „Österreich Journal“-Ausgabe 205 <https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-205/67437589>

Prof. Anton Zeilinger betonte die „Wichtigkeit der Förderung von Grundlagenforschung“, auch wenn bei dieser nicht immer klar sei, welche Ziele damit erreicht werden“. Er dankte dem Landeshauptmann sowie der oberösterreichischen Landesregierung für die hohe Landesauszeichnung. ■

Landeshauptleute a.D. Platter und Schützenhöfer geehrt

Auf Antrag von Landeshauptmann Thomas Stelzer hat die die Oberösterreichische Landesregierung einstimmig beschlossen, den früheren Landeshauptmännern Hermann Schützenhöfer (Steiermark) sowie Günther Platter (Tirol) das Große Ehrenzeichen des Landes zu verleihen. „Egal ob als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz oder bei Bund- Länderverhandlungen: Günther Platter und Hermann Schützenhöfer haben nicht nur für ihre Bundesländer vieles erreicht, sondern auch für das unsere. Was im täglichen Leben gilt, gilt auch für Länder und Regionen: Gute Freunde zu haben ist wichtig. Wir sagen daher Danke zu zwei Persönlichkeiten, die nicht nur gute Freunde Oberösterreichs waren und sind, sondern auch viel geleistet haben, wofür auch wir Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher dankbar sind“, würdigte Stelzer seine früheren Amtskollegen in seiner Laudatio. ■



Foto: Land OÖ/Peter Mayr

v.l.: LH a.D. Hermann Schützenhöfer, LH Thomas Stelzer und LH a.D. Günther Platter

Rudolf Ulrich[†]

Der Filmhistoriker Rudolf Ulrich verstarb am 24. Mai 2023 in München im 93. Lebensjahr. Sein Buch »Österreicher in Hollywood« wurde zum Standardwerk in der Filmbranche und er gelangte damit internationale Bekanntheit.*)



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Rudolf Ulrich – ein Österreicher in Hollywood – und das im wahrsten Sinne des Wortes...

Rudolf Ulrich wurde am 3. Oktober 1929 als zweites von sechs Kindern geboren, drei Buben, drei Mädchen. Während sein Großvater mütterlicherseits noch den Kaiser über den Attersee geschippert hatte, waren die Verhältnisse in Wien, wohin die Mutter zu ihrem Ehemann gezogen war, von Armut und Elend geprägt. Sechs Jahre seiner Kindheit mußte Rudolf, wie seine Geschwister auch, außerhalb des Elternhauses verbringen, er kam nach Niederösterreich auf einen Bauernhof, er selbst hat diesen in E-Mails an seine Nichte viele Jahrzehnte später als eine Art Kinder-KZ beschrieben. 1941 kehrte er ins Kriegs-Wien zurück, knapp drei Jahre später wurde er eingezogen und mußte sechs Monate lang an die Front. Erfahrungen, die ihn ein Leben lang prägten. Als er am Weg zurück nach Hause von amerikanischen Soldaten aufgegriffen wurde, ließen sie ihn ziehen, mit den Worten: „Kindern tun wir nichts.“ Mit ein Grund, warum es ihn später so oft nach Amerika ziehen sollte.

*) von Sabine Spögler



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Rudolf Ulrich mit einer seiner zahlreichen Auszeichnungen

In Wien beendete er seine Lehre bei Siemens, ging dann für ein Jahr zur Fremdenlegion, arbeitete auf einem Donauschiff, das ihn bis Rumänien brachte, schaffte es irgend-

wie wieder zurück, blieb dann in Deutschland und erkrankte schwer. Seine ältere Schwester Hansi, in Deutschland bei einer Tante aufgewachsen und bei Siemens tätig, pflegte ihren Bruder gesund und verhalf ihm auch zu einer Anstellung bei Siemens, wo er bis zu seiner Pensionierung blieb.

Sein Jugendtraum, Schauspieler zu werden, war nicht in Erfüllung gegangen, das Thema hat ihn aber stets begleitet. Und so sammelte er über die Jahre akribisch Material zu Österreichern, die in Hollywood Karriere gemacht haben, reiste dafür um die halbe Welt. „Österreicher in Hollywood“ war das Ergebnis, in einer neuen, zweiten Auflage um viele Geschichten ergänzt. Viele Bekanntschaften in Hollywood mit Schauspielern, Komponisten, Autoren etc. und glamouröse Buchpräsentationen und Auszeichnungen und Ehrungen für sein Werk ließen den Traum von der großen Filmwelt schließlich doch ein bisschen in Erfüllung gehen.

Rudi war nie verheiratet und blieb kinderlos. Mit seiner in der Zwischenzeit geschiedenen Schwester bildete er ein gutes Team,

Personalia

nicht nur bei Siemens, sondern auch bei seinem Buchprojekt, die beiden fanden sich in München Grünwald eine Wohnung, die zu ihrer Alters-WG wurde.

Er sammelte nicht nur Biographien, er war auch ein leidenschaftlicher Philatelist, horte Fotos, Korrespondenzen, Zeitungsausschnitte, Magazine. Die entbehrungsreichen Kinder- und Jugendjahre ließen ihn später nichts mehr hergeben. Er fotografierte ausserdem viel und gerne, bereiste die Welt und liebte Kunst und Kultur.

Innerfamiliär gab es nur Kontakt zur mittleren Schwester, die in Wien lebte. Der Kontakt zu den beiden Brüdern war lose, beide starben jung. Die jüngste Schwester war für ihn verschollen, erst drei Jahre vor seinem Tod schaffte er es, über deren Tochter, seine Nichte, Kontakt zu ihr herzustellen und es gab im Jahr 2021 ein emotionales Wiedersehen nach über 70 Jahren, das leider mit der Beerdigung der gemeinsamen Schwester Hansi zusammenfiel, die Rudi bis zu deren Tod gepflegt hatte. Danach ging es mit seiner Gesundheit bergab, die Sehnsucht nach seiner Heimatstadt war groß, er fühlte sich aber zu schwach, um nochmal zu übersiedeln.

Bis zum Schluß war er ein leidenschaftlicher Leser und Sammler, erfreute sich am Kontakt mit der wiedergefundenen Schwester und seiner Nichte und kämpfte trotz mehrerer Eingriffe und Komplikationen tapfer um ein unabhängiges Dasein in seiner Grünwalder Wohnung. Am 24. Mai 2023 ging ein langes und trotz schwerem Start erfülltes und reiches Leben nach kurzem Aufenthalt im Krankenhaus in München zu Ende. Schwester und Nichte waren bei ihm.

Unser Österreicher in Deutschland wird vermisst werden.

<https://www.filmarchiv.at/news/rudolf-ulrich-1929-2023/>



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

v.r.: Carl Paul Wieland, langjähriger Präsident der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft in München, Rudolf Ulrich und Oscar-Preisträger Maximilian Schell



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Immer unterwegs: Rudolf Ulrich mit seiner Schwester Hansi

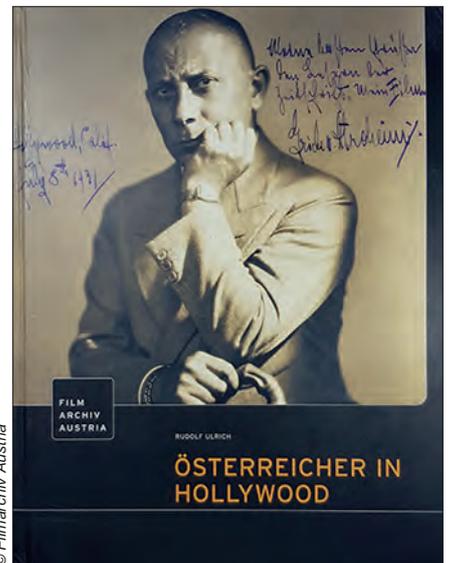
Wir, vom „Österreich Journal“, schliessen uns der Trauer um Rudolf Ulrich an und erinnern uns der viele Jahre, die wir mit ihm zusammenarbeiten durften.

In 98 (!) Ausgaben durften wir unseren Leserinnen und Lesern auf der ganzen Welt seine Arbeiten aus dem vielbeachteten Werk „Österreicher in Hollywood“ zur Lektüre anbieten.

Er hatte uns aber nicht nur das großzügige Angebot gemacht, seine akribisch recherchierten Hollywood-Geschichten zu übernehmen – er bestand darauf, diese nach Notwendigkeit zu aktualisieren und sie auf den letzten Stand zu bringen. So widmete er uns darüber hinaus auch noch viel Zeit damit.

Rudolf Ulrich war ein überaus liebenswerter Mensch und wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Michael Mössmer



© Filmarchiv Austria

Rudolf Ulrich „Österreicher in Hollywood“ Buch, 622 Seiten, zahlreiche Abbildungen ISBN 3-901932-29-1, € 34,90

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiographien mit betriebschronologischen Filmographien und über 12.000 Foto- und Fernsehstillbildern aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der 80. Folge veröffentlicht er

Rudolph G. Kopp

Komponist

Rudolph G. Kopp wurde am 22. April 1901 in Wien geboren, studierte an der Universität Wien die Mathematik und Musik und besuchte das Konservatorium der Musik (Prof. Franz Schreker). Er war ein vielseitiger Komponist und Dirigent. Er war Mitglied der Österreichischen Musikvereinsvereine und der Wiener Musikvereine. Er war ein vielseitiger Komponist und Dirigent. Er war Mitglied der Österreichischen Musikvereinsvereine und der Wiener Musikvereine.

© „Österreich Journal“

Erzdiözese Wien trauert um Weihbischof Helmut Krätzl

Helmut Krätzl ist am 2. Mai im 92. Lebensjahr verstorben. Er war einer der letzten lebenden Zeugen des Zweiten Vatikanischen Konzils und zählte zu den angesehensten Repräsentanten der katholischen Kirche in Österreich.

Am Ende einer langen, geduldig ertragenen Krankheit ist der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl am 2. Mai im 92. Lebensjahr verstorben. Er war ein außerordentlich geschätzter Seelsorger, einer der wichtigsten Mitarbeiter Kardinal Franz Königs und seit 46 Jahren Weihbischof der Erzdiözese Wien. Er setzte sich für die konsequente Umsetzung des Zweiten Vatikanischen Konzils, für eine den Menschen nachgehende Seelsorge, für ökumenische Verständigung, für den Dienst der Kirche an der Gesellschaft von heute und für eine an echten Werten orientierte Bildung und Erziehung ein.

Wiens Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn: „Mit Betroffenheit, aber vor allem mit Dankbarkeit, denke ich an unseren Weihbischof Dr. Helmut Krätzl, der uns heute, kurz nach dem ‚Sonntag des guten Hirten‘ ins Haus des Vaters vorausgegangen ist. Ich bin ihm für sein vielfältiges und loyales Wirken in unserer Kirche, an deren Leben er bis zuletzt interessiert und aufmerksam teilnahm, von Herzen dankbar. Sein Leben hat er ganz der Verkündigung der frohen Botschaft gewidmet. Er liebte die Kirche – und litt auch mit ihr. Die große Welle der Sympathie und Gebetsverbundenheit so vieler in diesen, seinen letzten irdischen Tagen ist ein beeindruckendes Zeugnis für seine Verbundenheit mit den Menschen in unserer Erzdiözese und weit darüber hinaus.“

Der Wiener Erzbischof wies weiters auf den Text hin, den Weihbischof Krätzl als 90-jähriger über sein eigenes Sterben veröffentlicht hat: „Der Weihbischof schrieb damals: ‚Rückblickend werde ich mich an die vielen Zeichen der Gottesliebe und Gottesmacht in meinem Leben erinnern, die Gott durch mich und für andere gewirkt hat.‘ – Gemeinsam mit unserem verstorbenen Weihbischof dürfen wir alle auf sein reiches Leben und Wirken dankbar zurückblicken und sagen: Es ist vollbracht! Im Gebet bleiben wir über den Tod hinaus mit ihm verbunden und behalten ihn als mutigen, menschenzugewandten, kritischen und demütigen Christen und Bischof im Gedächtnis.“



Foto: Markus Langer

Weihbischof Helmut Krätzl: Kardinal Schönborn würdigt dessen „reiches Leben und Wirken“: „Wir werden ihn als mutigen, menschenzugewandten, kritischen und demütigen Christen und Bischof im Gedächtnis erhalten.“

Weihbischof Helmut Krätzl wurde nach einem Requiem im Stephansdom in der Domherrengruft beigesetzt.

Bewegte Zeiten

Helmut Krätzl wurde am 23. Oktober 1931 als jüngstes von vier Geschwistern in Wien geboren. Schon im Alter von vier Jahren hielt ihn sein Seelsorger für reif, zur Kommunion zu gehen. Er wuchs in eine lebendige Kirche hinein, die ihm auch in den Schwierigkeiten der Kriegs- und NS-Zeit Halt und Haltung bietet. Es folgten der Eintritt ins Wiener Priesterseminar und seine Priesterweihe durch Kardinal Theodor Innit-

zer am 29. Juni 1954, mit kaum 23 Jahren.

Sein geistliches Wirken begann Krätzl als Kaplan in Baden bei Wien. Der neuernannte Wiener Erzbischof Franz König holte Krätzl 1956 nach zwei Jahren Seelsorgetätigkeit in Baden-St. Stephan als Zeremoniär an seine Seite. 1959 erwarb Krätzl in Wien sein erstes Doktorat in Theologie, 1964 erfolgte das zweite im Fach Kirchenrecht.

Von einem schweren Unfall auf dem Weg zum Begräbnis des Zagreber Erzbischofs Alojzije Stepinac 1960, zu dem er König begleitet hatte, erholte er sich nur langsam. Der Erzbischof sendete ihn in der Folge zum Studium nach Rom. In dieser Zeit durfte er

Religion und Kirche

auf dem 1962 begonnenen Konzil als Stenograph mitarbeiten und gewann so Einblicke aus erster Hand in das Konzilsgeschehen.

Zurück in Österreich

Die Zeit nach dem Konzil verteidigte Krätzl immer mit Nachdruck gegen jede abwertende Rede von „Krisenzeit“ eindeutig als Aufbruchsstimmung. In Österreich trat Krätzl 1964 sein Amt als Pfarrer in Laa an der Thaya an, welches er bis 1969 innehatte. Bei der Wiener Diözesansynode 1969/1971 ebnete Krätzl mit seinem Referat über die pastoralen Gremien den Weg für eine Verständigung zwischen jenen Synodalen, die eine totale Gremialisierung der Kirche befürchteten, und den Anhängern einer Demokratisierung auf allen Ebenen.

Kardinal König bestellte Krätzl am 1. September 1969 zum Ordinariatskanzler der Erzdiözese Wien. In dieser Funktion, die er bis 1980 innehatte, bemühte sich Krätzl vor allem um eine „praxisorientierte Handhabung“ der kirchenrechtlichen Vorschriften und um die Förderung einer erneuerten Sakramentenpastoral nach den Leitlinien des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Bischofsweihe »in der Kraft Gottes«

Papst Paul VI. ernannte den 46jährigen Helmut Krätzl am 30. September 1977 zum Weihbischof für die Erzdiözese Wien. Kardinal König weihte Krätzl gemeinsam mit Florian Kuntner (+ 1994) am 20. November 1977 im Wiener Stephansdom zum Bischof. Krätzls Wahlspruch lautete „In der Kraft Gottes“. Diese Bibelstelle stammt aus dem Zweiten Timotheus-Brief (Kapitel 1, Vers 8). Paulus ermutigt darin seinen Schüler Timotheus, in allen Prüfungen des Lebens und in seiner schweren Aufgabe standzuhalten.

Dazu sagte Weihbischof Krätzl: „Als ich gehört habe, daß ich Weihbischof werden soll, was ich mir nicht gewünscht habe und auch ein bißchen mit Angst entgegengesehen habe, da habe ich mir gedacht: Dort steht, daß Gott die Kraft gibt zu dieser Aufgabe des Timotheus. Das paßt gut für meine Berufung, ich vertraue und verlasse mich auf die Kraft Gottes. Und diese Kraft Gottes habe ich sehr oft gespürt. Immer wenn es schwierig geworden ist, habe ich darauf vertraut, daß mir Gott Kraft gibt. Bei allen Umwegen den richtigen Weg zu finden, auch wenn es vielleicht schwer ist.“

Generalvikar der Erzdiözese Wien

Von 1981 bis 1985 übte Weihbischof Krätzl die Funktion des Generalvikars der



Foto: Markus Göstl

Auch nach seiner Emeritierung 2008 blieb Helmut Krätzl aktiver Seelsorger

Erzdiözese Wien, der wichtigsten Verwaltungsposition der Diözese nach dem Erzbischof, aus. Nach dem Rücktritt von Kardinal König als Erzbischof von Wien wurde Krätzl im September 1985 vom Wiener Domkapitel zum Diözesanadministrator der Erzdiözese Wien gewählt, eine Funktion, die er bis zum Amtsantritt des neuen Erzbischofs Hans Hermann Groër am 14. September 1986 innehatte. Kardinal Groër ernannte Krätzl 1987 zum Bischofsvikar für die Bereiche Erwachsenenbildung und Priesterfortbildung. Diese Verantwortung behielt er auch unter Erzbischof Christoph Schönborn bis zum Jahr 2004. Von 2004 bis zu seiner Emeritierung 2008 war Weihbischof Krätzl Bischofsvikar für die ökumenischen Fragen.

20 Jahre hindurch war Krätzl in der österreichischen Bischofskonferenz „Schulbischof“ und damit zuständig für den Religionsunterricht, die Privatschulen und die Schulpolitik. Bischof Krätzl war im Rahmen der Österreichischen Bischofskonferenz auch für die Erwachsenenbildung, das Katholische Bibelwerk und das Seminar für Kirchliche Berufe zuständig. Von 1993 bis 2009 war er Präsident der 1957 auf Initiative der Kardinäle Franz König und Stefan Wyszyński gegründeten kirchlichen Stiftung „Janineum“, die einen Beitrag zum geistigen Austausch und zur Völkerverständigung in Europa leistete. Das Referat „Ökumene“ teilte er sich mit Kardinal Christoph Schönborn.

Rücktrittsgesuch 2008 angenommen

Am 6. März 2008 nahm Papst Benedikt XVI. das Rücktrittsgesuch von Weihbischof

Helmut Krätzl an. Der Weihbischof hatte zu seinem 75. Geburtstag im Jahr 2006, wie vom Kirchenrecht vorgesehen, seinen Rücktritt eingereicht.

Auch nach seiner Emeritierung 2008 blieb Helmut Krätzl aktiver Seelsorger, viel gehörter Zeitzeuge für das Zweite Vatikanische Konzil und führte im Namen des Erzbischofs noch viele Jahre lang Pfarrvisitationen und zahlreiche Firmungen durch. In den letzten Jahren verringerten zunehmende gesundheitliche Beschwerden die Möglichkeiten seines öffentlichen Wirkens. Ungebrochen jedoch blieb seine wache und hellsichtige Anteilnahme am Leben der Kirche.

Ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft

Von der Relevanz der Botschaft Jesu und der Kirche – auch für die Zukunft – war Helmut Krätzl Zeit seines Lebens überzeugt. Gleichzeitig war ihm bewußt, daß Glaube und Gesellschaft heute in einem ungleich komplizierteren Verhältnis zueinander stehen, als das in seiner eigenen Jugendzeit war. Jungen Menschen gab er stets drei Fragen mit: Wer bin ich? Was sind meine Fähigkeiten? Wo kann ich mich am besten einbringen?

Helmut Krätzl, dessen persönlicher Glaubensweg mit dem Erleben der Eucharistiefeier begonnen hat, nahm im Alter allen körperlichen Gebrechen zum Trotz jeden Sonntag am Gottesdienst im Stephansdom teil – mitten unter den Gläubigen, wo er sich sein Leben lang als Priester und Bischof am wohlsten gefühlt hat. ■

<https://www.erzdiocese-wien.at/>

Evangelische Kirche würdigt scheidenden Synodenpräsidenten

Bischof Chalupka beim Festakt: »Einzigartiges Lebenswerk«



Foto: epd/T. Dasek

„Ich kenne sonst niemanden, der das allgemeine Priestertum so sehr verkörpert wie du“, sagte Bischof Michael Chalupka beim Gottesdienst, in dem Synodenpräsident Peter Krömer feierlich entpflichtet wurde.

Seit über 30 Jahren steht der St. Pöltner Rechtsanwalt Peter Krömer an der Spitze der Synode A.B. und der Generalsynode, nun zieht er sich aus Altersgründen zurück. Bei einem Festakt am Abend des 30. Juni im Rahmen der bis 1. Juli in Wien tagenden Generalsynode wurde das Wirken des Langzeitpräsidenten umfangreich gewürdigt, von Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso wie aus der Politik.

In seiner Laudatio bezeichnete Bischof Michael Chalupka Krömers Wirken als ein „einzigartiges Lebenswerk, das in dieser Dauer und Nachhaltigkeit im Amt des Synodenpräsidenten wohl einzigartig ist und auch bleiben wird“. Man blicke zurück auf eine Fülle von Debatten, Abstimmungen, Gesprächen, Briefen und Gesetzesentwürfen, die Eingang in die Rechtsnormen der Evangelischen Kirche gefunden haben. „Wir se-

hen eine Lebensleistung vor uns, die in keine Laudatio paßt, die aber auch jedes vorstellbare Arbeitsleben, zumal im Ehrenamt zu sprengen scheint.“

In der Synode habe Peter Krömer „stets den magnus consensus angestrebt“, meinte der Bischof. Der Glaube sei ihm „Motivator und Tröster“. Das weltliche Amt des Synodenpräsidenten habe Krömer immer auch als geistliches Amt verstanden. Sein Wirken sei geprägt von der „Mission des Wortes Gottes in Wort und Tat“, der Mission und der Diakonie. Dabei erinnerte Chalupka an Krömers „wehrhaftes Eintreten auf der politischen Bühne oder im Gerichtssaal für Menschen, die ihr Heil auf der Flucht suchen mußten“. Er habe „juristische Stolpersteine aus dem Weg geräumt“, um letztlich „der Botschaft Jesu Christi Gehör zu verschaffen“.

Persönlich bedankte sich Chalupka auch als Bischof und im Namen seiner Vorgänger, schließlich hat Krömer mit vier Bischöfen zusammengearbeitet und drei Bischofswahlen geleitet. „Dein Umgang mit den Amtsträgern war immer einer, der die Würde des Amtes gewahrt hat und den Menschen dahinter Respekt entgegengebracht hat“, sagte der Bischof.

Mario Fischer, Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa, betonte, daß für Peter Krömer der Einsatz für Freiheit und Recht vor allem gegenüber im Leben benachteiligter Menschen ein großes persönliches Anliegen gewesen sei. „Ihr Herz schlägt für die Menschenrechte“, wandte sich Fischer an Krömer. Für den scheidenden Synodenpräsidenten habe „die Ermöglichung der Lebensentfaltung durch Recht zu schaffen“ immer eine große Rolle

Religion und Kirche

gespielt. Dabei hob er den Einsatz Krömers für Religionsfreiheit, für Menschen auf der Flucht, aber auch für die Bewahrung der Schöpfung hervor.

Die Grüße von Kultusministerin Susanne Raab übermittelte der Leiter des Referates für die Angelegenheiten der Evangelischen Kirche im Kultusamt, Martin Fischer. Er würdigte Peter Krömer als „herausragende Persönlichkeit in der Evangelischen Kirche in Österreich, die deren Geschicke buchstäblich jahrzehntelang begleitet und geprägt“ habe. Mit „enormen Arbeitseinsatz“, „herausragender Expertise“ und durch seine langjährige Erfahrung habe er sich für die Anliegen der Evangelischen Kirche und ihrer Pfarrgemeinden eingesetzt. Dabei sei es ihm „stets um die Sache gegangen, die er als Anwalt wortreich zu vertreten wußte“, sagte Martin Fischer.

Den Dank des Landes Niederösterreich überbrachte Landtagspräsident Karl Wilfing. Bei Peter Krömers Wirken sei neben all den vielfältigen Aufgaben immer das Dienen im Mittelpunkt gestanden, erklärte der Landtagspräsident. Die Evangelische Kirche würdigte Wilfing für den besonderen Stellenwert der Demokratie und des Ehrenamtes. Gleichzeitig dankte der NÖ Landtagspräsident für das hohe soziale Engagement, das auch Peter Krömer weit über St. Pölten hinaus gelebt habe, dieses sei „beispielgebend und notwendig“.

Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), Ümit Vural, äußerte sich anerkennend im Hinblick auf Krömers „klare Stellungnahmen“, vor allem dessen Eintreten für den Schutz der Religionsfreiheit. Dabei habe Krömer seinem Unmut über die Abschaffung des Karfreitags, der als Feiertag für ArbeitnehmerInnen evangelischer, methodistischer und altkatholischer Religionszugehörigkeit 2019 abgeschafft worden war, „deutlich Ausdruck verliehen“. Diese Regelung habe Vural zufolge nicht nur Einschränkungen für die evangelische Kirche bedeutet, sondern auch andere Religionsgemeinschaften in negativer Weise betroffen. Schließlich dankte Vural dem langjährigen Synodenpräsidenten für dessen „unverzichtbaren Einsatz für einen verstärkten Dialog“ zwischen der evangelischen Kirche und den Muslimen.

Seitens der römisch-katholischen Kirche dankte der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka, für die „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ in vielen juristischen Bereichen, insbesondere beim Thema der Religionsfreiheit. Diese Zusammenarbeit sei im-



Bischof Michael Chalupka bedankt sich beim scheidenden Synodenpräsidenten Peter Krömer



Da Peter Krömer immer mit einer Glocke zu den Sitzungen gerufen hatte, überreichten die VertreterInnen aus den Diözesen eine eigens gegossene Glocke.

mer von „großer Wertschätzung, Freundlichkeit und Vertrauen“ gekennzeichnet gewesen.

Fairness und Verständnis

„Dein Verhältnis zu den Reformierten war von Fairness geprägt und du hast für unser Bedürfnis nach Minderheitenschutz immer Verständnis gezeigt“, sagte der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld. Peter Krömer habe als Synodenpräsident aus seinem Glauben heraus „immer auch für die reformierte Kirche glaubwürdig“ gehandelt. „Ich wünsche dir, daß dein Glaube dich auch in Zukunft trägt in guten und in schweren Tagen“, so Hennefeld.

Im Gespräch mit der Journalistin Mathilde Schwabeneder bekannte sich Krömer zu seinem „persönlichen Glauben an Jesus

Christus“, den er zugleich auch als einen Auftrag verstehe, sich „in der Kirche einzusetzen“. Denn ein Glaube sei „nur dann ein Glaube, wenn er gelebt wird“. Schwabeneder hob Menschenrechte, Migration und Asyl als wichtige Themenbereich hervor, die Krömer „eng begleitet“ habe. Dabei dürfe auch die „große Klimakrise, die sich massiv in Afrika auswirkt“, nicht außer Acht gelassen werden, meinte der Synodenpräsident. „Verantwortungsbewusst mit der Schöpfung und dem Klima umzugehen“ sei letztlich auch Ausdruck des Glaubens.

Namens der Superintendenten und SuperintendentialkuratorInnen dankte Manfred Sauer für Krömers langjährige Vorsitzführung. Als wichtiger Ansprechpartner und Ratgeber sei es ihm gelungen, „tragfähige Antworten auch auf schwierige Fragen zu finden“. Dem Synodenpräsidenten, der immer mit einer Glocke zu den Sitzungen gerufen hatte, überreichten die VertreterInnen aus den Diözesen eine eigens gegossene Glocke mit Krömers Konfirmationspruch. Von den Mitgliedern des Oberkirchenrats erhielt der Präsident eine seltenes Erinnerungsstück, die „Toleranzmedaille in Gold“.

Peter Krömer erinnerte in seinen Dankesworten an sein biblisches Leitmotiv, „zu dienen mit den Gaben, die man von Gott empfangen hat“. Den Mitgliedern in der Synode, im Kirchenamt und insbesondere im Synodenbüro dankte der Präsident für die umfangreiche Unterstützung und das entgegengebrachte Vertrauen. Ganz besonders dankte Krömer aber seiner Frau, „ohne dein Verständnis und deine Unterstützung hätte ich das alles nicht tun können“.

■ <https://evang.at/>

85 Jahre »Anschluß«

Symposium in der Synagoge Kobersdorf – Landeshauptmann Doskozil: »Wie die Synagoge in Kobersdorf zum Leben erweckt wurde, sollte auch die jüdische Gemeinde im Burgenland zum Leben erweckt werden.«

Seit April 2022 dient die ehemalige Synagoge Kobersdorf als Ort für Kultur- und Bildungsveranstaltungen. Im Zuge des Programms „Wissenschaft in der Synagoge“ luden das Land Burgenland in Kooperation mit der Burgenländischen Forschungsgesellschaft und dem Verein Misrachi Österreich zu einem wissenschaftlichen Symposium mit dem Titel „85 Jahre ‚Anschluß‘. Die jüdischen Gemeinden des Burgenlandes aus lokalhistorischer Sicht“ am 28. und 29. Juni. Im Mittelpunkt standen die Entwicklungen rund um die jüdischen Gemeinden des Burgenlandes unmittelbar vor, während und nach dem „Anschluß“ 1938.

Die ehemalige Synagoge in Kobersdorf sei der richtige Ort, um die Geschichte lokal aufzuarbeiten, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in seiner Eröffnungsrede: „Dieses Haus ist ein sichtbares Zeichen gelebter Erinnerungskultur. Wir wollen die renovierte Synagoge mit Leben erfüllen. Das Symposium trägt dazu bei und hilft, den schrecklichsten Teil unserer Landesgeschichte weiter aufzuarbeiten.“ Mehr als 120 TeilnehmerInnen zur zweitägigen Veranstaltung angereist.

In seiner Ansprache sagte der Landeshauptmann, heute sei es unvorstellbar, welches Leid der „Anschluß“ an das Naziregime für die jüdische Gemeinde und für die Menschen gebracht hätte. Antisemitismus hätte nicht erst nach 1938 existiert. Man müsse sich die Frage stellen, welche Taten es gebraucht hätte, um die Gräueltaten und den Krieg zu verhindern. „Heute kann man mit Stolz sagen, wir leben im Burgenland in Frieden zusammen“, sagte Doskozil. „Im Burgenland gibt es unter den Volksgruppen ein gleichwertiges und respektvolles Miteinander. Im Burgenland macht dies unsere Gemeinschaft, unsere Identität aus. Zum Gesamtbild würde es im Bewußtsein unserer Geschichte aber auch gehören, daß es im Burgenland wieder eine jüdische Gemeinde gibt. So wie die Synagoge in Kobersdorf zum Leben erweckt wurde, sollte auch die jüdische Gemeinde im Burgenland zum Leben erweckt werden. Das ist ein Zukunftsziel, eine Vision, der wir uns gemeinsam annähern sollten und zu deren Verwirklichung ich alle einlade, die einen



Nechemja Gang (Misrachi Gemeinde Österreich) übergab ein Buch mit Aufzeichnungen der Chewra Kadischa von Deutschkreutz an Landeshauptmann Hans Peter Dokoziil.

Beitrag leisten können“, betonte der Landeshauptmann.

Im wissenschaftlichen Fokus Symposiums standen die Entwicklungen rund um die jüdischen Gemeinden des Burgenlandes vor, während und nach dem „Anschluß“ 1938. Die Geschichte auch regional aufzuarbeiten, sei enorm wichtig, so Doskozil: „Eines der Ziele des Symposiums ist es daher, das lokalhistorische Wissen zu erweitern, aber auch einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Neben diesen wissenschaftlichen Aspekten ist das Symposium auch der Erinnerung an die vertriebenen und ermordeten Burgenland-Juden gewidmet.“ Die ReferentInnen in Kobersdorf waren ExpertInnen in diesem Forschungsgebiet: Prof. Gerhard Botz (Institut für Zeitgeschichte der Uni Wien), Gerhard Baumgartner (Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes), Gerald Lamprecht und Janina Böck-Koroschitz (Institut für jüdische Geschichte Österreichs, St. Pölten) sowie internationale Historiker aus Israel und der Tschechien.

Bei der Eröffnung des Symposiums wurden an das Land Burgenland zwei wertvolle Geschenke der jüdischen Erinnerungskultur übergeben: Eva Pap überreichte eine Menora (einen siebenarmiger Leuchter, Anm.). Ne-

chemja Gang von der Misrachi Gemeinde Österreich, der auch bei der Organisation des Symposiums mitarbeitete und bei der Renovierung der Synagoge tätig war, übergab ein Buch mit Aufzeichnungen der Chewra Kadischa von Deutschkreutz, das besondere Bedeutung für die jüdische Geschichte im Burgenland hat. Nechemja Gang erklärte bei der Übergabe des Buches, dies sei Dank dafür, daß mit der Renovierung der Kobersdorfer Synagoge und der Organisation von Symposien wie jenes zum Thema „Anschluß“ im Burgenland großartiges geleistet wurde.

Seit 2022 betreibt das Land die ehemalige Synagoge nicht nur als einen Gedenk- und Erinnerungsort, sondern auch als einen Ort der lebendigen Auseinandersetzung mit jüdischer Kultur. Der Landeshauptmann sagte, er sei froh darüber, daß es gelungen sei, die Synagoge nach der Renovierung wieder einem Sinn zuzuführen und passende Veranstaltungen durchzuführen. 2022 gab es gut 70 Veranstaltungstage mit 5.000 BesucherInnen bei Vorträgen, Lesungen, Theateraufführungen und Konzerten mit jüdischen KünstlerInnen. In diesem Jahr fand das Symposium zum zweiten Mal in Kobersdorf statt, und auch 2023 soll die Synagoge Veranstaltungsort sein. ■

Fragment einer 1.750 Jahre alten Übersetzung entdeckt

Ein Forscher der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hat das Handschriftenfragment der syrischen Bibel-Übersetzung jetzt mithilfe von Ultraviolettphotografie in der Bibliothek des Vatikans entdeckt.

Vor etwa 1.300 Jahren nahm ein Schreiber in Palästina ein Evangelienbuch, das mit einem syrischen Text beschriftet war, und radierte es aus. Pergament war im Mittelalter in der Wüste Mangelware. Manuskripte wurden daher häufig wiederverwendet. Ein Mittelalterforscher der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) konnte jetzt die verloren gegangenen Worte auf diesem geschichteten Manuskript, dem sogenannten Palimpsest, wieder lesbar machen: Auf einzelnen erhalten gebliebenen Blättern dieser Handschrift hat Grigory Kessel so eine der frühesten Übersetzungen der Evangelien, erstellt im 3. Jahrhundert und kopiert im 6. Jahrhundert, entdeckt.

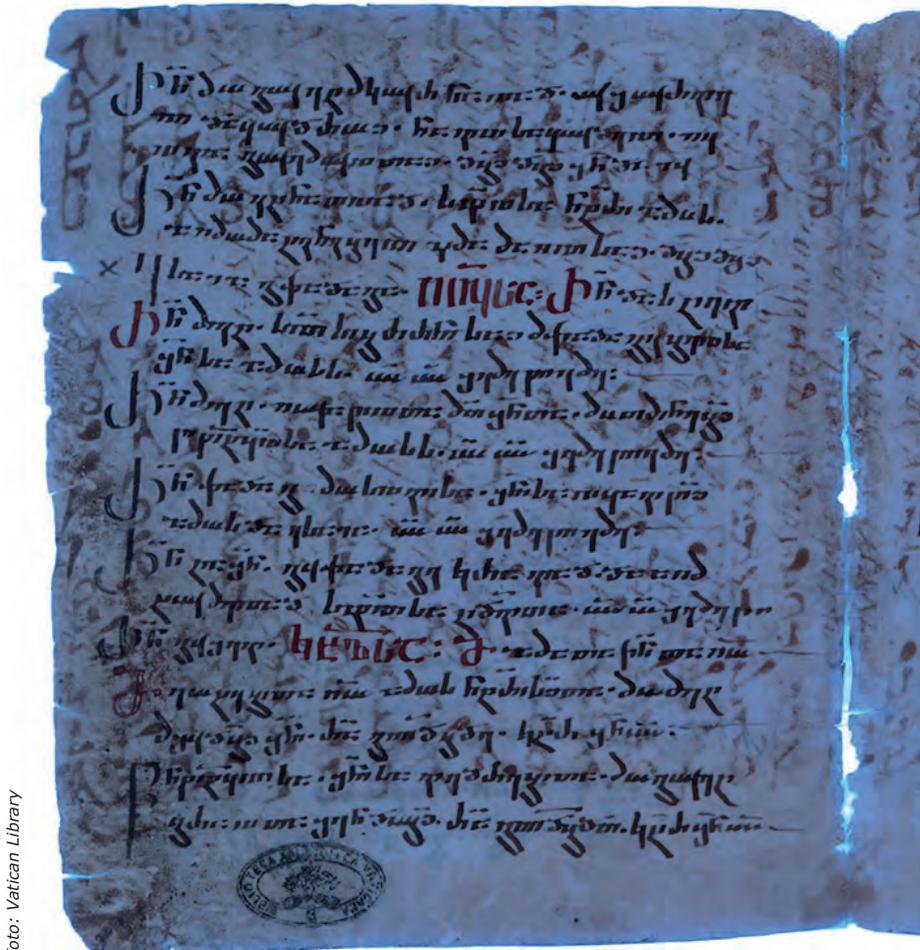
Eines der ältesten Fragmente, das altsyrische Fassung bezeugt

„Die Tradition des syrischen Christentums kennt mehrere Übersetzungen des Alten und Neuen Testaments“, sagt ÖAW-Mittelalterforscher Grigory Kessel. „Bis vor kurzem waren nur zwei Handschriften bekannt, die die altsyrische Übersetzung der Evangelien enthalten.“

Während eine davon heute in der British Library in London aufbewahrt wird, wurde eine weitere als Palimpsest im Katharinenkloster auf dem Berg Sinai entdeckt. Im Zuge des „Sinai Palimpsests Project“ wurden vor kurzem die Fragmente aus einer dritten Handschrift identifiziert.

Das kleine Handschriftenfragment, das jetzt gefunden wurde, kann als vierter Textzeuge betrachtet werden. Grigory Kessel hat es mithilfe der Ultraviolettphotografie als dritte Textschicht, also Doppelpalimpsest, in einer Handschrift der Vatikanischen Bibliothek identifiziert. Das Fragment ist bisher das einzige bekannte Überbleibsel der vierten Handschrift, das die altsyrische Fassung bezeugt – und bietet einen einzigartigen Zugang zur sehr frühen Phase in der Geschichte der textuellen Überlieferung der Evangelien.

Denn: Je mehr Übersetzungen bekannt sind, desto mehr erfährt die Wissenschaft über den Originaltext der Evangelien. Wäh-



Das Fragment der Übersetzung des Neuen Testaments ist unter ultraviolettem Licht erkennbar

rend zum Beispiel im griechischen Original des Matthäusevangeliums, Kapitel 12, Vers 1, steht: „Zu der Zeit ging Jesus durch die Saat am Sabbat; und seine Jünger waren hungrig, fingen an, Ähren auszuraufen, und aßen“, heißt es in der syrischen Übersetzung: „[...] fingen an, Ähren auszuraufen, sie rieben mit seinen Händen und aßen.“

Syrische Übersetzung vor Codex Sinaiticus

Erfreut zeigt sich auch Claudia Rapp, Direktorin des Instituts für Mittelalterforschung der ÖAW: „Grigory Kessel ist aufgrund seiner profunden Kenntnis der alten syrischen Texte und Schriftcharakteristika ein

großer Fund gelungen“, sagt sie. Die aus dem 3. Jahrhundert stammende syrische Übersetzung wurde mindestens ein Jahrhundert vor den ältesten erhaltenen griechischen Handschriften, darunter dem bedeutenden Codex Sinaiticus, verfasst. Und: Früheste erhaltene Handschriften mit dieser syrischen Übersetzung datieren aus dem 6. Jahrhundert und sind in Palimpsesten erhalten.

„Diese Entdeckung beweist, wie produktiv und wie wichtig das Zusammenspiel modernster digitaler Techniken in der Grundlagenforschung bei der Begegnung mit den mittelalterlichen Handschriften sein kann“, so Claudia Rapp.

<https://www.oew.ac.at>

Festsitzung der ÖAW

Nobelpreisträger Anton Zeilinger plädiert für eine offene Forschungsförderung, ÖAW-Präsident Heinz Faßmann für eine langfristige wachstumsorientierte Finanzsicherheit, Wissenschaftsminister Martin Polaschek betont den Wert anwendungs-offener Grundlagenforschung



Fotos: Peter Lechner und Paul Kulec/HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Ansprache im Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Führende VertreterInnen der österreichischen Forschungslandschaft fanden sich am 12. Mai im Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) zu ihrer jährlichen Feierlichen Sitzung ein. Erstmals eröffnete der seit knapp einem Jahr amtierende ÖAW-Präsident Heinz Faßmann die Veranstaltung. Er nahm auf die inflationsbedingt angespannte Situation für die heimische Wissenschaft Bezug: „Die ÖAW hat in diesem Akademiejahr eine Reihe von großartigen Forschungserfolgen vorzuweisen. Unbestrittener Höhepunkt war die Verleihung des Nobelpreises an meinen Vorgänger Anton Zeilinger. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Wissenschaft und Forschung, wie andere Lebensbereiche, aufgrund der Teuerung unter Druck stehen. Umso wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Zielsetzung einer langfristigen wachstumsorientierten Finanzierungssicherheit im Forschungsfinanzierungsgesetz. Investitionen in die Forschung sind Investitionen in die Zukunft. Bei einem Zickzack-Kurs in der Finanzierung verlieren alle.“





Foto: ÖAW/Natascha Unkart

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann



Foto: ÖAW/Natascha Unkart

Wissenschaftsminister Martin Polaschek

Hochkarätige Festreden

Eine bemerkenswerte Festrede hielt Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der auch Schirmherr der ÖAW ist. Diese leitete er damit ein, daß er sich ein paar Minuten strikt an den Text halten werde, der vor ihm liege, und anschließend erklären, warum:

Sehr geehrte Mitglieder der Österreichischen Akademie der Wissenschaften!

Ich freue mich sehr, heute vor Ihnen zu stehen und die Leistungen und Herausforderun-

gen von und für Wissenschaft und Forschung in Österreich zu betonen.

Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leisten täglich herausragende Arbeit und tragen maßgeblich dazu bei, unser Verständnis von der Welt und unseren Platz darin zu erweitern. Die Geisteswissenschaften sind dabei genauso wichtig wie die Lebenswissenschaften. Die Erkenntnisse, die wir aus beiden Bereichen gewinnen, sind unverzichtbar, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Dabei können wir uns glücklich schätzen, daß wir in Österreich Forschungseinrichtungen wie die Österreichische Akademie der Wissenschaften haben. Die Leistungen dieser Einrichtungen sind beeindruckend, ob es nun um die Erforschung von Sprachen, Kunst und Kultur geht oder um die Entwicklung von Medikamenten und Therapien.

Doch wir stehen auch vor großen Herausforderungen. Eine davon ist die Wissenschaftskepsis. Während es immer wichtig war, die Wissenschaft zu hinterfragen und kritisch zu betrachten, sehen wir heute eine wachsende Skepsis gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden.

Um diese zu verringern, müssen wir uns bemühen, Wissenschaft besser zu vermitteln und aufzuklären. Nur so können wir sicherstellen, daß unsere Gesellschaft auf Basis fundierter Erkenntnisse Entscheidungen trifft. Wichtig ist dabei auch zu betonen, daß die Wissenschaft nach Wahrheit forscht, sie aber nicht besitzt. Es kann vorkommen, daß Forschungsergebnisse sich als falsch herausstellen oder daß neue Erkenntnisse unsere bisherigen Annahmen infrage stellen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Wissenschaft generell fehlerhaft ist oder keine Bedeutung hat. Im Gegenteil, sie lernt aus ihren Fehlern und entwickelt sich stetig weiter. Dies ist ein wichtiger Aspekt, den wir im Umgang mit Wissenschaft und Forschung immer berücksichtigen sollten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg in Ihrer Arbeit.“

„Wir haben ein Experiment gemacht in der Hofburg und ich hoffe, Sie nehmen uns das nicht übel“, so der Bundespräsident weiter. „Also das, was Sie bisher gehört haben, Sie können es sich vielleicht schon vorstellen, das hat kein Mensch komponiert, sondern eine Maschine: ChatGTP. Ich weiß nicht, wie Sie es aufgenommen haben. ‚Allerweltsrede‘ vielleicht ein bißchen, ja. Nicht völlig falsch auf der anderen Seite. Sie hätten vielleicht höflichkeitshalber auch geklatscht. In diese Verlegenheit wollte ich Sie nicht bringen.“

Sein Team in der Hofburg habe ihm gesagt, man hätte ungefähr zehn, 15 Minuten gebraucht, um sich zu überlegen, was man vorgeben soll. ChatGTP müsse ja einen Befehl erhalten. Und man sich dann nach zwölf, 15 Minuten geeinigt hätte, sei der Text in vier Sekunden dagewesen.

„Ich habe jetzt ein bißchen mehr Zeit gehabt, mir das anzuschauen, als Sie“, so Van der Bellen weiter: „Die Begrüßung war natürlich falsch, aber das passiert sonst auch. Es sind ja

Wissenschaft & Technik

mehr Anwesende da als die Mitglieder der Akademie. Gewundert hat mich schon, daß kein Wort zu Professor Zeilinger oder zu Professor Faßmann vorkommt.“ Er hoffe, dieses Programm lerne. Weil je mehr Zeit man vertun müsse, die richtigen Angaben einzupflegen, desto mehr könne man selber auch schreiben, aber es sei interessant.

„Es heißt natürlich einiges für den Schulbereich und für den Wissenschafts-, also für den Unterrichtsbereich an den Universitäten. Ich meine, schriftliche Prüfungen unter Zuhilfenahme des modernen Handys, sorry. Mündliche Prüfungen werden vielleicht wichtiger, aber prüfen Sie einmal eine Matura in Mathematik nur mündlich.

Er habe neulich ein Gespräch mit ein paar jungen KollegInnen von der Bundesschülervertretung gehabt, die ihm erzählten, sie hätten eine Matura, also die Aufgabe von der schriftlichen Matura in Mathematik, in ChatGPT eingegeben. Die Maschine hätte die Prüfung bestanden. Die Note vielleicht drei bis vier, nicht sehr gut, aber sie hätte bestanden. Und sie würden sich jetzt an der Schule oder in der Klasse zusammensetzen und sich das noch einmal anschauen, um zu untersuchen, wo sich die Maschine geirrt hat. „Warum hat sich die Maschine geirrt? Könnte mir das auch so passieren?“, so der Bundespräsident. „Und ich finde, so kann man dieses Instrument schon in der Schule sehr gut – sozusagen – zum beiderseitigen Lernen einsetzen. Was offen bleibt, ist das beiderseitig. Ich meine, daß die Schülerinnen und Schüler dabei etwas lernen, ist klar. Aber was merkt sich die Maschine? Und es diesen jungen Kollegen zu verbieten, Verbannen, wird auf die Dauer nicht funktionieren. Dieses neue Instrument, diese neue Technologie, ist nun einmal da. Wenn wir uns zurückerinnern an Diskussionen aus dem 17., 18. Jahrhundert, Siegeszug der Aufklärung, hatte man auch, ich hoffe, mein Französisch reicht aus, ‚La Querelle des Anciens et des Modernes‘, also auch den Streit zwischen dem Alten und dem Neuen. Und auf die Dauer, in the long run, setzt sich das Neue durch. Da kann man jetzt über ChatGTP denken, was man will“, schloß Alexander Van der Bellen.

Wissenschaftsminister Polaschek sagte: „Immanent für die Grundlagenforschung ist die Gewinnung neuer Erkenntnisse sowie die Pionierarbeit bei der Beforschung neuer Themengebiete. Grundlagenforschung schafft die Basis für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung. Umso wichtiger sind möglichst offene Förderprogramme, denn die großen Innovationen von morgen sind uns heute noch nicht bekannt. Wir müs-



Foto: ÖAW/Natascha Unkart

Der Physik-Nobelpreisträger und ehemalige ÖAW-Präsident Anton Zeilinger bei der Feierlichen Sitzung der ÖAW 2023

sen jedoch die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Forschende schaffen, um diese zu entwickeln. Darüber hinaus müssen wir Wissenschaft und Forschung noch stärker kommunizieren, um Vertrauen zurückzugewinnen und den gesellschaftlichen Wert sichtbarer zu machen.“

Wissenschaft in Österreich

Höhepunkt der Veranstaltung: Physik-Nobelpreisträger Anton Zeilinger kehrte an seine frühere Wirkungsstätte zurück. Der ehemalige Akademie-Präsident, der heute noch an der ÖAW forscht, hielt seinen Festvortrag zum Thema „Wissenschaft in Österreich“. Er teilte persönliche Erlebnisse und Erfahrungen als Quantenphysiker und Wissenschaftsmanager. „Für die Forschung, die zum Nobelpreis führte, war es entscheidend, daß ich Ziele verfolgen konnte, für die keinerlei Anwendung in Sicht war; wo das Ziel selbst nicht klar war und ich nicht einmal angeben konnte, wie ich das Ziel erreichen kann“, so Zeilinger. „Die Forschungsförderung sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene sollte daher einen großen Teil ihrer Förderungen für Projekte vorsehen, bei denen nicht vor Beginn bereits definiert werden muß, welchen Nutzen und welche möglichen Anwendungen es in Hinblick auf Forschungsfragen geben wird. Diese Projekte sollten auch offen in der wissenschaftlichen Methodik und in der Definition der Ziele

sein. Es sollten nur die wissenschaftliche Neugier zählen und die Offenheit für Überraschungen.“ Schließlich dankte Anton Zeilinger all jenen, die seine bisherigen Erfolge ermöglicht haben: Zuerst seiner Familie, ohne die er diesen Preis „sicherlich nicht bekommen“ hätte. Und mehrfach habe er an die österreichischen SteuerzahlerInnen gedacht und gedankt. Er dankte auch den StudentInnen, „die mit mir zusammengearbeitet haben. Mittlerweile sind etwa 50 meiner Absolventen irgendwo Professoren geworden“, ohne die er auch die Resultate seiner Forschungsarbeit nicht bekommen hätte, so Anton Zeilinger abschließend.

Im Festsaal der Akademie fanden sich rund 300 hochkarätige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Justiz ein sowie PräsidentInnen und RektorInnen von Forschungseinrichtungen und Universitäten. Auch zahlreiche VertreterInnen von ausländischen Wissenschaftsakademien besuchten die feierliche Sitzung. Präsident Faßmann begrüßte außerdem die 31 neu gewählten Mitglieder der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. ■

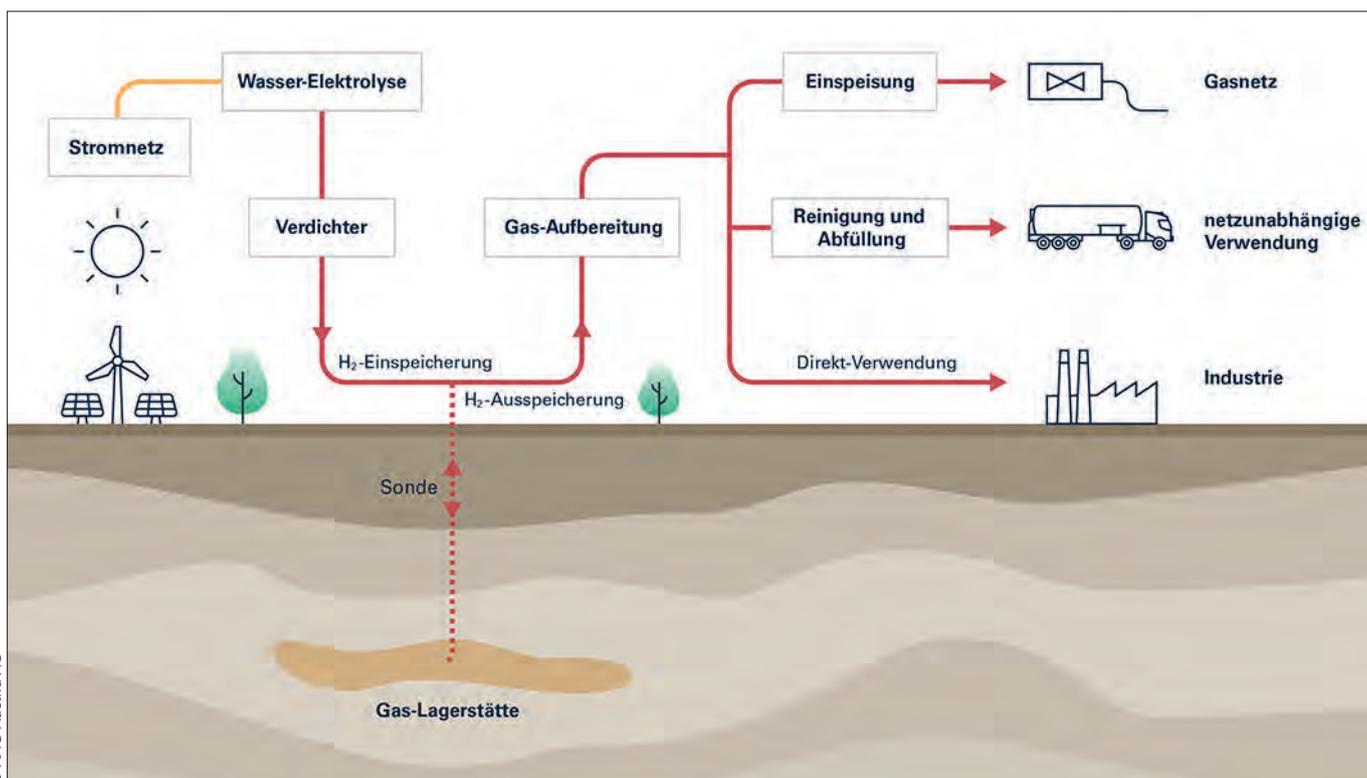
<https://www.oeaw.ac.at>

Den Mitschnitt der Veranstaltung können Sie in voller Länge auf Youtube sehen unter: <https://youtu.be/-jysb-ZQIs>

Siehe den umfangreichen Beitrag über den Nobelpreisträger Anton Zeilinger in der „Österreich Journal“-Ausgabe 205 <https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-205/67437589>

Weltweit erster geologischer Wasserstoffspeicher in Betrieb

Großvolumige Speicherung von Wasserstoff ermöglicht die Energiewende unter Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit



© RAG Austria AG

Mit „Underground Sun Storage“, dem weltweit ersten Wasserstoffspeicher in einer unterirdischen Porenlagerstätte, setzt die RAG Austria AG – Renewables and Gas – gemeinsam mit ihren Projektpartnern international neue Maßstäbe. In dieser einzigartigen sektorenübergreifenden Demonstrationsanlage wird Sonnenenergie mittels Elektrolyse in grünen Wasserstoff umgewandelt und in einer unterirdischen natürlichen Gaslagerstätte im oberösterreichischen Gampnern in reiner Form gespeichert.

Die Größenordnung des Speichers entspricht dem Sommerüberschuss von etwa 1.000 Photovoltaik-Anlagen auf Einfamilienhäusern. Im Sommer wird diese überschüssige Energie eingespeichert und im Winter kann die grüne Energie wieder in Form von Strom und Wärme bereitgestellt werden.

Zwei Jahre nach Projektstart wurden Anlage und Speicher von „Underground Sun Storage“ am 27. April in Gampning in Anwesenheit von Landeshauptmann Thomas Stelzer, Vertretern des BMK, BMF und Klima-

und Energiefonds feierlich in Betrieb genommen.

Markus Mitteregger, CEO der RAG Austria: „In unserer richtungsweisenden Demonstrationsanlage bringen wir 4,2 Mio. KWh (4,2 GWh) Sommerstrom in Form von Wasserstoff in den Winter und machen die Erneuerbaren damit versorgungssicher. Wir bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab und setzen auf ein perfektes Zusammenspiel zwischen Erzeugung, Umwandlung, Speicherung und künftiger Nutzung von grüner Energie. Im oberösterreichischen Gampnern zeigen wir vor, was möglich und notwendig ist, um die sichere Versorgung mit grüner Energie das ganze Jahr über zu gewährleisten und damit die Energiewende zu stemmen.“

Absicherung der Energiezukunft – Erneuerbare versorgungssicher machen

Die Pionierarbeit der RAG und ihrer Partner ist von herausragender Bedeutung für Unternehmen, politische Entscheidungsträger

und Behörden zur strategischen Weiterentwicklung der Energiesysteme. Durch die Ergebnisse des Demonstrationsprojekts „Underground Sun Storage“ wird es möglich, die Gasspeicher mit ihren enormen Speichervolumina im Energiesystem der Zukunft auch als Wasserstoff- und Grünstromspeicher neu zu positionieren. Gerade in Österreich gibt es mit seinen idealen geologischen Strukturen und bestehenden, modernen Speicherkapazitäten ein großes Potential. So wird es möglich, die Erzeugung von erneuerbarer Energie und ihren kurzfristigen Verbrauch zu entkoppeln und Versorgungssicherheit ganzjährig zu ermöglichen.

Wasserstoff macht Sonne und Wind speicherbar

Wasserstoff ist der wesentliche Baustein zur Erreichung der Klimaziele und zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Energie. Wasserstoff kann ohne CO₂-Emissionen erzeugt werden und lässt sich sauber und flexibel in allen Sektoren einsetzen – ob für An-

wendungen in der Industrie, in der Wärme- und Stromerzeugung oder in der Mobilität. Das Entscheidende aber ist seine großvolumige Speicher- und Transportierbarkeit in einer bestehenden, nahezu unsichtbaren Infrastruktur.

„Ein rascher Wasserstoffhochlauf ist unabdingbar. Es reicht nicht, den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren. Der Sonnen- und Windstrom der Sommermonate muß speicherbar gemacht und so in den Winter gebracht werden, wenn Wind nicht konstant, Sonne und Wasser nicht ausreichend Energie liefern, um den erhöhten Bedarf zu decken. Experten gehen bis 2030 allein in Österreich von einem saisonalen Energietransfer von 10 TWh pro Jahr aus. ‚Underground Sun Storage‘ ist der erste Schritt in diese Richtung, auf den weitere folgen müssen“, erläutert Mitteregger die Notwendigkeit, erneuerbare Energien in Form von Wasserstoff speicherfähig zu machen, um die sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten.

Finanz- und Bergbauminister Magnus Brunner: „Klimaschutz ist eine der zentralen Aufgaben unserer Generation. Unsere Ziele sind ambitioniert: Bis 2030 100 % erneuerbarer Strom in und aus Österreich und bis 2040 Klimaneutralität in Österreich – immerhin zehn Jahre vor der EU. Damit wir diese Klimaziele erreichen, brauchen wir Investitionen, Innovation und Zusammenarbeit. Wir dürfen uns jedenfalls nicht auf einige wenige Technologien konzentrieren, sondern müssen weiter technologieoffen bleiben. Die RAG setzt mit dem weltweit ersten geologischen Wasserstoffspeicher genau auf diese Technologieoffenheit, die wir so dringend brauchen: Der eingespeicherte grüne Wasserstoff leistet einen wichtigen Beitrag zur ganzjährigen Versorgungssicherheit – gleichzeitig wird fossiles Erdgas ersetzt und damit unsere Abhängigkeit reduziert. Eine Win-Win-Situation für Klima und Standort!“

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler betont: „Underground Sun Storage zeigt vor, wie die sichere Versorgung mit sauberer, leistbarer Energie künftig funktionieren wird. Der RAG Austria AG ist es hier gelungen, internationale Maßstäbe zu setzen und zu zeigen, wie der Umbau zu einem klimaneutralen Österreich gelingt. Wenn wir einen Speicher für fossiles Gas zu einem Speicher für grünen Wasserstoff umbauen können, ist das ein Schritt in die grüne Energiezukunft. Mit diesem Wissen kann Österreich im globalen Wettbewerb ganz oben mitspielen.“

„Für Oberösterreich als Wirtschafts- und Industrie-Bundesland Nr.1 ist Wasserstoff ein



Foto: RAG Austria AG/Volger

v.l.: Franz Helm, Verbund; Stefan Stallinger, COO Energie AG; Franz Mittermayer, Vorstandsdirektor EVN; Bernd Vogel, Klima- und Energiefonds; Jürgen Schneider, BMK Leiter der Sektion VI; Thomas Stelzer, Landeshauptmann Oberösterreich; Markus Mitteregger, CEO RAG, Andreas Reichhardt, BMK, Leiter der Sektion III

entscheidender Schlüsselfaktor, um den Standort noch zukunftsfitter auszurichten. Zahlreiche heimische Unternehmen forschen bereits federführend an der Speicherung, Nutzung und Versorgung mit Wasserstoff. Mit unserer Wasserstoff Offensive 2030 investieren wir in dieses Zukunftsfeld und bauen so unsere Vorreiter-Position weiter aus. Dieser Speicher ist daher ein wichtiger Impuls für die saubere Energiezukunft unseres Landes“, betont Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds Bernd Vogel: „Die RAG Austria AG beweist mit Underground Sun Storage erneut, daß ein hervorragendes Team aus Wissenschaft und Wirtschaft richtungsweisende Ergebnisse für ein zukünftiges 100 % erneuerbares Energiesystem mit rascher Klimawirkung liefern kann. Es ist bemerkenswert, mit welchem Engagement und Exzellenz hier innovative Projekte entwickelt werden und unsere Jury jedes Mal auf Neue überzeugen. Wir freuen uns schon auf weitere Schritte zur breiten Umsetzung und weitere Initiativen.“

Leuchtturmprojekt mit renommierten Partnern

Unter der Leitung der RAG Austria als Initiator und Technologieführer wird bis 2025 in der maßgeschneiderten Demonstrationsanlage Wasserstoff erzeugt und unterirdisch in einer Gaslagerstätte gespeichert, um künftig in der Region stofflich oder energetisch genutzt zu werden oder auch direkt über Wasserstoffkraftwerke der Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme zu dienen.

Die Projektpartner Axiom Angewandte Prozesstechnik GmbH, Energie AG Oberösterreich, Energieinstitut an der Johannes-Kepler-Universität Linz, EVN AG, HyCentA Research GmbH, K1-MET GmbH, Technische Universität Wien, Universität für Bodenkultur Wien, Verbund, Verein WIVA P&G und voestalpine Stahl GmbH begleiten das Projekt mit interdisziplinär technisch-wissenschaftlichen Untersuchungen für die Energiezukunft. Ergänzt werden diese Untersuchungen durch die Entwicklung von geeigneten Aufbereitungstechnologien, die Modellierung von künftigen Energieszenarien und von techno-ökonomischen Analysen. Dazu gehören:

- Wasserstoff als Ersatz für fossiles Erdgas
- Direktverwendung in der energieintensiven Industrie
- Aufbereitungsbedarf und -technologie
- Verwertungsmöglichkeiten des Wasserstoffs mit hoher Reinheit

„Underground Sun Storage“ ist Teil der Energie-Vorreigerregion WIVA P&G und eine Grundvoraussetzung für den Aufbau einer gesicherten Wasserstoffwirtschaft. Die Nutzung unterirdischer Porenspeicher zur Wasserstoffspeicherung findet sich auch in der Langfriststrategie 2050 – Österreich gem. Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Governance-System für die Energieunion und den Klimaschutz. Das Projekt wird im Rahmen des Energieforschungsprogrammes des „Klima- und Energiefonds“ gefördert. ■

<https://www.rag-austria.at/>

<https://www.uss-2030.at/>

Weltweit erster Chip mit österreichischer Quantenarchitektur

Der japanische IT-Konzern NEC hat den ersten Quantenprozessor basierend auf der ParityQC Architektur gebaut. Die Parity-Technologie wurde an der Universität Innsbruck erfunden und wird vom Spin-off ParityQC weiterentwickelt und vermarktet.

In aller Welt arbeiten Wissenschaft und Unternehmen fieberhaft am Bau von Quantencomputern. Diese neuen Rechenmaschinen werden viele Probleme rascher und effizienter lösen als bisherige Technologien. Gerade bei der Suche nach optimalen Lösungen für komplexe Fragestellungen versprechen Quantentechnologie sehr bald schon praxistaugliche Anwendungen. Basis dafür sind Quantum-Annealing-Systeme oder adiabatische Quantencomputer, die nicht wie klassische Computer mit Gatteroperationen arbeiten. Sie nutzen die Quanteneigenschaft vielmehr zur Suche eines optimalen Zustands in einem physikalischen System. In entsprechende Algorithmen verpackt, lassen sich diese Systeme nutzen, um optimale Lösungen für viele Fragestellungen zu finden.

Japanischer Quanten-Chip mit österreichischem Know-how

Nun hat der IT-Konzern NEC einen 8-Bit-Quanten-Annealer gebaut, der auf der Architektur des Innsbrucker Spin-offs ParityQC basiert. Der erste Parity-Quantenchip besteht aus supraleitenden Parametron-Qubits und wird von NEC nun über die Cloud der Wissenschaft zugänglich gemacht. „Das ist eine eindrucksvolle Bestätigung der eigentlichen Vorteile, die der ParityQC-Ansatz bietet: Unempfindlichkeit gegen Rauschen und Skalierbarkeit zu einem vollständig verschalteten Quantencomputer unter Beibehaltung langer Kohärenzzeiten“, zeigt sich Hermann Hauser, Mitbegründer von Amadeus Capital und Acorn Computers, begeistert. „Die Übernahme der ParityQC-Architektur durch NEC, einem der weltweit führenden Supercomputer-Unternehmen, ist ein außergewöhnlicher Erfolg für das vier Jahre alte Spin-off der Universität Innsbruck. Es macht ParityQC zum weltweit ersten Unternehmen für QC-Architekturen mit einer erprobten, funktionierenden Anwendung. Die Vorteile dieses Ansatzes werden dazu führen, daß das ParityQC-Design von vielen anderen Hardware-Herstellern übernommen wird. Eine Reihe von kürzlich erfolgten Ankündigungen von



Foto: ParityQC

Wolfgang Lechner und Magdalena Hauser, die Co-Geschäftsführer des 2020 in Innsbruck gegründeten Spin-offs ParityQC

QC-Konsortien in Europa belegen dies bereits“, so Hauser weiter. „NEC war das erste Unternehmen, das in den 90er-Jahren ein supraleitendes Qubit vorstellte. Wir sind sehr stolz darauf, daß ihr Quantenprozessor, der nun erstmals für die externe Nutzung verfügbar sein wird, auf unserer Architektur basiert“, freuen sich Wolfgang Lechner und Magdalena Hauser, Co-Geschäftsführer von ParityQC.

Österreichische Erfolgsgeschichte

ParityQC wurde 2020 in Innsbruck gegründet und vermarktet eine Technologie, die auf einer inzwischen patentierten Idee beruht, die Quantenphysiker Wolfgang Lechner in den 2010er-Jahren gemeinsam mit Peter Zoller und Philipp Hauke an der Universität Innsbruck und dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften entwickelt hat. Die Ausgründung erfolgte

über die Transferstelle Wissenschaft – Wirtschaft – Gesellschaft der Universität Innsbruck.

„Es zeigt sich nun immer mehr, daß unsere Ersterschätzung dieser Technologie im Zuge der Erfindungsmeldung 2015 richtig war und die Basiserfindung das Potential hat, zum Standard in der Quantencomputer-Technologie zu werden. Die Verwertung dieser Forschungsergebnisse über die Gründung eines Spin-offs ermöglicht es, die Technologie in Europa weiterzuentwickeln und somit maximalen Einfluß auf die Entwicklung dieser Branche zu nehmen und dabei gleichzeitig die Wertschöpfung in Europa zu halten. Ein großes Kompliment an die beiden Geschäftsführer dafür, wie vorausschauend und umsichtig sie ihre Entwicklungspartner auswählen“, sagt Transferstellen-Leiterin Sara Matt. ■

<https://parityqc.com/>
<https://www.uibk.ac.at/>

Erbgut von Primaten als Schlüssel zur menschlichen Gesundheit

Universität Wien: Primaten-Genome mittels KI auf klinische Relevanz von individuellen Genvarianten analysiert

Neue Genomdaten einer großen Zahl verschiedener Affenarten, die von einem internationalen Forschungsteam generiert wurden, bringen neue Erkenntnisse über die genetischen Ursachen menschlicher Krankheiten. Mit Entwicklung eines auf Deep-Learning basierenden Algorithmus könnten sie in Zukunft als eine Grundlage für personalisierte medizinische Behandlungskonzepte beim Menschen dienen. Martin Kuhlwilm, Wissenschaftler am Department für Evolutionäre Anthropologie der Universität Wien, hat an dieser und weiteren Studien zum Genom verschiedener Primaten mitgewirkt, deren gesammelten Ergebnisse im renommierten Fachjournal „Science“ publiziert wurden. Die erzielten Resultate sind vielversprechend und ermöglichen weitere Einblicke in die Evolution der Primaten, in manche (vermeintliche) Alleinstellungsmerkmale des Menschen sowie in genetische Ursachen menschlicher Erkrankungen.

Bereits jetzt in aller Munde, aber noch sehr ausbaufähig: die personalisierte, auf der Genetik des Individuums basierende Medizin, die zukünftig noch mehr sinnvolle Lösungen und Therapiekonzepte für den Menschen bieten soll. Voraussetzung dafür diese Frage zunehmend exakter zu beantworten ist es, unter den hunderttausenden Mutationen des menschlichen Genoms diejenigen zu identifizieren, die tatsächlich Krankheiten verursachen. Weil der Fortschritt bei der Entschlüsselung des individuellen Genoms nur langsam erfolgt und humane Datensätze überdies nur über einen erdgeschichtlich begrenzten Zeitraum verfügbar sind, lag es nahe, sich Informationen aus dem Genom nahe verwandter Primatenarten zunutze zu machen: Denn die genetische Vielfalt, die bei den 520 bekannten nichtmenschlichen Primatenarten vorkommt, ist das evolutionäre Ergebnis ständig ablaufender „Experimente der Natur“ zur genetischen Variation. Diese finden seit Millionen von Jahren ununterbrochen statt – und liefern damit eine wertvolle Datenquelle.

Zunächst erstellten die WissenschaftlerInnen mittels Sequenzierung von rezenten und

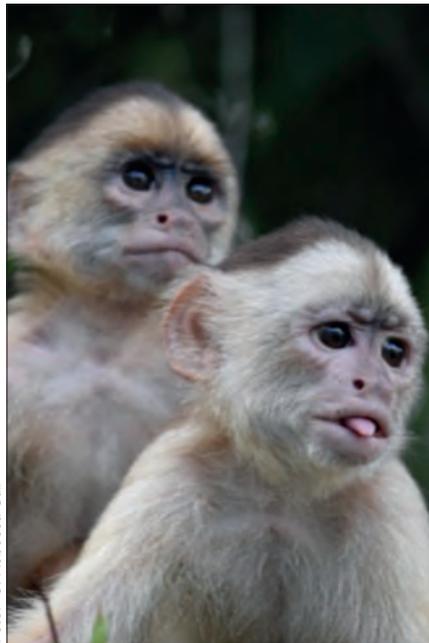


Foto: C. Rebecca Still

Weißstirn-Kapuzineraffen (*Cebus unicolor*) in der Nähe von Manaus, Brasilien

fossilen Primaten-Genomen den bisher umfangreichsten Katalog an Genomdaten von nonhumanen Affen, in den die Ergebnisse von 809 Individuen aus 233 untersuchten Arten einfließen. Die Veröffentlichung dieses einzigartigen Datensatzes umfaßt so die Genomdaten von fast der Hälfte aller auf der Erde lebenden Primatenarten. Die Daten ermöglichten es dem Forschungsteam zunächst, die Arten in phylogenetischen Analysen zu vergleichen und so das Verständnis der Evolutionsgeschichte der Primaten zu verbessern.

Aber nicht nur das – denn ausgehend von der Annahme, daß Genvariationen einer Primatenspezies ähnliche Auswirkungen haben wie dieselbe Variante bei einer anderen Spezies, wurden bei eng verwandten Arten Populations-Screenings durchgeführt und gemeinsame Genvarianten systematisch katalogisiert.

Martin Kuhlwilm erklärt: „Mit dem neuen Genomkatalog hat sich die Zahl der genomischen Variationen halbiert, von denen man annahm, daß sie nur beim Menschen vorkommen. Diese Reduktion erleich-

tert die Identifizierung derjenigen Mutationen, die wir nicht mit Primaten teilen und die so die Grundlage für Merkmale sein könnten, die uns zu Menschen machen. Da wir aber viele der jüngsten genetischen Veränderungen nicht alleine tragen, sondern mit anderen Arten teilen, scheint das, was uns tatsächlich zum Menschen macht, seltener zu sein als erwartet“, führt Kuhlwilm weiter aus. „Dies zeigt, daß das Studium unserer lebenden Verwandten uns hilft, unsere eigene Spezies besser zu verstehen.“

KI für krankheitsverursachende Mutationen

Durch den Vergleich der Genome jener 233 Arten nonhumaner Primaten mit dem Genom des Menschen konnten über 4,3 Millionen „Fehlmutationen“ in den Genen identifiziert werden, die nachfolgend die Zusammensetzung der Aminosäuren in den Proteinen verändern und potentielle Ursachen für humane Krankheiten sein können. Die tatsächliche Identifikation von krankheitsverursachenden Mutationen gelang durch die Entwicklung des auf Deep-Learning basierenden Algorithmus „PrimateAI-3D“ und ließ umgekehrt auch gemeinsam bei Menschen und Affen vorkommende Genvarianten ausschließen, die nicht pathogen sind. So kamen 6 Prozent der möglichen Fehlmutationen häufig bei Primaten vor und werden daher als „potentiell gutartig“ angesehen, da ihr Vorhandensein bei diesen Tieren ohne Anzeichen von Krankheit toleriert wird.

In Anbetracht der Tatsache, daß heute bereits mehr als 60 Prozent der Primatenarten auf der Erde vom menschenverursachten Aussterben in den nächsten zehn Jahren bedroht sind, sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um diese unersetzlichen Arten zu schützen. Denn, so Studienautor Lukas Kuderna: „Wir müssen jetzt entscheiden, ob wir handeln wollen, um diese wertvollen Tierarten zu erhalten. Jede für sich ist wertvoll – und unser Spiegel, der zum Verständnis unserer Genome und damit unserer selbst dient.“

■ <https://www.univie.ac.at>

Hallstatt: Neues Grab der frühen Eisenzeit entdeckt

In einer neu gefundenen prähistorischen Brandbestattung am Salzberg in Hallstatt wurden Bronzebeigaben und Textilreste gefunden. Das Gräberfeld ist größer als angenommen.

Bei der aktuellen Grabungskampagne des Naturhistorischen Museums Wien am Hallstätter Salzberg stießen ArchäologInnen auf viele neue Funde. Am bemerkenswertesten ist dabei ein Brandgrab mit noch sehr gut erhaltenen Bronzebeigaben. Bei der fachmännischen Bergung der Metallfunde konnten sensationell gut erhaltene Gewebereste festgestellt werden: „Doch nicht nur der gute Erhaltungszustand der mit in das Grab gelegten Tracht- und Schmuckstücke ist bemerkenswert“, erklärt Johann Rudorfer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Prähistorischen Abteilung des NHM Wien und Leiter der Obertag-Forschungsgrabungen, „sondern auch die Tatsache, daß wir noch eine klar erkennbare Grabgrube feststellen konnten, begeistert uns. Das Areal wurde im 19. Jahrhundert großflächig archäologisch untersucht, aber gewissen Details, wie zum Beispiel der Grabkonstruktion, wurde damals wenig Beachtung geschenkt.“

Aktuell errichtet die Wildbach- und Lavinerverbauung Oberösterreich ein Steinschlagwerk, das den Ort Hallstatt vor Felsbrüchen schützen soll. Dieses Bauvorhaben quert genau das eisenzeitliche Gräberfeld, das 1846 vom Bergmeister der Saline Johann Georg Ramsauer (1795–1874) entdeckt und bis 1863 systematisch archäologisch untersucht wurde.

Ramsauer entdeckte damals rund 1.000 Gräber mit reichen Beigaben, die Gegenstände seiner Grabungen kamen größtenteils nach Wien. Von seinen Grabungen existieren umfangreiche Protokolle, Grabbeschreibungen und Gräberfeldpläne sowie viele Aquarelltafeln mit Grabanlagen und Fundtypen. Seine akribische Arbeit, insbesondere die genaue Dokumentation der reichen Grabinhalte, trug dazu bei, daß der Fundort namensgebend für eine ganze Epoche der europäischen Kulturgeschichte wurde, die Hallstattzeit.

Die aktuellen Verbauungen nehmen sich die ArchäologInnen nun zum Anlaß, die Untersuchungen am eisenzeitlichen Gräberfeld aus dem 19. Jahrhundert neu aufzurollen und zu überprüfen.



Foto: NHM Wien/Andreas W. Rausch

Hochrechnungen sprachen bislang von geschätzten 5.000 Bestattungen, die sich im unteren Bereich des Hochtals (im Bild) am Salzberg befunden haben sollen.

Anhand der Lage des neuen Grabes schließen die ArchäologInnen darauf, daß es sich um ein damals unerkanntes, in sich noch geschlossenes Grab handelt, das nicht ausgegraben wurde und sich deshalb an Ort und Stelle erhalten hat.

Zu den Grabfunden zählt ein massiver, gerippter Armring, der wohl am Oberarm getragen wurde. Weiters, ebenfalls aus Bronze, lagen Spiralen aus dünnem Draht über einem Häufchen aus Leichenbrand (den verbrannten Knochen), die wohl Teile von Fibeln, also Gewandschließen, darstellen. Die Klinge eines Bronzemessers mit an der Griffplatte noch anhaftenden Spuren eines Holzgriffs und ein Eisenbleich, das eventuell als Teil eines Gürtelbeschlags angesehen wer-

den kann, sowie ein Tierknochen als Rest einer Speisebeigabe komplettieren das Fundensemble. Alle Gegenstände wurden wohl intentionell zerbrochen bzw. verbogen, was vermutlich auf den damals herrschenden Bestattungsritus zurückgeführt werden kann: „Vielleicht hielt man es für angebracht, die Beigaben rituell zu zerstören, um sie als Beigaben für das Totenreich nutzen zu können“, erklärt Johann Rudorfer weiter, „denn auch der Körper wurde durch das Verbrennen ja ‚zerstört‘.“

Die wirkliche Sensation wurde erst bei der Bergung der Fundstücke ersichtlich: Sehr akribisch löste man jedes Stück einzeln aus dem dicht aneinanderheftenden Komplex. Dabei wurden an den Unterseiten der

Wissenschaft & Technik

Spiralscheiben noch gut erkennbare Abdrücke eines Stoffgewebes sichtbar, die im Zuge eines langwierigen Mineralisierungsprozesses im Boden konserviert wurden. Darüber könnte sich erstmals der Nachweis für ein organisches Behältnis erbringen lassen, in das der Leichenbrand eingefüllt war, als er in den Boden gelegt wurde. Im Gegensatz zu anderen, zeitgleich genutzten Friedhöfen der Hallstatt- und frühen Latènezeit, wurden in Hallstatt bislang Urnen nur selten angetroffen. „Meist finden wir nur ein Häufchen mit dem Knochenklein und etwas Asche, das aber so kompakt liegt, daß wir schon immer kleine Säcke aus Stoff oder Leder vermuten konnten. Nun wurde wohl auch dafür der Beweis erbracht“, freut sich der NHM Wien-Archäologe.

Obwohl nur ein Prozent der von der Wildbach- und Lawinerverbauung Oberösterreich für das neue Steinschlagwerk gerodeten Fläche archäologisch untersucht wird, können wertvolle wissenschaftliche Ergebnisse vermeldet werden. „So wissen wir nun, daß durch die Altgrabungen wohl bei weitem nicht alle Grabbefunde erfaßt wurden. Auch der Umgang mit nicht in museale Einrichtungen beförderten Funden wird durch das Antreffen weiterer Streufunde und einzelner menschlicher Knochenhaufen, die aus Körperbestattungen stammen, klar. Diese wurden nach der zeichnerischen Dokumentation aus den Gräbern entnommen, um sie in deren unmittelbaren Nähe im Boden abzulegen“, ergänzt Rudorfer

Das Gräberfeld im Hochtal oberhalb des Ortes Hallstatt ist einer der wichtigsten prähistorischen Bestattungsorte Europas. Bereits mehr als 1.500 Gräber konnten bislang freigelegt und dokumentiert werden. Gefunden wurden dabei zahlreiche Grabbeigaben, teilweise prachtvolle Gefäße, Waffen und Schmuck, die den durch Salzabbau und -handel entstandenen Wohlstand und weitreichende Handelsbeziehungen belegen. Hochrechnungen sprachen bislang von geschätzten 5.000 Bestattungen, die sich im unteren Bereich des Hochtals am Salzberg befunden haben sollen. Durch eine nachweislich noch höhere Belegungsdichte, die bei der jüngsten Grabung festgestellt werden konnte, wird diese Schätzung wohl noch erheblich anwachsen.

Während das Gräberfeld gut dokumentiert ist, weiß man über die Siedlungsgeschichte des Hallstätter Salzbergs noch relativ wenig. Im Rahmen der jährlichen Forschungsgrabung des NHM Wien, die mit Unterstützung der Salzwelten und der Salinen



Johann Rudorfer bei der Arbeit



Frau der Hallstattzeit mit Oberarmring und Brillenfibern



Ein Blick auf das Grab 111

Austria AG an einer anderen Stelle im Hochtal durchgeführt wird, versuchen die WissenschaftlerInnen, einen noch tiefer unter den Gräbern liegenden hölzernen Gebäudekomplex aus der Spätbronzezeit (1.200 – 800 v. Chr.) vollständig zu erfassen. Dort muß die Untersuchungsfläche in den nächsten Jahren sukzessive erweitert werden, und vermutlich wird das Team zunächst auf weitere Gräber stoßen, die dort erst viel später angelegt wurden. Die Erforschung des eisenzeitlichen Friedhofs ist also noch lange nicht abgeschlossen. Mit modernen Grabungs- und Dokumentationsmethoden werden sich auch hier weitere, bislang noch unbeantwortete Forschungsfragen klären lassen. ■

<https://hallstatt-research.com/>
<https://www.salzwelten.at/>
<https://www.nhm-wien.ac.at/>

In der frühesten Epoche waren Frauen in Führungspositionen

Die prominenteste Person der iberischen Kupferzeit war nicht wie bisher angenommen ein Mann, sondern eine Frau. Das haben ArchäologInnen mit Beteiligung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Wien in Spanien nun mittels Zahnschmelzanalysen entdeckt.



Foto: Miriam Lucianez Triviño

© miriam.lucianez.trivino

Die Frau, die in der Kupferzeit in Spanien gelebt hat, war eine führende gesellschaftliche Persönlichkeit. Sie könnte Elfenbeinhändlerin oder Priesterin gewesen sein.

Exotische Luxusgüter wie Elefantenstoßzähne aus Afrika, Bernsteinperlen aus dem Norden, Bergkristalle, Feuersteine und Straußeneierschalen: Das Set an Kostbarkeiten, das spanische Archäolog:innen 2008 in einer Grabstätte aus der Kupferzeit (ca. 3200-2200 v. Chr.) in Südspanien, in Valencia bei Sevilla, fanden, war außergewöhnlich. Es ist das Grab einer Frau, doch anhand der sozialen Stellung der bestatteten Person wurde das Skelett zunächst als männlich identifiziert.

Jetzt, 15 Jahre später, offenbaren weitere Untersuchungen eine Überraschung: Mittels Zahnschmelzanalyse, einer neuen wissenschaftlichen Methode der Geschlechtsbestim-

mung, beweist ein Team an ArchäologInnen, darunter ForscherInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und Universität Wien sowie der Medizinischen Universität Wien, daß es sich um eine Person mit biologisch weiblichem Geschlecht handelt. Die Ergebnisse der Studie sind nun im renommierten Fachmagazin „Nature Scientific Reports“ erschienen.

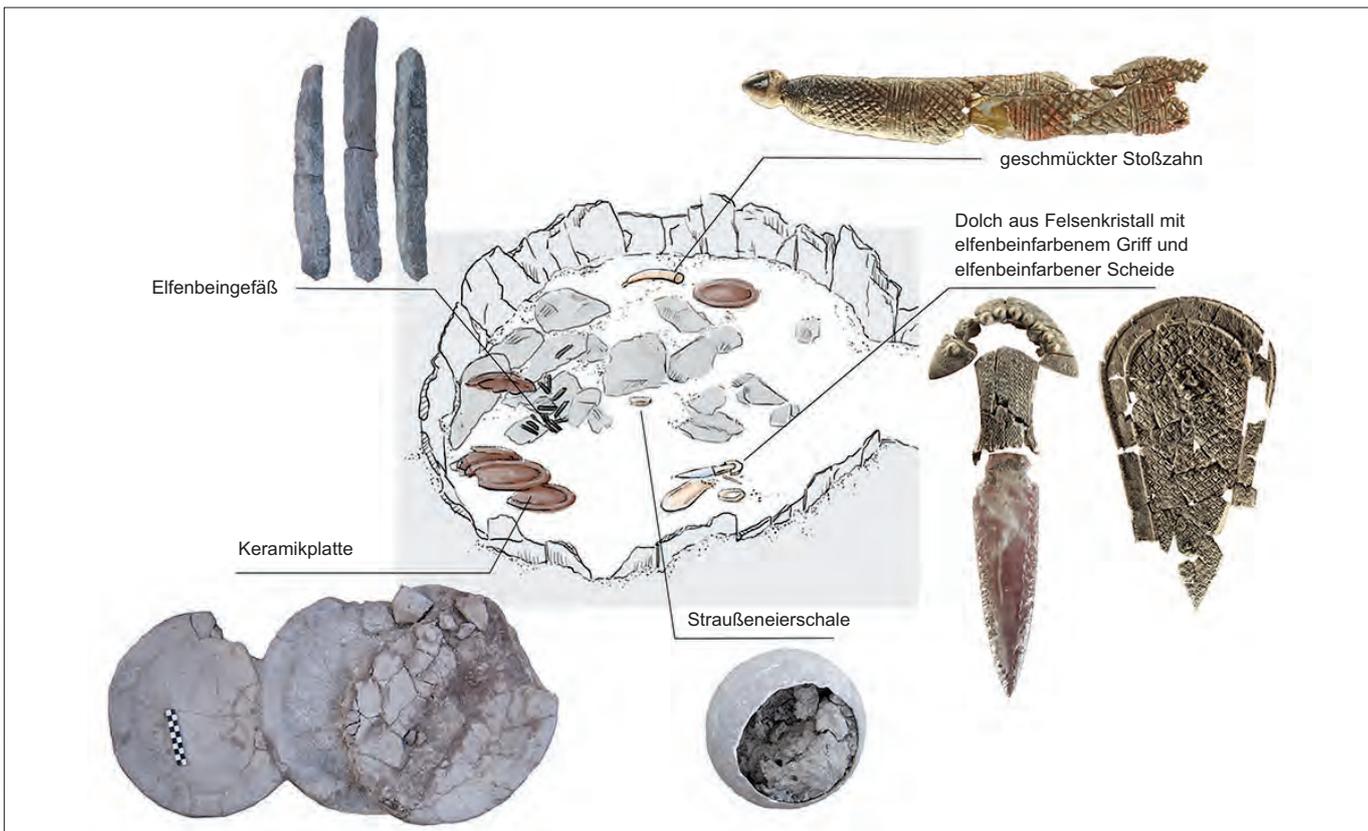
Zahnschmelzanalyse zeigt Geschlecht

Aufgrund der klimatischen Bedingungen sind DNA-Analysen im Mittelmeerraum oft schwierig, prähistorische Knochen sind wegen der hohen Temperaturen und trockenen Luft in spanischen Bestattungsplätzen oft

schlecht erhalten, erklärt Katharina Rebay-Salisbury vom Österreichischen Archäologischen Institut der Österreichischen Akademie für Wissenschaften (ÖAW) und der Universität Wien.

Zum Einsatz kam deshalb die von ArchäologInnen gemeinsam mit ChemikerInnen und GerichtsmedizinerInnen entwickelte Zahnschmelzanalyse: „Unsere Methode beruht auf der Analyse von geschlechtsspezifischen Peptiden, also aus Aminosäuren aufgebauten Molekülen, die durch die unterschiedlichen Isoformen des Proteins Amelogenin bei Männern und Frauen im Zahnschmelz in unterschiedlicher Form vorkommen“, sagt Katharina Rebay-Salisbury.

Foto: Miriam Lucianez Triviño



Geschlechterstereotype in der Archäologie

Die Quantität und Qualität der als Grabbeigaben verwendeten Artefakte – darunter auch ein besonders schöner Dolch mit einer Klinge aus Bergkristall und einem Elfenbeingriff, der mit 90 durchbrochenen scheibenförmigen Perlen aus Perlmutter verziert ist – deuten jedenfalls darauf hin, daß diese Frau eine führende gesellschaftliche Persönlichkeit war. Sie könnte zum Beispiel als Elfenbeinhändlerin oder Priesterin gelebt haben und wurde daher entsprechend bestattet, so die Archäologin.

Der Fund erzählt aber nicht nur über ihr mögliches Leben, sondern auch darüber, wie Vorstellungen der Gegenwart die Interpretation der Vergangenheit prägen: „Häufig dominieren Bilder, wonach in der frühesten Epoche der Menschheitsgeschichte sämtliche Führungspositionen von Männern besetzt gewesen seien. Mit diesem Fund werden viele unserer Geschlechterstereotypen über Bord geworfen“, sagt Rebay-Salisbury.

Für die ForscherInnen stellt diese Studie auch einen Vorgriff auf die Veränderungen dar, die neu entwickelte wissenschaftliche Methoden für die prähistorische Archäologie und die Erforschung der sozialen Entwicklung des Menschen mit sich bringen könnten.

<https://www.oeaw.ac.at>

In der oberen Schicht des Grabes befanden sich Artefakte wie ein Dolch, ein Straußenei oder ein reich verziertes Objekt aus Elfenbein

In der unteren Schicht des Grabes befand sich der bestattete Körper mit zahlreichen Grabbeigaben, wie ein Elefantenzahn oder ein Dolch aus Feuerstein. Die Grabbeigaben waren um die verstorbene Person herum gruppiert.

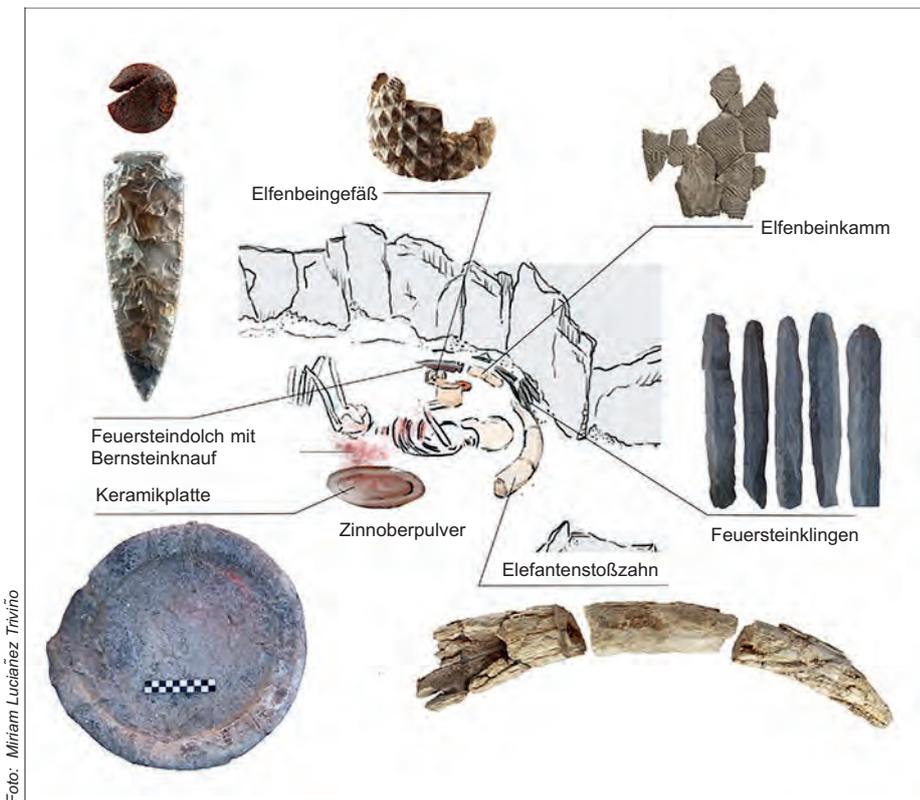


Foto: Miriam Lucianez Triviño

Urzeitlicher Warenumschlagplatz in Traunkirchen

ArchäologInnen der Universität Innsbruck erforschen urzeitlichen Warenumschlagplatz am Traunsee in Oberösterreich

In Traunkirchen am Traunsee in Oberösterreich erforschen ArchäologInnen der Universität Innsbruck mit modernen Prospektionsmethoden die einzige derzeit in Österreich bekannte eisenzeitliche Seeufersiedlung. Einerseits um die genaue Ausdehnung des prähistorischen Siedlungsareals festzustellen, andererseits um die Kulturschichten präzise zu datieren. Die Gemeinde Traunkirchen ist bereits seit dem 19. Jahrhundert als bedeutende archäologische Fundstätte bekannt, seit 2020 sind auch ArchäologInnen der Uni Innsbruck regelmäßig am Traunsee im Salzkammergut vor Ort. Projektleiter Peter Trebsche und sein Team vom Institut für Archäologien der Universität Innsbruck gehen der Frage nach, welche Rolle der hallstattzeitliche Hafen von Traunkirchen als Umschlagplatz für das Salz aus Hallstatt hatte. Auch wollen sie wissen, ob die prähistorische Siedlung an der Versorgung der Bergleute in Hallstatt mit Lebensmitteln beteiligt war.

Nach zwei Einsätzen in den Jahren 2020 und 2021 mit interessanten Entdeckungen im Bereich des Klosters von Traunkirchen suchen die WissenschaftlerInnen heuer nach weiteren Siedlungsspuren. In der Bucht von Winkl führen TaucherInnen des Kuratoriums Pfahlbauten Unterwasserbohrungen durch. Bohrkerns werden an der core facility am Institut für Geologie untersucht, Sedimentproben und Funde im mikroarchäologischen Labor. Je nachdem, wie die Ablagerungen genau aussehen und was sie enthalten, können Aussagen über Lebensbedingungen, Ernährungsgewohnheiten und Arbeitstätigkeiten getroffen werden. Winzige Bruchstücke von Keramik oder Feuerstein können genauso vorkommen wie Pollen, Getreidekörner, Tierknochen oder Holzreste. Sie ermöglichen neben genauer Altersbestimmung auch die Rekonstruktion von Größe und Ausdehnung der Siedlung – oder lassen Aussagen zu, welche Arten von Landwirtschaft und Viehzucht betrieben wurde.

Die GeologInnen wollen besser verstehen, wer die urzeitlichen Menschen waren, wie ihre Dörfer ausgesehen haben und vor allem, was sie hier genau gemacht haben.



Foto: Universität Innsbruck

PETER TREBSCHE
Institut für Archäologien, Univ. Innsbruck

Univ.-Prof. Peter Trebsche vom Institut für Archäologien an der Universität Innsbruck

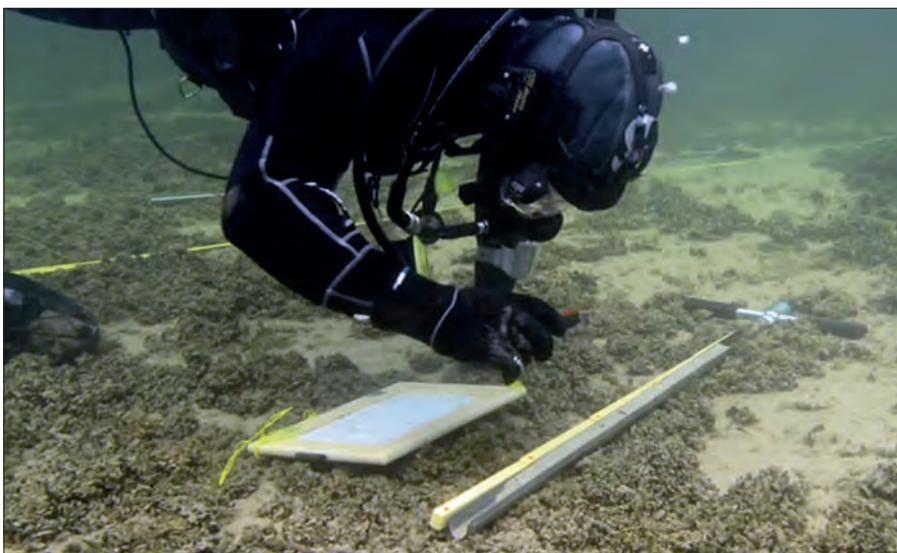


Foto: Universität Innsbruck

TaucherInnen des Kuratoriums Pfahlbauten führen Unterwasserbohrungen durch

Und sie gehen den Fragen nach, welche Verbindungen sie zum flußaufwärts gelegenen Hallstatt hatten oder ob im Traunkirchner Ortsteil Winkl in Urzeiten schon Menschen am Ufer gelebt haben. Archäologische Funde vor etwa 30 Jahren bieten einen ersten Anhaltspunkt, daß diese Bucht in der Urgeschichte bereits besiedelt war.

Archäologische Spurensuche findet nicht nur im See statt: Etwas weiter weg vom Ufer ist das Innsbrucker Team damit beschäftigt,

den Untergrund mit Hilfe von Geo-Magnetik zu erkunden. Mit einem Meßwagen, an dem fünf Sonden montiert sind, zieht die Archäologin ihre Bahnen und mißt das magnetische Feld. Wenn also, zum Beispiel, jemand ein Haus abbrennt, verursacht das Anomalien, die das Magnetfeld verändern – was dann auf einem Monitor in unterschiedlichen Auflösungen erkennbar wird. ■

<https://www.uibk.ac.at/archaeologien/index.html.de>

<https://www.youtube.com/watch?v=G7477qASNg&t=9s>

Kolossal Malerei im Großformat

Ausstellung von 22. Juni bis 27. August 2023 im Unteren Belvedere



Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Tina Blau, *Frühling im Prater*, 1882 Öl auf Leinwand, 214 x 291 cm

Ab wann gilt ein Bild als groß, und was machen große Bilder mit uns? Welche Herausforderungen stellen überdimensionale Leinwände für KünstlerInnen dar? Welche Fragen und Geschichten werden in kolossalen Werken verhandelt?

Die Bespielung einer riesigen Leinwand erfordert von KünstlerInnen viel Selbstvertrauen, Können, Vorstellungskraft und Mut. Bei den Ergebnissen handelt es sich meist um künstlerische Hauptwerke, die eindrucksvoll, spektakulär, aus Platzgründen aber selten zu sehen sind.

Gemälde muß man vor Ort sehen

Generaldirektorin und Kuratorin Stella Röllig: „Gemälde wie diese muß man vor Ort sehen. Sie sind eine Herausforderung der

KünstlerInnen selbst, aber ebenso des Publikums. Die schiere Größe spielt alles aus, was Malerei zu leisten vermag: fiktive Weltenräume zu eröffnen, Sog zu erzeugen, Auge und Geist auf Hochtouren zu bringen. Ob klassisch oder zeitgenössisch, gegenständlich oder abstrakt – der Wirkung kann man sich kaum entziehen.“

Bild Tina Blau, *Frühling im Prater*, 1882

malt ihre monumentale Parklandschaft für die Internationale Ausstellung im Wiener Künstlerhaus im Jahr 1882. Einer Anekdote zufolge weist die Jury das Bild zunächst zurück mit der Begründung, es sei so hell, „daß es ein Loch in die Wand reißt“. Erst nach Fürsprache Hans Makarts wird das Werk ausgestellt. Es macht die Künstlerin schlag-

artig berühmt. 1883 wird es im Pariser Salon gezeigt und ausgezeichnet. Um Stimmungen, Licht und Details der Natur einzufangen, schiebt Tina Blau ihren mit Maiutensilien beladenen Leiterwagen über Wald und Wiesen und malt direkt unter freiem Himmel. *Frühling im Prater* entsteht aufgrund seiner Größe jedoch in ihrem Atelier, das sich mitten im Wiener Prater befindet. Retrospektiv wird das Gemälde als das erste impressionistische Bild in der österreichischen Malerei bezeichnet.

Bis zu zehn Meter Länge

Anhand von Gemälden mit bis zu zehn Metern Länge nähert sich die Ausstellung *Kolossal der Malerei im Großformat* in der Sammlung des Belvedere. Die Schau ermög-

Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien



Hans Makart, *Bacchus und Ariadne*, 1873–1874

licht ein Wiedersehen mit kürzlich restaurierten Werken, eröffnet den Dialog zwischen zeitgenössischer und historischer Kunst, bietet neue Zugänge zu Bekanntem und wartet mit Entdeckungen auf. Faszinierende Bildweiten, ausladende Gesten, romantische Landschaften und monochrome Farbfelder erwarten die BesucherInnen. Gezeigt werden monumentale Werke von Tina Blau, Herbert

Brandl, Gunter Damisch, Carl Moll, Hermann Nitsch, Max Oppenheimer, Hubert Scheibl u. a. Hans Makarts opulenten Historienbildern ist ein eigener Raum gewidmet.

Kuratorin Johanna Hofer: „Das formale Kriterium der Größe als verbindendes Element der Ausstellung ermöglicht einen frischen, spielerischen Blick auf die Sammlung

des Belvedere. Die riesigen Bilder entwickeln allein durch ihr Format eine immense Anziehungskraft und Wirkung, der man sich kaum entziehen kann – man muß sie abschreiten, zurücktreten und den Blick wandern lassen. Die Gegenüberstellung von historischer und zeitgenössischer Kunst läßt in den Räumen des Unteren Belvedere ein Rendezvous der Giganten entstehen.“

Zu unserem Titelbild

Die Römische Ruine in Schönbrunn, 1892, Öl auf Leinwand, 322 x 242 cm

Das Motiv dieses Gemäldes ist Wiener SpaziergängerInnen wohlbekannt. Die künstlich angelegte Römische Ruine in Carl Molls Werk steht im Schloßpark Schönbrunn. Die kürzlich erfolgte Restaurierung des Werks erforderte Geduld und Erfindungsgeist. So wurde zuallererst der Rahmen abmontiert, damit es überhaupt durch die Werkstatttür paßte. Während der Bearbeitung wurde es auf der Staffelei immer wieder gedreht, damit die Restauratorin an jeder Stelle arbeiten konnte. Zwei Wochen lang war sie damit beschäftigt, den Firnis, also die oberste Schutzschicht, mit Wattestäbchen zu entfernen. Doch die eigentliche Herausforderung war der Wechsel zwischen Nähe und Distanz.



Denn gerade bei einer Arbeit, die den Fokus so stark auf das Detail setzt, muß man immer wieder zurücktreten und das Bild in seiner Gesamtheit betrachten.

Bild Hans Makart, *Bacchus und Ariadne*, 1873-1874

Der mit einem Lorbeerkranz bekrönte Bacchus, der griechische Gott des Weins, scheint schon etwas zu tief ins Glas geblickt zu haben. Seine Braut, die Königstochter Ariadne, treibt währenddessen mit einer triumphierenden Geste die Hochzeitgesellschaft an. Berausend wirkt diese riesige mythologische Hochzeitsszene, und das nicht zufällig. Denn Hans Makart konzipierte das über 37 Quadratmeter große Gemälde ursprünglich als Bühnenvorhang für die neu erbaute Komische Oper in Wien. Dort kam es jedoch wegen seiner spiegelnden Oberfläche nie zum Einsatz. Das Werk befindet sich seit 1921 in der Sammlung des Belvedere und wird aufgrund seiner Dimension gerollt aufbewahrt. Wird es ausgestellt, ist ein großes Team im Einsatz. Denn für das Aufspannen auf den Rahmen muß rundum dieselbe Zugkraft ausgeübt werden.

Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Bild Unbekannte/unbekannter KünstlerIn

Ursprünglich Bartolomeo Altomonte zugeordnet, galt das Gemälde später als ein Werk des im Hochbarock in Rom tätigen Filippo Lauri. Neueste kunsttechnologische Untersuchungen der kürzlich erfolgten Restaurierung legen nahe, daß an diesem Bild mindestens drei KünstlerInnen aus unterschiedlichen Zeiträumen ihre Spuren hinterlassen haben. Die jüngste Erweiterung – der musizierende Engel und die zwei Engelsköpfe über dem Heiligen – scheint erst um 1800 erfolgt zu sein. Mittels Röntgen und Infrarotreflektografie wurden auch Unterzeichnungen entdeckt, die auf die Darstellung einer Szene aus dem Leben von Johannes dem Evangelisten hindeuten. Aufgabe der kunsthistorischen Forschung ist es nun, auf Basis dieses Befunds die offenen Fragen nach Zuschreibung und ursprünglicher Herkunft des Werks weiter zu erörtern.

Bild Hans Makart, Venedig huldigt Caterina Cornaro, 1872/73

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts spekuliert auch der Kunsthandel mit dem Reiz monumentaler Gemälde. Diese sollen in Verkaufsausstellungen potentielle KäuferInnen anziehen. Die Wiener Weltausstellung von 1873 macht die Stadt für mehrere Wochen zu einem Kunstschauplatz von internationalem Rang. Hans Makart erhält den Auftrag der Galeristen Miethke und Wawra für ein Historienbild, das in einer Konkurrenzausstellung zur offiziellen Kunstschau gezeigt werden soll. Der Künstler enttäuscht nicht. Er präsentiert Venedig huldigt Caterina Cor-

Bild rechts: Ekstase des heiligen Franziskus, um 1700, Öl auf Leinwand, 252 x 160 cm

Bild unten: Hans Makart, Venedig huldigt Caterina Cornaro, 1872–1873

Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien

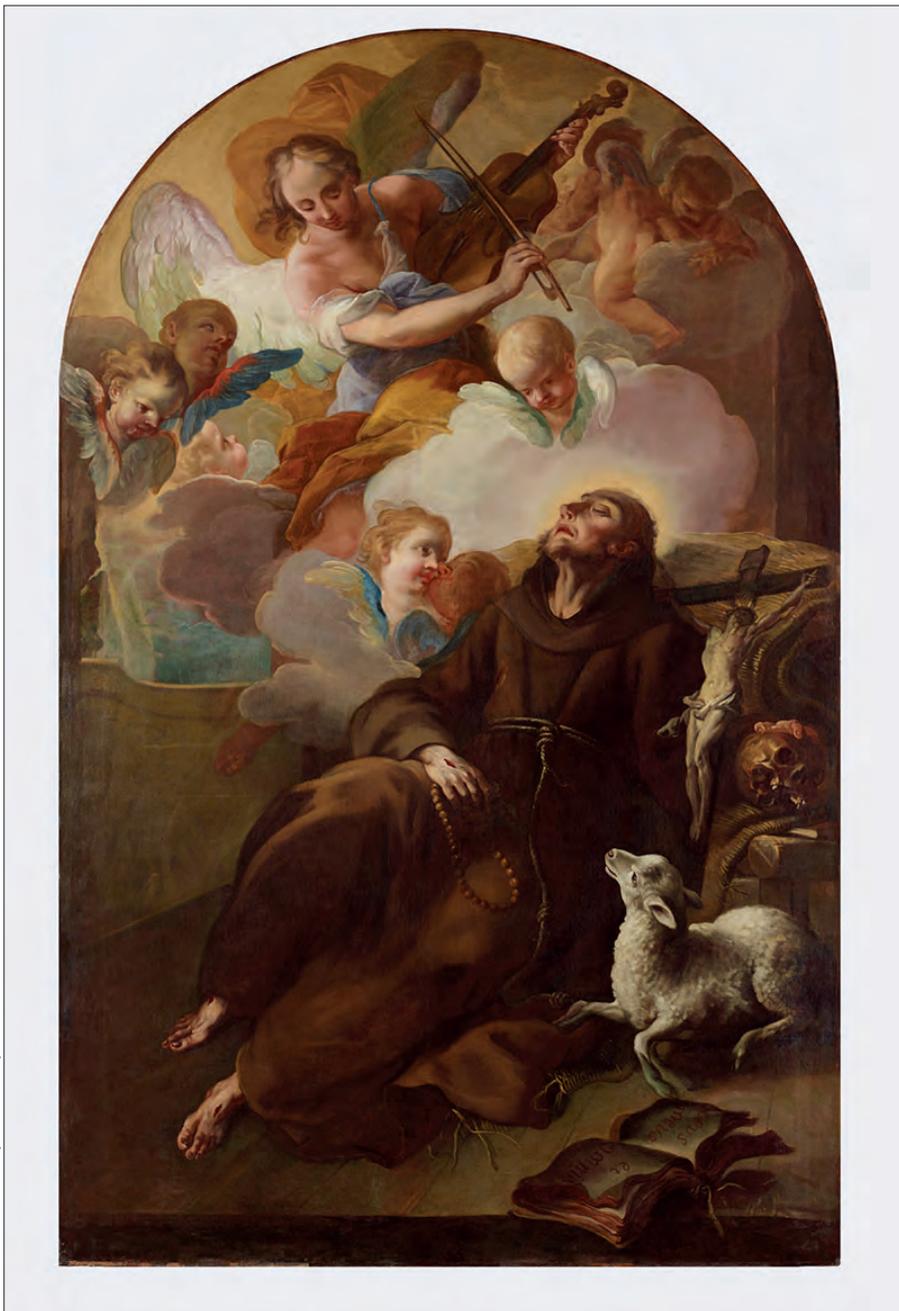


Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien

Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien



Max Oppenheimer, *Die Philharmoniker*, 1926-1952, Öl und Tempera auf Leinwand, auf Holz aufgezogen, 302 x 465 cm Artothek des Bundes, Dauerleihgabe im Belvedere, Wien

naro – eine sinnbildhafte Darstellung der Ehrerbietung der Lagunenstadt vor der Dogentochter, die mit dem König von Zypern vermählt wurde. Das Werk ist Inbegriff des sogenannten „Sensationsbildes“ – eines Virtuosenstücks, das für ein Massenpublikum geschaffen wird und seinen Zweck erfüllt, wenn es von sich reden macht.

Bild Max Oppenheimer, *Die Philharmoniker*, 1926-1952

Aufbauend auf einer früheren Version beginnt Max Oppenheimer 1926 in Wien an

seinem Lebenswerk *Das Konzert* zu arbeiten. Er malt das unter Gustav Mahler spielende Orchester. Gruppen- und Einzelporträts werden kombiniert und die Wirkung der Musik atmosphärisch in Malerei übersetzt. 1938 zeigt Oppenheimer das Triptychon in Zürich.

Von dort muß er vor dem Nationalsozialismus nach New York flüchten. 1939 folgen ihm die Holztafeln per Schiff. In Amerika werden sie häufig ausgestellt, u. a. auf der Weltausstellung in San Francisco. Immer wieder überarbeitet der Künstler das Bild. Er

wünscht sich, *Die Philharmoniker* in Wien zu zeigen. 1954 ist eine Rückkehr in greifbare Nähe gerückt, doch kurz vor der Abreise verstirbt Oppenheimer. Noch im selben Jahr wird das Werk von der Republik Österreich gekauft.

Bild Hermann Nitsch *Ohne Titel*, 1983

Ab den 1960er-Jahren arbeitet der Maler und Aktionskünstler Hermann Nitsch an seiner Idee des Orgien-Mysterien-Theaters. Das Konzept vereint Schauspiel, Kult, Musik und Malerei und führt auf sinnliche, ritualhafte

Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien



Hermann Nitsch, *Ohne Titel*, 1983, Dauerleihgabe Galerie Christine König, Wien

Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien



Elisabeth Plank, *Gerahmte Gloriosa*, 2011, Acryl auf Leinwand, 179,5 x 260 cm

und provokante Weise zur Beschäftigung mit der eigenen Existenz. Wesentlich für die Inszenierung ist der extrem körperlich-gestische Einsatz von Farbe oder Tierblut, den Nitsch aus dem Wiener Aktionismus heraus weiterentwickelt. Dieses rund sechs Meter lange Werk entsteht im Sommer 1983 im Rahmen der 16. Maiaktion auf Schloß Prinzendorf. Als unbekümmert, frisch und spontan beschreibt Nitsch selbst die Aktion, bei der er mit bloßen Händen eimerweise blutrote Farbe auf die an die Wand gespannte Leinwand aufbringt.

**Bild Elisabeth Plank
Gerahmte Gloriosa, 2011**

Seit ihren künstlerischen Anfängen in den 1980er Jahren untersucht Elisabeth Plank in ihren Arbeiten die Möglichkeiten des malerischen Prozesses. Daher dienen ihr die hier dargestellten Blüten der Gloriosa auch nicht als Ausgangspunkt einer Erzählung, sondern als Mittel zur Befragung des Mediums Malerei selbst bezüglich Farbe, Form, Struktur und Raum. Für *Gerahmte Gloriosa*, einen aktuellen Neukauf des Belvedere, bearbeitet Plank die Leinwand von der Vorder- und der Rückseite, bedient sich dabei sowohl des

Farbpinsels als auch des Luftpinsels als Werkzeug und läßt mit bewußten Leerstellen Räumlichkeit entstehen. Zwischen floralen und girlandenartigen Elementen eröffnet sich den BetrachterInnen „eine traumartige Zwischenrealität für eigene Deutungen“, so die Künstlerin.

Größe ist stets eine Variable

Größe ist stets eine Variable, abhängig von der Definition und vom Gegenüber. Kolossal versammelt Werke, die über das menschliche Körpermaß hinausgehen. Um sie in Gänze zu erfassen, verlangt die Betrachtung Zeit zum Verweilen, Lust am Schauen und

den Wechsel zwischen Nähe und Distanz. Ebenso vielseitig sind die Erzählungen, die sich rund um die Gemälde eröffnen – vom Leben der KünstlerInnen über die Ikonografie der Werke bis hin zu ihrer Entstehung und Rezeption. Aber auch die Aufgaben und Bedingungen des Sammelns, Restaurierens und Ausstellens von großen Gemälden im Museum rücken in den Fokus.

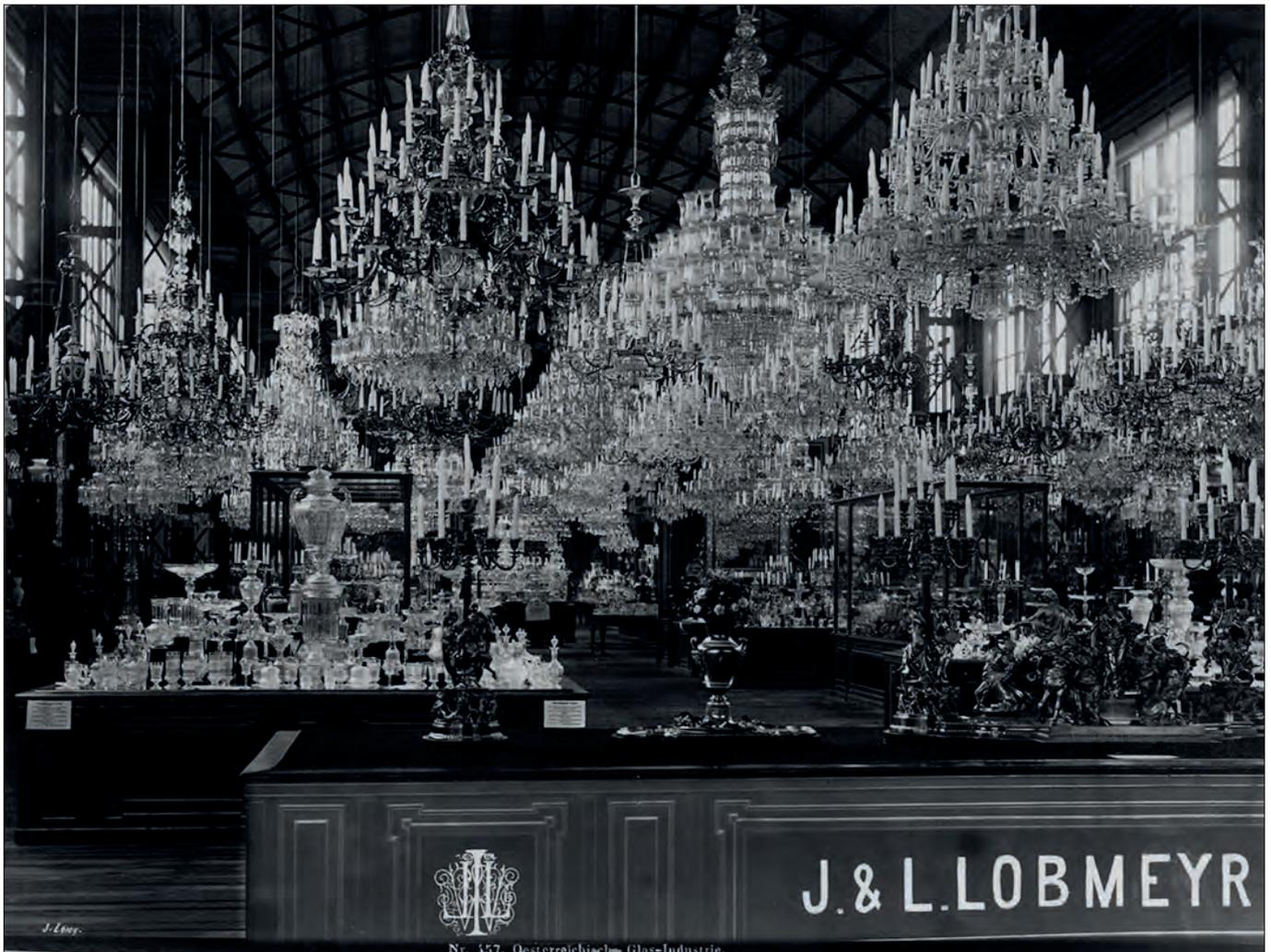
Begleitend zur Schau wurde in Kooperation mit „Im Museum“ ein eigener Podcast produziert, der einen Blick hinter die Kulissen der Museumsarbeit erlaubt und einlädt, sich Werken in all ihren Details zu nähern. ■ <https://www.belvedere.at>



Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien

Glanz und Glamour

200 Jahre Lobmeyr. Von 7. Juni bis 24. September im
MAK Österreichisches Museum für angewandte Kunst



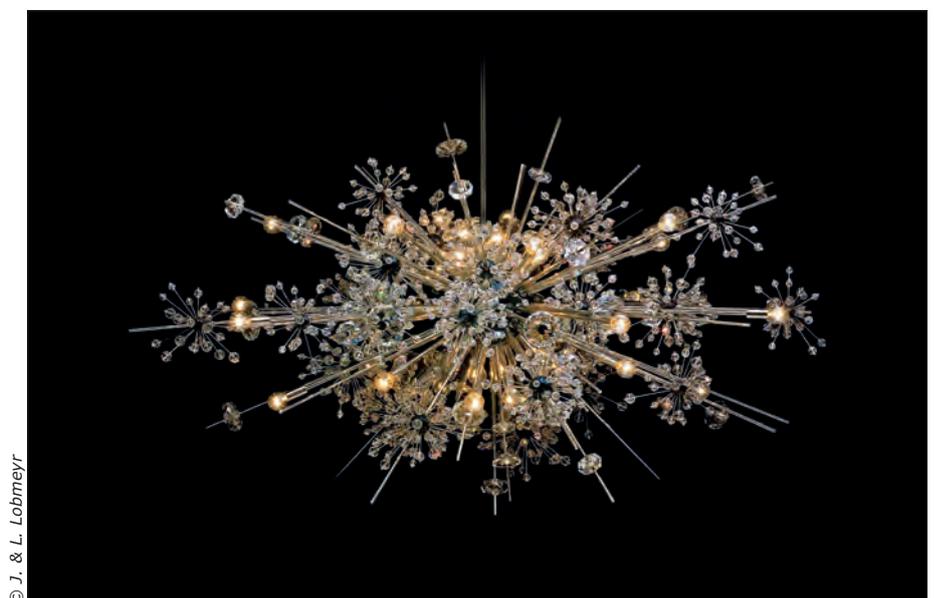
© MAK

Nr. 457. Österreichische Glas-Industrie.

Das MAK und J. & L. Lobmeyr blicken auf eine lange gemeinsame Geschichte zurück. Seit der Gründung des Museums besteht mit dem Glasverleger eine intensive Verbindung, die direkt an den Gründungsgedanken des Museums anknüpft, als Vorbildinstitution zum Zusammenwirken von Kunst und Industrie beizutragen. Dieser vitale Austausch war einer der Bausteine für die Innovationskraft der Glasmacherdynastie, die mit virtuos ausgeführten, zeitlos eleganten Gläsern, Lustern und dekorativen Objekten eine besondere Position im Bereich der Glasarbeiten und des Kunstglases einnimmt. Durch Kooperationen mit renommierten Entwer-

Bild oben: Präsentation der Firma Lobmeyr auf der Wiener Weltausstellung, 1873

Bild rechts: Metropolitan Luster, Modell 6725-L-16, Entwurf: Hans Harald Rath, 1966



© J. & L. Lobmeyr

Kultur

ferInnen gelingt Lobmeyr immer wieder eine zeitgemäße Interpretation von Glas. Auch diese Nähe zum künstlerischen Entwurf von Gebrauchsobjekten eint Lobmeyr mit dem Museum. Anlässlich des 200jährigen Bestehens blickt das MAK mit der Ausstellung „Glanz und Glamour“. 200 Jahre Lobmeyr auf die vielfältigen, stilbildenden Erzeugnisse der traditionsreichen Glasmaufaktur zurück.

Über 300 Objekte schlagen in der Ausstellung den Bogen von Formen des Historismus und Orientalismus des 19. Jahrhunderts bis zu Klassikern wie den Services und Objekten nach Entwurf von Josef Hoffmann, Adolf Loos, Oswald Haerdtl oder Stefan Rath, die bis heute in Produktion sind.

Die Ausstellung präsentiert ein beeindruckendes Szenario von Objekten, die wesentliche Bereiche des Lebens, von der Raumgestaltung über Essen und Trinken, ästhetisch entscheidend zu bereichern verstehen. Die von Gastkuratorin Alice Stori Liechtenstein ausgewählten Exponate folgen keiner chronologischen Ordnung, sondern werden „intuitiv“ gruppiert und geordnet, mit einer gezielten Mischung von Stilen, Verarbeitungstechniken, Materialinnovationen und DesignerInnen. Daraus lassen sich überras-



Bild oben: Trinkservice No. 257, 1954; Bild unten: Ausstellungsansicht

© J. & L. Lobmeyr



Foto: MAK/Georg Mayer

schende Bezüge zwischen den Objekten und zu historischen Details erkennen.

Teil der Ausstellung sind die in den Werkstätten von J. & L. Lobmeyr im Rahmen einer Kooperation mit der Vienna Design Week entstandenen Installationen von Maxim Velčovský (City Shades, 2009) und Philippe Malouin (Time Elapsed, 2011) sowie weitere im Rahmen der Vienna Design Week in Kooperation mit aktuellen zeitgenössischen DesignerInnen und KünstlerInnen wie u. a. Max Lamb oder Martino Gamper entstandene Objekte.

Gezeigt wird auch eine Gruppe von Pokalen mit aufwendigen Gravuren, die die Künstlerin Nives Widauer anlässlich des 200-Jahr-Jubiläums von Lobmeyr entworfen hat (Sieben Pokale der Menschlichkeit, 2023).

Spiel mit Licht und Schatten

Ein tiefes Verständnis für das Spiel von Licht und Schatten prägt die Kreationen und Produkte der Firma J. & L. Lobmeyr seit über zwei Jahrhunderten bis heute. Diesen Aspekt, der oft nur intuitiv wahrgenommen wird, greift das Designstudio March Gut in der Ausstellungsgestaltung auf. Die Jubiläumsausstellung im MAK spielt mit den optischen Reizen, die Lobmeyr-Glas entfaltet, wenn es ins Licht gesetzt wird, und würdigt die außergewöhnliche Kontinuität der Glasmacherdynastie im Bemühen, Innovation mit Handwerk zu verbinden und Glas als Werkstoff für Schöpfungen der angewandten Kunst und des Designs aktuell zu halten.

200 Jahre virtuose Glasgestaltung

Der Glasergeselle Josef Lobmeyr sen. (1792-1855) eröffnete 1823 sein erstes Glasgeschäft in Wien, entwickelte den Glashandel zur autonomen Produktion weiter und wurde 1835 zum „k.k. Hofglaswarenhändler“. Das lange bei Staatsbanketten benutzte erste „Hofburgservice“ ist heute museal und durch ein ebenfalls von J. & L. Lobmeyr nach Entwurf von Polka erzeugtes Service ersetzt worden. Bis heute wird das „Hofburgservice“ bei Staatsbanketten benutzt. Mitten in der bürgerlichen Revolution von 1848 erfolgte eine Geschäftserweiterung. Das Angebot umfasste damals neben Lustern und Spiegeln bereits 52 verschiedene Service in biedermeierlichen Formen. Die Entwürfe dazu sind im Firmenarchiv bewahrt und dienen nach wie vor als Vorlagen für die Produktion.

Josef Lobmeyrs Sohn Ludwig (1829-1917) war ein Pionier in der Kunstglasindu-



Foto: MAK/Georg Mayer

Karaffe aus dem Kaiserservice, Entwurf: Josef von Storck, 1871, Ausführung: J. & L. Lobmeyr

strie des Historismus. Er stand in engem Austausch mit Rudolf von Eitelberger, dem ersten Direktor des 1863 gegründeten k. k. Österreichischen Museums für Kunst und Industrie (heute MAK), und unterstützte tatkräftig die Vision des Museums. Als dieses 1884 den Wiener Kunstgewerbeverein gründete, zählte J. & L. Lobmeyr zu den ersten namhaften Unternehmen, die den Verein un-

terstützten und ihm beitraten. Ein Steinrelief mit dem Porträt Ludwig Lobmeyrs im Stiegenaufgang des MAK erinnert noch heute an diese intensive Beziehung zwischen Vorbildinstitution, Vorbildersammlung und Produzent.

Auch Ludwig Lobmeyrs Nachfolger an der Spitze verstanden es, Glas des Familienunternehmens für die Kunstschaffenden in



Foto: MAK/Georg Mayer



Foto: MAK/Georg Mayer

Bild oben: Ausstellungsansicht

Bild links: Teile und Werkzeug zum Luster Parisian von Oswald Haerdtl

Lobmeyr in der MAK Sammlung

Das MAK besitzt eine umfangreiche Sammlung an Lobmeyr-Gläsern. Viele kamen unmittelbar nach der Herstellung als Donation ins MAK oder wurden bei Ausstellungen angekauft. Ludwig Lobmeyr überließ dem Museum 1883 elf Bände sogenannter Werkzeichnungen von ausgeführten Gegenständen aus der Glasmanufaktur, 1892 folgten weitere sieben Bände „als bleibendes Eigentum zur Nutzung in der Museumbibliothek zur Förderung der Glasindustrie“, wie er selbst schreibt. Die Bände mit circa 1.000 Blättern aquarellierter Zeichnungen und Fotografien bieten einen Überblick über die rege Produktion seit der Gründung der Firma, umfassen Trink- und Dessertservice, Serien, Kristallgefäße, orientalische und arabische Gefäße sowie Luster und sind heute eine unschätzbare Quelle zur Dokumentation der Geschichte der Glasmanufaktur und Ästhetik der angewandten Kunst des 19. Jahrhunderts in Österreich.

Eine Auswahl der Zeichnungen wird auch in der Jubiläumsausstellung zu sehen sein. ■

<https://www.mak.at/>

<https://www.lobmeyr.at/>

der Secession, später in der Kunstgewerbeschule zum interessanten Gestaltungsobjekt zu machen.

Über sechs Generationen trägt Lobmeyr nun schon dazu bei, den fragilen Werkstoff Glas für Kreationen in angewandter Kunst und Design aktuell zu halten. Neben den firmeneigenen Entwürfen sind mit KünstlerInnen entwickelte Serien ein Markenzeichen von Lobmeyr. Zu nennen sind hier eine Vielzahl von Kreativen – darunter Theophil Hansen, Josef Hoffmann, Adolf Loos, Lotte Fink, Marianne Rath, Michael Anastassia-

des, Max Lamb, Polka, Martino Gamper oder Sebastian Menschhorn. Dieser kontinuierlich intensive Austausch zwischen Kreativen und einem Glashersteller ist weltweit einzigartig.

Lobmeyr stellte in allen Bereichen der Glasgestaltung, von Hohlglas über die Spiegelproduktion bis zur Lustererzeugung, durch eigene Werkstätten ein hohes handwerkliches Niveau in der Erzeugung sicher und realisierte immer wieder „Klassiker“, die auch die MAK Ausstellung zum Jubiläum prägen werden.

Secessionen

Klimt, Stuck, Liebermann – von 23. Juni bis 22. Oktober 2023 in der Alten Nationalgalerie Berlin und ein Jahr später von 23. Mai 2024 bis 13. Oktober 2024 im Wien Museum am Karlsplatz



© bpk / Hamburger Kunsthalle / Elke Weiford

Die Alte Nationalgalerie Berlin hat eine Ausstellung über die Secessionsbewegungen in München, Wien und Berlin an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entwickelt. Sie widmet sich erstmals den drei Kunstmetropolen München, Wien und Berlin zur Jahrhundertwende im Vergleich. Mit dem Aufbruch in die Moderne drängten die künstlerischen Avantgarden nach inhaltlicher und institutioneller Freiheit. Zahlreiche KünstlerInnen der neuen Kunstströmungen Symbolismus, Jugendstil und Impressionismus wurden zuerst auf den viel beachteten Secessionsausstellungen präsentiert. Die Ausstellung umfaßt rund 200 Gemälde, Skulpturen und Grafiken von 80 KünstlerInnen. Neben vielen neu zu entdeckenden KünstlerInnen rückt die Kooperation mit dem Wien Museum das Œuvre Gustav Klimts mit zahlreichen Beispielen in den Mittelpunkt, das erstmals in diesem Umfang in Berlin gezeigt werden kann.

Bild oben: Max Liebermann, *In den Zelten (Restaurationsgarten – Biergarten in Leiden)*, 1900, Öl auf Leinwand, 51 × 76 cm / Bild unten: Dora Hitz, *Kirschennernte*, vor 1905, Öl auf Leinwand, 160 x 232 cm



© Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie / Reinhard Saczewski



© Birgit und Peter Kainz, Wien Museum

Gustav Klimt, *Pallas Athene*, 1898, 75 x 75 cm, Wien Museum

In Abspaltung (auch Secession) von traditionellen KünstlerInnen-Vereinigungen und überkommenen Strukturen etwa der Kunstakademien strebten die neuartigen Zusammenschlüsse nach ästhetischem Pluralismus und künstlerischer Individualität. Die bedeutendsten Secessionen im deutschsprachigen Raum entstanden in enger zeitlicher Abfolge und mit personellen Überschneidungen: 1892 in München, 1897 in Wien und 1899 in Berlin. Bis heute werden diese mit den prägenden Protagonisten Gustav Klimt, Franz von Stuck und Max Liebermann und ihrem Schaffen verbunden. Darüber hinaus zeigt

die Ausstellung Werke von Lovis Corinth, Josef Engelhart, Hugo von Habermann, Emilie von Hallavanya, Thomas Theodor Heine, Dora Hitz, Josef Hoffmann, Max Klinger, Käthe Kollwitz, Max Kurzweil, Walter Leistikow, Sabine Lepsius, Elena Luksch-Makowsky, Carl Moll, Koloman Moser, Maria Slavona, Max Slevogt, Fritz von Uhde, Lesser Ury, Otto Wagner, Julie Wolfthorn sowie von internationalen Gästen wie Ferdinand Hodler, Edvard Munch, Auguste Rodin, Giovanni Segantini oder Jan Toorop.

Die Gegenüberstellung der drei Secessionen verdeutlicht gemeinsame Ziele und Am-

bitionen jenseits der spezifischen lokalen Ausprägung und beleuchtet das Phänomen der Secessionen für die Kunstentwicklung in Westeuropa. Neben neuen Ausstellungsformaten zählten dazu die Internationalität und die Förderung von Avantgarde in jeder Form, die nicht zuletzt innovativen Strömungen wie Impressionismus und Symbolismus auch im deutschsprachigen Raum zum Durchbruch verhalf.

Zur Ausstellung erscheint ein umfangreich bebildeter Katalog in deutscher und englischer Sprache im Hirmer Verlag.

<https://www.hirmerverlag.de/de/titel-87-2/secessionen-2461/>

Die Staatlichen Museen zu Berlin

Die Staatlichen Museen zu Berlin bilden mit ihren über Generationen gewachsenen Einrichtungen ein Universalmuseum zur Bewahrung, Erforschung und Vermittlung von Kunst- und Kulturschätzen der gesamten Menschheitsgeschichte. Ihre Sammlungen umfassen Bereiche der europäischen und außereuropäischen Kunst, Archäologie und Ethnologie nahezu aller Nationen, Kulturen und Zeiten.

Die Staatlichen Museen zu Berlin gehören zusammen mit der Staatsbibliothek, dem Geheimen Staatsarchiv, dem Ibero-Amerikanischen Institut und dem Staatlichen Institut für Musikforschung mit dem Musikinstrumenten-Museum zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Stiftung wurde 1957 gegründet, um die Kulturgüter des ehemaligen Staates Preußen zu bewahren und zu ergänzen. Träger der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sind der Bund und alle 16 Bundesländer.

<https://www.smb.museum/home/>

Das Wien Museum

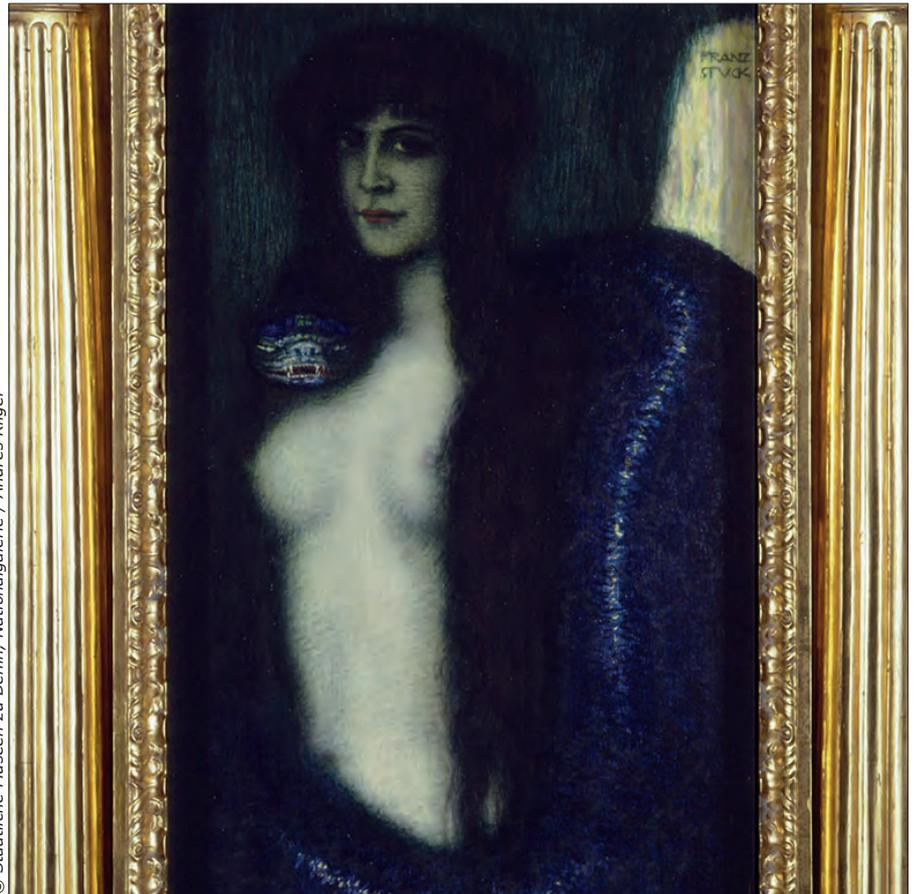
Das Wien Museum ist ein urbanes Universalmuseum mit einem breiten Spektrum von Sammlungen und Ausstellungen – von Stadtgeschichte über Kunst bis zu Mode und Alltagskultur, von den Anfängen der Besiedelung bis zur Gegenwart.

Mit dieser generalistischen Ausrichtung und seinem interdisziplinären Potential hat das Wien Museum eine einzigartige Position in der Wiener Museumslandschaft. Es ist an mehreren Orten der Stadt präsent. Am Beispiel der Stadt Wien werden übergreifende gesellschaftliche, kulturelle und urbane Veränderungen im Vergleich mit anderen Großstädten thematisiert.

Ziel des Museums ist es, beim Blick auf die Geschichte und bei der Arbeit mit den historischen Zeugnissen offen für aktuelle Themen und Fragestellungen zu sein. Grundlage dafür ist die Bewahrung, Erforschung und permanente Neuinterpretation der Sammlungsobjekte und deren Bedeutung im Leben der Menschen.

Obwohl sich das Wien Museum nicht primär als Kunst-Institution versteht, ist auch die Befassung mit Kunst und ihren Entstehungsbedingungen Aufgabe des Museums. Ästhetische Phänomene werden in gesellschaftspolitische und kulturgeschichtliche Zusammenhänge gestellt und mit über sie hinausreichenden Fragen ergänzt („Kunst Plus“ als Prinzip). ■

<https://www.wienmuseum.at/>



Ausschnitt: Franz von Stuck, *Die Sünde*, um 1912, Öl auf Leinwand, 88 x 52,5 cm



Max Kurzweil, *Dame in Gelb*, 1899, Öl auf Leinwand, 171,5 x 171,5 cm, Wien Museum

Amazing

The Würth Collection – bis 10. September 2023 im Leopold Museum



© Sammlung Würth/Foto: Ivan Baschang München/Paris

Max Liebermann, *Kindermädchen und Bonnen im Tiergarten*, 1898

Das Leopold Museum präsentiert die bisher umfassendste Ausstellung zur Sammlung Würth in Österreich. Die Würth Collection zählt zu den größten Privatsammlungen Europas und zu den bedeutendsten Kunstsammlungen der Welt. Die Schau vereint Werke der klassischen Moderne sowie der zeitgenössischen Kunst und ermöglicht eine einzigartige Reise durch mehr als 100 Jahre Kunstgeschichte. Leopold Museum Direktor Hans-Peter Wipplinger erhielt seitens des Sammlers Prof. Reinhold Würth eine Carte Blanche und wählte aus den etwa 19.000 Exponaten der Sammlung rund 200 Meisterwerke aus. Die Selektion beinhaltet Werke von rund 75 KünstlerInnen – von Picasso bis Christo und Jeanne-Claude, von Paula Modersohn-Becker bis Ernst Ludwig Kirchner, von Fritz Wotruba bis Maria Lassnig.

„Als Referenz an den passionierten Sammler Prof. Rudolf Leopold richtet das Leopold Museum kontinuierlich den Fokus auf weitere bedeutende Privatsammlungen von internationalem Rang und stellt signifikante Ausschnitte aus deren Kollektionen vor. Ich bin überzeugt, daß die facettenreiche



Foto: Roland Bauer

Reinhold Würth bei der Portraitsitzung im Atelier von Alfred Hrdlicka, 1994

Sammlungspräsentation Amazing. The Würth Collection nicht nur den aufschlussreichen Triumphzug der Moderne kongenial nachzeichnet und widerspiegelt, sondern in unserer Zeit multipler Krisen eine ganz besonde-

re Bereicherung für Emotion und Verstand bietet und zugleich sinnliches Erlebnis und Erkenntnisprozeß für unsere Museumsbesucherinnen und -besucher ist“, so Hans-Peter Wipplinger

Kultur

Anlässlich der Schau stellt das Leopold Museum erstmals zwei komplette Etagen für eine Wechselausstellung zur Verfügung. Die chronologisch strukturierte Präsentation führt die BesucherInnen durch stilistische Strömungen vom Impressionismus, Expressionismus, Kubismus, Surrealismus bis hin zu verschiedenen Ausformungen der abstrakten Kunst. Die Kunst nach 1945 ist mit wichtigen Werken von Georg Baselitz, Fernando Botero, Christo und Jeanne-Claude, Anselm Kiefer, Per Kirkeby oder Gerhard Richter präsent. Darüber hinaus veranschaulicht die Sammlungspräsentation das große Interesse von Prof. Reinhold Würth an der österreichischen Nachkriegskunst. So sind in der Ausstellung bedeutende Arbeiten etwa von Fritz Wotruba, Maria Lassnig, Arnulf Rainer, Christian Ludwig Attersee oder Erwin Wurm zu sehen.

„Private Sammlungen unterscheiden sich von öffentlichen, indem sie, so wie im Würth'schen Fall, über Jahre innerhalb ihres selbst gefundenen Profils wachsen können und nicht einer Politik der Must-haves folgen müssen. Wir glauben, dies spiegelt sich gelungen in der Auswahl für die Ausstellung Amazing. The Würth Collection, dank ihres Kurators Hans-Peter Wipplinger, der unsere Sammlung schon viele Jahre kennt und ihre internationale wie facettenreiche Spannweite gut durchdrungen hat. Die uns so wohl bekannten Werke in dieser neuen Zusammenstellung in den wunderbaren Räumlichkeiten des Leopold Museum zu sehen, ist eine ganz besondere Freude. Besucherinnen und Besucher der Ausstellung werden ihre ureigensten Entdeckungen machen und von manchem Werk im Original vielleicht auch amazed sein.“

Die Ausstellung

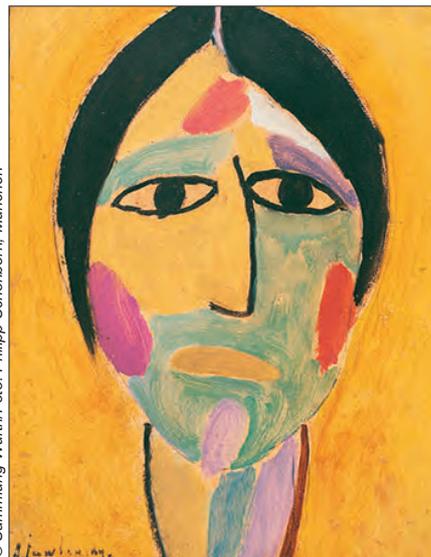
Die spannt den Bogen über mehr als 100 Jahre Kunstgeschichte vom Beginn der Moderne bis zur Gegenwart. Weitgehend chronologisch konzipiert, werden unterschiedliche Kunstepochen berücksichtigt und einzelne Schwerpunkte gesetzt. Die Sammlungspräsentation startet auf Ebene -2 mit Fokus auf der klassischen Moderne, während Ebene -1 überwiegend der zeitgenössischen Kunst gewidmet ist.

Klassische Moderne aus der Würth Collection

Der Ausstellungsauftritt ist Max Liebermann gewidmet, einem der Hauptvertreter des deutschen Impressionismus. Der Mitbe-



Alfred Sisley, *Coucher de soleil à Moret* [Sonnenuntergang bei Moret], 1892



Alexej von Jawlensky, *Mystischer Kopf: Rabenflügel I (Lotte Bara)*, 1917

gründer der Berliner Secessions prägte den künstlerischen Diskurs seiner Zeit. Er richtete den Blick auf bäuerliche und industrielle Arbeitswelten, sodaß ihn Kritiker despektierlich als Sozialisten bezeichneten. Um 1900 entstanden bürgerliche Lebensschilderungen, etwa Momentaufnahmen wie das Baden am Strand oder das Flanieren in den Parks, ab 1910 auch Gartenansichten seines Sommerhauses am Wannsee. Bestimmt durch Experimentierfreudigkeit verband er auf subjektive Weise Impressionistisches mit einem expressiven Duktus und beeinflusste nachfolgende Generationen, u.a. Lovis

Corinth und Max Beckmann, als Wegbereiter der Moderne.

Impressionismus

Der Impressionismus zeichnet sich durch stimmungsvolle Darstellungen flüchtiger Momentaufnahmen wie Lichtstimmungen oder Sonnenuntergänge aus, die der subjektiven Wahrnehmung von KünstlerInnen folgte. Schnell und intuitiv malten die KünstlerInnen direkt in der Natur oder vor dem Objekt und hielten den Augenblick fest. Die Bezeichnung Impressionismus, von einem Kritiker ursprünglich abwertend gemeint, geht auf Claude Monets 1872 entstandenes Landschaftsbild *Impression, soleil levant* zurück.

Weitere Hauptvertreter sind neben Monet die in der Ausstellung präsentierten Künstler Alfred Sisley und Camille Pissarro. Ab den 1880er-Jahren breitete sich der Impressionismus in Europa aus. So sind etwa Paul Baum in Deutschland oder der Österreicher Josef Engelhart, einer der Mitbegründer der Wiener Secessions, Maler mit impressionistischer Ausprägung.

Expressionismus

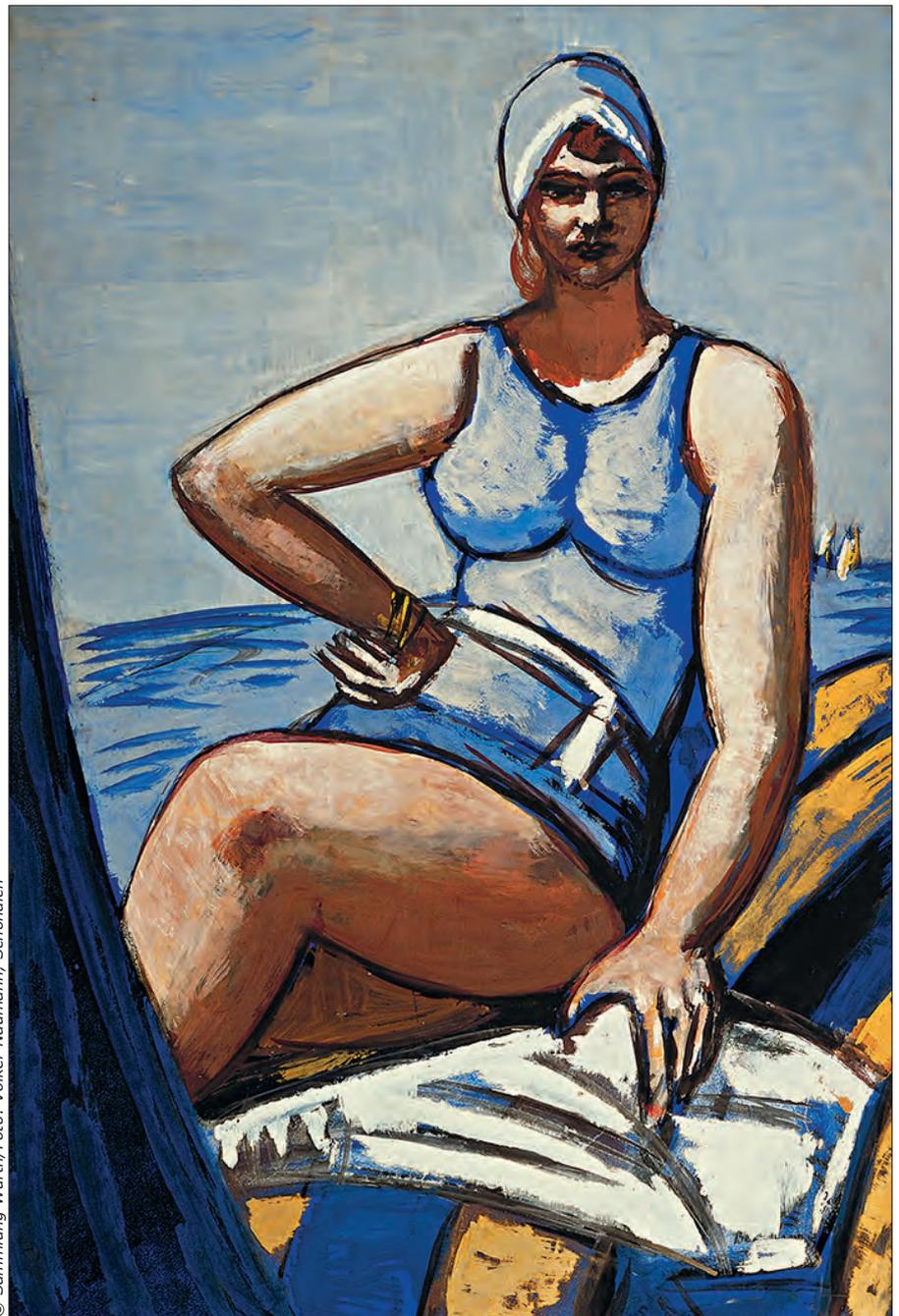
Ein Schwerpunkt der Schau ist dem Expressionismus gewidmet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Empfindung zum Stilmittel. Edvard Munch gilt als Wegbereiter des Expressionismus, ebenso der nach innerer Wahrheit suchende Schweizer Sym-

bolist Ferdinand Hodler. Eine herausragende Einzelgängerin war die Frühexpressionistin Paula Modersohn-Becker, deren Kunst voller emotionaler Ausdruckskraft ist. In Auflehnung gegen die industrialisierte Gesellschaft und ihre Konventionen strebte die 1905 in Dresden u.a. von Ernst Ludwig Kirchner und Erich Heckel gegründete Künstlergemeinschaft Brücke eine naturbezogene Lebensreform an, der sich auch Max Pechstein und kurzzeitig Emil Nolde anschlossen. Rund um die Herausgeber des Münchner Almanachs Der Blaue Reiter Wassily Kandinsky und Franz Marc machten sich u.a. August Macke und Lyonel Feininger auf die Suche nach einer neuen Innerlichkeit in der Kunst. Kandinsky und Gabriele Münter sowie Alexej Jawlensky und Marianne von Werefkin schufen bereits ab 1908 gemeinsam expressionistische, farbin-tensive Werke.

Pablo Picasso und Max Beckmann

In zwei nebeneinander liegenden Sälen werden Werke des Einzelgängers Max Beckmann und des Kubisten Pablo Picasso präsentiert. Obwohl sie einander nie persönlich begegneten, verfolgten sie das Schaffen des anderen genau. „Wenn man nur unsere Bilder einmal zusammen sehen könnte“, notierte Beckmann. Picasso bemerkte nach einer Beckmann-Ausstellung in Paris: „Il est très fort“ („Er ist sehr stark“). Beckmann ließ sich als selbststilisierte Einzelgänger nicht von den Avantgarden seiner Zeit mitreißen. Er war überzeugt, daß man zu einer „transzendenten Sachlichkeit“ finden müsse und ergründete existentielle Abhängigkeiten, denen das Individuum ausgesetzt ist. Traumatische Erfahrungen – zwei Weltkriege, Verfolgung, Exil – prägten sein Schaffen, das düstere, apokalyptische und leidvolle Seiten der Existenz hervorhob.

Picassos Werk war von Lebensfreude und Sinneslust dominiert. An Schaffenskraft, stilistischer Vielfalt und Innovation in den unterschiedlichsten Medien ist der Universalkünstler unübertroffen. Er schuf bahnbrechende Neuerungen des synthetischen Kubismus und kehrte parallel zu naturalistisch-klassizistischen Kompositionen zurück. In kubistischer Manier zersplitterte er Formen, während Verfestigung und Ordnung der Körperlichkeit seinen neoklassizistischen Zugang bestimmten. Ein „Ausflug“ ins Surrealistische um 1925 entsprang seinem Interesse für das Unbewußte und Triebhafte im Menschen und der Lust an der Metamorphose.



Max Beckmann, *Quappi in Blau im Boot*, 1926/1950

Surrealistische Welterfahrung und konstruktivistische Abstraktionstendenzen

Von Hans Arp, Schlüsselfigur der Kunstszene seiner Zeit, präsentiert die Schau zahlreiche Werke. Er stand mit Kandinsky, Sonia Delaunay-Terk, Robert Delaunay und Max Ernst in Kontakt, begegnete Picasso in Paris. In Zürich lud ihn Theatermacher Hugo Ball ein, beim Cabaret Voltaire mitzuwirken, der Geburtsstätte des Dadaismus. Arp schuf Illustrationen, Bilder aus Stoff und Papier sowie Collagen. In den 1920er-Jahren tauchte er in die Welt der Pflanzen, Mineralien und Amöben ein. Als Protagonist der organischen Ab-

straktion kreierte er mit seinen biomorphen Arbeiten eine Gegenwelt zum Rationalismus einer technisierten und vernunftorientierten Gesellschaft. In den 1930er-Jahren führte ihn der Weg in die dritte Dimension. Er schuf Plastiken in Marmor, Holz, Gips und Bronze, wobei seine Formfindungen auch aus der bipolaren Konstellation von Mann und Frau herrührten. Die 1931 in Paris gegründete Vereinigung Abstraction-Création versammelte unterschiedliche Zugänge zum Thema der Abstraktion, so etwa konkrete, konstruktivistische oder geometrische Tendenzen. In diesem Sammelbecken von KünstlerInnen war auch Sonia Delaunay-Terk präsent.

© Sammlung Würth/Foto: Foto Schmelz © Bildrecht, Wien 2023



Max Ernst, *Les oiseaux ne peuvent pas disparaître* [Die Vögel können nicht verschwinden], 1923

Fantastisch surreale Naturgeschichte – Max Ernst und René Magritte

Max Ernst gründete aufgrund von Kontakten mit den Dada-Zentren in Zürich und Berlin nach dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Hans Arp und Johannes Baargeld die Kölner Dada-Gruppe. 1922 zog er nach Paris und wurde ein Protagonist der surrealistischen Bewegung. Er schuf Innovationen im Bereich der Collage bzw. der Assemblage und entdeckte u.a. die Frottage-Technik. Seine auf Experimenten und Zufall fußenden Bildfindungen bewegen sich zwischen Gegenständlichkeit und Abstraktion. Traumwelten und Rätselhaftes dominierten seine Sicht der Dinge. 1941 gelang Max Ernst, der von

der nationalsozialistischen Propaganda als „entartet“ gebrandmarkt wurde, gemeinsam mit Peggy Guggenheim die Flucht von Frankreich in die USA. René Magritte, der wichtigste Vertreter des belgischen Surrealismus, setzte sich zunächst mit der dadaistischen Bewegung auseinander. In Paris bewegte er sich im Umfeld von Arp, André Breton und dem Lyriker Paul Éluard, kombinierte naturalistische Gegenstände in ungewöhnlich ambivalenten Darstellungen und hinterfragte die Scheinhaftigkeit der Wirklichkeit.

Abenteuer Abstraktion

In der zweiten, darüberliegenden Ausstellungsebene steht die zeitgenössische Kunst

des 20. und 21. Jahrhunderts aus der Sammlung Würth im Fokus. Der Abwendung von der gegenständlichen Malerei in ihren unterschiedlichsten Ausformungen sind die ersten beiden Säle gewidmet.

Werke von u. a. František Kupka, Alberto Magnelli oder Sonia Delaunay-Terk veranschaulichen die Vielfalt der Gestaltungsprinzipien, die von post-kubistischen Tendenzen über geometrische Varianten bis hin zum abstrakten Farblyrismus reichen.

Modernistische, durch die Bauhaus-Schule geprägte Strömungen werden anhand der Arbeiten von Johannes Ittens oder Max Bill dargestellt.

Herausragende Abstrakte der Nachkriegsgeneration des Zweiten Weltkrieges werden ebenso präsentiert, darunter Konstruktivisten wie Robert Jacobsen oder Vertreter des Kinetismus wie Heinz Mack.

Zeitgenössische Kunst aus der Würth Collection

Christo und Jeanne-claude

Die Transformation realer Objekte steht im nächsten Abschnitt im Zentrum: Vom gebürtigen Bulgaren Christo Wladimirow Jawaschew und seiner aus Marokko stammenden Frau und künstlerischen Partnerin Jeanne-Claude Denat de Guillebon besitzt Prof. Reinhold Würth einen Werkkomplex von rund 100 Exponaten aus allen Schaffensphasen, welchen Christo selbst als die größte und weltweit bedeutendste Sammlung ihres Œuvres hervorhob.

Das Leitmotiv ihrer Verhüllungsarbeit war stets, Dinge oder Landschaften neu wahrnehmbar zu machen.

© Sammlung Würth/Foto: Volker Naumann, Schönauich © Pracusa S.A



Sonia Delaunay-Terk, *Rythme coloré*, Paris [Farbrhythmus, Paris], 1954

*Fernando Botero, Per Kirkeby,
Gerhard Richter*

Es folgen Gemälde und Kohlezeichnungen der voluminösen, vor Plastizität strotzenden Figuren des aus dem kolumbianischen Medellín stammenden und für groteske Menschendarstellungen bekannten Fernando Botero. Im darauffolgenden, zweigeteilten Saal sind neoexpressive Landschaftsvisionen des dänischen Malers, Filmemachers, Bildhauers, Fotografen, Happening-Künstlers und nicht zuletzt promovierten Geologen Per Kirkeby zu sehen. Einen starken Kontrast dazu bilden die Exponate Gerhard Richters, der heute weltweit als einer der einflussreichsten internationalen Künstler gilt und dessen Werk sich durch thematische wie mediale Vielfalt auszeichnet.

Österreichische Positionen in der Sammlung Würth

Hervorzuheben ist der beachtliche Schwerpunkt österreichischer Kunst nach 1945 in der Sammlung Würth, welcher mehr als 1.300 Werke umfaßt. Prof. Würth trug im Laufe der Jahrzehnte die größte Sammlung österreichischer Kunst außerhalb Österreichs zusammen, was sich in der Ausstellung *Amazing* widerspiegelt: In zwei Sälen sind ausgewählte Exponate des heimischen Kunstschaffens zu sehen. Zu einer ersten Generation zählen Maria Lassnig, Arnulf Rainer, Hermann Nitsch und Günter Brus. Mit Christian Ludwig Attersee, Jürgen Messensee oder Kurt Kocherscheidt folgte eine nächste Generation, wobei jeder für sich einen eigenen Weg einschlug. Schließlich griffen Anfang der 1980er-Jahre die sogenannten Neuen Wilden subjektive Empfindungen auf und widmeten sich

*Markus Lüpertz, Georg
Baselitz, Anselm Kiefer*

Markus Lüpertz, Georg Baselitz und Anselm Kiefer sind eigene Ausstellungssäle gewidmet. Im Schaffen des deutschen Malers, Grafikers und Bildhauers Markus Lüpertz steht die Reinterpretation der Kunst- und Zeitgeschichte von der Antike bis zur Moderne im Mittelpunkt.

Georg Baselitz, als Hans-Georg Kern in Deutschbaselitz geboren, wurde mit seinen auf dem Kopf stehend gemalten neoexpressiven Bildmotiven der 1970er- und 1980er-Jahre international bekannt – sowohl beim Akt des Malens, als auch beim Publikum sollte der Fokus auf der Darstellungsweise anstatt auf dem figurativen Abbild liegen. Im Leopold Museum werden auch Exponate aus

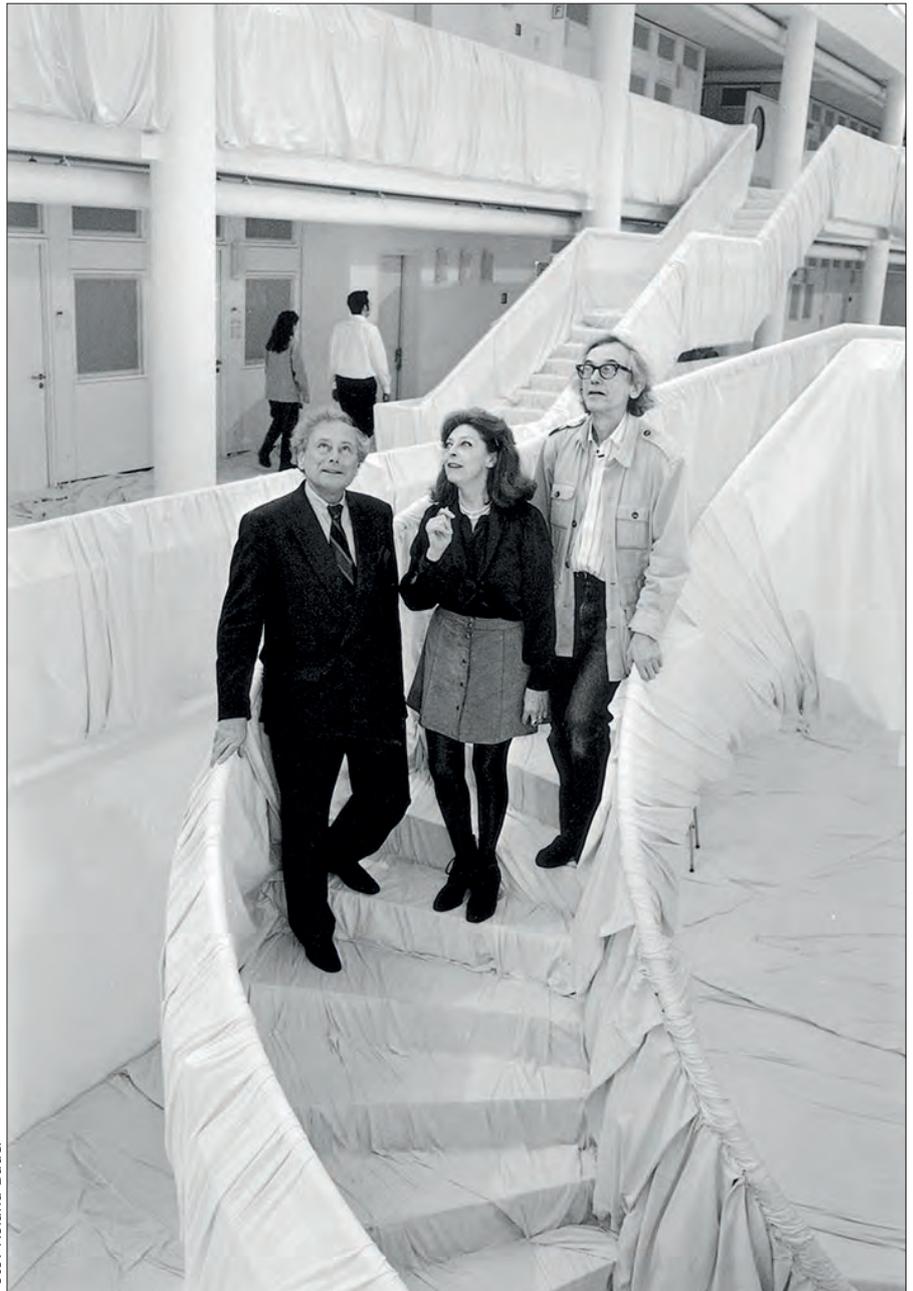


Foto: Roland Bauer

Reinhold Würth mit Jeanne-Claude und Christo im verhüllten Verwaltungsgebäude in Künzelsau-Gaisbach, 1995

seiner ab 2005 einsetzenden Beschäftigung mit der Werkgruppe *Remixes* präsentiert, in welcher sich Baselitz mit seinen eigenen Arbeiten auseinandersetzt.

Den Abschluß von *Amazing* bildet ein Anselm Kiefer gewidmeter Saal. Der Maler und Bildhauer reflektiert in seinen vielfach großformatigen Arbeiten die Historie, befaßt sich mit der Erinnerung und führt tabuisierte Themen und Bilder vor, anhand derer die Untiefen menschlichen Handelns und Seins vermittelt werden. Weite Landschaften, apokalyptische Schlachtfelder und mythologische Geisteshelden zeichnen sein umfangreiches Bildprogramm aus, wobei gleichzeitig die Hoffnung des kosmischen Kreislaufes

aufblitzt, in dem jedes Vergehen auch ein Neuerstehen bedeutet.

Prof. Dr. h. c. mult. Reinhold Würth: „Wenn Sie ein Museum besuchen, dann schauen Sie sich um, machen sich ein Bild, nehmen die Kunstwerke in ihrer Gesamtheit auf, und je nachdem, um welches Thema es sich handelt, gehen Sie erfreut oder nachdenklich, dankbar, vielleicht auch traurig oder ärgerlich aus einer Kunstaussstellung heraus. In jedem Fall werden Ihre Emotionen in einem Museum beeinflusst und verändert. Das sind dann Spuren, die im Lebenszyklus des Menschen erhalten bleiben und damit auch das Meinungsbild insgesamt prägen.“ ■ <https://www.leopoldmuseum.org/>

Linz kompakt – Eine kurze Stadtgeschichte

Die neue Ausstellung erzählt Linzer Stadtgeschichte: kurz, prägnant und durchaus unterhaltsam. Die Präsentation ist im frisch umgebauten Erdgeschoß des Nordico Stadtmuseum zu sehen.



© Nordico Stadtmuseum Linz

Anton Bayer, Kaiser Franz I. mit Gemahlin bei der Eröffnung der Pferdeeisenbahn in St. Magdalena, 1832

Die neue Sammlungsschau Linz kompakt konzentriert sich voll und ganz auf die geballte Geschichte der Stadt Linz. Das extra dafür umgebaute Erdgeschoß des Nordico ist der einzige Ort in Linz, wo in acht Kapiteln die Stadtgeschichte kompakt erzählt wird. Hier werden über 2000 Jahre Linz im Zeitraffer erlebbar. Das neue Format faßt in unterschiedlichen Medien prägende Ereignisse der Stadt zusammen und zeigt ihre Entwicklung von der keltischen Siedlung zur Landeshauptstadt, vom überregionalen Verkehrsknotenpunkt zum Industriestandort bis schließlich hin zur selbstbestimmten Kulturstadt. Dabei werden unterschiedliche Einflüsse auf die Geschehnisse, wie die Lage an der Donau oder wechselnde politische Ideologien, sichtbar.

„Linz kompakt ist der erste Teil unserer Dauerausstellung, die wir dieses Jahr zum

50jährigen Jubiläum des Nordico Stadtmuseum, vollkommen neugestalten. Es war uns ein großes Anliegen die Geschichte unserer Stadt auf wenig Raum für BesucherInnen übersichtlich aufzuarbeiten und gleichzeitig einen Raum anzubieten der zum Verweilen einlädt,“ erklärt Andrea Bina, Leiterin des Nordico Stadtmuseums Linz.

Mit viel Platz zum weiteren Eintauchen bietet die Reise durch die Chronik der Landeshauptstadt für alle etwas Neues. Mit der Stadtmuse und Herrn Hofrat ziehen zwei neue von der Künstlerin Verena Hochleitner entwickelten Charaktere in das Museum ein und begleiten die BesucherInnen bei ihren Entdeckungstouren.

Im sogenannten Linzer Zimmer stehen eine umfangreiche Handbibliothek und frei benutzbare Tablets mit Zugang zur Nordico Mediathek sowie zur Online-Sammlung zur

Verfügung. Ein besonderes Highlight ist hier ein animierter Film, der die Stadtchronik prägnant in acht Minuten zeitgemäß zusammenfaßt. Die Auftragsarbeit wurde von dem Kuratorinnenteam Andrea Bina und Lisa Schmidt konzipiert und von der Wiener Produktionsfirma CastYourArt mit Wolfgang Haas und Stefanie Hilgarth (Illustration) umgesetzt.

„Die neue Ausstellung im Nordico ist ein fesselnder und kompakter Rückblick auf die ereignisreiche Geschichte unserer Stadt. LinzerInnen und TouristInnen haben hier gleichermaßen die Möglichkeit mehr über die Identität, Kultur und Besonderheiten von Linz zu erfahren. Austria Guides mit Gruppen und natürlich auch Schulklassen können die Ausstellung kostenlos besuchen. Ein gelungener Auftakt für die neue Dauerausstellung in unserem Stadtmuseum“, sagt Doris

Lang-Mayerhofer, Stadträtin für Kultur, Tourismus und Kreativwirtschaft.

Ab 15. September 2023 wird die neu konzipierte Sammlungsschau eine komplette Erweiterung im gesamten 2. Obergeschoß erfahren. In der Ausstellung Linz Blick steht die gebaute und gelebte Stadt ab Herbst im Mittelpunkt. Im Nordico Stadtmuseum stellt man sich die Frage, was typisch Linz bedeutet und untersucht, wie sich die Vergangenheit mit der Gegenwart verbindet und welche Kontinuitäten bis heute erkennbar sind. Ergänzt wird die neue Sammlungsschau im September auch von innovativen Methoden der Kunst- und Kulturvermittlung sowie Augmented Reality.

Die Anfänge der Stadt

Der Name Linz wird vom keltischen Wort lentos abgeleitet, das „Krümmung“ bedeutet und sich auf die Biegung der Donau an dieser Stelle bezieht. Der Fluß und die Lage mehrerer Anhöhen sind auch der Grund für die frühe Besiedlung im Raum des heutigen Stadtgebiets. In der Altstadt und am Schloßberg beispielsweise wurden Spuren aus der Jungsteinzeit gefunden. Seither ist Linz durchgängig besiedelt. Auf der Anhöhe des Freinbergs wird in der späten Bronzezeit eine Befestigung errichtet. Ende des 1. Jahrtausends v. Chr. erhält diese Höhensiedlung ein Gegenüber auf dem Gründberg. Etwa gleichzeitig verlagert sich das Siedlungsgeschehen vom Freinberg auf dessen Vorhöhe und den Schloßberg. Die einheimische Bevölkerung wird um die Zeitenwende in das Römische Reich eingegliedert. Die römische Militärniederlassung Lentia samt einer zivilen Siedlung besteht bis ins 5. Jahrhundert n. Chr. Danach behaupten sich die Bajuwaren, von denen Siedlungen im Bereich der heutigen voestalpine nachgewiesen sind und die internationale Handelsbeziehungen pflegen.

Vom Mittelalter in die Frühe Neuzeit

Bereits im frühen Mittelalter ist Linz als Marktort bekannt und darf Zoll von den durchreisenden Händlern einheben. Um 1200 geht die Ansiedlung in das Eigentum des Babenbergerherzogs Leopold VI. über. In dieser Zeit werden zwei charakteristische Landmarks im Stadtzentrum angelegt: der Hauptplatz und die Stadtpfarrkirche. Parallel dazu entwickeln sich zu Ostern und an Bartholomä (24. August) zwei wirtschaftlich bedeutende Jahrmärkte und die Stadt erhält eine bürgerliche Selbstverwaltung.

Mit der Erhebung zur Hauptstadt von Österreich ob der Enns, dem heutigen Ober-



Gipsmodell der Dreifaltigkeitssäule Linz, 1850

österreich, durch Kaiser Friedrich III. im Jahr 1490 erhält die Linzer Bürgerschaft das Recht, aus ihren Reihen einen Bürgermeister zu wählen. Im 15. Jahrhundert ist Linz zeitweilig sogar die Residenzstadt des Habsburgischen Reiches.

Im folgenden Jahrhundert setzt die Reformation ein und das Minoritenkloster geht an die Stände über, die daran anschließend das Landhaus errichten. Das heutige Stadtbild mit den vielen barocken Bauten entwickelt sich im 17. Jahrhundert durch den Adel, die Kirche und die Orden mit ihren Klöstern.

Industrialisierung und politischer Aufbruch

Linz wächst. Der große Stadtbrand von 1800 beschleunigt die Entfestigung des

mittelalterlichen Stadtkerns. Durch die Einführung der Dampfschiffahrt und den Bau der Kaiserin-Elisabeth-Bahn (heute Westbahn) wird die Ansiedlung von Industriebetrieben befördert, darunter die Schiffswerft, die Lokomotivfabrik sowie Firmen aus der Textil- und Genußmittelherstellung. Die Stadt kann sich durch die Eingemeindung von Waldegg und Lustenau weiter ausdehnen. Damit – erzwungen auch durch eine Cholera-Epidemie – geht die Etablierung neuer hygienischer Standards wie der Kanalisation einher.

In den Revolutionstagen 1848 stellt Linz keinen wichtigen Schauplatz dar, doch bringt die Gemeindeordnung von 1850 zumindest den besitzenden männlichen Bürgern mehr demokratische Rechte. Der trotz Rückschlä-



© Nordico Stadtmuseum Linz

Bernhard Plettenberg, Modell Reiterstandbild Kriemhild, 1940

gen nach 1848 nicht mehr aufzuhaltende Demokratisierungsprozeß in der Habsburgermonarchie ebnet auch in Linz den Weg für die Gründung von Parteien und Vereinen. Nach der Dominanz des Liberalismus und dem Erstarren der ArbeiterInnenbewegung gewinnt ab den 1880er- Jahren der Deutschnationalismus immer mehr an Bedeutung.

Von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg

Linz um 1900 ist eine von der Industrialisierung des vorangegangenen Jahrhunderts geprägte Stadt, in der der Deutschnationalismus den Liberalismus abgelöst hat und die ArbeiterInnenbewegung immer mehr an Stärke gewinnt. Von 1900 bis 1918 stellt die

deutschnationale Partei durchgehend den Bürgermeister – auch nach der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1907, das von der Sozialdemokratie erkämpft worden ist.

Der im Juli 1914 einsetzende Große Krieg – später als Erster Weltkrieg bezeichnet – bedeutet für die Linzer Bevölkerung einen radikalen Einschnitt.

Bürgermeister Franz Dinghofer erklärt die „Volksernährung im Krieg“ zu seiner Agenda, dennoch wird die Versorgungslage mit fortschreitendem Kriegsverlauf immer schlechter, sodaß Demonstrationen und Streiks auch in Linz nicht ausbleiben. Das Elend in der Bevölkerung ist groß und von etwa 80.000 aus Oberösterreich eingezoge-

nen Soldaten wird mehr als ein Viertel nicht aus dem Krieg zurückkehren.

Erste Republik und Diktatur

Das Ende des Ersten Weltkrieges markiert den Untergang der Habsburgermonarchie, am 12. November 1918 wird die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen. In Linz stellen nach der ersten Gemeinderatswahl im Februar 1919 erstmals die Sozialdemokraten den Bürgermeister.

Das fortan „rote Linz“ konzentriert sich auf den Genossenschaftswohnbau und den Aufbau sozialer Infrastruktur. Die Stadt wächst nicht nur durch Zuzug, sondern auch durch Eingemeindungen.

So wird die bis dahin eigenständige Stadtgemeinde Urfahr im Jahr 1919 Teil der Stadt Linz, ebenso wie Kleinmünchen im Jahr 1923. Die politischen Spannungen der 1920er- und 1930er-Jahre prägen auch die oberösterreichische Landeshauptstadt.

Ab März 1933 regiert der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß auf Basis von Notverordnungen ohne Parlament. Der daraufhin etablierte „Ständestaat“, der im Mai 1934 eine eigene Verfassung erhält, wird im Nachhinein auch als „Austrofaschismus“ bezeichnet, ebenso ist heute die Bezeichnung „Kanzlerdiktatur“ in Verwendung.

Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Am 12. März 1938 verkündet Adolf Hitler am Linzer Hauptplatz die „Rückkehr seiner Heimat“ ins Deutsche Reich. Nach dem am 13. März offiziell vollzogenen „Anschluß“ Österreichs soll Linz als „Patenstadt des Führers“ eine besondere Rolle einnehmen. Eine architektonische Neugestaltung und ein verkehrspolitischer, industrieller und kultureller Ausbau sollen Linz neue Bedeutung geben.

Gleichzeitig beginnt man vor den Toren der Stadt mit dem Bau des Konzentrationslagers Mauthausen und schon in den „Anschluß“-Tagen werden politische GegnerInnen und Mitglieder der jüdischen Gemeinde verhaftet, Geschäfte geplündert und „arisiert“.

Die städtische Struktur verändert sich durch Eingemeindungen, eine forcierte Industrialisierung und die damit einhergehende Bevölkerungszunahme. Der Wohnbau jener Jahre („Hitlerbauten“) prägt bis heute das Stadtbild. Im Sommer 1944 setzt in Linz der Bombenkrieg ein. Reagiert wird mit dem Ausbau unterirdischer Stollen (Bauernberg, Römerberg) als Luftschutzanlagen unter

Kultur

Einsatz von KZ-Häftlingen. Am Ende der „Patenstadt“-Utopie steht eine zerstörte Stadt.

Von der Nachkriegszeit zum Wirtschaftsboom

Das Linz der Nachkriegsjahre ist geprägt von den Nachwirkungen von Zerstörung und Vertreibung. Zahllose Menschen halten sich als Flüchtlinge in der Stadt auf. Wie Wien oder Berlin ist auch Linz von den Alliierten in Zonen geteilt worden: Die Donau bildet – mit Kontrollen an der Nibelungenbrücke bis 1953 – die Grenze zwischen dem amerikanisch besetzten Süden und dem sowjetisch kontrollierten Norden (Urfahr). Der zwischen 1945 und 1962 amtierende Bürgermeister Ernst Koref bemüht sich um den wirtschaftlichen wie kulturellen Aufbau der Stadt.

Mit der Eröffnung der Kunstschule (heute Kunstuniversität) und der Neuen Galerie (heute Lentos Kunstmuseum) werden kulturelle Weichen gestellt. Nach der Übergabe des Linzer Standorts der „Reichswerke Hermann Göring“ an die Republik Österreich bildet dieser unter der Benennung „Vereinigte Österreichische Eisen und Stahl Werke (VÖEST)“ den wirtschaftlichen Motor von Nachkriegs-Linz. Daß in der NS-Zeit ausländische ZwangsarbeiterInnen eingesetzt wurden, ist zu dieser Zeit kein Thema, die VÖEST gilt vielmehr als Symbol des österreichischen Wiederaufbaus.

Von der Industrie- zur Kulturstadt

Am 1. Jänner 2009 übernimmt Linz gemeinsam mit dem litauischen Vilnius für ein Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“. Dies sollte den Höhepunkt einer Politik darstellen, die bereits Jahrzehnte zuvor ihren Anfang genommen hat. „Von der Stahlstadt zur Kulturstadt“ lautet der Leitsatz der Linzer Kulturpolitik zur städtischen Imagekorrektur.

Seit den 1970er-Jahren ist es Linz gelungen, mit Initiativen wie Brucknerfest, Ars Electronica und Klangwolke das Image der Stahlstadt zu verändern. Im Vorfeld von „Linz09“ erlebt die Stadt einen neuerlichen kulturellen Bauboom: 2003 eröffnet das Lentos Kunstmuseum, 2007 der Wissensturm, 2009 der neue Südflügel des Schloßmuseums, mit etwas Verzögerung wird 2013 das neue Musiktheater eröffnet. Gemessen an seiner EinwohnerInnenzahl weist Linz damit eine hohe Dichte an kulturellen Einrichtungen auf. Stahlstadt ist es mit der voestalpine weiterhin geblieben. Industrie und Kultur müssen keine Gegensätze sein. ■

<https://www.nordico.at/>



Ausspeisung des Volksküchenvereins in der Prunerstraße (heute Lederergasse), vor 1914



Maximilian Koller, Gastarbeiterkinder in Alt-Urfahr, 1980er-Jahre



Gregor Graf, Hidden Town – Verborgene Stadt, 2004

Sehnsuchtsort im burgenländischen Seewinkel

Nur 80 Kilometer von Wien, im Nordburgenland, erstreckt sich eine der eindrucksvollsten Naturlandschaften Europas – der Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel. Das VILA VITA Resort ist ein einzigartig weitläufiges Urlaubsareal, in dem Urlaubsgenuss auf hohem Niveau und in einer besonderen Vielfalt geboten wird...



Foto: Vila Vita Pannonia

Der Hotel und Feriendorf VILA VITA Pannonia in Pamhagen

Mit den ersten Reisen der Deutschen Vermögensberatung nach Österreich begann 1980 die Geschichte der VILA VITA Hotels. Reinfried Pohl, seine Frau Anneliese und die beiden Söhne reisten damals regelmäßig mit Vermögensberatern und deren Familien ins österreichische Burgenland. Sie legten damit in Pannonia den Grundstein für die kleine, feine Hotelgruppe, die heute fünf Hotels und ein Weingut umfaßt.

1990 wurde das erste eigene Hotel eröffnet – VILA VITA Burghotel in Dinklage. Im selben Jahr öffnete auch das Schloßhotel Oberstotzingen am Rande des Donaurieds. 1992 folgte das 5-Sterne Strandresort VILA VITA Parc an der portugiesischen Algarve,

heute ein „Leading Hotel of the World“ und von der renommierten Reisezeitschrift „Geo Saison“ zum zweitbesten Strandresort Europas gewählt. 1993 kaufte Reinfried Pohl Pannonia, den Ort der ersten gemeinsamen Reisen und eröffnet es als VILA VITA Pannonia, das sich charmant in die weitläufige burgenländische Landschaft schmiegt. Vielfältiger Urlaubsgenuss wird in dem facettenreichen Feriendorf großgeschrieben. Nachhaltiger Tourismus ist den Verantwortlichen ein Anliegen, das mit viel Engagement in allen Bereichen umgesetzt wird.

Seitdem wächst das Hotel und Feriendorf VILA VITA Pannonia in Pamhagen stetig, Jahr für Jahr können die Gäste mit neuen

Angeboten verwöhnt werden im Urlaubsresort mit den vielen Möglichkeiten und den meisten Sonnentagen – naturnah und ungestört.

Der kleine burgenländische Ort Pamhagen im Seewinkel ist immer eine Genußreise wert. Wer einmal durch die unendlich scheinende Landschaft der pannonischen Tiefebene geradelt oder gewandert ist, der weiß, wie sich Erleichterung, Freiheit und Entspannung anfühlen. Die weitläufige Umgebung rund um den Nationalpark Neusiedlersee-Seewinkel muß man hautnah erlebt haben – eine atemberaubende Naturkulisse für ausgedehnte Radtouren, für Naturbeobachtungen, für Spaziergänge und Mußestunden. Eine

ÖJ-Reisetip

Foto: Vila Vita Pannonia



In den privaten Residenzen am See fühlen sich Genießer unbeschwert und wie im siebten Himmel.

Region wie gemacht, um Abstand zu gewinnen – vom Alltag, von Menschenansammlungen, von Stress und Hektik.

»Grenzenlos schön. erleben«

So lautet der Slogan, der das Urlaubserlebnis in und um Pamhagen treffend beschreibt. Die Ortschaft liegt ca. 80 Kilometer von Wien entfernt und schmiegt sich nahe dem Neusiedler See in eine der eindrucksvollsten Naturlandschaften Europas. Groß und Klein lieben die Region ganz besonders für die vielen Radwege. Meist flach und leicht befahrbar sind die vielseitigen Touren. Eine der bekanntesten Routen führt um die „Lange Lacke“ – die größte von über 40 salzhaltigen Lacken und ein Vogelparadies von europaweiter Bedeutung. Unvergessen bleibt ein Besuch im Steppentierpark. Auf einer Fläche von 13 Hektar leben etwa 50 Tierarten. Viele davon ziehen grenzenlos über die Steppe und können von den Besuchern „in freier Wildbahn“ hautnah erlebt werden. Ziegen, Schafe, Esel, Hochlandrinder, Wollschweine, Steppenpferde, Bären, Tarpäne, Wölfe, Luchse, Wasserbüffel, Weißstörche, Greifvögel – die Vielfalt ist beeindruckend. Am NaturGenussErlebnisweg begeben sich Wanderer auf die Spuren der typisch burgenländischen Köstlichkeiten, lassen sich von der Schönheit der Natur verzaubern und erfahren viel über das Zusammenspiel von Ökologie und Genuss. Es gibt viel Besonderes zu

Foto: Vila Vita Pannonia



Ein Blick in eine der 19 gerade fertiggestellten Residenzen am See – parkside

entdecken in Pamhagen. Der Türkenturm zum Beispiel ist das kleinste Museum im Burgenland und kommt mit seinen modernen Bild- und Lichtinszenierungen bei Kulturliebhabern groß heraus.

VILA VITA – Erholung im Seewinkel

Mit dem VILA VITA Pannonia bietet Pamhagen ein außergewöhnliches Urlaubserlebnis. Das Hotel und Feriendorf verbindet auf einzigartige Art und Weise die einmalige Naturlandschaft mit authentischer Architek-

tur und vielfältigen Freizeitaktivitäten. Die Großzügigkeit und Weitläufigkeit des Resorts sind nicht erst in Tagen wie diesen eine Bereicherung für jeden Urlaubsgast. Auf über 200 Hektar Fläche findet jeder seine privaten Rückzugsoasen, um sich in aller Ruhe zu entfalten. 31 Wohneinheiten im Haupthaus, 127 Bungalows sowie insgesamt 39 Residenzen am See vereinen sich zu einem weitläufigen Dorf mit unvergleichbarem burgenländischem Charme. Ankommen und mit Herz und Seele in das grenzenlose Ur-

ÖJ-Reisetip



Foto: Vila Vita Pannonia

Im Wellness- und Saunaparc mit Pools und einen Naturschwimmteich findet jeder seinen Freiraum, um sich zu erholen.

laubsfeeling eintauchen, ist die Devise. Am liebsten bewegen sich Groß und Klein innerhalb des Resorts mit dem Fahrrad von einem Genussplätzchen zum nächsten. Daher stehen Fahrräder in allen Größen für die Dauer des Aufenthaltes kostenlos zur Verfügung. Zudem gibt es E-Bikes zum Ausleihen – für eine Ausfahrt durch die beeindruckende Steppenlandschaft, vorbei an den zahlreichen Salzlacken und mit Blick auf die unvergleichliche Tier- und Pflanzenwelt des Seewinkels. Sie können im Hotel wohnen oder in einem der vielen pannonischen Landhäuser, ganz nach Belieben.

Luxuriöse Residenzen am See

In luxuriösen Residenzen am See, in charmanten Bungalows, in stilvollen Apartments und Suiten genießen VILA VITA Gäste Privatsphäre und Ruhe. Das SPA-Erlebnis liebäugelt im Frühling mit den ersten Sonnenbädern unter blauem Himmel. Im Wellness- und Saunaparc mit Pools und Naturschwimmteich findet jeder seinen Freiraum, um sich zu erholen. Claudia Gangl und ihr Team sind in der Beautyfarm des VILA VITA die ExpertInnen für luxuriöse Schönheitspflege und wohltuende Wellnessbäder.

Im privaten „Haus am See“ fühlen sich Genießer unbeschwert und wie im siebten Himmel. Am eigenen Badesteg werden Som-



Foto: Vila Vita Pannonia

Neu entstanden auf dem VILA VITA Areal ist das sogenannte Sauna-Dorf

merstage am erfrischenden Naturbadesee des Ferienresorts zum reinsten Vergnügen. Die naturverbundenen, höchsten ökologischen Standards entsprechenden, luxuriösen Residenzen mit 116 m² liegen in einer verträumten Privat-Badebucht direkt am Wasser. Traumhaftes Wohnambiente und die umliegende Naturlandschaft fließen dank großer Panoramafenster ineinander. Das Private-Living-Highlight für jede Residenz: Eine finnische Sauna, die mit hochwertigen äthe-

rischen Ölen die Sinne umschmeichelt und die private Sonnenterrasse für ein Chill-Out. Im Obergeschoß der Häuser befinden sich zwei geräumige Schlafzimmer mit dazugehörenden Bädern. Vom kostenlosen High-Speed WLAN bis zu eigenen Fahrrädern im Haus, vom Weinklimaschrank mit einem „Best of Burgenland“ Sortiment bis zum Privatparkplatz und vielen Extras mehr können sich Gäste der Seeresidenzen rundum verwöhnen fühlen.

ÖJ-Reisetip

Direkt hinter den neuen Residenzen wurde der Ökopark mit den „Pannonia Hills“ geschaffen: 23 geometrisch geformte Hügel und in der Mitte Kraftplätze, die das Gefühl vermitteln, mitten im Garten Eden zu sitzen. Hier bekommt die Langsamkeit Raum. Der Duft des Klimagartens, die Zauneidechsenwelt und der Schmetterlingshügel begeistern alle, die in die „Hills“ kommen, um sich mit der Natur einzulassen.

Wenige Schritte sind es von den Seeresidenzen in das neue Lifestyle-Restaurant „die Möwe“. Auf der malerischen Seeterrasse der Gourmetoase begleiten ein herrlicher Ausblick und Sunset-Stimmung eine exzellente Küche. Gehobenes Restaurant, Lounge, Bar und Café gehen Hand in Hand. „die Möwe“ steht sowohl bei Genußliebhabern im VILA VITA als auch bei Feinschmeckern der Region hoch im Kurs.

Entspannung auf 200 Hektar

Gästen der neuen Seeresidenzen steht das komplette Freizeitangebot des 200 Hektar großen VILA VITA Pannonia zur Verfügung. Eingebettet in die unvergleichliche Landschaft des UNESCO Welterbe-Gebiet Fertő-Neusiedler See, lassen Genießer hier den Alltag hinter sich. Das Wohnangebot ist vielfältig: In den neuen Seeresidenzen, in komfortablen Apartments und Suiten oder in den ländlich-romantischen Bungalows im Weinlauben- und Schilfdorf. Im Wellness- und Saunaparc mit Pools und Naturschwimmteich sowie am Badensee mit Sandstrand findet jeder seinen Platz und ausreichend Privatsphäre, um tief durchzuatmen und zu entspannen. Wohltuende Massagen und erstklassige Beautytreatments erwarten alle, die sich Gutes tun möchten.

Ein riesiges Angebot an Freizeitaktivitäten – vom Fahrradverleih über einen Reitstall und Tennisplätze bis hin zum Motorikpark – belebt die freien Tage mit Sport und Spaß. Laufstrecken zum Joggen und Nordic Walking, Inlineskaten und ein Bogenschießbereal runden den bunten Mix an Aktivitäten ebenso ab wie Fußball- und Beachvolleyballplätze und das VILA VITA Fitnesscenter. Feinschmecker schöpfen aus dem Vollen.

Von regionalen Schmankerln des Burgenlandes über internationale Buffets bis hin zur Gourmetküche bietet das VILA VITA Pannonia in vier Restaurants und drei Bars ein vielfältiges kulinarisches Konzept. In lauen Sommernächten lassen sich Genießerinnen und Genießer ein Gläschen edlen burgenländischen Wein unter dem Sternenhimmel servieren.



Foto: Vila Vita Pannonia

Ein Blick in das neu entstandene Familien- und Buffetrestaurant „Vitavesta“



Foto: Vila Vita Pannonia

Einer der 127 Vila Vila Bungalows



Foto: Vila Vita Pannonia

Entspannung im Naturschwimmteich

ÖJ-Reisetip

Pamhagen und die Naturidylle Neusiedler See-Seewinkel erkundet man am besten mit dem Fahrrad. Schön angelegte Wege führen durch das beinahe endlose Mosaik aus Feuchtgebieten, Trockenrasen, Eichenwäldern, Sandsteppen, Weideflächen, Wiesenarealen und Salzlacken.

PaN-Klimainsel im VILA VITA Pannonia

Zuletzt wurde mit der Eröffnung der PaN-Klimainsel im VILA VITA Pannonia ein sichtbares Zeichen zur umweltverträglichen Nutzung der einzigartigen Erholungslandschaft Neusiedler See-Seewinkel geschaffen. Mitten im Naturbadensee des Ferienresorts in Pamhagen ist die grüne Oase zwei Jahre lang behutsam angewachsen. Nun erfreut die neue Insel nicht nur die Naturliebhaber. Vielmehr setzt sie bewusstseinsbildende Impulse und fungiert als Symbol der Völkerverständigung.

Das VILA VITA ist von einer langjährigen Verbundenheit mit dem Dachverband aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften-PaN geprägt. PaN steht für „Partner aller Nationen“ und setzt sich für Völkerefreundschaft, den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft und den vorurteilsfreien Dialog zwischen den Nationen, Kulturen und Konfessionen ein. Mehr als 125 bilaterale Österreichisch-Ausländische Gesellschaften sind derzeit im Dachverband-PaN zusammengeschlossen.

Mit der Eröffnung der „PaN-VILA VITA Pannonia Klima Insel“ wurde ein sichtbares Zeichen zur umweltverträglichen Nutzung der einzigartigen Erholungslandschaft Neusiedler See-Seewinkel geschaffen. Die auf der Klimainsel gesetzten Platanen können über ihre Lebensdauer jeweils bis zu 30 Tonnen CO₂ aus der Luft filtern und leisten so einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Ikonographische Farbgrafiken des britischen Klimaforschers Ed Hawkins von der University of Reading laden die Besucher ein, sich mit dem laufenden Klimawandel näher zu beschäftigen.

Am „PaN Klimainsel-Tisch“ im Zentrum der Insel nimmt Platz, wer auf der eindrucksvollen Klimainsel verweilen möchte. Dies ist der fünfte PaN-Tisch auf historischem burgenländischem Boden. Er soll, wie alle anderen PaN-Tische, die BesucherInnen zum Innehalten und zum freundschaftlichen Dialog einladen. Der PaN Klimainsel-Tisch im VILA VITA wurde von der technischen Abteilung des Ferienresorts, unter der Leitung von Tischler Gerald Leitner, errichtet. ■

<https://www.vilavitapannonia.at/>



Foto: Andrea Glatzer

Gemeinsam auf der PaN-Insel in Pamhagen (v.l.): VILA VITA Pannonia-Konsulent Bert Jandl, PaN-Präsident Hermann Mückler, Marguerite Machek-Vos (PaN Vorstandsmitglied), Alt-Landeshauptmann und PaN-Ehrenkurator Hans Niessl, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Lukas Marcel Vosicky (PaN Vorstandsmitglied), Friedrich Schwank (PaN-Rechnungsprüfer) und PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz

VILA VITA Pannonia Facts

Lage

- Nördliches Burgenland am Rande des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel
- 80 km südlich von Wien 80 km von Bratislava (SK) 35 km von Sopron (HU) 70 km von Eisenstadt
- 10 Minuten zur ungarischen Grenze
- Kapazitäten – 197 Wohneinheiten, rund 400 Betten
- 31 Wohneinheiten im Haupthaus (Pannonia-Suiten, Appartements, Adebarsuiten & Komfortzimmer)
- 127 Bungalows (von 2 bis 6 Personen) im burgenländischen Landhausstil, 39 exquisite Residenzen am See – parkside & lakeside

Locations

- Lifestyle-Restaurant „die Möwe“ direkt am hauseigenen Badensee VITAVESTA (Buffet- und Genußrestaurant, saisonal-regionale Küche)
- Ländlich-charmante Csarda (Scheune für exklusive Hochzeitsgesellschaften und Stadt mit großer Bar)
- VITAKELLA (exklusiver Weinkeller) Vital-Bistro (im Wellness- & Saunaparc)
- Piano Bar (abends geöffnet)
- Panoramalounge (Tagesbar oder exklusive Location für standesamtliche Trauungen oder Agape)
- Erlebnis-Obstgarten
- Waldkapelle „St. Martin“ für kirchliche Trauungen

Meetings & Events

- Seewinkelhalle 770 m²
- Seewinkel-Foyer 211 m²
- Lange Lacke 40 m²
- Schwarzsee 42 m²
- Darscho 42 m²
- Energieraum 105 m²
- Lehar 111m²
- Adebar 86m²
- Esterhazy 58m²
- Haydn 47m²
- Messe- und Eventhalle 1.435 m²

Sport & Freizeit inklusive

- Über 600 Leihfahräder (E-Bikes gegen Aufpreis) Fitness- und Aerobicraum
- Natur-Minigolfplatz Tennisfreiplätze & Tennishalle Tischtennis Beachvolleyballplatz Fußballplatz
- 76 km Lauf- und Walkingstrecken sowie
- „Mile of Fame“ - Lauf- bzw. Walkingstrecke, Motorikpark am Badensee

Wellness inklusive

- Wellness- & Saunadorf mit Naturschwimmteich,
- Neuerungen Saunadrof: Relax-Outdoor Whirlpool, Kernsanierung der Schilfhüttensauna, neue Panorama-Selbstaufguß-Sauna und neuer Lehm-Ruheraum
- Verdoppelung der Wasserfläche des Outdoor-Pools im Wellnessparc
- Beautyfarm, Frisör und Massageinstitut gegen Aufpreis buchbar

Polen und Europa – wirtschaftliche Perspektiven

Von Andrzej Byrt



Foto: PaN/Florian Wieser

Der polnische Wirtschaftswissenschaftler, Diplomat und Hochschullehrer Andrzej Byrt bei seinem vielbeachteten Vortrag in der Wiener Zentrale der Oberbank

Auf Einladung der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft (ÖPG) fand in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Wien am 27. März 2023 im Vortragsaal der Wiener Zentrale der Oberbank am Schwarzenbergplatz ein Vortragsabend mit dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler, Diplomaten und Hochschullehrer Andrzej Byrt statt (siehe unseren Beitrag auf den Seiten 103 bis 150) Lesen Sie hier dessen Ausführungen in Auszügen:

Sehr verehrter Herr Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft in Wien Prof. Dr. Theodor Kanitzer,

sehr geehrte Frau Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Wien, Frau Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin Dr. Kasia Greco,

sehr geehrter Herr Direktor Andreas Klingan, Geschäftsbereichleiter Wien, Oberbank AG,

sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste des heutigen Treffens!

Zuerst möchte ich mich herzlich bei der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft wie auch bei der Wirtschaftskammer Wien für die Einladung zu dem heutigen Treffen bedan-

ken, das dem Thema „Polen in Europa“ und unseren gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen gewidmet sein sollte.

Diese entwickeln sich sehr gut, und das seit vielen Jahren. Der Anfang liegt in der Zeit bevor Polen und andere Staaten Mitteleuropas ihre Unabhängigkeit und wirtschaftliche Freiheit wieder erlangten, nachdem sie das nach dem II. Weltkrieg durch die Sowjetunion aufgezwungene System abwehrten und die UdSSR 1991 aufgelöst wurde.

Diese Staaten führten tiefgreifende Reformen durch, die ihnen erlaubten, zu der Gemeinschaft demokratischer Staaten mit freier Marktwirtschaft zurückzukehren und ein wirtschaftliches Wettrennen mit dieser Gemeinschaft aufzunehmen, denn es gab viel nachzuholen.

Obwohl sie immer noch den Stand der EU, gemessen am Durchschnitt des BIP pro Kopf, nicht erreichten, so schafften sie es in den vergangenen 33 Jahren, also in einem Drittel des Jahrhunderts, sich an diesen Wert zu nähern.

Das ist nun kein Sprint, darauf kommt es in der Weltwirtschaft nicht an. Eher ein Langstreckenlauf oder gar Marathon.

Die positiven Ergebnisse der Bemühungen sind sichtbar für jeden von Ihnen, wenn

Sie manchmal die Gelegenheit haben, die ehemaligen Staaten zu besichtigen, welche in ihrer Geschichte vorübergehend zu dem ungarisch-österreichischen Imperium gehörten, in dessen Hauptstadt wir uns heute befinden.

„Fassen wir uns kurz“ schrieb 1961 als Motto in seinen „Unfrisierten Gedanken“ Stanislaw Jerzy Lec, einer der besten europäischen Aphoristiker, Holocaustüberlebender aus Polen, der vor dem Krieg u.a. in Wien zur Schule ging und nach dem Krieg als Presseattaché der Polnischen Botschaft vier Jahre lang in Wien wohnte.

Es ist aber nicht leicht sich kurz zu fassen, wenn wir über unsere gemeinsame Zukunft sprechen wollen in einem Europa, das sich aktuell in einer tiefen Krise befindet.

„Fassen wir uns kurz. Die Welt ist überfüllt von Wörtern.“

Wer hätte vor – sagen wir – zwei Jahren bei einem Treffen in Wien gedacht, daß auf dem Gebiet eines souveränen, großen Staates Osteuropas, dessen Westteil vor über 100 Jahren zum österreichischen Imperium gehörte, ein Krieg toben würde?

* * *

Wie haben sich die Krisenereignisse auf der Welt auf die EU ausgewirkt?

Es gab vier große Herausforderungen, vor welche wir gemeinsam in der Union in den letzten Jahren gestellt wurden.

Erstens die weltweite Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2012, die nicht nur einen wirtschaftlichen Kollaps mit sich brachte, sondern auch die bösen Geister des nationalistischen Populismus heraufbeschworen.

Hinzu kamen die immer deutlicher sichtbaren Folgen der Klimakatastrophe, um die kontroverse Gegenmaßnahmen sich mehren, das Drama der Pandemie Covid-19 und dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen.

Und letzten Endes der bereits erwähnte Überfall Rußlands auf die Ukraine, dessen Folgen in der ganzen Welt zu sehen sind. Die Erhöhung der Energiepreise, Zunahme der Inflation, Verlust vieler für europäische Produzenten bedeutender russischer Märkte usw.

Österreich, Europa und die Welt / PaN – Anhang

Es droht ein Krieg zwischen China und Taiwan mit Beteiligung der USA. Diese Bedrohung erinnert an den folgenden chinesischen Spruch „Mögest du in bewegenden Zeiten leben“, der nichts Gutes verheißt.

Wo kann man denn nach ein wenig Optimismus suchen? Man antwortet, indem man meistens zurückblickt.

Und findet, die Union hat bisher auf herausfordernde Krisen aktiv reagiert, sowohl die inneren, als auch die äußeren. Effizient verlief die Aktion mit Impfstoffen gegen Covid-19.

Der NEXT Generation EU Fund wurde gebildet, um die durch die Pandemie wirtschaftlich angegriffenen EU-Staaten zu stärken und immun zu machen, darunter im digitalen und ökologischen Bereich.

Zum ersten Mal beschloß die EU ihren Haushalt gemeinsam zu belasten, es war ein Umbruch. Die EU zeigte sich auch imstande, eine überraschend große Welle der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, vor allem Frauen und Kinder.

Die meisten hat Polen aufgenommen, über 10,3 Mio Personen, von denen ein Teil in die EU weiterzog. Inzwischen sind über 8 Mio. Flüchtlinge in die Ukraine zurückgekehrt, doch über 2,3 Mio. bei uns in Polen geblieben. Jeden Tag passieren die ukrainisch-polnische Grenze etwa 20.000 Flüchtlinge, und ca. 18.000 kehren zurück. In ihrem Land, in Österreich, haben ca. 70.000 UkrainerInnen ihren Schutz gefunden. 70 Prozent von ihnen, die in Polen geblieben sind, haben sich entschieden, in großen Metropolen zu bleiben. 15 Prozent aller UkrainerInnen in Polen wohnen in dem 2 Mio. zählenden Warschau und bilden bereits 13 Prozent der EinwohnerInnen, 19 Prozent in Kraków mit 1 Mio. EinwohnerInnen, 25 Prozent in Gdańsk und Katowice. In Rzeszów, einer großen Universitätsstadt im Osten Polens, mit Zentrum, Hub der Waffenlieferungen für die Ukraine aus den USA und der Nato-Staaten bilden sie fast die Hälfte.

So einen massiven Zustrom von ImmigrantInnen, Flüchtlingen aus einem ohne Grund durch Rußland angegriffenen Staat, haben die EU und Länder Westeuropas seit dem Ende des II. Weltkriegs nicht erlebt.

Der Angriff Rußlands auf die Ukraine mit einiger Unterstützung von Belarus hat ebenfalls zu großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Änderungen in Polen beigetragen.

Ein Jahr davor begann die durch Belarus provozierte und durch Rußland unterstützte Aktion des Transfers von Emigranten aus

Afrika und Asien über das polnische Territorium in die EU-Länder.

Um dem ein Ende zu setzen, wurde ein Zaun errichtet, mit Bewegungsmeldern und Kameras an 550 km Grenze. Ergänzt wurde der Bau ebenfalls durch einen Zaun an der Grenze mit Kaliningrad, wo die russischen nuklearen Iskander- Raketen stationieren, welche die Hälfte Polens, Warschau einbezogen, mit ihrer Reichweite bedrohen.

Nun aber zu der „Mikro-Flut“ der Kriegsflüchtlinge zurück mit Polen als Schwerpunkt.

Nach dem aktuellen Bericht der Beratungsfirma Deloitte kann der zu erwartende Zuwachs von BIP in Polen von 0,2 bis 3,5 zusätzliche Prozentpunkte betragen – dies hängt von der Bereitschaft der Flüchtlinge ab, in Polen zu bleiben und zu arbeiten.

Um das zu erreichen, muß man in die Anpassungsmaßnahmen für die Ankömmlinge dem Arbeitsmarkt entsprechend bedeutend mehr investieren. Dies ist nicht einfach, denn meistens sind es alleinstehende Frauen mit Kindern, und die Kinder sollen ja lernen.

Aus kultureller Sicht betrachtend war für sie Polen nach der Invasion Rußlands die beste Lösung – geographische Nähe, Nachbarschaft, relativ einfache Verständigung.

70 Prozent des ukrainischen Wortschatzes gleicht dem Polnischen.

Darüber hinaus nicht ohne Bedeutung bleibt die Tatsache, daß viele UkrainerInnen, etwa 1,4 Mio., bereits in Polen lebten. Sie kamen nach Polen lange vor dem russischen Überfall auf Arbeitssuche und schafften es, sich Existenzgrundlagen zu sichern in solchen Bereichen wie Bauwesen, Gastronomie, Transport, Handel wie auch Dienstleistungen (Friseur, Nagelpflege), Babysitting, aber auch Informatik.

Vielen Analysen zufolge wollen 30 Prozent der Flüchtlinge auch nach dem Kriegsende in Polen bleiben.

Auf der Flucht vor dem Krieg ließen sich in einigen polnischen Städten mehr Menschen aus der Ukraine nieder als in ganz Österreich, wo ca. 80.000 ukrainische Flüchtlinge registriert wurden. Darunter 70 Prozent Frauen (wie auch bei uns). Bei uns in Warschau gibt es mehr als 100.000 ukrainische Flüchtlinge. In Wrocław/Breslau 45.000, in Kraków/Krakau 35.000, also in den zwei letztgenannten Städten so viel wie in Österreich insgesamt. In meiner Heimatstadt Poznań/Posen sind es 26.000.

Die Situation hat auch ihre gute Seite: Der in Polen berufstätigen ukrainischen Bevölkerung kann man 0,5 Prozent von den 4,0

Prozent des mittelmäßigen BIP-Zuwachses in den letzten fünf Jahren zuzuschreiben. Und das ist nicht wenig!

Daß Polen dieser Herausforderung gerecht wurde war möglich nur dank dem Tempo unserer wirtschaftlichen Entwicklung und dank gesellschaftlichen Veränderungen nach unserem EU-Beitritt 2004.

* * *

Und hier gelangen wir zum Hauptthema: Polen in der EU seit 2004. Die große politische Revolution Europas endete nicht mit dem Ende der Geschichte, wie Fukuyama es wollte, sondern mit der Auflösung der UdSSR 1991.

Die Transformation in Mitteleuropa begann in Polen mit der Revolte der Unabhängigen Gewerkschaften 1980-81. Danach folgten die Verhängung des Kriegszustands, und letzten Endes die Verhandlungen am Runden Tisch in Warschau und eine friedliche Übergabe der Macht der kommunistischen an die erste nichtkommunistische Regierung in diesem Teil Europas.

Diese Regierung nahm Unterhandlungen 1989 mit den Europäischen Gemeinschaften als Grundlage für die 1993 gegründete EU auf. Zusammen mit der Tschechoslowakei und Ungarn wurde 1991 ein Assoziierungsvertrag mit den Gemeinschaften unterzeichnet.

An den Unterhandlungen nahm ich als Handelsrat der polnischen Botschaft in Brüssel teil, danach war ich 1992 in Warschau Vizeminister für Zusammenarbeit mit dem Ausland.

In dieser Funktion war ich der polnische Hauptunterhändler bei den Gesprächen mit den EFTA-Staaten über die gegenseitige Freihandelszone.

Einer dieser Staaten war neben Schweden und Finnland auch Österreich.

Die Verhandlungen fanden im Sitz der EFTA in Genf statt. Nur die bilateralen Gespräche mit den Wirtschaftsministern fanden in den Hauptstädten der einzelnen Staaten statt.

1992 verhandelte ich in Wien mit dem damaligen österreichischen Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel.

Im 3. Jahr unserer Transformation und infolge der Wirtschaftsreformen unseres damaligen Finanzministers Leszek Balcerowicz, die auch in Österreich als „Schocktherapie“ bekannt waren, sank unser BIP zwar um 25 Prozent, der höchste Wert unter den Ländern Zentraleuropas, doch das BIP von Polen wuchs danach schnell und überholte

Österreich, Europa und die Welt / PaN – Anhang

sogar den Wachstumsprozeß in den Nachbarstaaten Ostmitteleuropas.

Österreich war in der EFTA seit 1960, und 1995 wurde es Mitglied der EU, neun Jahre vor Polens EU-Beitritt.

Ich darf erinnern – neun Jahre nach Österreich trat Polen der EU bei.

Unser Ziel war es, stabile politische und wirtschaftliche Grundlagen für eine stabile Demokratie und Marktwirtschaft zu schaffen.

Bis 2016 verlief der Prozeß erfolgreich, danach erfolgte eine politische Wende. Als Reaktion auf die Folgen der großen Krise der Jahre 2009 bis 2012 übernahm die populistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Macht. Es kam zu Verfassungsbrüchen um das innere Rechtssystem durcheinander zu bringen, doch im Wirtschaftsreich wuchs das BIP weiter.

Infolge eines Attentats auf das innere polnische Rechtssystem geriet die PiS Partei in Konflikt mit der EU und lehnte die Urteile des Gerichtshofs der EU ab.

Der polnische Verfassungsgerichtshof erklärte sogar, das Recht der EU dürfe nicht über dem polnischen Recht stehen.

Daraufhin sperrte die EU für Polen (wie auch Ungarn) die Auszahlung der Mittel für den Landesaufbauplan, in dem die ausgehandelten Summen konkreten Zielen und Vorhaben zugeschrieben wurden, darunter 54 Investitionen und 48 Reformvorhaben (beispielsweise des Gesundheitssystems und des Arbeitsmarktes).

Aus dem Aufbaufonds der EU sollten wir dafür 23 Mrd. Euro als Zuweisungen und 11,5 Mrd. als Darlehen bekommen.

Wegen der Rechtsverletzungen wurden die Mittel gesperrt und jeder Tag mit Strafe belegt. Für jeden Tag der Verzögerung und Missachtung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs der EU, deren Ziel es war, die Bedingungen der sog. Meilensteine auf dem Weg zu Standarden der Demokratie, insbesondere in Rechtsstaatlichkeit, zu erfüllen, zahlt Polen 1 Mio. Euro Strafe pro Tag – bis heute sind es 370 Mio. Euro.

Diese Beträge mindern den Wert der Mittel, die Polen im Rahmen des Fonds zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Pandemie erhalten soll.

Es ist nicht gewiß, wie dieser Streit endet. Die PiS-Partei, eine Partei von Rechtspopulisten, entwickelte ein umfangreiches Programm, ihre Anhänger zu bestechen, sich öffentliche Mittel ungeniert anzueignen und die Staatsanwaltschaft stoppt alles, was contra die PiS wäre.

Kein Wunder: der Generalstaatsanwalt und Justizminister in einer Person, ist Anhänger dieser rechtspopulistischen Partei.

Ein Beispiel wird an dem bereits früher ausprobierten Modell des Vorgehens vom ungarischen Ministerpräsidenten Orban genommen, der erst wegen seiner Stellung zum russischen Angriff auf die Ukraine letzters etwas kühler betrachtet wird.

Solange in den USA D. Trump regierte, war die PiS dessen ergebener Anhänger.

Der Sieg des Demokraten Biden stellte die PiS Regierung sehr kritisch ein, was sich dann durch die Unterstützung des Präsident Bidens für die Ukraine geändert hat.

Trotz alledem, was ich geschildert habe, dauert Polens Wirtschaftszuwachs an, obwohl angekurbelt durch Vergeuden des Geldes für Konsumzwecke und nicht durch Investitionen. Nichtsdestoweniger holt Polen schrittweise die EU-Staaten aus Westeuropa ein.

Staaten, denen das Schicksal ersparte, was Polen erleiden mußte. 123 Jahre Nichtexistenz im 19. Jh. 45 Jahre kommunistische Indoktrination und wirtschaftliche Destruktion wie übrigens andere „sozialistische“ Staaten Mitteleuropas.

Österreich hatte Glück, daß es auch unter der Besatzung der Sowjetunion nur auf etwa ein Viertel des Territoriums erfuhr, was das sowjetische Joch bedeutete, und es war lange nicht so schlimm, wie in den anderen Staaten des Ostblocks. Die Vertreter der österreichischen Regierung wurden in den 50er-Jahren weder gefoltert noch ermordet, wie es beispielsweise in Polen, der Tschechoslowakei oder in Ungarn der Fall war.

Die Staaten Mitteleuropas machten, Gott sei Dank, von opportunity window Gebrauch, zehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion und bevor Wladimir Putin im Jahre 2000 an die Macht kam. Da fing er an, zuerst zögernd, aus der Russischen Föderation wieder ein Imperium zu machen.

Den Fehler von Gorbaczow und Jelzyn zu beheben, die an der Demontage der Sowjetunion schuld waren, und die Russische Föderation um ihre Machtbedeutung brachten, so daß sie keine Opposition zu dem demokratischen, für Putin verdorbenen Westen bilden konnte, der wiederum nur darauf lauert, das große christliche Rußland zu vernichten.

Auch mithilfe der NATO-Erweiterung.

Putin beabsichtigte, mindestens die Bedeutung der Sowjetunion wieder herzustellen, indem er unter dem Vorwand, die Ukraine zu „entnazifizieren“, den unabhängigen,

selbständigen Staat Ukraine beherrsche und sie dem Großen Rußland einverleibe.

Anstatt dessen erreichte er, daß sich die Staaten der EU wie auch der NATO enger zusammenschließen.

In Kürze ist mit der NATO-Erweiterung um Schweden und Finnland zu rechnen. Die russische Grenze mit Finnland ist 1340 km lang, also im Westen würde Rußland eine konstante, ununterbrochene Grenze mit der NATO haben.

Mit Staaten, die es früher angriff, erpreßte oder gar – wie Polen im 19. Jhd. – von der Landkarte Europas entfernte.

Es ist eine Niederlage Putins, der mit seinem Überfall auf die Ukraine einen Konflikt zwischen den EU und NATO-Staaten beabsichtigte.

Es war seine Absicht, die NATO von den Grenzen Rußlands fernzuhalten und die NATO-Staaten in Mitteleuropa einzuschüchtern – die Baltstaaten, Polen und andere.

Und diese Staaten von den Gas- und Erdöllieferungen aus Rußland noch stärker abhängig zu machen.

Er nahm an, genauso wie im Fall der Annektierung der Krim und teilweise Lugansk und Donbas würden sich die Staaten auf leere Erklärungen begrenzen und nichts unternehmen, weil sie sich einschüchtern lassen.

Und daß die NATO sich nach dem chaotischen Rückzug der USA aus Afghanistan einschüchtern lassen würde.

Nun geschah etwas Unerwartetes: die EU und die NATO taten sich zusammen und stellten sich auf die Seite der Ukraine.

Finnland und Schweden, zwei bis jetzt neutrale europäische Staaten, entschlossen sich auch der NATO beizutreten, sodaß Rußland vom Nord-West blockiert wäre.

Rußland büßte den Mythos ein, unbesiegbar zu sein und entblöbte sich als ein korumpierter Staat, obwohl es nach wie vor über großes militärisches und zahlenmäßig menschliches Potential, viel größer als die Ukraine verfügt. Mit dem menschlichen Potential geht Rußland wieder brutal um – es ist Kanonenfleisch.

[...]

Der Krieg in der Ukraine hat auch seine Folgen für Politik, Militär und Wirtschaft in den Nachbarstaaten und sogar weltweit.

Polen initiierte z.B. ein Programm, sich unabhängig zu machen von Gas und Erdöl aus Rußland. Zwei LNG-Terminals wurden gebaut, die Baltic-Pipeline von Norwegen nach Swinemünde gezogen, in Südkorea haben wir acht große LNG-Tanker gechartert,

Österreich, Europa und die Welt / PaN – Anhang

langfristige Lieferungsabkommen für Gas aus Kuwait und den USA unterzeichnet.

Nun sind wir nicht mehr fast 100 Prozent auf Rußland angewiesen und von Rußland abhängig, sondern haben die Freiheit der Wahl.

[...]

Wie der jetzige Angriff auf die Ukraine, für die Polen ein Bollwerk wurde. Ohne Polen wären weder wirtschaftliche noch militärische Hilfe möglich.

Nach den USA, Kanada und Deutschland sind wir der größte Waffenlieferant für die kämpfenden Ukrainer, ein Transitland und als einer der drei NATO-Staaten – Nachbarn der Ukraine der größter Transporthub, Verkehrsknotenpunkt für Militärlieferungen, humanitären Mitteln, Nahrung usw.

Auch bei uns sind Militärkräfte der USA stationiert, in meiner Heimatstadt Posen das V. Korps der US-Army, und der 8. Stützpunkt der USA in der EU, neben der 7. bereits bestehenden in Deutschland, Belgien, Spanien und Italien. Sein Ziel ist, die östliche Flanke der Nato zu stärken – vor einem möglichen Angriff Rußlands, eventuell von Belarus zu unterstützen.

In polnischen Luftstützpunkten sind Flugzeuge der Verbündeten aus der Nato (u.a. Deutschland, Holland, Italien), gestiegen ist die Herstellung von Waffen und Munition.

Fast gleich am nächsten Tag nach dem russischen Angriff lieferte Polen beinahe 300 Tanks aus seinen Vorräten. Bewußt dessen, daß wir das nächste Ziel der russischen Aggression werden könnten, kaufte man notwendige Ausrüstung, darunter Tanks, Flugzeuge und Raketenwerfer aus den Vereinigten Staaten und Südkorea.

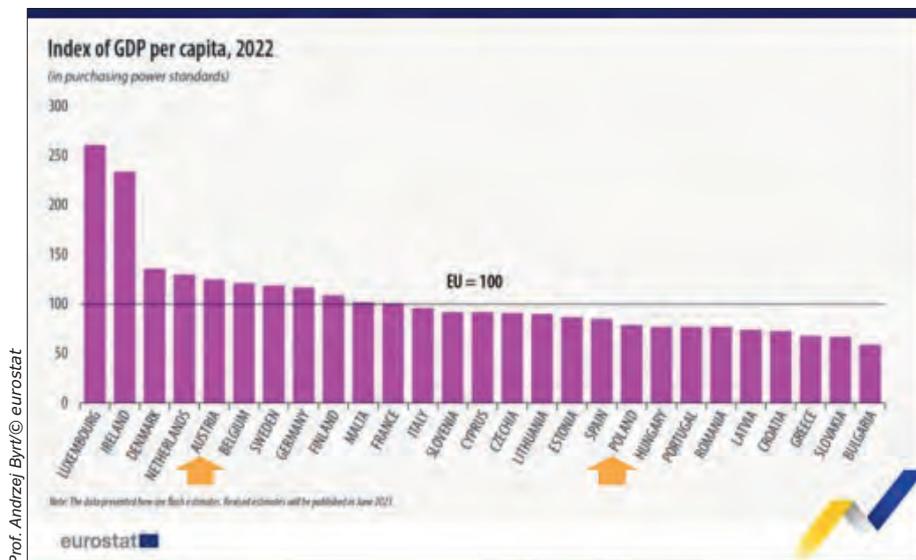
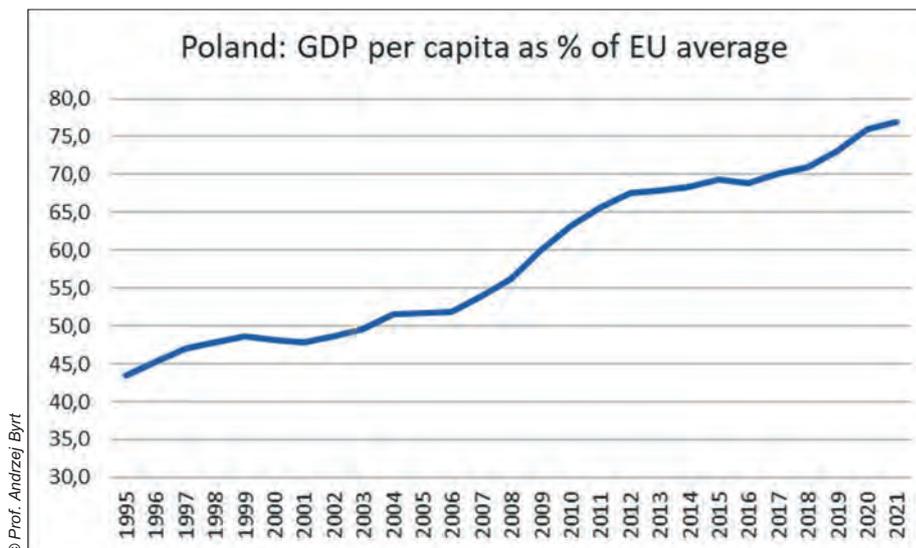
Das war möglich dank der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung Polens, unserem Unternehmergeist, aber auch dank Zusammenarbeit mit solchen Partnern wie Österreich und seine Unternehmer, dank unserer Mitgliedschaft bei der EU seit 2004 und bei der NATO seit 1999.

* * *

Seit der politischen Wende 1989, als unser BIP pro Kopf lediglich 36 Prozent des durchschnittlichen BIP in den Staaten der EG betrug, stieg es im vorigen Jahr auf 78 Prozent des heutigen BIP pro Kopf, also hat er sich mehr als verdoppelt.

Als einziges BIP in der EU wuchs es ununterbrochen seit 1992 bis zur Pandemie.

Da sank es ein wenig wie in den anderen EU Staaten auch, doch in den letzten zwei



Jahren steigt es erneut, und zwar am schnellsten in der EU.

Wenn wir das über zweifach höhere als das in der EU durchschnittliche Tempo des Wirtschaftswachstums beibehalten, so sind wir imstande in ca. 8 bis 10 Jahren den europäischen Durchschnittswert des BIP pro Kopf in der Wirtschaftsentwicklung einzuholen.

Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Attraktivität Polens ebenfalls wächst – für all unsere Wirtschaftspartner, auch für die österreichischen Partner in Handel und Investitionen voran.

Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Attraktivität Polens ebenfalls wächst – für all unsere Wirtschaftspartner, auch für die österreichischen Partner in Handel und Investitionen voran.

Ich wiederhole – es ist kein Kurzstrecken-, sondern ein Langstreckenlauf, der dank der EU uns erlaubt, die Dynamik unserer freien Wirtschaft zu beweisen, einer

Wirtschaft ohne Fesseln der politischen Abhängigkeit von dem kommunistischen, absurden politisch-wirtschaftlichen System der Sowjetunion oder des korrupten Rußlands von heute.

Ein ähnliches System, das politische, das die Menschenrechte nicht achtet und auf autoritärer Gewalt und allgemeiner Korruption beruht, möchte das heutige Rußland, die Russische Föderation, der Ukraine aufzwingen, die ja ein Recht darauf hat, für sich das entsprechende System selbst zu wählen wie jeder andere Staat.

Daher wird die angegriffene Ukraine in ihrem Streben und in ihrem Kampf von demokratischen EU-Staaten tatkräftig unterstützt. Im Namen des demokratischen, souveränen Rechts darauf, die Zukunft selbst zu wählen.

Mit politischer Freiheit, mit Angehörigkeit zu selbst gewählten politischen und wirtschaftlichen Organisationen, mit freier Marktwirtschaft...